

ULRICH
FRIEDRICH
KOCH

40 JAHRE GRÜN - ALTERNATIVE POLITIK FÜR BICKENBACH

KOMMENTIERTE DOKUMENTATION



ULRICH FRIEDRICH KOCH

40 JAHRE GRÜN-ALTERNATIVE POLITIK FÜR BICKENBACH

KOMMENTIERTE DOKUMENTATION



Seit 1980 grünt Bickenbach!



IMPRESSUM

Herausgeber: Die Kommunale Alternative Bickenbach (KOMM,A)
V.i.S.d.P.: Ulrich Friedrich Koch, Alsbacher Straße 19, 64404 Bickenbach (Bergstraße)
Email: ulrich.koch@komma-bickenbach.de

Redaktion

Birgit Köhler-Günther, Klaus Peter Creamer, Ulrich Friedrich Koch

Gestaltung

Michael Weisbarth

Druck

sedruck-darmstadt.de (online Digitaldruck)

Papier FCS-zertifiziert

© 2023, Ulrich Friedrich Koch

ISBN 978-3-00-074605-5

1. Auflage, Februar 2023

Preis: 20,00€

Alle Rechte vorbehalten

Alle Abbildungsrechte liegen bei KOMM,A, sofern nicht anders untertitelt.

Alle Rechte für die Presseberichte inklusive dazugehöriger Bilder liegen bei den Herausgebern der genannten Printmedien.

Für die Gestattung des Abdrucks von Presseberichten danken wir:

VRM GmbH & Co.KG, Medienhaus, Mainz, Herausgeber u.a. der Zeitung Darmstädter Echo

PLEGGE Medien Verlag GmbH, Gernsheim, Herausgeber u.a. der Zeitung Der Bergsträßer.

Nahezu alle im Text genannten Materialien, Anträge, Veröffentlichungen können als digitale

Kopien im Archiv der KOMM,A-Homepage unter der Adresse

<https://www.komma-bickenbach.de/main/kommaktuell.php?id=430>

nachgelesen werden.

INHALT

EINLEITUNG	7
1. FLUB - DIE GRÜNEN - KOMM,A	10
2. GEMEINDEWAHLERGEBNISSE UND WAHLEN	13
3. FLUB – 1981 bis 1985	15
4. DIE GRÜNEN – 1985 bis 1989	20
5. DIE GRÜNEN – 1989 bis 1993	28
6. DIE GRÜNEN – 1993 bis 1997	31
7. DIE GRÜNEN – 1997 bis 2001	46
8. WECHSEL VON GRÜN ZU KOMM,A	64
9. KOMM,A – 2001 bis 2006	74
10. KOMM,A – 2006 bis 2011	85
11. KOMM,A – 2011 bis 2016	95
12. KOMM,A – 2016 bis 2021	120
13. KOMM,A – 2021 bis ...	142
14. IN MEMORIAM	156
SICHTWEISEN	163
ANHANG	175
Anhang	176

ANFANGEN ...



KOMMA
GRÜN.SOZIAL.KOMMUNAL

„LERNE AUS DER VERGANGENHEIT, LEBE IN
DER GEGENWART, HOFFE AUF DIE ZUKUNFT
- DER WICHTIGE PUNKT DABEI IST: NICHT
AUFZUHÖREN FRAGEN ZU STELLEN.“

ALBERT EINSTEIN

EINLEITUNG

Im Dezember 2020 blickt die Kommunale Alternative in Bickenbach (KOMM,A) auf 20 Jahre ihres Bestehens zurück. Grün-alternative Politik gibt es in Bickenbach aber schon seit Ende der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Anlässlich unseres Jubiläums wollen wir daher nicht nur die Geschichte von KOMM,A betrachten, sondern auch die Anfänge unserer politischen Arbeit mit in den Blick nehmen.

Vor 40 Jahren trat in Bickenbach eine neue politische Kraft auf den Plan. Diese Bewegung fand zeitgleich statt mit der Gründung der Partei 'Die Grünen' in der Bundesrepublik Deutschland und mit dem Zusammenschluss von Menschen in unseren Nachbargemeinden Alsbach-Hähnlein und Seeheim-Jugenheim mit mehr oder weniger Nähe zur neuen politischen Partei. Die Motive Erhalt der Natur bzw. Umweltschutz, Stärkung der Friedensbewegung, Steigerung der gesellschaftlichen Solidarität und einer sozialen Angleichung, Abkehr von der Atomenergiegewinnung und Praktizierung von Willy Brands 'Mehr Demokratie wagen' waren durchgängig prägend.

In unserer Gemeinde gab es Ende der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts einen zusätzlichen lokalpolitischen Auslöser:

Zur Verringerung des Durchgangsverkehrs sollte eine Umgehungsstraße in die Frischluftschneise zwischen Bickenbach und den Ortsteilen Alsbach und Jugenheim unserer Nachbargemeinden im Osten gebaut werden - teilweise in einem Trog geführt.

Die öffentliche Debatte darum und daraus resultierend der Zusammenschluss aktiver Bürgerinnen und Bürger unterschiedlicher politischer Couleur zur Verhinderung dieses 'Monstrums' führte zur Gründung der 'Freien Liste Umweltschutz Bickenbach (FLUB)' und zur Teilnahme an der Kommunalwahl 1981. Diese Liste konstituierte sich mit Geburtshilfe der ihrerseits im Entstehen begriffenen Kreis-Grünen, aber bewusst unabhängig von ihnen.

Mit der vorliegenden Dokumentation versuchen wir als verbliebene Zeitzeug*innen eine kommentierte Darstellung der Geschichte und Entwicklung der Bickenbacher Grün-Alternativen. Wer waren die durchaus heterogenen Akteurinnen und Akteure? Welche Umbrüche führten von der FLUB über den Bickenbacher Ortsverband der Grünen Partei bis hin zur unabhängigen Wähler*innen-Initiative Kommunale Alternative Bickenbach (KOMM,A)? Was konnten die hiesigen Grün-Alternativen in 40-jähriger parlamentarischer Oppositionsrolle bewirken?

Welcher Fußabdruck ist erkennbar neben den großen örtlichen Themen:

- innerörtliche Verkehrsberuhigung durch Umgehungsstraßenbau
- Entwicklung der Ortsmitte zwischen Dorferneuerung und dem Investorenprojekt 'Neue Mitte'
- Umzug des Rathauses ins ehemalige Jagdschloss
- Sanierung des Bürgerhauses versus Neubau
- Direktwahl des Bürgermeisters als einzigem hauptamtlichen, bezahlten politischen Beamten
- Scheitern des lokalen 'Agenda 21-Prozesses'?

Abrunden wollen wir diese Betrachtung mit kurzen Statements dreier Zeitzeugen aus den Reihen unserer politischen Mitbewerber, die wir um eine politische Bewertung unserer Entwicklung bitten.

Die erste Generation der Bickenbacher Grün-Alternativen tritt ab. Dies soll Anlass sein, einen Beitrag gegen das Vergessen zu leisten. Wir wollen Kontinuitäten aufzeigen und durchaus auch unser Handeln rechtfertigen. Gleichzeitig wollen wir unsere Nachfahren ermutigen und Hilfestellung geben, aus der Geschichte zu lernen.

Nicht zuletzt leisten wir einen Beitrag zur lokalen Geschichtsschreibung in Ergänzung und Fortführung der Bickenbacher Ortschronik, ähnlich vielen Vereinen unserer Gemeinde.

Bickenbach im Sommer 2021

Birgit Köhler Günther - Klaus Peter Creamer - Ulrich Friedrich Koch

EINFACH. GUTES. TUN.

Fairer Handel hilft direkt und sofort



Öffnungszeiten
10.00 – 12.30 und 15.00 – 18.00 Uhr
Samstag 10.00 – 13.00 Uhr
Mi nachmittags geschlossen

64404 Bickenbach, Pfungstädter Str. 4, 06257/1241

www.weltladen-bickenbach.de

1. FLUB - DIE GRÜNEN - KOMM,A

Wie kam es zu dem Zusammenschluss von Menschen in Bickenbach, die sich von Anfang an als Alternative zu den etablierten Parteien im Ort verstanden haben?

Samstag, 29. November 1980

Grüne: Nicht als Partei profilieren

BICKENBACH (DE). In Bickenbach werden die Umweltschützer mit einer eigenen Liste zur Kommunalwahl im März antreten. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird diese Liste die Bezeichnung „Freie Liste Umweltschutz Bickenbach“ führen. Dies ist das Ergebnis einer Versammlung in der Gaststätte „Zur Rose“, zu der die Grünen eingeladen hatten. Dabei wurde versichert, daß es den Grünen keineswegs darum gehe, sich in der Kommunalwahl als Partei zu profilieren.

Zu den wichtigsten Programmpunkten der neuen Liste werde – so teilt der Kreisverband der Grünen mit – der Kampf gegen die Pläne zur B 3-Umgehung gehören. In den nächsten Wochen soll ein vollständiges Programm zur Bickenbacher Kommunalwahl erarbeitet werden. Dazu treffen sich die Initiatoren der neuen Liste am 3., 9. und 17. Dezember jeweils um 20 Uhr in der „Rose“. Interessenten sind willkommen. Die Aufstellung der Kandidatenliste wird entweder am 17. Dezember oder im Januar erfolgen.

Zu der Bickenbacher Versammlung waren auch Bürger aus Alsbach-Hähnlein gekommen, die gleichfalls erwägen, eine Liste zur Kommunalwahl aufzustellen.

Vierte Partei

BICKENBACH (DE). Die Freie Liste Umweltschutz Bickenbach wird als vierte Partei an der Kommunalwahl teilnehmen und mit einem ortsbezogenen Umweltprogramm um das Vertrauen der Bickenbacher Wähler werben. Am kommenden Mittwoch, 10. Dezember, findet um 19 Uhr im Gasthaus „Zur Rose“ ein weiteres Treffen statt, zu dem interessierte Umweltschützer eingeladen sind.

Dazu hier Dokumente zur Gründung der Gruppierungen und einer Darstellung der verschiedenen Logos, unter denen deren Arbeit öffentlich vertreten und dargestellt worden ist.

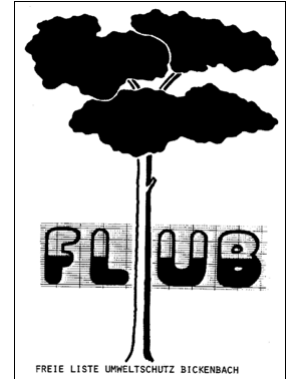
1978 finden sich einige Menschen unterschiedlicher Parteicouleur unter dem Namen 'Interessengemeinschaft Bickenbacher Bürger' (IGB) öffentlich zusammen, um die geplante Ost-Umgehungsstraße Bickenbach abzuwenden, die auch von den Nachbargemeinden Alsbach und Jugenheim abgelehnt wird.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen im März 1981 gibt es in vielen Gemeinden unserer Gegend Bestrebungen, sich alternativ zu den etablierten Parteien SPD, CDU und FDP kommunalpolitisch zu betätigen. In Seeheim gründet sich Ende des Jahres 1980 eine Grüne Ortsgruppe, in Alsbach-Hähnlein schließt sich Anfang Januar 1981 eine Wählerinitiative als 'Initiative Umweltschutz Hähnlein, Alsbach und Sandwiese' (IUHAS) zusammen.

In der Bickenbacher IGB gibt es zeitgleich solche Bestrebungen. Kommunalpolitisch wollen aber nicht alle Aktiven agieren. Durch die Geburtshilfe der neuen Kreis-Grünen wird am 3. Dezember 1980 die 'Freie Liste Umweltschutz Bickenbach' (FLUB) gegründet. Die Interessierten ziehen eine parteiunabhängige Wählergemeinschaft vor. Ein Gründungsprotokoll existiert leider nicht (mehr).

Vier Gründungsmitglieder kandidieren zur Kommunalwahl 1981: Hermann Benjes, Christoph Hornung, Birgit Köhler M.A. und Dr. Carl Mumm. Zusätzlich zur Liste gibt es Bereitschaftserklärungen zur politischen Mitarbeit.

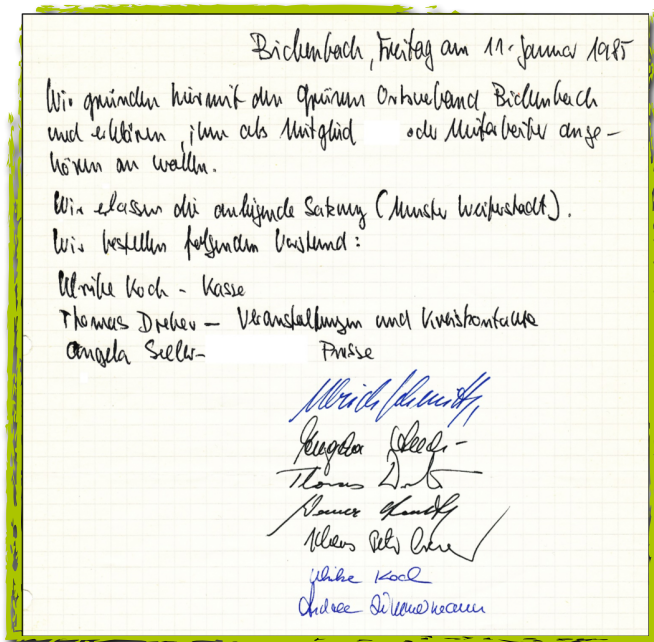
Seit Herbst 1982 gibt es in Bickenbach erste Bestrebungen, einen Grünen Ortsverband in Bickenbach zu gründen. Im Jahr 1984 werden einige Leute aktiv, diese Gründung rechtzeitig zur Kommunalwahl 1985 durchzuführen.



Das Logo der FLUB wird von Hermann Benjes und Birgit Köhler entwickelt.

Zu ihnen gehören Ulrike Koch, bereits Mitglied der Partei die Grünen, Ulrich Schmitt und Werner Maryska, beide parteilos. Im November 1984 führt die Arbeitsgruppe 'Die Grünen - Bickenbach' Gespräche mit der FLUB, um die Form einer Zusammenarbeit, Kandidaten und politische Schwerpunkte für die kommenden Jahre zu beraten.

Am 11. Januar 1985 gründen Ulrike Koch, Angela Seeler, Andrea Zimmermann, Thomas Dreher, Werner Lautz, Ulrich Schmitt und Klaus Peter Creamer den Grünen Ortsverband Bickenbach.



Alle in der FLUB Aktiven entscheiden sich daraufhin, nicht mehr zu kandidieren. Die beiden Mitglieder der Kreisgrünen Birgit Köhler und Hermann Benjes, die neben ihrer FLUB-Mitgliedschaft auch für die Grünen im Kreistag Sitz und Stimme haben, wollen damit dem neugegründeten Grünen Ortsverband den Weg ins Ortsparlament ermöglichen. So kandidiert zur Kommunalwahl 1985 anstelle der FLUB eine Grüne Liste.

Das Baum-Logo des grünen Ortsverbandes, zunächst noch mit dem Zusatz Ortsverband Bickenbach, wird in den Anfangsjahren der Grünen von vielen Ortsverbänden genutzt.



In den Jahren 1999 und 2000 gibt es im Bickenbacher Ortsverband der Grünen immer wieder interne Debatten um die Politik der Bundes-Grünen in der Koalition mit der SPD, der Regierung Schröder/Fischer. Vor allem die aktive Beteiligung der Bundeswehr im Krieg auf dem Balkan ist aus Sicht aller bei den Grünen aktiven Menschen nicht akzeptabel. Dies führt trotz Intervention der Kreis-Grünen letztendlich zur förmlichen Auflösung des Ortsverbandes der Bickenbacher Grünen.

Wählerinitiative in Bickenbach?

BICKENBACH (ste). Die Bickenbacher Grünen werden, wie berichtet, bei der Kommunalwahl am 18. März nicht mehr antreten, da der Ortsverband nicht mehr besteht.

Ulrich F. Koch und Manuela Aßmus, die seither der Gemeindevertreterfraktion angehörten, haben mit Anke Almut Hofmann die „Kommunale Alternative“ initiiert, mit

der sie das Parteispektrum in Bickenbach vor allem auf sozialem, umweltpolitischem und kommunalem Gebiet ergänzen wollen.

Für Dienstag (12.) laden sie zur Gründungsversammlung der Wählerinitiative um 19.30 Uhr in das Gasthaus „Zum Hirsch“ ein. Dabei wird auch über eine Kandidatur zur Kommunalwahl diskutiert.

Zur Fortsetzung der kommunalpolitischen Arbeit gründen am 12. Dezember 2000 acht ehemals bei den Grünen Aktive die Wählerinnen- und Wählerinitiative 'KOMM,A - Die kommunale Alternative in Bickenbach'.

Das Gründungsprotokoll von KOMM,A (Auszug):

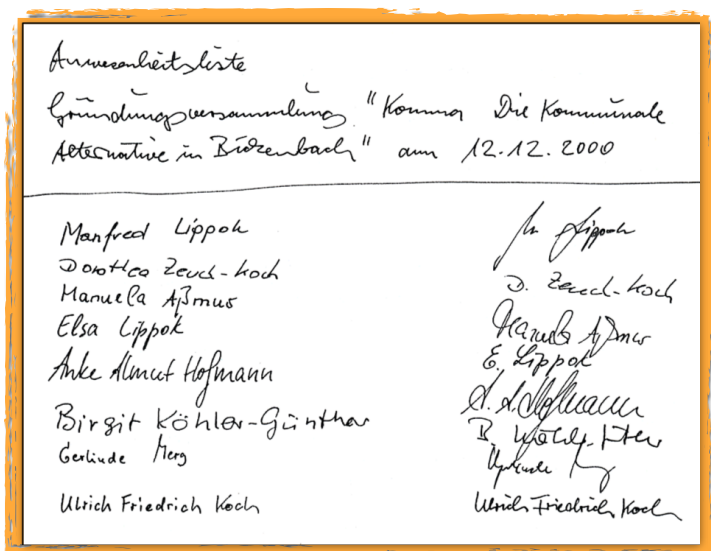
„In einer kurzen Aussprache wurden Sinn und Chancen einer WählerInneninitiative KOMM,A diskutiert. Bisher liegen keine Informationen über die Kandidatur einer alternativen Liste zu den etablierten Parteien für die Bickenbacher Gemeindevertretung vor, eine grüne Liste ist nicht in Sicht. Eine wählbare Alternative zu den etablierten Parteien wird auf Grund der Erfahrungen der Anwesenden nach wie vor für notwendig erachtet.

Aus den unterschiedlichsten privaten wie beruflichen Gründen ist aus den Reihen der bisherigen MandatsträgerInnen der grünen Fraktion in Bickenbach außer Ulrich Friedrich Koch niemand zu einer Kandidatur zu den Kommunalwahlen 2001 für die nächsten fünf Jahre Parlamentsarbeit bereit. Weder durch persönliche Gespräche noch öffentliche Aufrufe ist es gelungen, neue MitstreiterInnen zu finden.

Die Fragestellung nach der Sinnhaftigkeit der Kandidatur der WählerInneninitiative KOMM,A mit voraussichtlich nur einer Person wurde bejaht. Dies gibt die Möglichkeit, per Antrag politische Positionen zu besetzen und öffentlich zu machen und die Gemeindevertretung zu fordern, Farbe zu bekennen. Voraussetzung dafür ist jedoch nicht nur, heute KandidatInnen aus-

zugucken, sondern diese auch zu unterstützen und zu Rechenschaftslegung aufzufordern. Die Anwesenden halten jährlich wenigstens vier Treffen, aus aktuellen Anlässen auch mehr Treffen, der WählerInneninitiative für wünschenswert und machbar.

Anschließend wurde einstimmig beschlossen, die WählerInneninitiative "KOMM,A - Die kommunale Alternative in Bickenbach" zu gründen.“



Sowohl das Kürzel KOMM,A, als auch das Logo wird von Anke Hofmann entwickelt. Nicht zum Zuge kommt Ihre Idee für das Logo ‚LUKS-Bickenbach‘:



2. GEMEINDEWAHLERGEBNISSE UND WAHLEN

Jahr	Wahlberechtigt	Wahlbeteiligung		SPD		CDU		FDP		FLUB Grüne KOMM,A	
		absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
1972	2786	2455	88,1 %	1569	65,1 %	679	28,2 %	161	6,7 %		
1977	2988	2500	83,7 %	1319	54,4 %	865	35,7 %	239	9,9 %		
1981	3168	2599	82,0 %	1176	46,2 %	919	36,1 %	197	7,7 %	256	10,1 %
1985	3294	2622	79,6 %	1423	55,0 %	713	27,6 %	202	7,8 %	249	9,6 %
1989	3484	2779	79,8 %	1600	58,6 %	591	21,6 %	216	7,9 %	325	11,9 %
1993	3530	2553	72,3 %	1203	49,0 %	588	23,9 %	241	9,8 %	424	17,3 %
1997	3765	2597	69,0 %	1019	40,4 %	938	37,2 %	151	6,0 %	413	16,4 %
2001	4049	2321	57,3 %	23675	44,0 %	24937	46,3 %	4329	8,0 %	924	1,7 %
2006	4075	2150	52,8 %	17845	35,3 %	22162	43,8 %	5444	10,8 %	5159	10,2 %
2011	4234	2321	54,8 %	20928	38,2 %	20002	36,5 %	4091	7,5 %	9779	17,8 %
2016	4515	2318	51,3 %	19449	36,2 %	19972	37,1 %	6110	11,4 %	8230	15,3 %
2021	4710	2734	58,1 %	22147	34,0 %	19464	29,8 %	5441	8,3 %	18168	27,9 %

Seit den Kommunalwahlen 2001 gibt es in Hessen die Möglichkeit, nicht nur je WählerIn eine Listenstimme abzugeben, sondern man kann bis zu drei Stimmen pro Kandidatin anhäufen (kumulieren) oder KandidatInnen von verschiedenen Listen ankreuzen (panaschieren). Zur Bewertung des Wahlergebnisses und beim Vergleich mit früheren Wahlergebnissen ist es von großem Interesse, eine Vorstellung davon zu bekommen, wie viele WählerInnen pro Liste gewonnen bzw. verloren wurden.

Zu diesem Zweck wurden in der folgenden Tabelle die Wahlergebnisse der Kommunalwahlen seit 2001 durch Teilen der Stimmergebnisse mit den pro zu wählendem Parlament zu verteilenden Sitzen fiktive WählerInnen-Stimmen berechnet. (Das KOMM, A-Wahlergebnis 2001 wurde lediglich durch 3 geteilt, da nur ein Kandidat angetreten war und maximal 3 Stimmen pro WählerIn auf diesen vergeben werden konnten.)

	2001	2006	2011	2016	2021
SPD	947	714	837	778	886
CDU	997	886	800	799	779
FDP	173	218	164	244	218
KOMM,A	308	206	391	329	727
<i>Summen</i>	<i>2.426</i>	<i>2.024</i>	<i>2.192</i>	<i>2.150</i>	<i>2.609</i>

Zur Bewertung im historischen Kontext siehe Wahlergebnisse in Bickenbach von 1919 bis 1972 aus: '1100 Jahre Bickenbach uffm Sand, Chronik der Gemeinde Bickenbach 874 - 1974', Seiten 386 und 401 bis 404, Herausgeber: Gemeindevorstand Bickenbach, Darmstadt, Dez. 1973.

Mandatsträger*innen für die Grün-Alternativen in Bickenbach

Wahl	Gemeindevertretung (GVG)		Gemeindevorstand (GV)	
	Fraktion	Nachrücker:in ab	Fraktion	Nachrücker:in ab
FLUB - 1981	Hermann Benjes Christoph Hornung,	Birgit Köhler 1983.04	Peter Janek	Hardi Fenske 1983.04
Grüne - 1985	Ulrich Schmitt Christoph Didion	(nach Konflikt fraktionslos, (nach Konflikt ab 1985.08- Werner Lautz 1987.01	ab 1985.08 Fraktion: Sozialliberaler Bürgerblock Umweltschutz) 1986.12 Fraktion: Sozialliberaler Bürgerblock Umweltschutz)	
Grüne - 1989	Werner Lautz Thomas Dreher Klaus Peter Creamer			
Grüne - 1993	Gerlinde Merg Ulrich Friedrich Koch Magnus Benjes Manfred Lippok		Birgit Köhler-Günther Klaus Peter Creamer	
Grüne - 1997	Ulrich Friedrich Koch Gerlinde Merg Manuela Aßmus Manfred Lippok		Birgit Köhler-Günther Klaus Peter Creamer	
KOMM,A - 2001	(...kandidiert - aber nicht gewählt...)			
KOMM,A - 2006	Peter Merg Malte Koch / Jochum	Felix Günther 2010.08		
KOMM,A - 2011	Birgit Köhler-Günther Ulrich Friedrich Koch Felix Günther Malte Jochum	Christiane Lorenz 2013.11 Wolfgang Krämer 2011.06	Gerlinde Merg	
KOMM,A - 2016	B. K.-Günther Ulrich Friedrich Koch Aline Ross Wolfgang Krämer	Bärbel Huchzermeier 2018.09 Christiane Lorenz 2016.09 Elida Gashi 2019.02	Gerlinde Merg Manfred Lippok	Birgit Köhler-Günther 2018.09
KOMM,A - 2021	Marc-Andre Lyachenko Ulrich Friedrich Koch Sascha Correll Michael Weisbarth Carola Strubelt Axel Wiegand Elisabeth Jung		Barbara Fenske Ingrid Lyachenko Birgit Köhler-Günther	

Namen der Fraktionsvorsitzenden in **blau**
(Stand: 2021)

3. FLUB – 1981 bis 1985

Im März 1981, keine zwei Wochen vor der Kommunalwahl wird ein Offener Brief von Karl Schneider (SPD) an 'die Verantwortlichen in der Interessengemeinschaft Bickenbacher Bürger gegen den Bau der B3-Umgehung (IGB)' flächendeckend in Bickenbach verteilt. Unter seinem Briefkopf als Staatsminister in Wiesbaden erklärt er die politische Verortung von Personen, die in der IGB aktiv sind, nach dem Strickmuster '2 rechts, 2 links' - gemeint sind CDU und die Grünen. Für Birgit Köhler, Kandidatin auf der Liste der Freien Liste Umweltschutz Bickenbach (FLUB) diagnostiziert er:

"grün (aber nur auf der Kreisebene aus Rücksicht auf linke Systemveränderer, in Bickenbach selbstverständlich die der CDU nahestehende FLUB)"

Die Bickenbacher SPD fürchtet den Verlust ihrer komfortablen absoluten Mehrheit. Innerörtlich gibt es mit der IGB eine Bürgerinitiative gegen die von der SPD favorisierte Ostumgehung der B3. In anderen Kreisgemeinden sind Umgehungsstraßen schon fertig oder angedacht. Außerdem will die Gemeinde ein Gewerbegebiet im Westen. (Siehe hierzu IGB 1980: Dokumentation B3-Umgehung Bickenbach, auf dieser Seite links)

Bezüglich der Dorferneuerung gibt es offene Kritik an zu wenig Bürgerbeteiligung. Auch die Tiefflieger, die unsere Gemeinde und alle anderen Gemeinden der Bergstraße drangsaliieren, münden in eine gemeinsame Aktion aller Bergstraßenanwohner, mit Gasballons gegen diese Art des Terrors zu demonstrieren. All dies trägt dazu bei, die



Gedanken einer BI ins Parlament zu tragen. Bundespolitisch liegt der Rücktritt Willy Brands als Bundeskanzler erst wenige Jahre zurück, die sozial-liberale Regierung Schmidt hat nur noch wenige Monate.

Es gibt Protestbewegungen gegen den Ausbau der Atomenergie und die Aufrüstung mit Pershing-Raketen. In Hessen tobt eine heftige Auseinandersetzung um den Ausbau des Frankfurter Flughafens mit der ‚Startbahn West‘, gegen die es im November 1981 eine große Demonstration im ‚Ministerdorf‘ Bickenbach geben wird.

Durch Geburtshilfe der neuen Kreisgrünen wird am 3. Dezember 1980 die Freie Liste Umweltschutz Bickenbach (FLUB) im Gasthaus ‚Zur Rose‘ gegründet.

Die Gründungsmitglieder bevorzugen einen Zusammenschluss als parteiunabhängige Wählergemeinschaft. Zum Vorsitzenden wird Hermann Benjes gewählt. Nahezu zeitgleich gründen sich ein grüner Ortsverband in Seeheim-Jugenheim und die ‚Initiative Umweltschutz Hähnlein, Alsbach und Sandwiese‘ (IUHAS).

Die Gründungsmitglieder der FLUB sind zuvor zum größten Teil in der IGB aktiv gewesen. Nicht von ungefähr spielen im Wahlkampf verkehrspolitische Themen eine große Rolle:

„Es versteht sich von selbst, daß wir die landschaftsvernichtende B3-Umgebung zwischen Bickenbach und Jugenheim ablehnen.“

und

„Mit verkehrspolitischen Maßnahmen () wollen wir auf der Darmstädter Straße das Risiko für Radfahrer, Fußgänger, vor allem aber die unzumutbaren Verhältnisse für ältere Mitbürger und Mütter mit Kindern beseitigen.“

Als ökologische Zielsetzungen werden angesprochen:

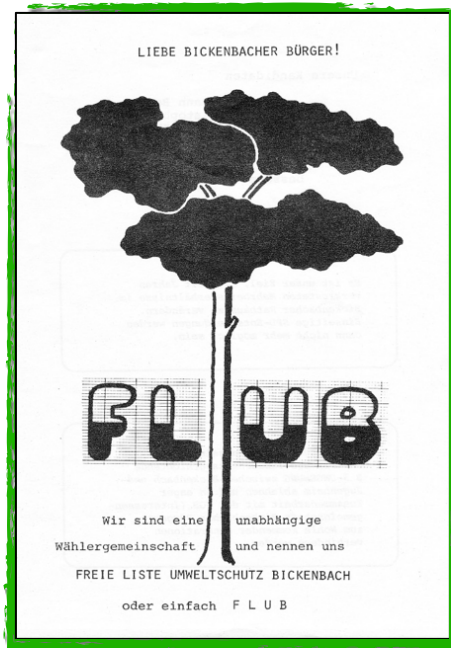
„Wir haben uns vorgenommen, z.B. die Bachläufe in Bickenbach ökologisch sinnvoll zu gestalten und den Ausverkauf der Gärten und Freiflächen nicht dem Ermessen einer einzigen Partei zu überlassen.“

Außerdem soll die Austrocknung des Vogelschutzgebietes hinter der Fohlenweide verhindert und die ‚Sedan-Linde‘ an der Jugenheimer Straße erhalten werden. Man will den ‚Kindern hier in Bickenbach eine lebenswerte Umwelt schaffen und hinterlassen.‘

An den konkurrierenden Parteien wird vor allem deren Politikstil kritisiert:

- das ‚bedenkenlose Vorpreschen der dynamischen Anpacker und Abhacker‘,
- das ‚Verteilen und Absichern von Pöstchen‘ und das Statistendasein.

FLUB, Wahlprogramm 1981



Zur Kommunalwahl 1981 kandidieren:

1. Hermann Benjes
2. Christoph Hornung
3. Birgit Köhler M.A. und
4. Dr. Carl Mumm (Mitglied der SPD)

Zeitgleich treten Birgit Köhler auf Platz 1 und Hermann Benjes auf Platz 5 der Liste der Kreis-Grünen auch zur Wahl in den Kreistag Darmstadt-Dieburg an.

Die Kommunalwahl führt zu deutlichen Verschiebungen bei dem Mehrheitsverhältnissen.



Birgit Köhler, 1980
Foto privat

Jahr	Wahlberechtigt	Wahlbeteiligung		SPD		CDU		FDP		FLUB	
		absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
1972	2786	2455	88,1 %	1569	65,1 %	679	28,2 %	161	6,7 %		
1977	2988	2500	83,7 %	1319	54,4 %	865	35,7 %	239	9,9 %		
1981	3168	2599	82,0 %	1176	46,2 %	919	36,1 %	197	7,7 %	256	10,1 %

- Die SPD hatte von 1972 bis 1977 bereits fast 11% der Stimmen verloren und rutscht mit einem weiteren Minus von über 8% unter die absolute Mehrheit auf nur noch 46,2% Stimmenanteil.
- Die CDU verbucht mit einem Plus von 0,4% gegenüber 1977 einen leichten Zuwachs auf 36,1% nach zuvor starkem Anstieg von 1972 auf 1977 mit 7,5%.
- Die FDP kommt auf 7,7%.
- Die FLUB wird mit 10,1% Stimmenanteil auf Anhieb drittstärkste Kraft in der Bickenbacher Gemeindevertretung.

Von 23 Sitzen in der Gemeindevertretung entfallen auf die SPD 11, auf die CDU 8, auf die FDP 2 und auf die FLUB 2 Sitze. Damit reichen der SPD zur Mehrheitsbildung wenigstens eine der drei anderen Fraktionen aus. Die CDU benötigt entweder die Unterstützung der SPD oder die von FLUB und FDP gemeinsam. FDP und FLUB benötigen zur Mehrheitsbildung entweder die SPD-Fraktion oder die beiden anderen Fraktionen. Angesichts der sozial-liberalen Koalition im Bund und des schlechten Verhältnisses der SPD jeweils zur CDU bzw. der FLUB stehen die Chancen für eine Mehrheitsbildung in der Bickenbacher Gemeindevertretung jenseits der SPD-Fraktion gleich null. Unter den FLUB-Aktiven gibt es neben einer offiziellen Kandidatur zu den Kommunalwahlen Bereitschaftserklärungen zur politischen Mitarbeit. Aus diesem Kreis wird Peter Janek in den Gemeindevorstand entsandt. Er wird nach zwei Jahren von Hardi Fenske abgelöst.



Hardi Fenske, ca. 1980
Foto privat

In den ersten Jahren ihres Auftretens konzentrieren sich die FLUB-Aktiven darauf, das politische Geschehen im Parlament zu kommentieren. Angesichts der Stimmenverhältnisse sieht man keine Chance, für eigene Initiativen Mehrheiten gewinnen zu können. Außerparlamentarisch setzt man sich intensiv für die Themen Müllvermeidung - Mülltrennung - Müllentsorgung und unternimmt Aktionen für mehr Verkehrssicherheit.



FLUB Flyer zum Thema Müll im Herbst 1981 und im Jahr 1982 und Handzettel zum Thema Parken auf Gehwegen (Entwurf: Birgit Köhler)



Dem Prinzip der Rotation entsprechend rückt im Frühjahr 1983 Birgit Köhler in die Fraktion ein und übernahm den Fraktionsvorsitz von Hermann Benjes. Mit ihr nutzt die FLUB-Fraktion ihr Antragsrecht, um ihre Ziele im Handeln der Gemeinde Bickenbach durchzusetzen. Von diesen Anträgen sind noch sieben überliefert - mit folgenden Beschlussvorschlägen:

- Ausschreibung eines Wettbewerbs 'Unser Dorf soll ökologischer werden' - wurde abgelehnt
- Errichtung einer Durchfahrtsperre in der unteren Erbsengasse - wurde beschlossen
- Einführung einer regelmäßigen Sondermüllentsorgung - wurde aufgenommen und später durch den ZAW realisiert
- Austausch von Silberlinden (wegen Gefährdung von Hummeln) - wurde beschlossen
- Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern auf dem Parkplatz Ringstraße - wurde beschlossen
- Querungshilfe für den Radverkehr am Beuneweg v.a. zur Schulwegsicherung - wurde beschlossen
- Maßnahmenkatalog zur Verkehrssicherung - wurde abgelehnt

Gegen Parken auf Gehwegen

FLUB startete Aktion zu mehr Verkehrssicherheit

BICKENBACH (ste). Eine Aktion zur Freihaltung der Bürgersteige von parkenden Fahrzeugen startete die Bickenbacher Freie Liste Umweltschutz am Freitagnachmittag (30.). Mitglieder der FLUB machten sich in der Gemeinde auf den Weg und klemmten gelbe Zettel mit dem Aufdruck „Bitte, parke nicht auf unseren Wegen“ unter die Scheibenwischer von Autos, die den Fußgängern den Bürgersteig streitig machten.

Den Autofahrern empfiehlt man, wenn sie schon nicht öffentlich ausgewiesene Parkplätze benutzen wollten, doch wenigstens auf der Straße zu parken. Diese Behinderung des fließenden Verkehrs in Wohngebieten bedeute letztlich eine Verringerung der Geschwindigkeit und damit eine Erhöhung der Sicherheit vor allem für Kinder. In Bickenbach, so die FLUB weiter, seien im übrigen im Ortszentrum ausreichend Parkplätze vorhanden, um ein Einkaufen ohne große Fußwege zu erlauben. Man habe indessen beobachtet, daß vor allem der Parkplatz am Rathaus nur wenig genutzt werde, dafür seien die Gehwege der benachbarten Straßen umso stärker durch Autofahrer frequentiert.

Mit dieser Aktion will die FLUB die Autofahrer dazu bewegen, ihre Fahrzeuge nicht mehr auf Gehwegen zu parken, außer wenn dies durch Verkehrszeichen ausdrücklich erlaubt sei. Zur Begründung des Unternehmens, das wiederholt werden soll, führte die FLUB an, daß vor allem Rollstuhlfahrer, radelnde Kinder unter acht Jahren und Eltern mit Kinderwagen durch die auf Gehwegen

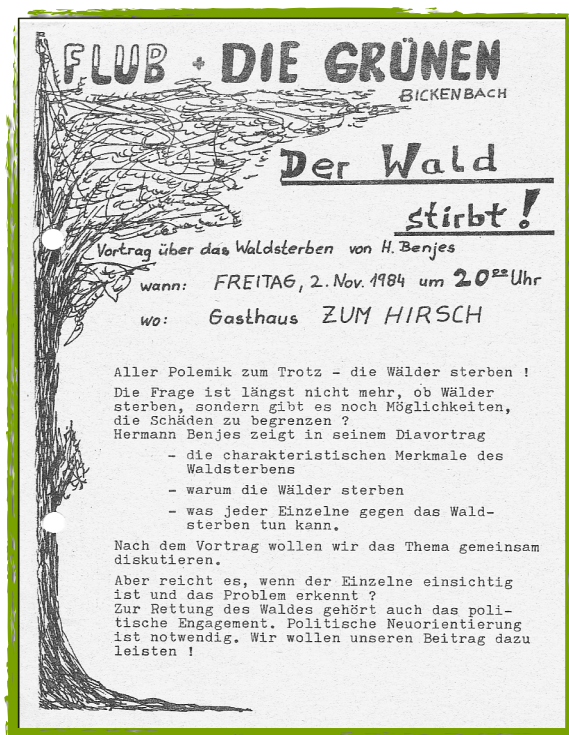
VERÄNDERN ...



DAS RINGEN UM DAS BESSERE
ARGUMENT, DER WETTBEWERB DER MEINUNGEN,
IST DANN ERFOLGREICH,
WENN JEDER ANSPRUCH
AUF BESSERWISSEN,
AUF RECHTHABEN,
AUF ENDGÜLTIGKEIT
FEHLT.

4. DIE GRÜNEN – 1985 bis 1989

Im Herbst 1984 finden zwischen den Grünen und der FLUB Gespräche über eine Zusammenarbeit, die Kandidatur zu den Kommunalwahlen 1985 sowie die politischen Schwerpunkte für die kommenden Jahre statt. Anfang November organisieren beide Gruppierungen eine gemeinsame Veranstaltung zum Thema Waldsterben.



Im neuen grünen Ortsverband sind folgende Bickenbacherinnen und Bickenbacher aktiv: Hermann Benjes, Klaus Peter Creamer, Christoph Didion, Thomas Dreher, Ulrike Koch, Birgit Köhler, Werner Lautz, Werner Maryska, Angela Seeler, Ralf-Dieter Schmitt, Ulrich Schmitt, Sandro Tomas, Iris Wilumeit und Andrea Zimmermann-Pawlowsky.

Im Januar 1985, zwei Wochen nach der offiziellen Gründung des Ortsverbands Bickenbach der Grünen, wird auf eine Versammlung der Wahlvorschlag für die Kommunalwahl 1985 für die Partei 'Die Grünen' beschlossen. Aufgestellt werden:

1. Ulrich Schmitt, Elektrotechniker
2. Christoph Didion, Student
3. Werner Lautz, Kunststoff-Verarbeiter
4. Angela Seeler, Betriebswirtin
5. Klaus Peter Creamer, Redakteur

Angela Seeler wurde zur Wahl nicht zugelassen, da sie am Wahltag noch keine sechs Monate in Bickenbach gemeldet war. Vom grünen Ortsverband wird sie als Kandidatin für den Gemeindevorstand vorgesehen.

Die Grünen, Wahlprogramm 1985



**Alternative:
DIE GRÜNEN**

**Wer wir sind
und
was wir wollen**

- Die GRÜNEN Bickenbach treten zur Kommunalwahl am 10. März 1985 an.
- Wir wollen, daß GRÜNE Politik im Gemeindeparlament vertreten wird.

Deshalb am 10. März 1985:

GRÜNER WIND INS ROTE RATHAUS!!!

Im Vordergrund unserer politischen Arbeit stehen:

Umweltschutz

- Müll: - VERMEIDEN ←
- VERMINDERN → VERWERTEN
- beseitigen
- Reduzierung und Verhinderung von Schadstoffen in Boden, Luft und Wasser
- Energiesparkonzepte

Natur- und Landschaftsschutz

KEINE B3-Umgehung

- Verkehrsberuhigung durch Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs
- ARTENSCHUTZ - Erhaltung und Verbesserung der Lebensräume von Pflanzen, Tieren und Menschen
- Renaturierung von Fließgewässern
- naturgerechte Pflege von öffentlichen und privaten Flächen

Soziales Engagement

- Kinder- und Jugendarbeit (Spielstraßen, Spielplätze, offene Jugendarbeit u.a.)
- Verbesserung der Situation der älteren Mitbürger
- kommunales Wahlrecht für ausländische Mitbürger

Öffentlichkeitsarbeit

- Aufklärung über Umweltbelastungen und mögliche Maßnahmen
- Anreize für ökologische, energiesparende Vorhaben
- Veranstaltungen zu Umweltthemen
- Praktische Tips und vieles mehr

Mehr Demokratie wagen, auch in Bickenbach

Der Ortsverband der GRÜNEN besteht aus 15 Frauen und Männern im Alter zwischen 18 und 60 Jahren. Wir wollen gemeinsam mit allen umweltbewußten Bürgern/Bürgerinnen Bickenbachs ökologisch orientierte Kommunalpolitik im Gemeindeparlament vertreten.

Unsere wöchentlichen Treffen (immer Donnerstags um 20.00 Uhr im Nebenzimmer der Gaststätte "Zum Hirsch") sind deshalb öffentlich. Wer will, kann mitdiskutieren, mitarbeiten.

Unsere Kandidaten

Um den Vorstellungen der Bickenbacher GRÜNEN auch den notwendigen Nachdruck zu verleihen, haben wir uns entschlossen, an der Kommunalwahl teilzunehmen. Vier Kandidaten wurden beauftragt, die in den Treffen erarbeiteten Vorstellungen der GRÜNEN im Gemeindeparlament darzustellen und mehrheitsfähig zu machen.

Zur Wahl am 10. März 1985 kandidieren:

- Ulrich Schmitt, Elektronik-Techniker
- Christoph Didion, Jurastudent
- Werner Lautz, Kunststoffverarbeiter
- Klaus Peter Craemer, Redakteur

Für alle, die sich konkret für unsere Arbeit interessieren, stehen wir am 2. und 9. März 1985 am Infostand vorm Rathaus zur Verfügung.

Hinweis:

Am 1. März 1985 findet um 20.00 Uhr im Gasthaus "Zum Hirsch" eine Veranstaltung zum Thema

VERKEHRSBERUHIGUNG durch Straßenbau ?

mit Robert Schweitzer statt.

V.i.S.d.P.:

Angela Seeler, Jugenheimer Str. 9, 6101 Bickenbach

Drei Wochen vor der Kommunalwahl überrascht Ulrich Schmitt den Ortsverband mit dem Antrag, mit der SPD Bickenbach 'eine verantwortungsvolle Zusammenarbeit an(zu)- streben'. Darüber hinaus hatte er ein Flugblatt eigenmächtig und ohne Rücksprache mit dem Ortsverband abgeändert. Beides führt zu heftiger Kritik und eindeutiger Ablehnung im Ortsverband. Vier Tage vor der Kommunalwahl erklärt Ulrich Schmitt seinen Austritt aus dem Ortsverband der Grünen.

Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung zwei Tage vor der Wahl fordert der grüne Ortsverband Ulrich Schmitt auf, ein Mandat, dass er für die Grünen erhalten könne, ggfs. nicht anzunehmen.

Die Kommunalwahl am 10. März 1985 führt gegenüber der Wahl vier Jahre zuvor zu einer starken Stimmverschiebung zwischen SPD und CDU zu Gunsten der SPD.

Jahr	Wahlberechtigt	Wahlbeteiligung		SPD		CDU		FDP		FLUB Grüne	
		absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
1972	2786	2455	88,1 %	1569	65,1 %	679	28,2 %	161	6,7 %		
1977	2988	2500	83,7 %	1319	54,4 %	865	35,7 %	239	9,9 %		
1981	3168	2599	82,0 %	1176	46,2 %	919	36,1 %	197	7,7 %	256	10,1 %
1985	3294	2622	79,6 %	1423	55,0 %	713	27,6 %	202	7,8 %	249	9,6 %

- Die SPD erhält 55,0% der Stimmen, 8,8% mehr als 1981. Damit gewinnt sie -wieder- die absolute Mehrheit der Stimmen und kann im Parlament praktisch alleine entscheiden.
- Die CDU erhält mit 27,6% 8,5% weniger Stimmen als vier Jahre vorher.
- Die FDP bleibt mit 7,8% etwa auf dem Niveau der vorhergegangenen Kommunalwahl.
- Die Grünen verlieren 0,4% des Wählerstimmenanteils der FLUB und landen bei 9,6% der Wählerstimmen.

Von 23 Sitzen in der Gemeindevertretung erhalten die SPD 13, die CDU 6, die FDP 2 und die Grünen 2 Sitze.

Nach der Wahl wird das Zerwürfnis zwischen dem grünen Ortsverband und ihrem Spitzenkandidaten durch Berichterstattung in der Presse öffentlich bekannt.

Zwei Wochen nach der Wahl beantragt der grüne Ortsverband den Parteiausschluss aus der Partei Die Grünen beim Landesverband 'wegen parteischädigenden Verhaltens'.

Einen Monat nach der Wahl, am Tag der konstituierenden Sitzung der neugewählten Gemeindevertretung, informiert der grüne Ortsverband den Gemeindevorstand in

einem Schreiben offiziell über den Parteiausschluss von Ulrich Schmitt und spricht im ab, 'als grünes Mitglied aufzutreten und im Namen der Grünen zu sprechen'. In diesem Schreiben wird u.a. ausgeführt:

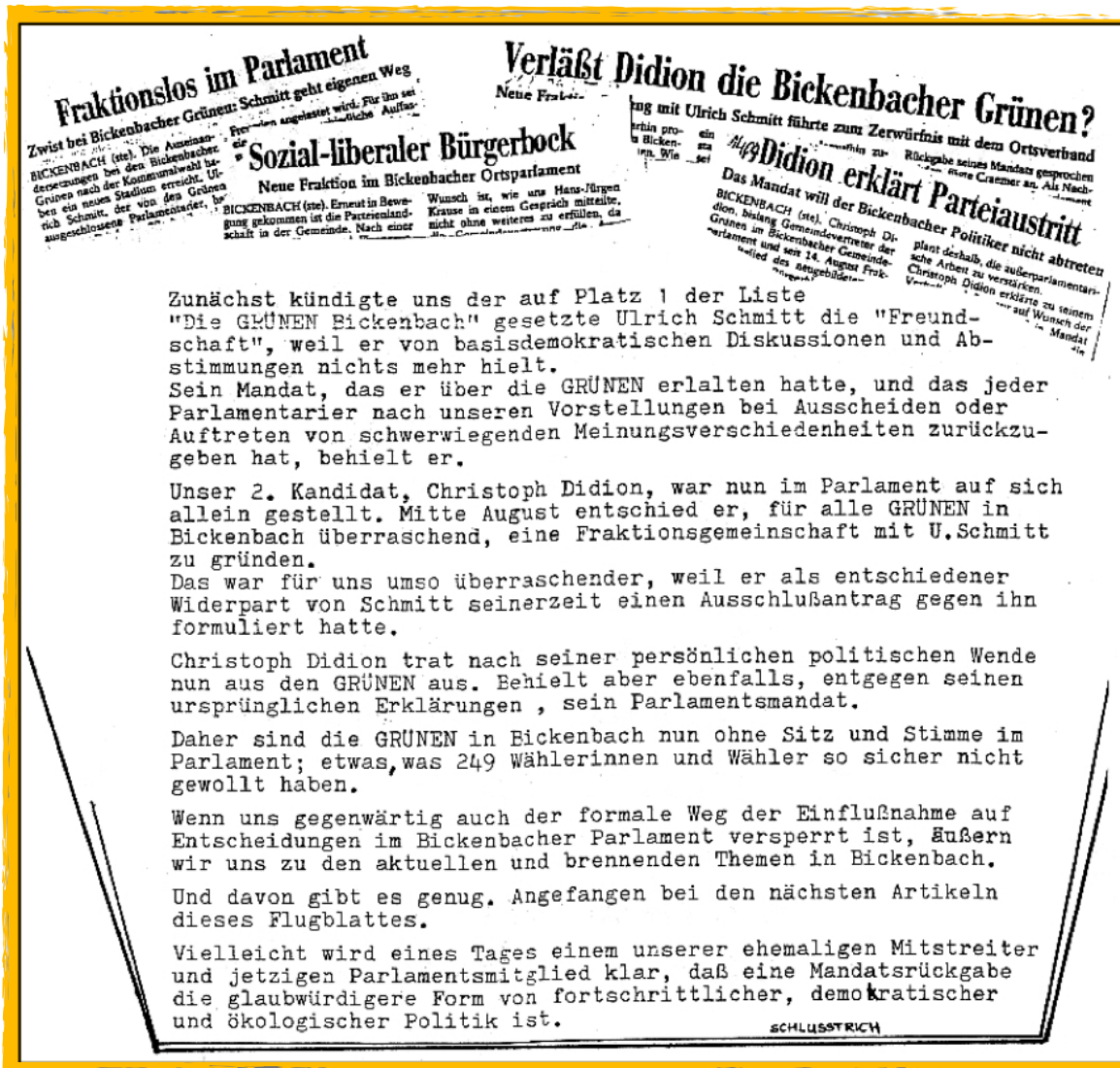
"Im Januar 1985 wurde der OV-Bickenbach mit dem Ziel gegründet, () zur Kommunalwahl anzutreten, damit im Gemeindepapament GRÜNE Politik vertreten wird. Zwar war die politische Zielrichtung innerhalb des OV's der größte gemeinsame Nenner, jedoch konnten Detailfragen in kurzer Zeit nicht erarbeitet werden. Im Hinblick auf die zu erstellende GRÜNE-Liste wurde den Kandidaten ein Vertrauensvorschuss dahingehend eingeräumt, daß sie sich an basisdemokratische Beschlüsse des OV's halten werden. Da wir uns alle noch nicht gut kannten, verbanden wir die Aufstellung der Kandidaten mit dem Hinweis, GRÜNE Abgeordnete aus der Gemeindevertretung wieder zurückrufen zu können (). Auch Herr Schmitt stimmte dieser Vereinbarung deutlich zu. Aufgrund dieser Zusage wurde Herr Schmitt () auf die Liste gewählt. () Die Bitte des OV's an ihn, sein Mandat wegen mangelnden Vertrauens zurückzugeben, offenbarte Herrn Schmitt's wahre Absichten. Ihm ging es, so ließ er wissen, einzig und allein darum, das Mandat zu behalten, um der SPD die Mehrheit zu verschaffen. Er werde dafür mit allen Mitteln kämpfen.“

Damit verlieren die Grünen ihren Status als Fraktion und es fehlen die notwendigen Stimmen, ihre Kandidatin für den Gemeindevorstand durchzubringen! Ulrich Schmitt wird dies zehn Jahre später so kommentieren:

„Nach der Abgabe der Kandidatenliste zur Wahl 1985 traten sehr bald die unterschiedlichen Demokratievorstellungen ans Tageslicht. Die bedingungslose Umsetzung des imperativen Mandats wurde zum Knackpunkt im Ortsverein hochstilisiert.“

Der verbliebene Gemeindevertreter für die Grünen, Christoph Didion, hatte sich vor der Wahl verpflichtet, sich an die Voten des grünen Ortsverbandes zu halten. Ulrich Schmitt hatte dies in seinem Antrag an die Mitgliederversammlung Mitte Februar 1985 selbst so formuliert: 'Die Grünen bekennen sich zur Basisarbeit und zum imperativen Mandat.' Kurz nachdem Christoph Didion in die Gemeindevertretung eingezogen war wurde er Mitglied der grünen Partei. Mitte August 1985 berichtet das Darmstädter Echo über die Bildung einer neuen Fraktion in der Bickenbacher Gemeindevertretung unter dem Namen 'Sozialliberaler Bürgerblock Umweltschutz' durch Ulrich Schmitt und Christoph Didion.

Mitte September gibt Didion seinen grünen Mitgliedsausweis zurück. Der Aufforderung seitens des grünen Ortsverbandes, sein Mandat zurückzugeben, leistet er keine Folge. Damit sind die Grünen wenige Monate nach der Kommunalwahl nicht mehr im Gemeindepapament vertreten. Diese Situation kommentiert der Ortsverband in seinem Flyer 'Grün kaputt?' im Oktober wie folgt:



Ein halbes Jahr nach der Kommunalwahl hat sich die Zahl der Aktiven im grünen Ortsverband aus den unterschiedlichen Gründen mehr als halbiert:

- Birgit Köhler geht in Familienpause, unterstützt aber einzelne außerparlamentarische Aktionen
- Hermann Benjes beginnt im Jahr 1985 seine bundesweiten Vortragsreisen in Sachen Waldsterben und Biotopvernetzung und hat daher für die Arbeit vor Ort keine Zeit mehr
- Ulrich Schmitt tritt aus dem Ortsverband aus und gründet eine konkurrierende Fraktion
- Ralf-Dieter Schmitt stellt nach dem Konflikt zwischen dem Ortsverband und seinem Bruder die Mitarbeit ein
- Christoph Didion tritt aus dem Ortsverband aus und begründet eine Fraktionsgemeinschaft mit Ulrich Schmitt
- Iris Wilumeit zieht von Bickenbach weg
- Angela Seeler stellt ihre Mitarbeit ein
- Sandro Tomas stellt seine Mitarbeit ein

Einige Zeit später zieht Ulrike Koch in eine Nachbargemeinde und stellte ihre Mitarbeit im Bickenbacher Ortsverband ein.

Ende 1986 legt Christoph Didion sein Mandat aus persönlichen Gründen nieder. Dadurch kann mit Werner Lautz wieder ein Mitglied der Grünen in die Bickenbacher Gemeindevertretung einziehen.

Die Grünen versuchen nun verstärkt, über außerparlamentarische Initiativen politische Einflussnahme auszuüben, mit folgenden Schwerpunkten:

- Verkehr: Verhinderung der B3-Ostumgehung - Verkehrsberuhigung - Tempo 30 - Querungshilfe über die B3 am nördlichen Ortsausgang - Förderung des Öffentlichen Personen Nahverkehrs - Schnelle Straßenbahn



Flyer zur B3-Umgehung im Februar 1985 und Flyer zu Tempo 30 im April 1986

Tempo 30 der erste Schritt zur Verkehrsberuhigung

Bickenbach arbeitet Prioritätenliste ab – Konzept Bahnhofstraße stößt auf Kritik – Demnächst im Parlament

BICKENBACH (ste). Seit einigen Tagen gibt es in Bickenbach eine Tempo-30-Regelung in zwei Zonen: einmal in der Darmstädter Straße (Bundesstraße 3) zwischen den Einmündungen Jugenheimer Straße und Bebelstraße sowie in der Pfungstädter Straße zwischen der Einmündung Waldstraße und der Bundesstraße 3. Damit sollen zwei Engpässe der Ortsdurchfahrt sicherer gemacht werden.

Diese neue Regelung halten jedoch die Mitglieder des Bickenbacher Ortsverbands der Grünen für unzureichend. Sie fordern eine generelle Einführung von Tempo 30 in allen Straßen der Gemeinde und als flankierende Maßnahme hierzu die Einführung der Vorfahrtsregelung rechts vor links in ganz Bickenbach mit Ausnahme der B 3.

Dauerthema

Differenzierter sieht dagegen der Planungs- und Bauausschuß die Verkehrslage in Bickenbach. Für diesen Ausschuß ist die Verkehrsberuhigung inzwischen zum Dauerthema geworden. Herbert Engelhard, der Vorsitzende dieses Ausschusses, erläuterte dazu in einem Gespräch, daß vor der Verkehrsberuhigung eine Prioritäten-

liste der Ortsstraßen erstellt worden sei. Die jetzt eingeführten Tempo-30-Zonen seien nach dieser Liste erste Maßnahmen. Weitere sollten sich bald anschließen, versprach Engelhard. Er unterstrich dabei, daß mit einer generellen Einführung von Tempo 30 und einer Vorfahrtsänderung die Sache nicht abgetan werden könne.

Bäume am Straßenrand

Nachdem die geplante B-3-Umgehung vom Bund aus Dringlichkeitsstufe A nach C rückversetzt worden ist, beurteilt Engelhard die Chancen für den Bau skeptisch. In den kommenden 20 Jahren sei wohl nicht mehr damit zu rechnen. Es sei deshalb wichtig, auf den Durchfahrtsstraßen mit Einzelmaßnahmen Verbesserungen in der Verkehrssicherheit und Verkehrsberuhigung zu erzielen. So soll die Darmstädter Straße (B 3) nach einem im Ausschuß erstellten Plan mit Bäumen bepflanzt werden, wo dies die Bürgersteigbreite erlaubt.

Damit soll die Straße optisch verengt werden.

Derzeit werden die Anwohner angeschrieben und um ihre Stellungnahme gebeten. Die Pflanzaktion soll dann

im Herbst folgen. Für den unteren Teil dieser Straße – beim Jagdschloß – wünscht der Ausschuß eine zusätzliche Fußgängerampel.

Das Parken auf dem Bürgersteig in dieser Straße will der Ausschuß ebenfalls angehen. Er ist grundsätzlich gegen ein Halteverbot, weil eine von parkenden Fahrzeugen freie Bahn die Durchfahrtsgeschwindigkeit erhöhen würde. Es soll daher geprüft werden, ob die Bürgersteige in dieser Straße durch Poller gegen parkende Autos gesichert werden können. Wer in dieser Straße dann parken will, soll es auf der Fahrbahn tun.

Auch in der Pfungstädter Straße soll eine zusätzliche Fußgängerampel in Höhe der Rhein- und Ringstraße vor allem dem Schulweg der Kinder sicherer machen sowie den Verkehr beruhigen.

Problem Hügelstraße

Problematisch sieht der Ausschuß dagegen die Situation in der Hügelstraße, die von vielen Bickenbachern als Verbindung zur Straßenbahnlinie in Alsbach und von vielen Alsbachern als direkter Zugang zur B 3 benutzt wird. Sie müsse daher eine Durchgangsstraße bleiben und könne nicht

abgeschottet werden, meint der Ausschuß. Auch die Buslinie über dieser Straße mache das erforderlich.

Problematisch gestaltet sich nach den bisherigen Erkenntnissen die Verkehrsberuhigung in der Bahnhofstraße. Hier kann – solange die neue Bahnunterführung an anderer Stelle nicht gebaut ist und die Zufahrt zum Gewerbegebiet wie zum Ausflugsziel Erlensee neu geregelt wird – der Verkehr nicht reduziert, sondern nur verlangsamt werden. Ein von Fachleuten erstelltes Konzept sah als wirksamstes Mittel den Einbau von mehreren einspurigen Schleusen vor. Die Maßnahme wurde bereits vom Land als förderungswürdig anerkannt.

Anwohner dagegen

Bei einer Bürgeranhörung lehnte der überwiegende Teil der Anwohner dieses Konzept ab. Sogar ein reduziertes Programm, das nur den Einmündungsbereich bis zum Hoffmannspfad beruhigen sollte, stieß auf Ablehnung bei Anwohnern und Benutzern der Straße, vor allem bei den Landwirten und den Betrieben im Gewerbegebiet. Eine endgültige Entscheidung über die Maßnahme in der Bahnhofstraße soll nun am 24. April von der Gemeindevertretung gefällt werden.

Darmstädter Echo, 11.04.1986

Eingabe an die Gemeinde zur Verkehrsberuhigung in der Bahnhofstraße 1985-1986



DIE GRÜNEN

Ortsverband Bickenbach

Verkehrsberuhigung in der Bahnhofstraße

Vorschläge der GRÜNEN zur Verkehrsberuhigung in der Bahnhofstraße als ERGÄNZUNG zu den PLÄnen der Gemeinde.

Flyer zur Verkehrsberuhigung in der Bahnhofstraße im Januar 1986

- Umwelt: Müllvermeidung - Benzolbelastung - Renaturierungsmaßnahmen - Aufbau einer Naturhecke - Vernetzung der Landschaften - Verhinderung eines dritten Verbrennungsofens in der Sondermüllverbrennungsanlage Biebesheim - Stilllegung des AKW Biblis
- Soziales: Verwirklichung einer offenen Jugendarbeit in Bickenbach - Errichtung eines Kinderspielplatzes im Kiefernwald

Flyer zur Müllvermeidung im Jahr 1987 und zum AKW Biblis im Februar 1989



Weitere Initiativen:

- Verkehrssicherung bei Schnee und Eis im Januar 1986
- Resolution gegen die Erweiterung der SVA Biebesheim im April 1986
- Klaus Peter Creamer: Tempo 30, Match Ball Heft 20 im Mai 1986
- Antragsentwurf Querungshilfe B3, Höhe 'Im Sachsenhausen' (undatiert)
- Antrag der Fraktion Die Grünen zum Thema 'Anbindung des Gewerbegebiets und des Erlensees an den Ortskern Bickenbach' im März 1987
- Hermann Benjes: Am Neuen Weidgraben aus: Bickenbacher Magazin - Heft 26 - November 1987
- Klaus Peter Creamer: Tiefflugterror aus: Bickenbacher Magazin Heft 32 - im März 1989

5. DIE GRÜNEN – 1989 bis 1993

Ende der achtziger Jahre ist die Personaldecke der Bickenbacher Grünen ausgesprochen dünn. Trotzdem gelingt es, eine Kandidatenliste für die Kommunalwahl 1989 aufzustellen.

Der am 23. Januar 1989 beschlossene Wahlvorschlag enthält folgende Personen:

1. Werner Lautz, Kunststoff-Verarbeiter
2. Thomas Dreher, Student
3. Klaus Peter Creamer, Redakteur
4. Wolfgang Barth, Diplom Pädagoge
5. Hermann Benjes, Kaufmännischer Angestellter

Ein Wahlprogramm der Grünen für diese Kommunalwahl ist nicht überliefert.

Die Kommunalwahl am 12. März 1989 führt gegenüber der Wahl vier Jahre zuvor erneut zu einer Stimmverschiebung zwischen SPD und CDU zu Gunsten der SPD. Die Zugewinne der Grünen dürften sich sowohl aus dem Reservoir der SPD als auch der CDU speisen.

Jahr	Wahlberechtigt	Wahlbeteiligung		SPD		CDU		FDP		FLUB Grüne	
		absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
1972	2786	2455	88,1 %	1569	65,1 %	679	28,2 %	161	6,7 %		
1977	2988	2500	83,7 %	1319	54,4 %	865	35,7 %	239	9,9 %		
1981	3168	2599	82,0 %	1176	46,2 %	919	36,1 %	197	7,7 %	256	10,1 %
1985	3294	2622	79,6 %	1423	55,0 %	713	27,6 %	202	7,8 %	249	9,6 %
1989	3484	2779	79,8 %	1600	58,6 %	591	21,6 %	216	7,9 %	325	11,9 %

- Die SPD gewinnt 58,6% der abgegebenen Stimmen, 3,6% mehr als 1985. Damit erringt sie -erneut, aber letztmalig- die absolute Mehrheit der Stimmen und kann Entscheidungen des Parlaments alleine durchsetzen.
- Die CDU verbucht für sich 21,6%. Dies bedeutet einen Verlust von 6,0% gegenüber der Wahl vier Jahre zuvor. Damit hat sie in 8 Jahren knapp 15% ihrer Stimmenanteile von 1981 verloren - das sind absolut 328 Wähler*innen-Stimmen. Sie verliert mehr als ein Drittel ihrer Wähler*innen von 1981.
- Die FDP bleibt mit 7,9% wiederum etwa auf dem Niveau der beiden vorhergegangenen Kommunalwahlen.
- Die Grünen erringen 11,9% der Stimmen. Das sind 2,3% bzw. absolut 76 Wähler*innen und damit knapp ein Drittel mehr gegenüber der Wahl von 1985.

Von 23 Sitzen in der Gemeindevertretung erhalten die SPD 13, die CDU 5, die FDP 2 und die Grünen 3 Sitze. Die Grünen verzichten auf eine Kandidatur für den Gemeindevorstand.

Aus dieser Zeit existiert ein einziges Dokument über parlamentarische Initiativen der Grünen: Anfrage der Fraktion Die Grünen zum Thema 'Konzessionsverträge' im Januar 1990

Die Aktivitäten der Grünen bewegten sich in diesem Zeitraum ganz überwiegend im Bereich der Meinungsbildung und Überzeugungsarbeit.

Die gewählten Themenschwerpunkte sind Umwelt- und Naturschutz, Müll, Verkehr und das nahe gelegene Atomkraftwerk Biblis. Daneben beschäftigt man sich auch mit dem Ortsbild.

Stilistisch sind dies nicht nur Beiträge im Sinne von Sach- und Fachinformationen. Satire wird zum Vehikel, unter den Nägeln brennende Themen anzusprechen. Als Plattform dafür wird das vierteljährlich erscheinende 'Bickenbacher Magazin', herausgegeben vom MATCHBALL-Verlag Thomas Klang, intensiv genutzt:

Umwelt- und Naturschutz

- Hermann Benjes: Hummelsterben in Bickenbach aus: Bickenbacher Magazin - Heft 33 - September 1989
- Hermann Benjes: Das Problem der Frau Dalle - betrifft uns alle (zum Thema Wasser) aus: Bickenbacher Magazin - Heft 37 und 38 - September und Dezember 1990
- Hermann Benjes: Das Waldsterben in Bickenbach aus: Bickenbacher Magazin - Heft 45 - September 1992
- Hermann Benjes: Vogelschutz aus: Bickenbacher Magazin - Heft 43 und 44 - März und Juni 1992

Müll und Sondermüll

- Werner Lautz: Giftmüllverbrennung in Biebesheim - Keine Gefahren für Bickenbach? aus: Bickenbacher Magazin - Heft 33 - September 1989
- Flyer zur Giftmüllverbrennung im Oktober 1989
- Werner Lautz: Der dritte Ofen bei der HIM aus: Bickenbacher Magazin - Heft 44 - Juni 1992
- Klaus Peter Creamer: Wohin mit dem Müll? aus: Bickenbacher Magazin - Heft 35 - März 1990



Verkehr

- ▶ Hermann Benjes: Das Problem der Frau Dalle - betrifft uns alle (Behindertenparkplatz) aus: Bickenbacher Magazin - Heft 39 - März 1991
- ▶ Hermann Benjes: Die Blechkanone aus: Bickenbacher Magazin - Heft 45 - September 1992
- ▶ Hermann Benjes: Einkaufen in Bickenbach aus: Bickenbacher Magazin - Heft 46 und 47 - Dezember 1992 und März 1993

AKW Biblis

- ▶ Werner Maryska: Störfälle im Atomkraftwerk Biblis - Geschichte ohne Ende (?) aus: Bickenbacher Magazin - Heft 32 - Juni 1989

Schönes Bickenbach

- ▶ Hermann Benjes: Schönes Bickenbach aus: Bickenbacher Magazin - Heft 44 bis 46, 48 und 54 - Juni, September und Dezember 1992, Juni 1993 und Dezember 1994

6. DIE GRÜNEN – 1993 bis 1997

Im Herbst 1992 plakatiert der kleine grüne Ortsverband einen Aufruf zur Kandidatur auf einer offenen grünen Liste für die Kommunalwahl 1993. Werner Lautz will aus gesundheitlichen Gründen eigentlich nicht wieder kandidieren, Thomas Dreher ist mit seiner Berufsausbildung ausgelastet. Ohne neue Leute wird eine Kandidatur der Grünen unmöglich. Zum öffentlichen Gespräch darüber erscheinen Gerlinde Merg, im Ort bekannt durch ihre Arbeit in der Elterninitiative, Manfred Lippok und Ulrich Friedrich Koch - alle drei keine gebürtigen Bickenbacher, sondern Neubürger. Das gibt Grund zur Hoffnung und es wird intensiv nach weiteren Interessierten gesucht. Auf einer Versammlung im Dezember 1992 wird folgender Wahlvorschlag beschlossen:

1. Ulrich Friedrich Koch, Sozialarbeiter
2. Gerlinde Merg, Diplom-Verwaltungswirtin
3. Magnus Benjes, Student
4. Manfred Lippok, Diplom-Ingenieur
5. Birgit Köhler-Günther, M.A. Erziehungswissenschaft
6. Klaus Peter Creamer, Redakteur
7. Werner Lautz, Kunststoff-Verarbeiter



(v.l.n.r.: Werner Lautz, Ulrich Koch, Gerlinde Merg, Manfred Lippok, Klaus Peter Creamer, Magnus Benjes, Birgit Köhler-Günther)

DIE GRÜNEN, Wahlprogramm 1993:

In zwei Flyern werden Aussagen zu mehreren Themen gemacht:

- Grundposition: ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei
- Kindergarten und Grundschule
- Verkehrssituation
- Bevorstehende Bürgermeister-Direktwahl
- Bickenbachs Finanzen
- Müll: Vermeiden statt verwalten
- Sondermüllverbrennungsanlage: geplanter 3. Ofen



In dieser Zeit berichtet Gerlinde Merg über eine Diskussionsveranstaltung der Bickenbacher Elterninitiative 'Eltern fragen - Politiker antworten' im Vorfeld der Kommunalwahl, veröffentlicht im: Bickenbacher Magazin - Heft 48 - Juni 1993.

Die Kommunalwahl am 7. März 1993 bringt folgendes Ergebnis:

Jahr	Wahlberechtig	Wahlbeteiligung		SPD		CDU		FDP		FLUB Grüne	
		absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
1972	2786	2455	88,1 %	1569	65,1 %	679	28,2 %	161	6,7 %		
1977	2988	2500	83,7 %	1319	54,4 %	865	35,7 %	239	9,9 %		
1981	3168	2599	82,0 %	1176	46,2 %	919	36,1 %	197	7,7 %	256	10,1 %
1985	3294	2622	79,6 %	1423	55,0 %	713	27,6 %	202	7,8 %	249	9,6 %
1989	3484	2779	79,8 %	1600	58,6 %	591	21,6 %	216	7,9 %	325	11,9 %
1993	3530	2553	72,3 %	1203	49,0 %	588	23,9 %	241	9,8 %	424	17,3 %


- Die SPD verliert gegenüber der Kommunalwahl 1989 absolut ein Viertel ihrer Wählerschaft, knapp 400 von 1.600. Relativ ist das ein Verlust von 9,6%. Mit noch 49% bleibt die SPD zwar stärkste Kraft in der Bickenbacher Gemeindevertretung, verliert aber die seitherige absolute Mehrheit. Rechnerisch wechselt etwa die Hälfte ihrer abgewanderten Wähler*innen zur Konkurrenz, die andere Hälfte geht nicht wählen.

- Die CDU gewinnt relativ 2,3% gegenüber der vorangegangenen Kommunalwahl, absolut gesehen verliert sie 3 Wähler*innen.
- Die FDP gewinnt knapp 2%, absolut 25 Wähler*innen hinzu.
- Die Grünen legen relativ mit 17,3% aller abgegebenen Stimmen gegenüber 1989 5,4% zu, gewinnen absolut knapp 100 Wähler*innen neu. Dies ist ein außerordentlich gutes Ergebnis.

Von 23 Sitzen in der Gemeindevertretung erhalten die SPD 11, die CDU 6, die FDP 2 und die Grünen 4 Sitze. Dies bedeutet, eine Mehrheit gegen die SPD ist nur möglich, wenn alle drei anderen Fraktionen gemeinsam abstimmen. Dagegen benötigt die SPD für ihre politischen Ziele lediglich die Zustimmung eines weiteren Mitglieds der Gemeindevertretung.

Bedingungen für eine rot-grüne Zusammenarbeit
in Bickenbach 1993-1997

seitens der Grünen
aufgestellt am 15. April 1993



1. Verkehr

- * Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs
 - Initiative für eine Ringbuslinie gemeinsam mit den Nachbargemeinden
 - Umgestaltung am Bahnhof:
 - . Ausbau und Verbesserung der Fahrradabstellanlage
 - . Wiedereröffnung des Warteraums
- * Verzicht auf alle Initiativen zum Bau einer Umgehungsstraße

2. Natur-/Umweltschutz

- * Waldaufforstung mit Mischwald
- * Anlage von Feldholzinseln und Streuobstwiesen
- * Fortführung der Landbachrenaturierung
- * Aufbau einer Umweltberatung
- * Maßnahmen gegen die Inbetriebnahme eines dritten Ofens in der SVA-Biebesheim - weitere Mitarbeit in der KAG

3. Planung

- * Ausweisung eines neuen Gewerbegebiets nur einvernehmlich
- * Baugebiet 'Im Leierhans': Umlegungsverfahren 45%
- * Aufstellung weiterer Bebauungspläne für die noch nicht beplanten Bereiche des Ortskerns, speziell für das Gebiet um die Kaserne/Jagdschloß
 - . Abriß des Raiffeisenbank-Gebäudes erst nach Entwicklung eines Gestaltungskonzepts
 - . frühzeitige Beteiligung der Grünen an den Planungen
 - . kein Verkauf von Wohnungen der Kaserne als Eigentumswohnungen

4. Mitwirkung

- * Position der/s 1. Beigeordneten

Vor der ersten Sitzung der neu gewählten Gemeindevertretung führen wir getrennt Gespräche mit allen Fraktionen, um die Perspektiven für die kommunalpolitische Arbeit in der Gemeinde zu klären. Hinsichtlich einer möglichen Zusammenarbeit mit der SPD legen wir unsere Verhandlungslinie fest.

Die Bilanz dieser Gespräche ergibt: Alle anderen Fraktionen sind zuvörderst an einer Klärung der Personalfragen interessiert: Besetzung der Position der / des Ersten Beigeordneten, Vorsitz der Gemeindevertretung und Vorsitz der Ausschüsse. Sachfragen werden angesprochen und andiskutiert.

Entscheidungen sollen nach internen Beratungen fallen. Wir bekommen ein fernmündliches Feedback über die Beratung der beiden großen Fraktionen erst unmittelbar vor der Berichterstattung im Darmstädter Echo.

Für die Wahl zum Gemeindevorstandes stellen wir eine eigene Wahlliste auf:

1. Klaus Peter Creamer
2. Birgit Köhler-Günther
3. Burkhard Merg
4. Ute Arndt
5. Ulrich Friedrich Koch
6. Magnus Benjes
7. Manfred Lippok

SPD und CDU: Eine Liste

Zur Beigeordnetenwahl in Bickenbach

BICKENBACH (ste). Für die konstituierende Sitzung der Bickenbacher Gemeindevertretung am Donnerstag (29.) streben die beiden größten Fraktionen, SPD und CDU, eine Listenverbindung zur Wahl der Beigeordneten an. Diese Entscheidung wurde am Montagabend von beiden Fraktionen in getrennten Sitzungen getroffen.

Vorausgegangen waren Verhandlungen der vier Rathausfraktionen. Jürgen Zeißler, der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins, verwies darauf, daß sich die SPD in den Vorverhandlungen mit den anderen Parteien wegen deren dabei geäußerten Ämterwünsche unter Druck gesetzt sah und daher die jetzt beabsichtigte Listenverbindung mit der CDU bevorzuge.

Robert Middel, der Vorsitzende der Bickenbacher CDU, betonte, daß nach Gesprächen mit allen Fraktionen eine breite Basis der richtige Weg für die Wahl der Beigeordneten sei. Bei einer Zusammenkunft am heutigen Mittwoch (28.) wollen die Vertreter beider Fraktionen die weiteren Modalitäten festlegen.

Die Verteilung der Beigeordnetensitze könnte nach den Vorstellungen von SPD und CDU bei einer gemeinsamen Liste so aussehen, daß von den neun Sitzen im Gemeindevor-

stand vier an die SPD und drei an die CDU entfallen. Je ein Sitz ginge an die Grünen und die FDP.

Die SPD-Fraktion hat bei ihrer Sitzung am Montag noch keine Entscheidung über den Fraktionsvorsitz gefällt. Dies soll erst nach der konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung erfolgen. Als Termin wird der 11. Mai genannt. Dabei werden auch die SPD-Vertreter für die gemeindlichen Ausschüsse nominiert. Nominiert wurde hingegen Rolf Geiger als Kandidat für das Amt des Gemeindevertretervorsitzenden, Christine Sabrowski und Markus Henneemann sollen die Gemeinde im Abwasserverband vertreten.

Darmstädter Echo,
28.04.1993

Über die konstituierende Sitzung der Gemeindevertretung berichtet das Darmstädter Echo am 30. April 1993 (s. Artikel nächste Seite).

Die SPD berichtet in ihrer Publikation 'Bickenbacher Bote', Juni 1993, dazu unter anderem:

"Bei den Gesprächen mit der F.D.P., den GRÜNEN und der CDU haben sich viele gemeinsame Berührungspunkte ergeben, aber auch Gegensätze. F.D.P. und GRÜNE

waren nur im Rahmen von festen Koalitionen, die zudem noch mit unzumutbaren personellen Forderungen verknüpft waren, zur Zusammenarbeit bereit."

Zur Bewertung im Rückblick hier ein Auszug aus dem Rundbrief der Bickenbacher Grünen vom Oktober 1994:

"Zur Wahl des Gemeindevorstandes nach zuvor gegeneinander geführtem Wahlkampf wurde überraschenderweise eine gemeinsame Liste von den Fraktionen SPD und CDU aufgestellt je abwechselnd mit einer Vertreterin/einem Vertreter von SPD dann CDU besetzt. Hätten alle 17 GemeindevertreterInnen von SPD (11) und CDU (6) diese Liste gewählt, wären 4 VertreterInnen der SPD und 3 VertreterInnen der CDU in den Gemeindevorstand gewählt worden, die SPD hätte zusammen mit der Stimme des damaligen SPD-Bürgermeisters mindestens über eine 'Sperrminorität' verfügen und die Grünen hätten statt zwei nur einen Sitz besetzen können. ()

Da die gemeinsame Liste jedoch nur 16 Stimmen erhielt, besetzten SPD und CDU je drei Sitze und die Grünen zwei Sitze. Schon gleich zu Beginn der Amtszeit der Gemeindevertretung hatte sich so die SPD selbst ein Bein gestellt, die Sperrminorität verloren und der CDU-Fraktion, die gerade 'mal gut halb so viele Stimmen bei der Kommunalwahl bekommen hatte, im Gemeindevorstand die Bildung einer gleichstarken Fraktion ermöglicht. Uns hat diese Entwicklung die Arbeit in den Gemeindeorganen insofern erleichtert, als die SPD so ihre langjährig ausgeübte Rolle als alleinbestimmender Faktor in der Gemeindepolitik faktisch verloren hat."

In den Gemeindevorstand ziehen für die Grünen Birgit Köhler-Günther und Klaus Peter Creamer ein.

Verbund der Großen

Bickenbach: Aber von Koalition keine Rede

BICKENBACH (gr). Drei Dinge prägten am gestrigen Abend die konstituierende Sitzung des Gemeindeparlaments: Die SPD hat mit jetzt elf Stimmen der insgesamt 23 Sitze die absolute Mehrheit eingebüßt, Bürgermeister Karl Schemel will nach über 25 Jahren Ende des Jahres seinen Sessel räumen, und SPD sowie CDU haben sich auf eine Listenvereinbarung für die Wahl des Gemeindevorstands geeinigt. Die Union verfügt über sechs Sitze, die Grünen halten vier Mandate und die FDP zwei. Trotz der Absprache der beiden Großen, so versicherten die führenden Unterhändler, Jürgen Zeißler (SPD) und Robert Middel (CDU), bereits im Vorfeld, ist von Koalition im Parlament keine Rede. Wechselnde Mehrheiten in Sachfragen sind programmiert. Bürgermeister Schemel erklärte, daß er nunmehr zum siebten Mal in seiner Amtszeit zu einer konstituierenden Sitzung eingeladen hatte. Er dankte besonders den ausscheidenden Mitgliedern des Gemeindevorstands, der sich stets um gute Arbeit für die Bürger bemüht habe. Gisela Metz (CDU) übernahm die Leitung bis zur Wahl des neuen Gemeindevertretervorstehers. Dieses Amt wurde Rolf Geiger (SPD) übertragen. Als Gegenkandidat war überraschend Rolf Meyer (FDP) aufgetreten. Er erhielt jedoch nur zwei Stimmen. Seine Stellvertreter sind Gisela Metz (CDU) und Ulrich Koch (Grüne). Die Listenverbindung wirkte sich bei den ehrenamtlichen Beigeordneten aus. Erster Beigeordneter wurde Frank Wittersheim (SPD). Dem Gemeindevorstand gehören zudem Jürgen Zeißler und Brigitte Sturm (SPD), von der CDU Armin Zeißner, Peter Böhm und Hans-Peter Bitsch sowie Klaus-Peter Creamer und Birgit Köhler (Grüne), außerdem Theresia Schäffer (FDP) an. Wird Wittersheim zum Bürgermeister gewählt, soll CDU-Mann Zeißner laut Absprache Erster Beigeordneter werden. Akzeptiert wurde ein Antrag der Grünen, die Mitgliederzahl in den vier Ausschüssen von bislang neun auf sieben zu verringern. Die SPD stellt zwei Ausschußvorsitzende, CDU und Grüne je einen. **DE '930501**

<p>Die Mitglieder des Gemeindevorstandes</p>		
	<p>Birgit Köhler-Günther, 41 Grüne, Beigeordnete</p>	<p>Klaus-Peter Creamer, 47 Grüne, Beigeordneter</p>
<p>Fraktion der Grünen</p>		
<p>4 Abgeordnete</p>	<p>Gerlinde Merg, 34 Fraktionsvorsitzende</p>	<p>Ulrich Koch, 39 stellv. Vorsitzender der Gemeindevertretung</p>
		<p>Bickenbacher Magazin - Heft 49 - September 1993</p>
<p>Magnus Benjes, 25</p>	<p>Manfred Lippok, 36</p>	

Erste Bürgermeister-Direktwahl in Bickenbach 1993

Im Mai 1992 beschließt der Hessische Landtag, dass Bürgermeister und Landräte künftig von den Bürgern direkt und nicht mehr von den Gemeindeparlamenten und Kreistagen gewählt werden. Bürgermeister Schemel hatte im gleichen Jahr mitgeteilt, dass er im Laufe des Jahres 1993 in den Ruhestand treten will. SPD-intern bewerben sich Uwe Daum, Rolf Geiger und Frank Wittersheim um die Kandidatur für das Bürgermeisteramt. Ende September 1992 wird Frank Wittersheim zum SPD-Kandidaten gekürt.

Die Bickenbacher Grünen entscheiden im Juli 1993 einstimmig, Ulrich Friedrich Koch (Bild nächste Seite, links) als ihren Kandidaten für die Bürgermeisterwahl aufzustellen. Motiv dafür ist zum einen die Befürchtung, dass es möglicherweise sonst keine personelle Alternative gibt, zum anderen, dass es klare Divergenzen zu den von Wittersheim vertretenen kommunalpolitischen Zielsetzungen gibt.

Die CDU entscheidet sich erst Ende August 1993 für Günter Martini aus Gießen als ihren Bürgermeister-Kandidaten.

Gleichzeitig entscheidet sich die örtliche FDP gegen eine eigene Kandidatur.



„Zu Hause sitzen und schimpfen über das, was die da oben schlecht machen, kann jeder. Den Versuch, es durch eigene Arbeit besser zu machen, den möchte ich wagen.“ Ulrich Koch (noch bis Januar 39), seit einem Jahr Bickenbacher und dennoch schon lange mit der Gemeinde verbunden, sagt, warum er am Sonntag gern zum Bürgermeister gewählt werden möchte.

Geboren ist der Kandidat der Grünen in Oberhessen, aufgewachsen in Rheinhessen. Als sein Vater, Ludwig Koch, 1974 die evangelische Pfarrstelle in Bickenbach übernimmt, ist der Filius bereits zwanzig und steht auf eigenen Füßen, studiert in Bochum Geschichte und Sozialwissenschaften – allerdings nur ein Semester lang. Dann muß Ulrich Koch seinen Zivildienst leisten. Sein Weg führt ihn in den Geburtsort des Vaters, nach Pfungstadt.

Der fünfzehnmonatige Einsatz bei der evangelischen Gemeinde prägt seine weitere Entwicklung. Koch läßt sich zum Sozialarbeiter ausbilden, macht sein Diplom, wird von der Stadtverwaltung Wiesbaden als ABM-Kraft beschäftigt, wo er an der Erstellung des Ausländerberichts Anteil hat. Danach kümmert er sich ein Jahr beim Pfadfinderbund vor allem um ausländische Mädchen. Die vergangenen zehn

„Zu Hause sitzen und schimpfen, kann jeder“

Ulrich Koch, der Kandidat der Grünen

Von Joachim Leicht

Jahre sorgt er im Wiesbadener „Nachbarschaftshaus“ für die Vermittlung ambulanter Hilfen.

Seit Ulrich Koch mit seiner Familie – Frau Dorothea, Tochter Lisa (9) und Sohn Malte (7) – in der Alsbacher Straße 19 im Eigenheim lebt, ist er täglich fast vier Stunden zum Arbeitsplatz und zurück unterwegs: „Mit dem Rad zum Bahnhof, dann zweimal umsteigen, in Darmstadt und in Mainz.“ Erfahrungen, die ein Verfechter des Öffentlichen Nahverkehrs macht. Ein Auto besitzen die Kochs seit 1989 aus Überzeugung nicht mehr.

Das Interesse an Politik wird bereits im SPD-orientierten Elternhaus geweckt. Die klaren Äußerungen der Grünen zur Ausländerfrage läßt ihn 1984 Mitglied dieser Partei werden. Schon ein Jahr später sitzt er im Wiesbadener Parlament. Seit der Kommunalwahl 1993 ist Koch Gemeindevertreter in Bickenbach. Denn: „Mir reicht es nicht, in Bickenbach nur zu

wohnen und zu schlafen.“ Mit seinem gewinnenden Lächeln wirkt Ulrich Koch fröhlich, aufgeschlossen wie ein Kumpel. Dabei geht er lieber auf Distanz, beobachtet seine Mitmenschen eingehend, bewegt sich vorsichtig auf sie zu. Koch gibt zu: „Je älter ich werde, desto zurückhaltender gebe ich mich.“ Es beeindruckt ihn, was die Ortsvereine leisten.

Er liebt die sachliche Auseinandersetzung und haßt verletzende Worte. Koch: „Das Heimzahlen mit gleicher Münze ist nicht mein Stil und zahlt sich auch nicht aus.“ Stattdessen höre er lieber zu, neige zu Kompromissen – mehr als den Grünen bisweilen nötig erscheint. Im Rathaus wäre ihm Teamgeist besonders wichtig. Er hält wenig von Mitarbeitern, die mit „Ärger im Bauch zur Arbeit kommen, weil sie dann entsprechend aussieht“.

Hat Ulrich Koch, der Häuslebauer, Kommunalpolitiker und Berufspendler, Zeit für Privates? Er bejaht dies. Stundenlang kann er mit den Kindern Schaltpläne für die Modelleisenbahn austüfteln. Oder die Familie scharft sich um den Tisch zu einem Spiel. Außerdem liest Ulrich Koch viel, vor allem im Zug – zur Zeit einen Gollwitzer. Und er freut sich regelrecht, wenn ein elektrisches Gerät seinen Geist aufgibt. Er repariert für sein Leben gern.

Im September 1993 veröffentlicht das Bickenbacher Magazin ein Interview mit dem Bürgermeisterkandidaten Ulrich Koch, geführt von Birgit Köhler-Günther (Bickenbacher Magazin - Heft 49).

Die Grünen verteilen einen Flyer zur Bürgermeisterwahl am 7. November 1993, organisieren die Plakatierung und laden zu öffentlichen Veranstaltungen ein.

Der Kandidat der Grünen schreibt Bickenbacher Firmen, Vereine und Initiativen an, stellt sich als Bürgermeister-Kandidat vor und bietet ein persönliches Gespräch an. Im August und September 1993 finden neun solcher Gespräche statt.

Im Flyer stellt sich Ulrich Friedrich Koch als Kandidat der Grünen vor und nimmt zu mehreren Themen ausführlich Stellung:

- **Kita-Beiträge** - Argumente gegen die Einführung einer gestaffelten Gebühr
- **Wassernotstand** - Vorschläge zur Reduzierung des Wasserverbrauchs
- **Umgehungsstraße** - Vorschläge für eine Reduzierung des Autoverkehrs in Bickenbach
- **Jagdschloss-Anlage** - Vorschläge für die Nutzung des leerstehenden Kasernengebäudes
- **BürgerInnen-Beteiligung** - Ideen für Maßnahmen gegen Politikverdrossenheit

Im September und Oktober finden zwei öffentliche Diskussionsveranstaltungen mit den drei Bürgermeisterkandidaten statt. Veranstalter sind eine 'Initiative Bickenbacher Sandhasen' und die 'Elterninitiative'. Wenige Tage vor der Wahl werden Wahlplakate von Wittersheim (SPD) und Koch (Grüne) verschandelt - die Gemeinde informiert die Polizei und setzt eine Belohnung von 1.000 DM für Hinweise auf die Täter aus.

Die Bürgermeisterwahl am 7. November 1993 gewinnt Frank Wittersheim mit 46,8% / 1.107 Stimmen vor Günter Martini mit 40,1% / 947 Stimmen. Die Differenz beträgt 160 Stimmen zu Gunsten Wittersheims. Da Wittersheim aber weniger als 50% der Stimmen bekommen hat, kommt es zu einer Stichwahl.

Im Vergleich zur Kommunalwahl im März 1993 verliert der SPD-Kandidat allerdings absolut 96 Wahlstimmen (-2,2%), der Kandidat der CDU gewinnt absolut 359 Wahlstimmen (+16,2%).



Der Grüne Kandidat Ulrich Friedrich Koch wird von 13,1 % / 309 Wähler*innen gewählt. Das sind 115 Wähler*innen (4,2%) weniger als die Grünen Stimmen acht Monate zuvor bei den Kommunalwahlen errungen hatten. Aufseiten der Grünen gibt es verschiedene Einschätzungen dazu:

- Das Ergebnis von Wittersheim wird als den Umständen entsprechend gut bewertet. Möglicherweise gibt es doch eine große Angst vor einem parteipolitischen Wechsel im Bürgermeisteramt.
- Martini hat 'Klinken geputzt'. Sein Image als Polizeibeamter hat ihm sicherlich geholfen.
- Koch hätte nur eine Chance gehabt, wenn er es geschafft hätte, Wähler*innen von der SPD abzuziehen. Dies ist nicht gelungen. Potentielle Wähler*innen von CDU und/oder FDP konnten offensichtlich nicht gewonnen werden.
- Fragen der gemeindlichen Verkehrspolitik werden für wahlentscheidend gehalten, hier v.a. Thema Umgehung bzw. Auto-Fixierung von kommunaler Verkehrspolitik.

Für die Stichwahl geben die Grünen keine Wahlempfehlung ab. Ihr Kandidat Koch erklärt noch am Wahlabend, bei der Stichwahl für Martini (CDU) zu stimmen, weil er sich 'ein Gegengewicht zur Übermacht der Sozialdemokraten in der Gemeindevertretung' wünsche (Zitat aus Darmstädter Echo vom 8.11.1993). Wittersheim (SPD) richtet sich in einem im Ort verteilten Flyer 'an die Wählerinnen und Wähler der Grünen'. Er erinnert an die Politik, für die die CDU stehe, und appelliert, die 'Wahlentscheidung am 28.11. ausschließlich nach sachlichen Gesichtspunkten (zu) treffen.'

Unmittelbar vor der Stichwahl erklärt der CDU-Fraktionsvorsitzende Robert Mittel gegenüber dem Darmstädter Echo, 'sollte Martini gewählt werden, (schwebt ihm) keine Koalition vor'. (Darmstädter Echo vom 26.11.1993).

Ergebnisse der Wahlen zur Gemeindevertretung und dem Kreistag am 07.03.1993, der Bürgermeister-Wahl am 07.11.1993 und der Bürgermeister-Stichwahl am 28.11.1993:

Wahl	Wahlberechtigt	Wahlbeteiligung		SPD		CDU		FDP		Grüne	
		absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
1993 Kreistag	3549	2563	72,2 %	1173	47,6 %	538	21,9 %	216	8,8 %	410	16,7 %
1993 Gemeindever- tretung	3530	2553	72,3 %	1203	49,0 %	588	23,9 %	241	9,8 %	424	17,3 %
1993 Bürgermeister	3533	2406	68,1 %	1107	46,8 %	947	40,1 %			309	13,1 %
1993 Bürgermeister Stw.	3536	2492	70,5 %	1098	44,5 %	1370	55,5 %				

Zur großen Überraschung aller gewinnt der CDU-Kandidat Günter Martini die erste Bürgermeister-Direktwahl in Bickenbach. Er steigert sein Ergebnis in der Stichwahl um 423 Stimmen, Wittersheim (SPD) verliert 9 Stimmen. Rechnerisch setzt sich Martinis Zugewinn aus 105 gültigen Wahlstimmen mehr, als zwei Wochen zuvor, 309 Stimmen der Grünen und 9 Stimmen der SPD. Natürlich sind zwischen den Parteigänger*innen Wählerwanderungen möglich. Sie erscheinen aber doch sehr unwahrscheinlich.

Nur 10 Tage nach seiner Wahl zum Bürgermeister kommt von Günter Martini der 'Vorschlag einer Vereinbarung zwischen Bürgermeister - Grüne / Bündnis 90 - FDP - CDU' zur Herstellung eines 'grundsätzlichen Einvernehmens und eines gemeinsamen Vorgehens bei den wichtigsten Sachthemen', also der Bildung einer festen 'Regierungsmehrheit' in der Gemeindevertretung jenseits der SPD.

In seiner Rede zur Amtseinführung am 29. Dezember 1993 betont der neue Bürgermeister Günter Martini: 'Meine Damen und Herren, in den vergangenen Monaten habe ich immer wieder betont, dass es für mich als Bürgermeister im Rathaus keine Parteipolitik geben wird.'

Auf das Kooperationsangebot reagieren die Grünen am 19. Januar 1994. Sie teilen Bürgermeister Martini mit, dass 'wir uns gegen ein festes Bündnis entschieden' haben:

"Die Bürgermeisterwahl vom November 1993 hat an den Mehrheitsverhältnissen in der Gemeindevertretung nichts geändert. Daher sehen wir keine Notwendigkeit zur Bildung einer neuen 'Koalition', die den WählerInnen auch gar nicht vermittelbar wäre.

Der Fundus an Gemeinsamkeiten zwischen CDU und Grünen war in den vergangenen Jahren nicht sonderlich groß, wie u.a. die Entscheidungen bezüglich Umgehungsstraße, Jugendtreff, Tempo-30-Zonen, Ankauf und Abriß des Raiffeisenbank-Gebäudes, Kindergartenneubau, Raumordnungsplan belegen. In vielen uns wichtigen Fragen wurden wir von SPD und CDU überstimmt.

Dessen ungeachtet sind wir gerne bereit, bei zukünftig anstehenden Sachfragen auszuloten, ob eine Annäherung und gemeinsames Handeln von CDU und Grünen möglich sind. Die Probe aufs Exempel steht mit dem Etat 1994 demnächst ins Haus. Eine Mehrheitsentscheidung in der Gemeindevertretung gegebenenfalls jenseits der SPD-Fraktion ist an einzelnen Entscheidungen leichter plausibel zu begründen, als ein 'Wechsel der Pferde mitten im Fluß'."

Im Juni 1994 erscheint im Bickenbacher Magazin ein Interview mit Günter Martini nach seinen ersten '100 Tage(n) Bürgermeister in Bickenbach'. Darin wird er nach seiner Sicht der Parteien in Bickenbach befragt. Zu den Grünen äußert er sich wie folgt: 'Positiv überrascht war ich von der Grünen Partei hier in Bickenbach, die ich als sehr vernünftige Leute kennengelernt habe und die ich überhaupt nicht mit der Mehrheit der Grünen Fraktion im Gießener Stadtparlament vergleichen kann. Ein Unterschied wie Tag und Nacht. Dies ist aber der richtige Weg. Ich hoffe, daß wir es noch schaffen, eine gemeinsame Arbeit für Bickenbach auf den Weg zu bringen.' (Zitat aus Bickenbacher Magazin, Heft 52, Juni 1994, Seite 110ff)

Zu Bürgermeister-Wahl und -Amtsausübung hat Hermann Benjes eine sehr eigene Sicht, nachzulesen in „Frau Dalle und das Bürgermeisteramt“, glossiert von Hermann Benjes, aus: Bickenbacher Magazin - Hefte 43 bis 49 - zwischen 1992 und 1993.

Unser gutes Wahlergebnis beflügelt unsere Aktivitäten auf vielen Politikfeldern. Im Unterschied zur vorangegangenen Amtszeit der Gemeindevertretung nutzen wir das parlamentarische Antragsrecht ausgiebig.

In der Amtszeit der Gemeindevertretung von 1993 bis 1997 stellen die Grünen 89 Anträge. (Im gleichen Zeitraum stellen die SPD 54 und die CDU 21 Anträge.)

(Eine Übersicht aller Anträge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen in der Zeit von 1993 bis 1997 mit Antragsnummer, Vorlagennummer der Gemeindevertretung, Antragsgegenstand, Antragszweck und Beschluss der Gemeindevertretung sortiert nach Themenbereich ist im Anlagenband auf den Seiten A 15 ff zu finden.).

Statistische Auswertung (s. Kasten rechts)

Leider bedeutet eine positive Beschlussfassung der Gemeindevertretung zu bestimmten Angelegenheiten keineswegs immer eine reibungslose Umsetzung der damit verfolgten Zwecke: Mal gibt es rechtliche oder finanzielle Probleme, mal sind Gemeindevorstand und/oder der Bürgermeister unwillig, zeitnah und umfassend zu agieren oder die Ereignisse überholen die Beschlussfassung und machen diese gegenstandslos.

Deshalb setzen wir auch die traditionell erprobten Mittel zur politischen Willensbildung und Meinungsfindung ein. Nachfolgend ausgewählte Beispiele unserer Aktivitäten zu den Bereichen:

Bereich	Anzahl	davon angenommen
Mitwirkungsrechte	5	3
Pädagogik	9	7
Soziales	9	8
Umwelt	15	11
Verkehr	22	15
Finanzen	15	6
Vermögen	5	2
Planung	3	1
Information	1	0
Entscheidungsfindung	5	3

Mitwirkungsrechte

- Antrag Rederecht für Bürgerinnen und Bürger auf Parlamentssitzungen
- Anträge Mitbestimmung von Jugendlichen
- Ulrich Friedrich Koch beteiligt sich an einer Arbeitsgruppe der Gemeindevertretung mit dem Arbeitsauftrag, Kontakt zu Jugendlichen aufzunehmen, deren Interessenlagen zu eruieren und über die Ergebnisse zu berichten. Zum Abschluss legen er und Markus Hennemann der Gemeindevertretung im Jahr 1996 einen schriftlichen Bericht 'Jugendparlament Bickenbach?' (auch veröffentlicht im Bickenbacher Magazin - Heft 62 - Dezember 1996) vor.
- Als Vorsitzende des gemeindlichen 'Sozial-, Sport- und Kulturausschusses' (SSK) berichtet Gerlinde Merg über die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe zum Thema: Ein Seniorenbeirat für Bickenbach? im: Bickenbacher Magazin - Heft 63 - März 1997.

Pädagogik

- Gerlinde Merg berichtet aus dem von der Gemeindevertretung gegründeten Arbeitskreis 'Dreizügigkeit Hans-Quick-Schule' im: Bickenbacher Magazin - Heft 60 - Juni 1996.
- Anträge Spielgeräte für Jugendliche

Soziales

- Presseerklärung über das Ergebnis eines Öffentlichen Disputs zum Thema Kindertagesstätten Beiträge vom 30.11.1993
- Als Vorsitzende der vom Gemeindevorstand eingesetzten Flüchtlingskommission berichtet Birgit Köhler-Günther über die Situation der Flüchtlinge in Bickenbach im: Bickenbacher Magazin - Heft 53 - September 1994.
- Antrag Kommunalen Lastenausgleich Müll

Umwelt

- Werner Lautz: Sondermüllverbrennungsanlage (SVA) Biebesheim unter der Lupe aus: Bickenbacher Magazin - Heft 48 - Juni 1993
- Im September 1994 berichtet Ulrich Friedrich Koch als Delegierter für die Gemeinde Bickenbach dem gemeindlichen 'Landwirtschafts-, Forst- und Umweltausschuss' (LFU) umfassend aus dem Kontrollausschuss SVA Biebesheim, abgedruckt im: Bickenbacher Magazin - Heft 54 - Dezember 1994.
- Presseberichterstattung Brauchwasseranlage für das Rathaus im Darmstädter Echo am 11.05.1996

- Hermann Benjes karikiert die geplante Renaturierung des Landbachs in seiner Reihe Das Problem der Frau Dalle betrifft uns alle aus: Bickenbacher Magazin - Heft 54 - Dezember 1994.

Verkehr

- Ulrich Friedrich Koch: Diskussionsbeitrag zur Verkehrssituation in Bickenbach aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen aus: Bickenbacher Magazin - Heft 58 - Dezember 1995
- Antrag Änderung der Stellplatz- und Ablösesatzung
- Antrag Ausweisung der Sandstraße als 'Verkehrsberuhigter Bereich'
- Anträge Schulwegsicherung
- Flyer als 'Postille extra' zur Verkehrsberuhigung in der Alsbacher Straße im August 1996
- Presseberichterstattung Anträge der Grünen zu Tempo 30 und Bahnhof im Darmstädter Echo am 06.11.1996
- Antrag Initiative zum Aufbau eines Regionalen Verkehrsparlaments Nördliche Bergstraße

Radverkehr

- Presseberichterstattung Antrag der Grünen auf Einberufung einer Fahrradkommission im Darmstädter Echo am 24.10.1994
- Als Vorsitzender der vom Gemeindevorstand eingesetzten Fahrradkommission legt Klaus Peter Creamer Rechenschaft ab und lädt zum Mitmachen ein: In Bickenbach gibt es eine Fahrradkommission aus:
- Bickenbacher Magazin - Heft 59 - März 1996.
- Anträge Fahrradabstellplätze vor dem EDEKA-Markt
- Das Ergebnis unserer Initiativen vor dem EDEKA-Markt kann von Hermann Benjes nicht unkommentiert bleiben ;-). Einmal im Monat, publiziert im: Bickenbacher Magazin - Heft 61 - September 1996.
- Von seinen Erfahrungen bei der Nutzung des Fahrrads als Verkehrsmittel für den Arbeitsweg berichtet Ulrich Friedrich Koch in einem Beitrag: Ohne Automobil oder Abenteuer im Supermarkt, veröffentlicht im: Bickenbacher Magazin - Heft 54 - Dezember 1994.

Finanzen

- Presseerklärung zum geplanten Abriss des Raiffeisenbank-Gebäudes vom 08.08.1993

Planung

- Presseerklärung zum Nutzungskonzept für das Kasernengebäude vom 19.04.1994
- Presseerklärung zur Umgestaltung des Rathausplatzes vom 31.10.1996
- Hermann Benjes glossiert Die Rathautreppe in Bickenbach im: Bickenbacher Magazin - Heft 62 - Dezember 1996.

In der Amtszeit der Gemeindevertretung von 1993 bis 1997 stellen die Grünen 119 Anfragen an den Gemeindevorstand.

Über unser Tun und Lassen legen wir regelmäßig öffentlich und intern Rechenschaft ab:



Rundbrief im Oktober 1994

- Bildung des Gemeindevorstandes
- Nachlese der Bürgermeisterwahl
- Arbeit der ersten 15 Monate
- Gestaltung des Ortsmittelpunktes Jagdschlossanlage und
- zukünftigen Nutzung der ‚Kaserne‘

Rundbrief im September 1995

- 10 Jahre Grüne in Bickenbach
- Arbeit der vergangenen 12 Monate
- Haushaltstitel 'Humanitäre Hilfe Dritte Welt'
- Erweiterung der Hans-Quick-Schule
- Brauchwasseranlage für die 'Kaserne'/das neue Rathaus und
- Neufassung der Stellplatz- und Ablösesatzung

Postille im Juli 1996



Ab 1993 wird ein öffentlicher Aushangkasten in der Sandstraße mit aktuellen Informationen und Einschätzungen zur Kommunalpolitik und der Arbeit der Orts-Grünen betrieben.

Im Jahr 1993 wird intern zu allen Treffen schriftlich eingeladen mit den Beratungsunterlagen als Anlage.

Ab 1994 werden unregelmäßig Rundbriefe an alle aktiven MitarbeiterInnen und passiven Sympathisanten verteilt: Bis zur Kommunalwahl 1997 waren dies in gut drei Jahren 25 teilweise ausführliche Rundbriefe.

Zu guter Letzt:

- Bickenbacher Straßen, gesehen durch die Brille von Hermann Benjes, aus: Bickenbacher Magazin - Hefte 48, 54+55 - zwischen 1993 und 1995
- Die Grünen im Grünen, entdeckt und berichtet von Gerlinde Merg im: Bickenbacher Magazin - Heft 63 - März 1997.

7. DIE GRÜNEN – 1997 bis 2001

Im Januar 1997 legen die Grünen mit ihrer Postille öffentlich Rechenschaft über ihr Tun im Gemeindeparlament ab - sie ziehen Bilanz. Gleichzeitig stellen sie Kandidat*innen für die im März neu zu wählende Gemeindevertretung vor:

Wahlprogramm und Kandidat*innen-Liste der Grünen 1997:

„Durch unsere Initiative wurden in den vergangenen vier Jahren unter anderem folgende Vorhaben verwirklicht:

- Einbau einer Regenwassernutzungsanlage im neuen Rathaus
- Absichtserklärung gegenüber dem Kreis zum Einsatz von Eigenmitteln der Gemeinde für den Erhalt der 'Betreuten Grundschule' im Ort
- Erhalt des Jugendtreffs in der Bebelstraße 1 und demnächst ein erweitertes Raumangebot
- Einrichtung einer Fahrradverkehrskommission
- Fahrradabstellanlage vor dem EDEKA-Markt in der Darmstädter Straße
- Einrichtung einer Inline-Skating-Anlage bei der Grundschule
- Ersatzbeschaffung von Spielgeräten auf dem Spielplatz Hügelstraße
- Einrichtung einer Haushaltsstelle für Spenden zur 'Humanitären Hilfe Dritte Welt' im Umfang von 1 Promille des Verwaltungshaushaltes (in 1996 DM 10.000)

Vorhaben, an deren Zustandekommen wir wesentlich beteiligt waren:

- Umzug des Rathauses in das ‚Kasernengebäude‘
- Einrichtung der parlamentarischen Arbeitsgruppe ‚Schülerweiterung‘



- Einrichtung der parlamentarischen Arbeitsgruppe 'Mitwirkungsrechte von Jugendlichen'
- Einrichtung der Verwaltungsstelle 'Kommunale Frauenbeauftragte'
- Verabschiedung der Gemeindehaushalte in den Jahren 1995 und 1996

Im Falle einer Entscheidung für Einrichtung und Betrieb eines Kinderhorts im Zusammenhang mit dem Haushalt 1997 ist auch dies ein Ergebnis unserer Arbeit in der Gemeindevertretung. Von unserer Fraktion wurden in der Gemeindevertretung 86 Anträge gestellt, von denen zwei Drittel -bei wechselnden Mehrheiten- beschlossen worden sind. Darüber hinaus stellten wir ca. 130 Anfragen und brachten auch dadurch manches in Bewegung.

In den nächsten 4 Jahren können Sie auf unserem Engagement bei folgenden Themenschwerpunkten zählen:

Soziales

- Schaffung und Erhalt ausreichender Kinderbetreuungseinrichtungen
- Ausbau des Jugendtreffs
- Verbesserung der Ausstattung der Kinderspielplätze

Kultur

- Ausbau der Angebote in und um die Gemeindebücherei

Umwelt

- Maßnahmen zum sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen Wasser und Energie sowie Abfallvermeidung

Verkehr

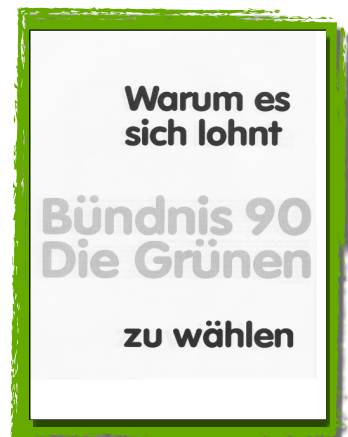
- Stärkung des 'Umweltverbundes': zu Fuß gehen - Fahrradfahren - öffentliche Verkehre
- Verbesserung der Infrastruktur um den Bahnhof
- Verkehrsberuhigung

Finanzen

- Vermeidung neuer Verschuldung der Gemeinde
- Förderung des einheimischen Gewerbes

Bürgerbeteiligung

- Erweiterung der **Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger** am öffentlichen Geschehen in der Gemeinde im Rahmen von BürgerInnen- bzw. AnwohnerInnen-Versammlungen, 'Jugendparlament' und 'Seniorenbeirat' "



Kandidaten und Kandidatinnen zur Kommunalwahl 1997



1. (4.v.l.h.) **Ulrich Friedrich Koch**, Sozialarbeiter, 43 Jahre
2. (3.v.l.v.) **Gerlinde Merg**, Verwaltungswirtin, 38 Jahre
3. (2.v.l.v.) **Manuela Aßmus**, Pharmazeutisch-Technische Assistentin, 35 Jahre
4. (5.v.l.h.) **Manfred Lippok**, Elektroingenieur, 40 Jahre
5. (1.v.l.v.) **Burkhard Merg**, Elektroingenieur, 39 Jahre
6. (1.v.l.h.) **Peter Wagner**, Inhaber einer Grafik- u. Multimediaagentur, 39 Jahre
7. (3.v.l.h.) **Birgit Köhler-Günther**, Pädagogin, Shiatsu-Praktikerin, 45 Jahre
8. (o.F.) **Thomas Dreher**, Bauingenieur, 34 Jahre
9. (o.F.) **Ursula Enders**, Soziologin, 38 Jahre
10. (2.v.l.h.) **Klaus Peter Creamer**, Journalist, 50 Jahre
11. (o.F.) **Karola Wesely**, Datenverarbeitungskauffrau, 34 Jahre

Wahlplakate und Wahlkämpfer Malte Koch und Felix Günther 1997, ab dem Jahr 2006 bzw. 2010 selbst Mitglieder der Gemeindevertretung Bickenbach.



Die Kommunalwahl am 2. März 1997 bringt folgendes Ergebnis:

Jahr	Wahlberechtigt	Wahlbeteiligung		SPD		CDU		FDP		FLUB Grüne	
		absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
1972	2786	2455	88,1 %	1569	65,1 %	679	28,2 %	161	6,7 %		
1977	2988	2500	83,7 %	1319	54,4 %	865	35,7 %	239	9,9 %		
1981	3168	2599	82,0 %	1176	46,2 %	919	36,1 %	197	7,7 %	256	10,1 %
1985	3294	2622	79,6 %	1423	55,0 %	713	27,6 %	202	7,8 %	249	9,6 %
1989	3484	2779	79,8 %	1600	58,6 %	591	21,6 %	216	7,9 %	325	11,9 %
1993	3530	2553	72,3 %	1203	49,0 %	588	23,9 %	241	9,8 %	424	17,3 %
1997	3765	2597	69,0 %	1019	40,4 %	938	37,2 %	151	6,0 %	413	16,4 %

Die SPD verliert 8,6%, die CDU gewinnt 13,3%, die FDP verliert 3,8% und die Grünen verlieren 0,9% der Stimmen gegenüber der Kommunalwahl 1993.

Von 23 Sitzen in der Gemeindevertretung erhalten die SPD 9, die CDU 9, die FDP 1 und die Grünen 4 Sitze.

Nach Sitzen im Gemeindepapament erhält die CDU in Bickenbach erstmalig eine Parität mit der seit fast 50 Jahren dominierenden SPD. Das kommt einem Erdrutsch-Sieg gleich und ist auf das Wirken Bürgermeister Martinis (CDU) zurück zu führen.

Diese Sitzverteilung bedeutet: Die Grünen können im Gegensatz zur FDP sowohl mit der SPD als auch mit der CDU eine Mehrheit bei Entscheidungen des Parlaments herstellen. Die beiden großen Fraktionen sind für gemeinsame Entscheidungen auf die Zustimmung einer der kleinen Fraktionen nicht angewiesen. Für Gespräche mit den anderen Fraktionen legen die Grünen ihre Maßnahmen und Ziele 1997 bis 2001 fest. Dieses Papier ist Grundlage für Gespräche mit den anderen Fraktionen zu Beginn der Amtszeit der neu gewählten Gemeindevertretung. (s. Anhang A 36 f)

Es stellt sich schnell heraus, dass CDU und SPD vorrangig an Absprachen bezüglich der zu besetzenden Positionen im Gemeindevorstand und in der Gemeindevertretung interessiert sind. Die CDU hat kein Interesse an der Bildung einer Koalition mit den Grünen, was angesichts der unterschiedlichen Positionen zu vielen Sachfragen kaum verwundert. Die SPD schließt die Bildung einer Koalition klar aus. Da die CDU bereits die Bildung einer gemeinsamen Liste mit der FDP für den Gemeindevorstand angekündigt hatte, vereinbaren die Grünen mit der SPD ebenfalls die Bildung einer gemeinsamen Liste mit Klaus Peter Creamer als Erstem Beigeordneten.

Rot-grüner Coup zum Auftakt in Bickenbach

Überraschend besetzen nicht die Wahlsieger von der CDU die Schlüsselpositionen

DE 1970424

BICKENBACH (ste). Nach dem Ergebnis der Kommunalwahl vom 2. März, bei der die CDU mit neun Sitzen mit der bisherigen Mehrheitspartei SPD gleichziehen konnte, brachte die Konstituierung des neuen Gemeindeparkaments gestern abend eine zweite große Überraschung. Nicht die Wahlsieger von der CDU besetzen die Ämter des Ersten Beigeordneten und des Parlamentschefs, sondern Grüne und Sozialdemokraten.

Geschafft haben Grün und Rot diesen Überraschungsschlag durch eine Listenverbindung. Sie galt, wie SPD-Vorsitzender Hans-Jürgen Krause betonte, nur für die Konstituierung. „Über Sachfragen wurde nicht gesprochen. Jeder geht

wieder seine eigenen Wege“, so Krause im Vorfeld der Sitzung. Durch die Listenverbindung unterstützten die Grünen die Kandidatur Krauses für das Amt des Parlamentschefs, die Sozialdemokraten ihrerseits unterstützten den seitherigen Beigeordneten der Grünen Claus Peter Creamer bei seiner Kandidatur für das Amt des Ersten Beigeordneten. Mit der Listenverbindung verfügten die beiden Parteien am Mittwochabend bei der entscheidenden Weichenstellung für die nächsten vier Jahre über 13 Stimmen gegen neun Stimmen der CDU und der einen FDP-Stimme.

Bürgermeister Günter Martini (CDU) muß nun auch in den nächsten vier Jahren damit le-

ben, daß trotz der Stimmengewinne seiner Partei die bedeutenden Ämter in Parlament und Gemeindevorstand nicht von Vertretern seiner Partei besetzt werden. Auch wenn die Listenverbindung zwischen SPD und Grünen nur für die Konstituierung galt, so hat sie doch weitreichende Auswirkungen. Denn die beiden Parteien treten aufgrund ihrer Vereinbarung zur gemeinsamen Liste für eine Änderung der Gemeindevorstand ein. Danach soll der Gemeindevorstand von jetzt neun auf künftig zehn Mitglieder erweitert werden und die SPD diesen zusätzlichen Sitz erhalten. Stimmt die Gemeindevertretung dem in ihrer nächsten Sitzung zu, wird die gemeinsame Liste

über vier SPD-Beigeordnete und zwei Beigeordnete der Grünen verfügen. Die CDU hat, nach einem Verzicht auf einen Sitz zugunsten der FDP, dann nur noch drei Beigeordnete.

Auch über die Besetzung der Ausschüsse haben sich SPD und Grüne geeinigt. So soll Christine Saborowski (SPD) den Vorsitz des Haupt- und Finanzausschusses erhalten, Gerlinde Merg (Die Grünen) den Vorsitz des Jugend-, Sport-, Sozial- und Kulturausschusses übernehmen. Auf Vorschlag der SPD sollten die beiden übrigen gemeindlichen Ausschüsse Planen und Bauen sowie der Umweltausschuß zu einem Umwelt- und Planungsausschuß zusammengefaßt werden.

SPD bekommt einen Sitz mehr

Anzahl der Bickenbacher Beigeordneten von neun auf zehn erhöht

BICKENBACH (ste). Noch nicht beschlossen wurde die Neufassung der Geschäftsordnung für Bickenbachs Gemeindevertretung, für die Vorsitzender Hans-Jürgen Krause einen Entwurf vorgelegt hatte. Darin ist unter anderem als Novum die Einführung eines Ältestenrates vorgesehen. Zwar sprachen sich Robert Middel (CDU), Rolf Meyer (FDP), Uwe Daum (SPD) und Ulrich F. Koch (Grüne) für den Entwurf aus, doch weil Koch die Notwendigkeit sah, einige Punkte genauer zu überprüfen, wurde der Entwurf zur Weiterbehandlung an den Haupt- und Finanzausschuß verwiesen.

Eine Verringerung der Ausschüsse von jetzt vier auf künftig drei durch die Zusammenlegung von Bau- und Umweltausschuß hatte die SPD beantragt. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Uwe Daum, der in der letzten Legislaturperiode dem Planungs- und Bauausschuß vor-

stand, erläuterte, daß dieser Antrag Ausfluß der Erfahrungen aus dieser Zeit sei, wonach beide Ausschüsse in vielen gemeinsamen Sitzungen gemeinsam berührende Punkte behandelt hatten. Ulrich F. Koch (Grüne) sprach sich gegen einen „Mammutausschuß“ aus. Mit dieser Meinung konnte er sich aber nicht gegen die anderen Fraktionen durchsetzen. Auf ihre Zustimmung hin wird es künftig einen Umwelt-, Landwirtschafts- und Strukturausschuß anstelle der seitherigen zwei Ausschüsse geben.

Daß das Wahlergebnis vom 3. März und seine Folgen noch nicht bei allen Fraktionen verdaulich ist, machte die Diskussion um einen gemeinsamen Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen deutlich. Sie hatten nach der Konstituierung der Gemeindevertretung die Erhöhung der Beigeordnetenzahl von neun auf zehn beantragt.

Wie Ulrich F. Koch dazu erläuterte, rechtfertigt das Wahlergebnis, das CDU und FDP einen Stimmenanteil von zusammen rund 43 Prozent beschert hatte, keine Mehrheit dieser beiden Parteien im Gemeindevorstand mit der Doppelstimme des Bürgermeisters. „Der Gemeindevorstand muß wechselnde Mehrheiten haben können“, war sein Argument für die Anhebung der Beigeordnetenzahl, die der SPD zugute käme.

Ähnlich argumentierte auch Uwe Daum (SPD): „CDU und FDP haben keinen Anspruch auf Führung.“ Ein auf zehn Beigeordnete erweiterter Gemeindevorstand übe nach Daums Ansicht auch eine Kontrolle über den Bürgermeister aus.

Ganz anders sah es Robert Middel: „Hier soll mit Arithmetik Unbegründetes begründet werden.“ Nachdem er die SPD einer „Schaumschlägerei“ beschuldigt hatte, warf Middel den Grünen vor, dieses Spiel mitzuspielen. „Dieser Antrag ist unzulässig und moralisch nicht vertretbar und eine Manipulation des Wählerwillens“, so Middel, der die Reduzierung der Beigeordnetenzahl auf fünf forderte. Der CDU-Antrag fand keine Mehrheit, dafür die Erhöhung der Beigeordnetenzahl auf zehn. Den zusätzlichen Sitz erhält Erich Schneider von den Sozialdemokraten.

DE 1970524

Darmstädter Echo,
24.04. und 24.05.1997

Dazu soll der Gemeindevorstand so vergrößert werden, dass die Mehrheitsverhältnisse in der Gemeindevertretung auch im Gemeindevorstand abgebildet werden. Hans-Jürgen Krause (SPD) soll zum Vorsitzenden der Gemeindevertretung gewählt werden. In den Gemeindevorstand ziehen für die Grünen Birgit Köhler-Günther und Klaus Peter Creamer ein. Erster Beigeordneter und damit Vertreter des amtierenden Bürgermeisters wird Klaus Peter Creamer.

Zur Veränderung des Klimas in der Gemeindevertretung ein Zitat aus unserem Rundbrief 4/97 Mitte August 1997:

„Das 'politische Klima' in Bickenbach ist seit der Kommunalwahl gekippt, ohne daß sich die Fallrichtung eindeutig bestimmen läßt. Der Gesprächsfaden mit der CDU ist gerissen. Im Vorfeld der Entscheidung über die Umgehungsstraße wurde das Gespräch noch gesucht - mit der 'Einigung' auf einen gemeinsamen Antrag mit der SPD wollte man das nicht einmal mehr wahrhaben. Zur SPD schien das vierjährig angefrorene Eis im Zusammenhang mit der Konstituierung des Gemeindevorstandes aufzutauen. Ein als erwünscht bezeichnetes Gespräch zur Umgehungsstraße kam dann jedoch ebenfalls nicht zustande. Das Verhalten der SPD anlässlich der Vergabe von Spendenmitteln zur Humanitären Hilfe ist völlig unverständlich. Zur FDP herrscht seit der Haushaltsverabschiedung 1997 völlige Funkstille. Der Beschluß zum Bau einer Umgehungsstraße durch CDU und SPD macht uns eine Zustimmung zu Haushalten der nächsten Jahre praktisch unmöglich. Damit sind wir auf Jahre hinaus auf die Oppositionsrolle festgelegt, wenn nicht doch noch Vernunft einkehrt. Daß CDU und SPD sich jedoch auf gemeinsame Haushalte insbesondere im Vorfeld der Bürgermeisterwahl 1999 einigen können, ist nach den Erfahrungen der letzten vier Jahre nur schwer vorstellbar. Beide großen Fraktionen wären jedoch als Alternative zur jeweils anderen auf unsere Stimmen angewiesen ...“

Grüne für Kauf des Bahnhofs

Partei in Bickenbach lobt Frauenbeauftragte und kritisiert Martini
DE '971209

BICKENBACH (ste). Die Grünen bedauerten in ihrer Mitgliederversammlung, daß die anderen im Parlament vertretenen Fraktionen eine Machbarkeitsstudie zur Nordanbindung der Gewerbegebiete abgelehnt haben.

Ferner kritisierten sie den „Stillstand“ bei der Planung des Rathausvorplatzes. Wenn bei einer gemeindlichen Mitfinanzierung der Tiefgarage durch einen Investor lediglich mehr Stellplätze entstehen, ohne daß dadurch gleichzeitig auch mehr Grünflächen mit Spielplatz und Brunnen vorgesehen werden,

werde man sich dagegen aussprechen, wurde gesagt. Für die Gestaltung des Bahnhofumfeldes, zu der nicht nur die geplante Park-and-ride-Anlage gehören dürfe, schlagen die Grünen den Kauf des Bahnhofs vor.

Kritik wurde zur Amtsführung von Bürgermeister Martini geäußert. Er ignoriere Parlamentsbeschlüsse oder verzögere deren Realisierung. Die Grünen nannten Beispiele: die Verkehrsberuhigung in der Sandstraße, Umbau des Jugendtreffs, Einrichtung eines Kinderhortes, der zum Schuljahresbe-

ginn 1997/78 angestrebt worden sei, die Mitfinanzierung der Gemeinde bei der Erweiterung der Hans-Quick-Schule.

Die Grünen sprachen auch Lob aus -, und zwar für die Arbeit der Frauenbeauftragten Dagmar Zeiß. Da von ihr und von der Jugendpflege nicht genutzte Gelder zum Jahresende verfielen, wolle man sich dafür einsetzen, daß beide Stellen künftig mit einem festen Budget ausgestattet werden. Dies habe den Vorteil, daß nicht ausgegebene Mittel auf das nächste Jahr übertragen werden könnten.

Darmstädter Echo, 9.12.1997

Statistische Auswertung:

Bereich	Anzahl	davon angenommen
Mitwirkungsrechte	4	3
Pädagogik	2	1
Soziales	14	9
Kultur	2	2
Umwelt	21	11
Verkehr	26	16
Finanzen	16	10
Vermögen	2	1
Planung	8	5
Verwaltung	3	3
Information	2	1

In der Amtszeit der Gemeindevertretung von 1997 bis 2001 stellen die Grünen 100 Anträge.

Im gleichen Zeitraum stellen die SPD 50, die CDU 23 und die FDP 4 Anträge.

(Eine Übersicht aller Anträge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen in der Zeit von 1997 bis 2001 mit Antragsnummer, Vorlagennummer der Gemeindevertretung, Antragsgegenstand, Antragszweck und Beschluss der Gemeindevertretung sortiert nach Themenbereich ist im Anlagenband auf den Seiten A 19 ff zu finden.)

Wieso auf einmal das Störfeuer?

Bickenbachs Bürgermeister erinnert Grüne an gute Zusammenarbeit

BICKENBACH (ste). Die Grünen hatten, wie am Dienstag berichtet, in ihrer Jahresversammlung Bürgermeister Günter Martini vorgeworfen, er ignoriere oder verzögere Beschlüsse der Gemeindevertretung. Martini verweist auf die gute Zusammenarbeit der Grünen mit CDU und FDP bis zur Kommunalwahl und wundert sich: „Ich denke nicht, daß meine Arbeit seit März schlechter geworden ist.“

Der Bürgermeister nimmt sodann zu den von den Grünen vorgetragenen Themen Stellung. Zur Verkehrsberuhigung in der Sandstraße sei erst in einer der jüngsten Parlamentssit-

zungen dem Gemeindevorstand ein klarer Auftrag erteilt worden. Er macht jedoch keinen Hehl daraus, daß er die vorgesehene Pflasterung aus Gründen der Lärmbelästigung für die Anwohner ablehnt. Auch beim Bau des Kinderhorts habe es keine Verzögerung gegeben. Martini: Das Parlament habe das Geld dafür erst im Februar bewilligt. Nach nur zehn Monaten könne der Hort im Januar 1998 eröffnet werden.

Die Vorarbeiten für den Umbau am Jugendtreff seien inzwischen geleistet worden, fügt der Bürgermeister an. Mit den Arbeiten wolle man in Kürze be-

ginnen. Was die Mitfinanzierung der Gemeinde bei der Erweiterung der Schule anbelange, so könnten Schulleitung und Elternbeirat bezeugen, daß er sich von Anfang an für die Erweiterung und auch den Erhalt der betreuenden Grundschule eingesetzt habe.

Martini fordert die Grünen auf, wieder zur konstruktiven Zusammenarbeit zurückzukehren, wie er sie in seinen ersten Amtsjahren als Bürgermeister in Bickenbach kennen- und schätzengelernt habe: „Für parteipolitische Scharmützel ist zur Zeit in der Kommunalpolitik kein Spielraum.“ **DE 971212**

Darmstädter Echo, 12. 12.1997

Leider bedeutet eine positive Beschlussfassung der Gemeindevertretung zu bestimmten Angelegenheiten keineswegs immer eine reibungslose Umsetzung der damit verfolgten Zwecke: Mal gibt es rechtliche oder finanzielle Probleme, mal sind Gemeindevorstand und/oder der Bürgermeister unwillig, zeitnah und umfassend zu agieren oder die Ereignisse überholen die Beschlussfassung und machen diese gegenstandslos. Deshalb setzen wir auch die traditionell erprobten Mittel zur politischen Willensbildung und Meinungsfindung ein.

Nachfolgend ausgewählte Beispiele unserer Aktivitäten zu den Bereichen

Bürgerbeteiligung

- Anträge Bürgerbeteiligung
- Anke Hofmann berichtet regelmäßig über die Arbeit der Bickenbacher Agenda 21-Initiative im Bickenbacher Magazin - Hefte 70 und 73 bis 76 - 1998 bis 2000.

Soziales

- Antrag Frauenbeauftragte
- Anträge Angebote für Jugendliche
- Berichterstattung im Darmstädter Echo über Initiativen für ein Bleiberecht von Flüchtlingen vom 02.02.1998 und 27.09.1999
- Über die Förderung von Vereinen durch die schlecht geplante Raumvergabe im hinteren Gebäude der ehemaligen Flüchtlingsunterkunft Außerhalb berichtet Ulrich Friedrich Koch im Bickenbacher Magazin - Heft 73 - September 1999.
- In Tricarico hält Ulrich Friedrich Koch einen Redebeitrag anlässlich der Verschwisterung am 1. Oktober 2000, veröffentlicht im Bickenbacher Magazin - Heft 78 - Dezember 2000.

Kultur

- Antrag Kulturförderung

Umwelt

- Anträge Umwelt und Ökologie
- Anträge AKW Biblis
- Anträge Brauchwassernutzung
- Nach 5 Jahren Betrieb einer privaten Brauchwasseranlage zieht Ulrich Friedrich Koch eine Zwischenbilanz, veröffentlicht im Bickenbacher Magazin - Heft 68 - Juni 1998.
- Hermann Benjes schwärmt von der Seeheimer Düne im Bickenbacher Magazin - Heft 69 - September 1998.
- Eine einfach an die Bäume genagelte Information der Gemeindeverwaltung kritisiert Hermann Benjes im Bickenbacher Magazin - Heft 76 - Juni 2000.

Verkehr

- Anträge Verkehrsberuhigung und -sicherung
- Hermann Benjes unterbreitet Vorschläge zur Unfallvermeidung im Bickenbacher Magazin - Hefte 67, 68 und 80 - in den Jahren 1998 und 2001.
- Über Bemühungen zum Ankauf des Bahnhof-Empfangsgebäudes berichtet Ulrich Friedrich Koch in seinem Beitrag Ölgetränkte Eisenbahnermütze für BGM Martini im Bickenbacher Magazin - Heft 81 - September 2001.
- Ulrich Friedrich Koch stellt Grundsatzüberlegungen zum Thema Ohne Automobil an im Bickenbacher Magazin - Heft 75 - März 2000.

Radverkehr

- Berichterstattung im Darmstädter Echo über Anträge der Grünen zum Radverkehr am 19.01.1998, 18.06.1998 und 02.11.2000
- Anträge Fahrradabstellanlagen
- Anträge Schulwegsicherung
- Ulrich Friedrich Koch beschreibt ein Konzept der Bickenbacher Grünen zur Schulwegsicherung im Bickenbacher Magazin - Heft 69 - September 1998.
- Bickenbach auf zwei Rädern einerseits aus Sicht der Fahrradfahrer*innen, andererseits aus Sicht des Autoverkehrs beschreibt Ulrich Friedrich Koch im Bickenbacher Magazin - Hefte 69 und 70 - im Jahr 1998.

Finanzen

- Anträge Finanzen
- Berichterstattung im Darmstädter Echo über Anträge der Grünen zu Finanzen am 14.05.1997 und 11.02.2000 Im Beitrag Das liebe Geld übt Ulrich Friedrich Koch Kritik an der Finanzpolitik Bürgermeister Martinis, veröffentlicht im Bickenbacher Magazin - Heft 73 - September 1999.
- Im Beitrag Das liebe Geld übt Ulrich Friedrich Koch Kritik an der Finanzpolitik Bürgermeister Martinis, veröffentlicht im Bickenbacher Magazin - Heft 73 - September 1999.
- Über die Kritik an der Planung der Nordanbindung Gewerbegebiet aus Sicht der Grünen referiert Ulrich Friedrich Koch im Bickenbacher Magazin - Heft 82 - Dezember 2001, zeitgleich auch veröffentlicht auf der ersten KOMM,A-Homepage.
- Hermann Benjes befürchtet die Einführung einer Taubensteuer, vorgetragen im Bickenbacher Magazin - Heft 71 - März 1999.
- Ulrich Friedrich Koch kritisiert die Art der Erhebung von Müllgebühren durch den Zweckverband Abfallwirtschaft (ZAW) im Bickenbacher Magazin - Hefte 68 und 75 - in den Jahren 1998 und 2000.

Ortsentwicklung

- Anträge Ortsentwicklung
- Berichterstattung im Darmstädter Echo über Anträge der Grünen zu Themen der Ortsentwicklung am 16.07.1997, 11.09.1997, 28.10.1998, 26.06.1999 und 07.12.1999
- Anke Hofmann berichtet, wie die Fraktion der Grünen in der Gemeindevertretung durch unterschiedliche Anträge versucht Bickenbach (zu) gestalten, veröffentlicht im Bickenbacher Magazin - Heft 75 - März 2000.

Information

- Antrag Gemeindliche Internet-Domain

Bürgermeisterwahl 1999

Nach drei Jahren Amtszeit des neuen Bürgermeisters Martini gibt es in den Reihen der Grünen deutliche Kritik an seiner Arbeit. Im Februar 1997 zirkuliert ein Papier dazu unter den Grünen unter dem Titel: **Was macht Herr Maier?** (Diese Frage war einer seinerzeit gängigen Formel nachempfunden, die eine gewisse kabarettistische Rolle spielte.) (s. Kasten nächste Seite)

Im März 1998 stellt der SPD-Ortsverein Uwe Daum als Kandidat für das Bürgermeisteramt auf.

Am 16. September 1998 nominiert der Ortsverband der Grünen auf seiner Mitgliederversammlung Klaus Peter Creamer als Bürgermeisterkandidaten.

Dem geht eine ausführliche Diskussion über Sinn und Zweck einer eigenständigen Kandidatur voraus.

Hier einzelne Debattenbeiträge (Zitate aus dem Protokoll):

Beitrag A: „Er hält eine Kandidatur der Grünen für notwendig um zu signalisieren, dass die Grünen in Bickenbach Alternativen zu bieten haben.“

Dem Amtsinhaber Martini muss attestiert werden, dass seine Arbeit nicht so gut ist, wie sie sein könnte und sollte:

- Beschlüsse der Gemeindevertretung müssen schneller umgesetzt werden. Man gewinnt den Eindruck, je weniger er diese Beschlüsse gut findet, desto länger dauert deren Umsetzung.
- Ökologische Fragen werden nicht ernst genommen. So gab es bezüglich der langjährig praktizierten Aktion 'Mehr Grün für Bickenbach' in diesem Jahr eine Fehl-anzeige.

Meine kritische Haltung, was die Zusammenarbeit zwischen BM Martini und den Grünen anbelangt, will ich auf den Punkt bringen und durch Beispiele erläutern.

Zunehmendes Unbehagen verspüre ich über die Rollenverteilung zwischen BM Martini und uns, wenn es um konkrete Projekte geht.

Vieles läuft nach dem Strickmuster ab: Die Grünen regen an, schlagen vor, rechnen vor, stellen Anträge, erarbeiten Fakten, kämpfen um Mehrheiten, sind auf fast allen Ausschuß-Sitzungen präsent und kümmern sich vorbildlich!

(Und Herr Maier, macht nix!)

BM Martini lässt sich mitziehen, horcht auf das leise Säuseln der Volkes Stimme.

Gelingt das Projekt, lässt er sich feiern. O-Ton BM Martini zur Inline-Anlage: "Ich tu was für meine kids". Gibt es Kritik aus der Bevölkerung bzw. aus dem Kreis der Betroffenen (die Lautesten und Rüpelhaftesten haben die besten Chancen auf Gehör), dann dreht er sich geräuschlos wie ein Fähnchen im Wind und lässt die Projekte wie eine heiße Kartoffel fallen. Schuld sind dann die anderen, nicht Herr Maier, sondern meist die Grünen, "die haben das so gewollt".

Dies ist der Fall gewesen bei:

- Kübel-Proteste Alsbacher Straße (Was sagt eigentlich Herr Maier?)
Die bzw. der dumme Grüne, in den Augen der meisten Anwohnerinnen und Anwohner der Alsbacher Straße, war Uli.
- Skate-Anlage auf dem Schulhof nach Bürgergesprächen mit BM Martini
BM Martini O-Ton: "Der Schulhof war nicht meine Wahl. Das wollten die Grünen so. Und was wollte Herr Maier?"
- Brauchwasser Anlage Jagdschloß
O-Ton Martini: "Ich muß meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schützen vor verunreinigtem Taubendreckwasser". Die Anlage ist ein besonderer Wunsch der Grünen gewesen. Herr Maier wollte das nicht - oder?"
- Weiterbeschäftigung von Frau Wehn
Martini schießt kapitale Böcke. O-Ton von BM Martini im Darmstädter Echo vom 22.01.1997: "Ich habe während meiner Amtszeit noch keine Fehler gemacht!"
- Und er "will noch neun weitere fehlerlose Jahre Bickenbacher Bürgermeister bleiben". Bei der Affäre Wehn sind es natürlich die hartherzigen, unbeugsamen Grünen, die auf Entlassung der jungen, netten Frau bestehen, so bleibt es im Gedächtnis Vieler haften.
- Und Herr Maier erzählt, er habe den Jugendtreff erfunden.

Wer sich so verhält (nein, nicht Herr Maier), sondern BM Martini, kann nicht erwarten, daß er wohlthuende Zustimmung zu Projekten (die auch der Profilierung dienen), z.B. Rathausvorplatz, findet. Martini muß selbst kreativ sein, Mehrheiten suchen und finden und um sie kämpfen, muß mit Maier was machen (feste Absprachen treffen).

Sicherlich werden wir nicht alles ablehnen, was BM Martini vorschlägt. Aber er muß die Initiative ergreifen, uns mit Sachargumenten und nicht merkantilen Versprechungen zu überzeugen versuchen.

BM Martini muß sich Tag und Nacht fragen: "Was machen die Grünen?"

- Es fehlt an einer klaren, ausgewogenen Entwicklungsperspektive für die Gemeinde speziell über die Folgen diverser Planungen zum Beispiel für die Infrastruktur der Gemeinde.
- Es fehlt an einer offenen Darstellung von Themen und Problemstellungen. So werde nach wie vor beispielsweise um die Pläne für die Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes Geheimniskrämerie betrieben.
- Kritikwürdig sei der wenig sparsame Umgang mit dem Geld.

'Grüne' Gründe für eine Kandidatur sind die feststellbaren Defizite in der Umweltpolitik, bei der Planung des Rathausvorplatzes und des Bahnhofsvorplatzes und nicht zuletzt bei der Verbesserung von Stil und Umgangsformen. Die Grünen in Bickenbach müssen ihr Profil verbessern. Unsere Arbeit kommt nicht so richtig rüber - andere ernten, was wir gesät haben.“

Beitrag B: „Ihre Erfahrung ist, dass man mit Martini nicht gut arbeiten kann. Unter Martini findet eine Leitung der Verwaltung nicht statt.“

Beitrag C: „Sie will aus persönlichen Gründen nicht kandidieren. Hier im Ort steht man auf dem Präsentierteller und wird leicht angefeindet. Wenn ihre Kinder älter sind, wäre für sie eine Kandidatur eher denkbar. Sie gibt zu bedenken, dass Martini eine gute Außenwirkung hat. Sie hat Hochachtung vor Klaus Peters Bereitschaft zur Kandidatur. Unter Umständen festigen wir dadurch Martinis Position.“

Drei Kandidaten in Bickenbach

Grüne schicken Creamer ins Rennen ums Bürgermeisteramt

BICKENBACH (ste). Die Bickenbacher Grünen werden bei der Bürgermeister-Direktwahl im kommenden Jahr Klaus-Peter Creamer ins Rennen schicken. Dies beschloß jetzt die Mitgliederversammlung.

Der 52 Jahre alte Creamer hat Politik studiert, den Journalismus erlernt und arbeitet als Pressesprecher beim Beltz-Verlag in Weinheim. Creamer ist kein Parteimitglied, arbeitet aber seit 1984 bei den Grünen mit. „Man braucht kein Parteibuch, um die richtige Politik zu machen“, betont er.

Er war von 1986 bis 1993 Mitglied des Gemeindeparlaments, danach wechselte er in den Gemeindevorstand über und ist seit April vergangenen Jahres Erster Beigeordneter.

Creamer empfindet sich nicht als Zählkandidat, sondern sieht sich als Vertreter der drittgrößten Kraft im Bickenbacher Parlament. Für seine Kandidatur nennt er im wesentlichen folgende Gründe: Einmal bietet nach seiner Ansicht das Amt ei-

nes Bürgermeisters viele Gestaltungsmöglichkeiten für die Gemeinde, zum anderen sehen er und die ihn unterstützende Partei die kommunale Verwaltung aus einem anderen Blickwinkel. Daraus resultieren für

dergrund der politischen Themen stehen. Andere wichtige Projekte sind für ihn die Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes sowie die Neugestaltung des Rathausvorplatzes und dessen Umfeld. „Hier soll eine Begegnungsmöglichkeit für Bürger und nicht nur Abstellfläche für Autos entstehen.“

Das Motto des zweifachen Familienvaters, der in seiner Freizeit Fußball, Aquaristik und die Kommunalpolitik als liebsten Zeitvertreib hat, ist in diesem Wahlkampf „gut leben und arbeiten in Bickenbach“.

Bürgermeister Günter Martini erste Wahlzeit endet am 31. Dezember 1999. Direktgewählt werden muß zwischen dem 1. Juli und dem 1. Oktober kommenden Jahres. Martini steht, wie er auf Anfrage mitteilte, für eine zweite Amtszeit zur Verfügung. Im Spätherbst wird eine CDU-Mitgliederversammlung darüber befinden. Als Kandidat der Sozialdemokraten steht deren Fraktionsvorsitzender Uwe Daum bereits fest.

Darmstädter Echo,
25.09.1998

Creamer eine notwendige Stärkung der Verwaltungsautonomie und die Abschaffung überflüssiger Bürokratie.

Außerdem sollten nach seiner Meinung ökologische Themen wie der Zustand des Bickenbacher Waldes mehr im Vor-

Beitrag D: „Sie sieht die Notwendigkeit für eine andere Politik. An Martini gefällt ihr nicht, wie er Dinge auf die lange Bank schiebt.“

Beitrag E: „Er plädiert dafür, zu den Kandidaturen von Martini und Daum unbedingt eine grüne Alternative zu bieten. Spätestens nach dem Agieren von Martini im Zusammenhang mit der Einstellung einer Vertretungskraft für die Jugendpflegerin (wg. Schwangerschaft und Erziehungsurlaub) hat er jegliche Illusion über dessen Fähigkeiten zur Verwaltungsführung verloren. Bei der Einstellung der Nachfolgerin für Dagmar Zeiß als Frauenbeauftragte hat Martini wenig Offenheit gegenüber der Gemeindevertretung im Sinne einer Beteiligung gezeigt. Von Sicherheit, Klarheit und Souveränität in seiner Amtsführung ist da nichts zu spüren.“

„Am besten laufen die Dinosaurier“

Klaus Peter Creamer (Grüne) schreibt für die Jugend, liebt Fußball und hat kein Parteibuch

Von Michael Fritz

Was haben Brontosaurus, Tyrannosaurus rex oder Stegosaurus mit Klaus Peter Creamer zu tun? Der Bürgermeisterkandidat der Grünen lacht. „Nun ja“, außer der Politik habe er noch eine ganze Menge anderer Hobbys. Zum Beispiel einen Hund, eine Katze und die geliebten Aquarien im Wohnzimmer. Doch das sind wahrlich kleine Fische, wenn man sie mit den Urzeit-Riesen vergleicht, die Creamer faszinieren: die Dinosaurier.

Anfang der neunziger Jahre, als gerade der Kinofilm „Jurassic park“ Furor machte, gelang auch Creamer ein kleiner Coup. Der Dino-Autodidakt, Jahrgang 1946, veröffentlichte nämlich ein Dino-Buch. Zwanzigtausend Exemplare sind bis heute verkauft. „Sie sind wirklich am besten gelaufen“, freut er sich. Sogar der ARD-Disneyclub lud ihn daraufhin ein. Creamer sprach als Dino-Spezialgast in der Kindersendung.

Doch der Vater zweier Kinder hat noch mehr geschrieben. Zum Beispiel das Jugendbuch „Leberwurst und Sägespäne“, wo es um das Leben in Deutsch-

land nach 1945 geht. Oder „Ab durch die Mitte“, einen Ratgeber, der das Verreisen mit wenig Geld schmackhaft macht.

Creamer ist ein Mann des Wortes. Gerade deshalb hat er immer wieder Schwierigkeiten mit seinem Namen. Die Buchstabenfolge „ea“ in Creamer ist ungewöhnlich, aber korrekt. Als der Mann sich nach dem Abitur an der Fuldaer Zeitung zum Redakteur ausbilden ließ, bekam er gleich Ungemach zu spüren. Er setzte, wie es sich gehört, Creamer über den Artikel und bekam zu hören. „So einen blöden Volontär hatten wir noch nie. Der kann nicht mal seinen Namen fehlerfrei schreiben.“

Creamer hat es trotzdem zu etwas gebracht: Nach seinem Volontariat studierte er Politikwissenschaft und Soziologie in Gießen. Beim Mittagessen in der Mensa lernte er damals seine Diana kennen. Sie studierte „Sport und Deutsch“ fürs Lehramt. 1976 heiratete er sie, 1979 kam Sohn Florian zur Welt, 1982 folgte Tochter Annika.

Dazwischen lagen Umzüge. Aus Mittelhessen ging's zunächst nach Bensheim (1977).

Bei einer Radtour im Jahr 1978 verliebten sich die jung Vermählten in Bickenbach. „Wir sahen hier ein schönes Neubaugebiet mit Blick aufs Alsbacher

Schloss.“ Schon eine Woche später war der Hauskauf unter Dach und Fach.

Die Creamers fühlen sich inzwischen als Einheimische. Seit 14 Jahren mischt Vater Creamer für die Grünen in der Kommunalpolitik mit. Ein Parteibuch hat er nicht, doch er machte Parteikarriere: Vom Fraktionssprecher wechselte er in den Gemeindevorstand. Inzwischen ist er Erster Beigeordneter, also Stellvertreter des Bürgermeisters. Als „begeisterter Fußballfan der SKG Bickenbach“ bringt der Politiker viel Zeit auf dem Sportplatz. „Mein Sohn spielt in der 1. Mannschaft“, schwärmt er.

Grün ist nicht nur der Fußballrasen, sondern auch manche Angewohnheit. Creamer hackt samstags zur Entspannung gerne Holz. Er fährt viel Rad, tuckert täglich mit dem Zug zur Arbeit nach Weinheim (Fachverlag). Für die drei Meer-schweine der Tochter hat er ein tolles Gewächshaus im Garten gebaut.

Zur Wahl am Sonntag ist er optimistisch: „Ich bin nicht angetreten, um zu verlieren.“

Darmstädter Echo,

01.09.1999

Anke Hofmann interviewt Bürgermeisterkandidat Klaus Peter Creamer, veröffentlicht im Bickenbacher Magazin, Heft 72, Juni 1999

Am Wahlkampf-Stand in der Darmstädter Straße im Sommer 1999: Bürgermeisterkandidat Klaus Peter Creamer gemeinsam mit Manuela Aßmus und Anke Hofmann (im Vordergrund v.l.n.r.)



Klaus Peter Creamer veröffentlicht drei Wahlbriefe an die Bickenbacherinnen und Bickenbacher, die im Sommer 1999 gemeindeweit verteilt werden:



Ergebnis der Bürgermeister-Wahl am 05.09.1999

Wahl	Wahlberechtigt	Wahlbeteiligung		SPD		CDU		FDP		Grüne	
		absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
1993 Bürgermeister	3533	2406	68,1 %	1107	46,8 %	947	40,1 %			309	13,1 %
1993 Bürgermeister Stw.	3536	2492	70,5 %	1098	44,5 %	1370	55,5 %				
1997 Gemeindevertretung	3765	2597	69,0 %	1019	40,4 %	938	37,2 %			413	16,4 %
1999 Bürgermeister	4004	2739	68,4 %	785	28,8 %	1700	62,5 %			237	8,7 %

Bürgermeister Martini entscheidet die Wahl bereits im ersten Durchgang mit 62,5% überaus deutlich. Gegenüber dem Erst-Durchgang der Bürgermeisterwahl 1993 gewinnt er mit 1.700 absolut 753 Stimmen, prozentual 22,4% dazu. Die SPD verliert mit ihrem Kandidaten gegenüber 1993 absolut 322 Stimmen, prozentual 18%. Das ist fast ein Drittel ihres damaligen Wähler*innen-Potenzials. Klaus Peter Creamer erreicht 237 Stimmen. Das sind 72 Stimmen bzw. 4,4% weniger, als der grüne Kandidat 6 Jahre zuvor gewinnen konnte.

Der Vergleich mit dem Ergebnis der Kommunalwahl 1997 zeigt, dass Günter Martini Stimmen aus allen politischen Lagern gewonnen hat.

<p>Der Wahlkampf von Klaus Peter Creamer war im Gegensatz zu Martini und Daum von zurückhaltender Sachlichkeit geprägt. Er ließ nicht andere für sich werben, verzichtete auf die Unterstützung durch Auswärtige (Martini hatte Innenminister Bouffier nach Bickenbach geholt) oder volksfesthafte Aufführungen wie Uwe Daum am Freitag auf dem Rathausplatz. In seinen Faltblättern unterblieben Seitenhiebe auf die Mitbewerber. Creamer präsentierte sich als einen Mann, der trotz seiner Nähe zu den Grü-</p>	<p>nen eine gewisse politische Unabhängigkeit an den Tag lege, der zwar nicht aus dem öffentlichen Dienst komme, aber Erfahrungen, Kenntnisse und Ideen aus der privaten Wirtschaft mitbringe. Es wäre sicher spannend gewesen, zu erleben, wie er mit seiner Qualifikation und offenen Art die Kommunalpolitik in Bickenbach zu gestalten versucht hätte. □</p> <p style="text-align: right; font-size: small;">Abdruck mit freundlicher Genehmigung von Claus-Peter Haller</p>
--	--

Auszug aus dem Kommentar von Claus-Peter Haller: Martini macht das Rennen zur Bürgermeisterwahl im Darmstädter Echo vom 6. September 1999, hier abgedruckt im Bickenbacher Magazin, Heft 74, Dezember 1999

Die Frustration bei den Grünen ist ziemlich groß. Man ist mit einem guten Kandidaten ins Rennen gezogen, hat gute Argumente, der Wahlkampf lief gut. Trotzdem hat man gegen den Amtsinhaber keine Chance. Im November debattiert die Mitgliederversammlung über die politischen Lehren daraus.

„Auch nach der 'verlorenen' Bürgermeisterwahl, bei welcher Amtsinhaber Günter Martini deutlich über 60 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte, darf das Feld nicht CDU und SPD überlassen werden. Gerade die aktuellen Ereignisse um den Rathausvorplatz / Die Jagdschlossanlage zeigen wieder, wie wichtig eine 'dritte' Kraft ist, die weder machtbesoffen, noch desillusioniert/kleinkariert solide Kommunalpolitik betreibt.“

(Protokoll Mitgliederversammlung des Grünen Ortsverbandes vom 16. November 1999)

Zum Jahresende 1999 legt Klaus Peter Creamer sein Amt als Erster Beigeordneter der Gemeinde Bickenbach nieder, bleibt aber Mitglied des Gemeindevorstands.

Klaus Peter Creamer tritt vom Amt zurück

Bickenbachs Erster Beigeordneter bleibt aber im Gemeindevorstand

DE
19912.09

BICKENBACH (ste). Das Stühleücken in den politischen Gremien der Gemeinde Bickenbach geht weiter. Der Erste Beigeordnete Klaus Peter Creamer, der bisher für Bündnis 90/Die Grünen dem Gemeindevorstand angehörte, hat schriftlich seinen Rücktritt von diesem Amt zum 31. Dezember angekündigt. Erst vor wenigen Wochen hat der seitherige Parlamentschef Hans-Jürgen Krause (SPD) den Verzicht auf Amt und Mandat erklärt.

Wie Klaus Peter Creamer auf Anfrage dazu mitteilt, will er weiterhin dem Gemeindevorstand angehören, allerdings nicht mehr in vorderster Linie.

Für seinen Schritt nennt Creamer berufliche Gründe. Der Journalist arbeitet als Pressesprecher eines großen Weinheimer Verlages. Wie er erläutert, hat er durch personelle Änderungen im Verlag zusätzliche Aufgaben übernommen, die seinen Terminkalender noch

schwieriger gestalten. Schon zuvor sei eine Koordinierung der beruflichen und politischen Termine nicht immer leicht gewesen, nun sei das fast nicht mehr möglich, betont Creamer.

Wegen der in der Gemeindevertreterversammlung am 16. Dezember anstehenden Wahl eines neuen Vorsitzenden des Gemeindeparkaments und der anschließenden Amtseinführung von Bürgermeister Günter Martini

(CDU) sieht Creamer auf einen Amtsverzicht zu diesem Datum ab und verbleibt bis Ende Dezember in seinem Amt. Auch für die Übergangszeit bis zur Wahl eines Nachfolgers in der Februarsitzung stellt er sich zur Verfügung.

Creamer bekleidete sein Amt seit Beginn dieser Legislaturperiode. Zuvor war er vier Jahre lang Mitglied des Gemeindevorstandes und davor sieben Jahre Mitglied der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Gemeindeparkament. Creamer war außerdem zur Wahl des Bürgermeisters am 5. September angetreten, wo er allerdings nur 8,7 Prozent der Stimmen erreichen konnte.

Was die Neubesetzung der Stelle des Ersten Beigeordneten anbelangt, so sind nun SPD und Bündnis 90/Die Grünen am Zug. Sie hatten im April 1997 zu Beginn der Legislaturperiode eine gemeinsame Liste für die Wahl der Beigeordneten vorgelegt,

die damals Klaus Peter Creamer anführte. Wie die stellvertretenden Parlamentsvorsteher Gisela Metz (CDU) und Ulrich F. Koch (Bündnis 90/Die Grünen) der Gemeindevertretung schriftlich mitteilen, haben die Unterzeichner dieses Wahlvorschlages nun 14 Tage Zeit, um mitzuteilen, ob die gegebene Reihenfolge der Bewerber eingehalten oder gegebenenfalls geändert werden soll.

Derzeit bilden neben Creamer noch Brigitte Sturm, Jürgen Zeißler, Erich Schneider (alle SPD), Birgit Köhler-Günter (Bündnis 90/Die Grünen), Theresia Schäffer (FDP) sowie Peter Bitsch, Peter Böhm und Armin Zeißner (alle CDU) den Bickenbacher Gemeindevorstand.

Da Klaus Peter Creamer weiterhin dem Gremium angehören will, wird ein Mitglied von Sozialdemokraten und Bündnis 90/Die Grünen künftig das Amt des Ersten Beigeordneten bekleiden.

Am Ende der Amtszeit der Gemeindevertretung gibt es eine heftige Auseinandersetzung zwischen mehreren Mitgliedern der Gemeindevertretung und Bürgermeister Martini um das Arbeitszeitkontingent des Referats Kommunale Frauenbeauftragte und um einen gemeindlichen Zuschuss zur Sanierung des Jugendheim Freibades.

Noch unmittelbar vor der Kommunalwahl verteilt die CDU einen Flyer dazu.

(Im Darmstädter Echo wird am 10. und 17. März 2001 zur Klage von Parlamentsmitgliedern über die aus ihrer Sicht Missachtung gemeindlicher Beschlüsse durch Bürgermeister Martini berichtet.)

Um einen Zuschuss der Gemeinde Bickenbach zur Sanierung des Jugendheim Freibades wird im Gemeindeparlament heftig gestritten.

Ulrich Friedrich Koch berichtet darüber in Form einer Real-Life-Soap im Bickenbacher Magazin - Hefte 80 und 81 - im Jahr 2001.

Kommunalwahlkampf 2001:

SPD und Grüne verlassen die Bühne des politischen Anstandes.

Wider besseren Wissens wollen sie unseren Bürgermeister verklagen!

Sein sparsamer Umgang mit unseren Steuergeldern soll gerichtlich verhindert werden! Und wer zahlt die Zeche?
Wir alle, die Bürgerinnen und Bürger Bickenbachs!

Ihre Stimme für die **CDU-Bickenbach** am 18. März ist auch eine Stimme für unseren **Bürgermeister Günter Martini !!!**

Helfen auch Sie mit!!!

Grün öffentlich



Die 4. Ausgabe der **Postille** befasst sich mit folgenden Themen:

- Wassersparmaßnahmen
- Kinderhort
- Schulerweiterung
- 'Windelsack'
- Fahrradabstellanlagen
- Geplante zweite Werksausfahrt der Firma Wolf Bergstraße
- Standort der Skateanlage
- Verkehrsberuhigung Sandstraße
- Arbeit des Fachausschusses Soziales, Sport und Kultur
- Gestaltung des Bahnhofvorplatzes
- Car-Sharing: Voraussetzung für einen Standort in Bickenbach
- Gemeindebücherei

Die Grünen gehen online auf der Plattform sandhas.de, vorgestellt von Anke Hofmann im Bickenbacher Magazin - Heft 73 - September 1999.



DRAN- BLEIBEN ...

DIE TOLERANZ ANDEREM DENKEN
GEGENÜBER SETZT DAS WISSEN
UM DIE BEGRENZTHEIT DES EIGENEN
DENKENS VORAN.

8. WECHSEL VON GRÜN ZU KOMM,A

Am 18. Mai 1999 verlässt Ulrich Friedrich Koch nach 15 Jahren Mitgliedschaft Bündnis 90 / Die Grünen und legt die Sprecherfunktion (Vorsitz) im Ortsverband Bickenbach nieder.

In seiner Austrittserklärung schreibt er u.a.:

"Grund für diesen Schritt, der mir schwerfällt, ist die deutsche Politik bezüglich des Kosovo, welche im Rahmen der rot-grünen Koalition durch Bündnis 90 / Die Grünen mitgetragen und daher mit zu verantworten ist.

Als Lehren aus zwei Weltkriegen mit ursächlicher Beteiligung Deutschlands lernte ich, daß Krieg kein Mittel der Politik werden und der Zweck die Mittel nicht heiligen darf. Persönlich habe ich mit solchen Begründungen den Wehrdienst verweigert. ()

Erst allmählich mußte ich mir durch den Nebel der Kriegsberichterstattung offen auf der Hand liegende Tatsachen vergegenwärtigen, wie das Fehlen eines UN-Mandates -die NATO schritt international gesehen zur Selbstjustiz- und das Fehlen einer grundgesetzlichen Legitimation eines Bundeswehreinsatzes in diesem verharmlosend als Kosovokrise bezeichneten Krieges. ()

Was wollen wir unseren Kindern erzählen? In den Schulen fordern LehrerInnen und Eltern gewaltfreie Konfliktlösungen von den Kindern, wenn sich mal welche die Nasen blutig geschlagen haben. Mediationsverfahren sind gerade 'en vogue'. Aber im Großen glauben wir, alles Recht der Welt zu haben, unsere Position mit Waffengewalt und ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzen zu dürfen. Wann ist denn Gewaltanwendung zur Durchsetzung der eigenen Interessen legitim und wer entscheidet darüber?

Wohlvollende Kritiker meiner Partei bescheinigen ihr nach dem Bielefelder Parteitag Realitätssinn statt illusionärer pazifistischer Träumerei. Grüne Großkopfeten fordern gerade auch im Zusammenhang mit dem Kosovokrieg endlich Regierungsfähigkeit ein. Bundeskanzler Schröder wird in Reaktion auf den Bielefelder Parteitag der Grünen zitiert: "Wer jetzt meint, er müßte für die Akzeptanz der Realität auch noch eine Belohnung kriegen, der hat ein merkwürdiges Politikverständnis." Der Mann ist im falschen Film. Hier wird nicht auf Spatzen geschossen. () Kritik an der Rolle meiner Partei gab es schon früher. An Gründe und Umstände des Rücktritts von Iris Blaul sei hier stellvertretend erinnert.

Erstmals ernsthafte Austrittsgedanken bekam ich anlässlich der unter dem Namen 'Cousinenaffäre' bekanntgewordenen Ursachen für den Rücktritt von Umweltministerin Margarete Nimsch. In beiden Fällen wurden grüne Politikprinzipien mit Füßen getreten. Im Unterschied zu der aktuellen Frage der Haltung zum Krieg im Kosovo konnte aber von individuellen Fehlleistungen ausgegangen werden. In der Frage 'Krieg als Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln' geht es um Grundüberzeugungen. Die bin ich nicht bereit, auf irgendeinem rot-grünen Altar zu opfern.

()

Daß andere Parteien eine öffentliche Auseinandersetzung zu diesem Thema überhaupt ganz scheuen -wenigstens das kann man den Grünen immerhin zu Gute halten-, macht die Sache nur noch schlimmer.

PS: Mein Mandat in der Gemeindevertretung Bickenbach lege ich nicht nieder. In den meisten hier von mir vorgebrachten Überlegungen weiß ich mich einig mit meinen KollegInnen in der Fraktion. Das macht Mut...“

(Die vollständige Erklärung finden Sie im Anlageband auf den Seiten A 42 ff)

Am 16. November 1999 debattiert der grünen Ortsverband auf einer Mitgliederversammlung zu den Fragestellungen: Ist eine kommunalpolitische Alternative zu CDU-SPD-F.D.P. in Bickenbach notwendig? Sehen wir für uns eine politische Heimat weiterhin bei Bündnis 90 / Die Grünen – oder organisieren wir uns anders?

Beitrag A: "Auch nach der 'verlorenen' Bürgermeisterwahl, bei welcher Amtsinhaber Günter Martini deutlich über 60 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte, darf das Feld nicht CDU und SPD überlassen werden. Gerade die aktuellen Ereignisse um den Rathausvorplatz / Die Jagdschlossanlage zeigen wieder, wie wichtig eine 'dritte' Kraft ist, die weder machtbesoffen, noch desillusioniert/kleinkariert solide Kommunalpolitik betreibt.

Er sieht für die in Bickenbach seither im Umfeld der Grünen Aktiven keine Perspektive. Vordergründig fehlt es nach mehreren Austritten aus der Partei Bündnis 90 / Die Grünen schlicht an einer ausreichenden Zahl von Parteimitgliedern, um den Mindestanforderungen des Kommunalwahlgesetzes Genüge zu tun. Selbst Wahlen und Entlastungen innerhalb des Ortsverbandes werden so formal zur Qual. So gesehen ist der Name 'Ortsverband von Bündnis 90 / Die Grünen' Etikettenschwindel. Grundsätzlich muss sich jede Untergliederung einer Partei gefallen lassen, mit Auftreten, Inhalten und Resultaten der übergeordneten Parteigliederungen identifiziert zu werden. Dass die Schnittmenge da nicht immer 100% beträgt, ist normal. Aber

wenn man an Infoständen steht und fürchtet, auf die Politik der Grünen in Berlin und Wiesbaden angesprochen zu werden, weil man nicht mehr weiß, wie und ob man sie rechtfertigen will (bzw. kann), stellt sich irgendwann die Gretchenfrage. Bei Kommunal- und Bürgermeisterwahl hat man das Gefühl, für Dinge abgestraft zu werden, die wir hier vor Ort nicht zu verantworten haben.

Er möchte mit der Partei Bündnis 90 / Die Grünen nicht mehr identifiziert werden, weil er sich nicht mehr mit ihr identifizieren kann. Er nennt verschiedene Beispiele dafür. ()

Man ertappt sich dabei, Grüne lediglich nur noch als das 'kleinere Übel' anzusehen. Da waren wir mit der SPD vor 25 Jahren schon."

Beitrag B: "Ihre Erinnerung aus der Zeit der 'Freien Liste Umweltschutz' (FLUB) ist verbunden mit einer größeren Öffnung, welche erkaufte wurde mit starken inneren Differenzen und Konflikten. Es war schwieriger, ein klares Profil zu zeigen. Heute bereitet uns das -bequeme- Aushängeschild Grüne Schmerzen."

Beitrag C: "Sie würde Probleme bekommen mit ständigen internen Auseinandersetzungen. Sie arbeitet lieber pragmatisch, statt ständig über Grundsätze zu streiten. Seither wollte bzw. konnte sie sich nicht mit einer Partei identifizieren, daher ist sie auch nie Mitglied bei den Grünen geworden. Unsere Arbeit vor Ort findet sie gut. Eine ökologische Ausrichtung politischer Tätigkeit ist ihr wichtig."

Beitrag D: "Er ist unbedingt dafür, eine Alternative zu den etablierten Parteien vor Ort zu haben. Bei den letzten Wahlen ist er einige Male nicht wählen gewesen, weil ihm das Polittheater stinkt. Hier vor Ort benutzen wir die Grünen nur noch als Vehikel, um ins Parlament zu kommen. 1992 waren wir in Bickenbach schon mal so weit, dass wir nicht wussten, wie es weitergehen würde. Ihm ist der Name einer politischen Gruppierung wurscht, Hauptsache diese ist in der Lage, politisch vernünftige Alternative aufzuzeigen."

Beitrag E: "Im grünen Ortsverband haben wir die Landes- und Bundespolitik meistens gemieden, sondern uns auf das Ortsgeschehen konzentriert. Bezüglich der überregionalen grünen Politik kamen lähmende Gefühle auf. Hier vor Ort wird die Arbeit eher honoriert und wir konnten relativ gute Stimmergebnisse bei früheren Wahlen erzielen. In letzter Zeit hat sich jedoch personell nicht mehr viel bewegt. Es gelingt uns bis auf wenige Ausnahmen nicht, neue Leute für unsere Arbeit zu gewinnen - die Rückendeckung fehlt. Die letzten fünfzehn Jahre gemeinsamer Arbeit waren toll. Er möchte nicht mitten im Fluss die Pferde wechseln und spricht sich daher dagegen aus, während der laufenden Amtszeit der Gemeindevertretung das Firmenschild auszutauschen. Zu den letzten Kommunalwahlen sind wir unter dem Namen 'Bündnis 90 / Die Grünen' angetreten und von vielen deswegen gewählt worden. Eine Alternative zu CDU und SPD hält er weiterhin für notwendig."

Beitrag F: "In unserer Ortsgruppe sind wir nie 'über den Bach hinausgegangen', müssen aber immer rechtfertigen, was die grüne Partei in Land und Bund anrichtet. Er spricht sich klar dafür aus, das Firmenschild rechtzeitig vor der Kommunalwahl 2001 zu wechseln, da der Kommunalwahlkampf in ein paar Monaten beginnt. Auch er beklagt die zu geringe Beteiligung von MitstreiterInnen an der Ortsverbandsarbeit. Unter Umständen können wir durch einen Wechsel des Etiketts neue Leute und dadurch auch an Vielfalt gewinnen."

„In der anschließenden Diskussion beschäftigten uns im Wesentlichen drei Fragen: Was ändert sich, wenn wir das Firmenschild wechseln? Wann ist der beste Zeitpunkt, um einen solchen Schritt zu vollziehen? Mit welcher Außenwirkung müssen wir rechnen? Eine Änderung des Firmenschildes bedeutet, daß wir uns nicht mehr mit der Partei Bündnis 90 / Die Grünen identifizieren. Die Themen und Probleme in Bickenbach bleiben genauso wie unsere Position dazu. Sowohl in der Vergangenheit wie voraussichtlich auch in der Zukunft wurden und werden wir von vielen Leuten gewählt, die sonst grün wählen. In erster Linie dieser Personenkreis wird wohl auch in Zukunft von uns angesprochen werden können. Eine neue Firma im alternativen Spektrum wird ein illustres Sammelsurium jeglicher Unzufriedenheit mit allen positiven und negativen Begleiterscheinungen anziehen, wie man dies aus der Gründungsphase der Grünen Partei noch lebhaft in Erinnerung hat.

Ein neues Firmenschild beträfe einerseits den Ortsverband, andererseits die Fraktion in der Gemeindevertretung. Die Fraktion ist als Liste Bündnis 90 / Die Grünen zur Kommunalwahl 1997 angetreten. Da ist ein Wechsel der Pferde mitten im Fluss, also während der laufenden Amtszeit der Gemeindevertretung schwer zu legitimieren. Nicht alle unsere WählerInnen haben uns aus persönlicher Kenntnis und Sympathie gewählt. Aus Ortsverbandssicht wäre dagegen ein möglichst frühzeitiger Wechsel vor dem Kommunalwahlkampf im kommenden Jahr sinnvoll. Unsere Fraktion könnte im Ortsparkament in die Rolle eines zahnlosen Tigers (freie Übersetzung von 'lame duck') kommen, wenn eine Wiederwahl sehr ungewiss wird. Problematisch wird die ganze Angelegenheit dadurch, dass Ortsverband und Fraktion weitgehend personenidentisch sind.

Grundsätzliches noch unbeantwortet

BICKENBACH (ste). Grundsatzfragen über die Zukunft der Bickenbacher Grünen waren kürzlich Thema der Hauptversammlung. Trotz intensiver Behandlung steht ein Beschluss noch aus.

Am 19. Januar 2000 sollen in einem zweiten Anlauf folgende Fragen beantwortet werden: Ist nach der Bürgermeisterwahl, die mit einer Niederlage auch des Kandidaten von Bündnis 90/Die Grünen endete, im Ort noch eine kommunalpolitische Alternative zu den drei anderen Parteien CDU, SPD und FDP notwendig?

Sehen Bickenbachs Grüne angesichts des Verhaltens der Bündnisgrünen auf bundespolitischem Gebiet dort weiterhin ihre politische Heimat?

Darmstädter Echo, 18.11.1999

In jedem Fall sollten zunächst ggfs. notwendige inhaltliche Neudefinitionen im Sinne einer Programmatik erfolgen, bevor man die formalen Dinge in Angriff nimmt."

(Alle Zitate aus dem Protokoll der Mitgliederversammlung vom 16.11.1999)

Am 19. Januar 2000 veröffentlicht Ulrich Friedrich Koch zur Mitgliederversammlung des grünen Ortsverbands Bickenbach am gleichen Tag dieses Positionspapier:

Quo vadis - 'Grüne' Politik in Bickenbach

Es gibt gewichtige Indizien, dass sich das bundesrepublikanische System der Parteiendemokratie überlebt haben könnte. Die Unregelmäßigkeiten bei der Parteienfinanzierung sind da nur eklatante Beispiele. Umgehung der Bandbreite legaler Parteienfinanzierung mit mafiösen Methoden durch die Schwarzen im Großen, die Finanzierung von repräsentativen Auftritten der Funktionsträgerinnen durch Sponsoren aus der Wirtschaft bei den Roten, aber auch die illegale Parteienfinanzierung aus den Parlamentsfraktionen im Kleinen bei den Grünen wie die aktuelle Presseberichterstattung täglich vor Augen führt, zeigen, dass hier etwas falsch läuft. Der Bäderkönig, Amigo, Barschel und der Graf sind noch in schlechter Erinnerung.

Die Schwarzen sind die Profis, die Roten Mittelmaß und die Grünen Amateure... ()

Parteien haben qua Definition die demokratische Funktion einer politischen Willensbildung und Meinungsfindung. Analysiert man die aktuelle Verfassung der Parteiendemokratien, bekommt man den Eindruck, dass diese sich zu Kartellen der unbedingten Machterhaltung gemauert haben. Da passt ins Bild, dass die Grünen sich vom Rotationsprinzip schon lange verabschiedet haben und sich von der Trennung von Amt und Mandat demnächst verabschieden werden. Dies waren gerade ja Modelle, um Machtmissbrauch einzudämmen. Parlamentarische Mehrheitsentscheidungen fallen nicht mehr nach offener Diskussion im Parlament, sondern sind offenbar präjudiziert durch Parteizentralen, durch Koalitionsausschüsse -im Risikofall durch 'Fraktionszwang' abgesichert-, durch 'Küchenkabinette', unter Cousinen oder bei konspirativen Treffen in der Schweiz. Rechenschaft über das eigene Tun wird, wenn überhaupt nur noch gegenüber Parteigremien, nicht mehr gegenüber den WählerInnen gelegt. Der Rest ist demokratisches Theater. Der Normalverbraucher hat längst kapituliert - politisches Spiel ist schmutziges Spiel.

Die Vorstellung einer Demokratie, welche von unten nach oben funktioniert und suggeriert, der kleine Mann könne tatsächlich Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben -die 'Lebenslüge' der Parteien- ist abstrus.

Wir im Bickenbacher Grünen Ortsverband wurden und werden in diesem Sinn in Sippenhaft genommen. Trotz ehrlicher Bemühungen haben wir keine Chance, BürgerInnen für unsere Arbeit zu interessieren, weil das grundsätzliche Misstrauen gegenüber parteipolitischer Betätigung unüberbrückbar groß geworden ist.

Da helfen auch gute Programme und glaubwürdige Personen nicht. WählerInnen fixieren sich höchstens noch auf Hoffnungsträger (Martini) und das geht solange gut, bis der Krug bricht (Schäuble). Glaubwürdigkeitsverlust und Frustration werden nur noch größer - ein Teufelskreis.

Wir stehen vor der Entscheidung, wie wir (und wer) weiterhin unter welchen Bedingungen kommunalpolitisch tätig werden. Hierzu möchte ich folgendes Denkmodell einer organisatorischen Struktur vorschlagen:

- Wir nehmen Abstand von der Gründung einer neuen, wie auch immer gearteten Gruppierung, sondern suchen Personen, welche auf Basis eines Wahlprogramms in die nächsten Kommunalwahlen ziehen. Eine WählerInnen-Liste kommt nur zustande, wenn eine Einigung auf Grundaussagen möglich ist. ()
Diese Liste muss sich ausdrücklich von Parteien unabhängig halten.
- Für den Fall eines Einzuges in das nächste Gemeindeparlament () arbeiten die VertreterInnen dieser gemeinsamen Liste als Fraktion zusammen, allerdings ausdrücklich ohne Fraktionszwang auszuüben. Fraktionssitzungen sind grundsätzlich öffentlich.
- Alle Mitglieder der Fraktion verpflichten sich, öffentlich Rechenschaft über ihr Tun bzw. Unterlassen abzulegen. Mindestens einmal jährlich ist ein schriftlicher Rechenschaftsbericht über Presse, 'Bickenbacher Magazin' und oder per Eigenveröffentlichung zu geben.
- Im Vorfeld von grundlegenden Entscheidungen der Gemeindevertretung stellen sich die Fraktionsmitglieder für eine themenbezogene öffentliche Auseinandersetzung zur Verfügung und legen ihre Stellung zu den betreffenden Fragen dar. () Dieser Punkt beinhaltet eine Selbstverpflichtung zur Teilnahme an allen Bürgerversammlungen der Gemeinde sowie dem Agenda-Prozess. Diese Selbstverpflichtung ist jedoch nicht mit dem früher in linken Zirkeln geforderten 'Imperativen Mandat' zu verwechseln. Die Gewissensentscheidung der einzelnen MandatsträgerInnen bleibt unberührt.

Dieses Modell ist sicher noch nicht ausgereift und auch nicht sensationell. Vorteilhaft daran ist, dass es keine Verknüpfungen mehr mit parteipolitischen Interessen gibt, im Gegenzug aber auch keine hinderliche Doppelbelastung durch Partei- und Fraktionsarbeit. () Eine Garantie dafür, dass solche VolksvertreterInnen nicht doch nur Privatinteressen vertreten oder abheben gibt es nicht. Die Quittung kann halt nur im Fünfjahresrhythmus in Form von Nicht-Wahl erfolgen.“

(Das vollständige Papier finden Sie im Anlageband auf den Seiten A 45 ff)

Grüne in Bickenbach lösen Ortsverband auf

Kaum noch Mitglieder – 2001 ist Schluss

DE 20000121

BICKENBACH (ste). Der Ortsverband von Bündnis 90/Die Grünen wird sich nach dem Ende der laufenden Legislaturperiode im Jahr 2001 auflösen. Dies ist das Ergebnis einer Versammlung vom Mittwochabend. Für diesen Schritt gibt es mehrere Gründe, wie Pressesprecherin Anke Hofmann erklärte.

Einmal bestehe der Ortsverband schon jetzt formal nicht mehr. Nach den Austritten der letzten Zeit weise er keine drei Mitglieder mehr auf. Zum anderen bestehe keine Identifikation mehr mit den bundespolitischen Zielsetzungen der Mutterpartei. Dabei nannte Anke Hofmann vor allem den Kosovokonflikt. Außerdem sei der Ortsverband vor allem kommunalpolitisch

tätig gewesen und habe keine Verbindung zum Kreis- oder Landesverband der Partei unterhalten.

Diskutiert wurde auch die Frage nach einer sofortigen Auflösung und der Rückgabe der vier Gemeindeparlaments-

Aufbau einer neuen politischen Kraft

und zwei Gemeindevorstandsmandate des Ortsverbands. Man entschied sich dagegen, weil man, so Hofmann, bislang eine gute Politik in der Gemeinde gemacht habe und nun durch einen Rückzug aus den politischen Ämtern nicht den Wählern in Bickenbach gegenüber Vertrauensbruch begehen wolle.

Nach dem Austritt von Ulrich F. Koch aus der Partei im vergangenen Jahr gehört keines der vier Fraktionsmitglieder mehr Bündnis 90/Die Grünen an. Die Grünen, die bei den Kommunalwahlen bis zu 14 Prozent der Stimmen in Bickenbach erhalten haben, waren vor Jahren aus der Freien Liste Umweltschutz Bickenbach (Flub) hervorgegangen und stellten bei den beiden Bürgermeisterdirektwahlen 1993 und 1999 eigene Kandidaten.

Wie Anke Hofmann betont, wird man mit neuen Leuten möglicherweise bis zur Kommunalwahl 2001 den Aufbau einer neuen politischen Kraft versuchen, da das nötige Wählerpotential vorhanden sei. Das nachlassende Interesse an der Mitarbeit im grünen Ortsverband erklärt sie auch damit, dass im Gegensatz zu den Gründungsjahren der Flub während der Diskussion um die Umgehungsstraße derzeit in Bickenbach die unter den Nägeln brennenden Themen fehlten.

► *Kommentar auf dieser Seite* ◀

■ Kommentar

Es grünt nicht mehr so grün

Von Claus-Peter Haller

Es war eine quirlige Truppe, die sich 1979 mit dem Namen FLUB gründete, was für „Freie Liste Umweltschutz Bickenbach“ stand. Von 1981 bis 1985 gab es eine FLUB-Fraktion in der Gemeindevertretung, danach erfolgte die Gründung eines Ortsverbandes der Grünen. Wer mitwirken wollte, konnte, musste aber nicht Parteimitglied sein. In Bickenbach gab es schon immer mehr freie Mitarbeiter als eingeschriebene. Nach Austritten sind inzwischen noch nicht einmal genügend Mitglieder vorhanden, um den Ortsverband von Bündnis 90/Die Grünen weiterführen zu können.

Wer in der Vergangenheit das Parteibuch zurückgab, handelte nicht aus Verärgerung über Bickenbachs Kommunalpolitik, sondern hatte sich an der Bundespartei wund gerieben, ist sich Birgit Köhler-Günther, Motor der FLUB-Bewegung, sicher. Denn im Ort habe man gute Arbeit geleistet, was auch am Stimmenanteil bei Wahlen von bis zu 14 Prozent abzulesen ist.

Vielleicht liegt die Ursache fehlenden Interesses eben darin begründet, dass die angepackten Themen wie Verkehrsberuhigung, Fußwege, Schule und Hort zur Zufriedenheit auf den Weg gebracht worden sind und es derzeit keine Projekte gibt, an denen grüner Aktivismus sich entzünden könnte.

Mancher der alten Kämpen, den früher die Ablehnung der zwischen Bickenbach und Ju-

genheim geplanten Umgehungsstraße umtrieb, der gegen den Bau der Startbahn West und Biblis demonstrierte, ist weggezogen oder die Begeisterung aus jungen Jahren flaute ab. Etliche der wenigen heute noch Engagierten haben den Parteiaustritt im Sinn. Andere denken daran, zur nächsten Kommunalwahl nicht wieder anzutreten. Grünes Gedankengut findet momentan in Bickenbach keine neuen Anhänger, vor allem keine jungen Mitmacher.

Dennoch hoffen die Übriggebliebenen, dass sich ihre etwa 300 Wähler nicht umorientieren müssen. Sie sollen auch für die Wahl 2001 eine Gruppierung vorfinden, die für grüne Ideen eintritt. Gedacht ist an die Gründung einer Wählerinitiative, an etwas Alternatives, ohne Parteizugehörigkeit.

Doch wo könnten die Aktivisten einer grün eingefärbten Bewegung herkommen? Die Sandhasen, wie die Bickenbacher auch heißen, sind zufrieden. Dies bekundeten sie am 5. September vorigen Jahres mit dem für Bürgermeister Günter Martini (CDU) triumphal ausgegangenen Wahlerfolg. Der Kandidat von Bündnis 90/Die Grünen dagegen kam nur auf 8,7 Prozent der Stimmen.

Wer Zufriedene für politische Arbeit mobilisieren will, hat sich viel vorgenommen. Das Ergebnis wird zeigen, wie grün die Bickenbacher grünen Ideen sind.

Darmstädter Echo, 21.01.2000

Manuela Aßmus und Anke Hofmann berichten im Bickenbacher Magazin, Heft 77 im September 2000 über die Idee zur Gründung einer neuen Gruppierung als Kommunale Alternative in Bickenbach: Aßmus und Anke Hofmann berichten im Bickenbacher Magazin, Heft 77 im September 2000 über die Idee zur Gründung einer neuen Gruppierung als Kommunale Alternative in Bickenbach:



„Ich rate ihm zu helfen.“ - Ohne Komma bleibt der Satz missverständlich; mit einem Komma an der richtigen Stelle wird der Satz eindeutig:

- a) „Ich rate, ihm zu helfen.“
- b) „Ich rate ihm, zu helfen.“

Und jetzt stellen Sie sich mal einen ganzen, langen Text vor (einen Zeitungsartikel oder sogar einen Roman!) ohne Komma! Wenn Sie nicht zu den ganz hartnäckigen LeserInnen gehören, dann geben Sie irgendwann auf, so einen Text weiterzulesen bzw. Sie geben auf, ihn wirklich eindeutig verstehen zu wollen.

Genauso wie Kommata einen Text gliedern helfen und damit das Textverständnis erleichtern ... genauso wichtig ist eine politische Alternative in Bickenbach zu Rot, Schwarz und Gelb-Blau: eine Ergänzung zur sonst gar zu einseitig werdenden politischen Landschaft in Bickenbach und hier und da auch ein Korrektiv für die beiden großen Parteien SPD und CDU im Bickenbacher Parlament.

Wir drei (im Bild von links nach rechts und von oben nach unten: Ulrich Friedrich Koch, Manuela Aßmus, Anke Almut Hofmann) finden eine solche Kommunale Alternative notwendig, seitdem klar ist, dass es in Bickenbach keinen Bündnisgrünen Ortsverband mehr geben wird,

der zur nächsten Kommunalwahl 2001 antreten möchte. Mit der bündnisgrünen Politik können wir uns aber in vielen Dingen nicht mehr identifizieren, und deshalb kamen wir auf KOMM, A - eine Alternative auf kommunaler Ebene, die das Parteienspektrum hier ergänzen will: in sozialer, umweltpolitischer und sonstiger kommunalpolitischer Hinsicht.

Das sind unsere ersten Ideen, die wir uns zu einer politischen Alternative ausgedacht haben.

Wir suchen Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die vielleicht noch andere Ideen haben, für die sie eintreten und die sie verwirklicht sehen möchten. Mit Ihnen, liebe MitstreiterInnen, können wir Bickenbach - neben Rot, Schwarz und Gelb - etwas bunter und vielfältiger gestalten.

Bilden Sie mit uns eine Kommunale Alternative. Ihre Ideen sind gefragt!

Rufen Sie einen von uns an oder nehmen Sie per Mail Kontakt auf.

Ulrich Friedrich Koch

**Manuela Aßmus
Anke Almut Hofmann**

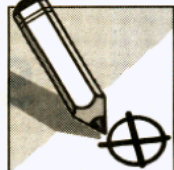
Kommunalwahl ohne Grüne

Teilnahme einer alternativen Gruppe in Bickenbach ungewiss

DE 2000 09 25

BICKENBACH (ste). An der Kommunalwahl im März 2001 wird sich in Bickenbach kein Ortsverband von Bündnis 90/Die Grünen beteiligen. Wie Manuela Aßmus, jetzt noch als Parteilose für den Ortsverband im Gemein-

WAHL



18. März 2001

deparlament aktiv, dazu erläutert, wollen viele bislang parteilose Mitstreiter ihre Arbeit beim Ortsverband einstellen, ohnehin mitgliederschwachen Ortsverbands sind inzwischen ausgetreten.

Trotz mehrerer Aktionen und Aufrufe und der Unterstützung durch Konrad Hoppe und Christian Fleischmann vom Kreisver-

band der Partei haben sich keine neuen Mitglieder gefunden. Ulrich Koch und Manuela Aßmus, die für den Ortsverband im Gemeindeparlament arbeiten, und Mitglied Anke Hofmann wollen allerdings weiter in der Kommunalpolitik mitwirken. Sie haben die Kommunalpolitische Alternative „Komm,A“ aus der Taufe gehoben. Wie Manuela Aßmus erklärt, vertrete sie mit ihrer Gruppierung noch immer „grüne Ideen“, sei aber mit der Politik von Bündnis 90/Die Grünen in Bund und Land nicht einverstanden.

Für die drei Kommunalpolitiker sind die Gründe schwer nachvollziehbar, warum sich in der Gemeinde nicht mehr Sympathisanten für ihre Politik finden lassen. Bei den bisherigen Kommunalwahlen hatten die Bündnisgrünen bislang mehr

als zehn Prozent der Wählerstimmen erhalten, waren mit vier Mitgliedern im Gemeindeparlament und mit zwei Vertretern im Gemeindevorstand, bildeten damit nach den großen Parteien SPD und CDU die dritte politische Kraft in der Gemeinde und stellten bis zum Jahresbeginn mit Klaus Peter Creamer den Ersten Beigeordneten.

Wie Manuela Aßmus weiter mitteilt, verfügt die neue Kommunale Alternative bislang noch über wenig Mitstreiter.

Noch offen ist derzeit, ob sie sich bereits an der bevorstehenden Kommunalwahl beteiligt. Sollte dies nicht möglich sein, richten sich die Aktiven auf eine politische Tätigkeit in Bickenbach im außerparlamentarischen Bereich ein, um sich bis zur Kommunalwahl 2006 ein Profil zu erarbeiten.

Zur Fortsetzung der kommunalpolitischen Arbeit gründen am 12. Dezember 2000 acht ehemals bei den Grünen Aktive die Wählerinnen- und Wählerinitiative 'KOMM,A - Die kommunale Alternative in Bickenbach'.

Das Gründungsprotokoll von KOMM,A - Auszug - ist nachzulesen auf Seite 12.

Kritik an der Bundes-Partei Die Grünen äußert auch Hermann Benjes öffentlich in seinem Offenen Brief an Bündnis 90 / Die Grünen, nachzulesen im Bickenbacher Magazin, Heft 74, Dezember 1999, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang.

Im Jahr 2003 starten die Kreis-Grünen einen Versuch, in Bickenbach eine neuen Ortsverband ins Leben zu rufen. (veröffentlicht im Bickenbacher Magazin, Heft 89, September 2003).

Der Versuch bleibt ohne nennenswerte Resonanz.

Koch einziger Kandidat

Neue Gruppierung in Bickenbach gegründet

DE 2000 12 15

BICKENBACH (ste). In dieser Woche gründete sich in Bickenbach die Wählerinitiative „KOMM, A - die kommunale Alternative in Bickenbach“. Bei der Gründungsversammlung wurde Ulrich F. Koch, bisher für Bündnis 90/Die Grünen im Bickenbacher Gemeindeparkament tätig, als einziger Kandidat dieser Initiative bestimmt.

Wie Koch nach seiner Nominierung deutlich machte, soll die „KOMM, A“ kein „Koch-Wahlverein“ sein, sondern ein Korrektiv zu den großen Parteien in Bickenbach. Aktiv sind vor allem Angehörige des früheren Ortsvereins von Bündnis 90/Die Grünen, die aus Gründen der aktuellen Politik ihrer Partei auf Bundes- und Landesebene aus der Partei ausgetreten sind.

Koch bedauert, dass er aus dieser Kerntuppe keine weiteren Mitstreiter für den Einzug ins Parlament bei den Kommunalwahlen gefunden hat. Er respektiere aber deren persönliche und berufliche Gründe für den Rückzug aus der aktiven Ortspolitik.

Zwar ist Koch nun als Kandidat nominiert, jetzt muss er allerdings noch die Unterschriften von mindestens 50 Bickenbacher Wahlberechtigten sammeln, damit er auch zur Kommunalwahl am 18. März zugelassen wird.

Schwerpunkt seiner künftigen politischen Arbeit werde weiterhin der öffentliche Personennahverkehr und das Fahrrad als Alternative zum Personwagen sein, erklärte der „KOMM,A“-Kandidat

WAHL



18. März 2001

Wie Koch nach seiner Nominierung deutlich machte, soll die „KOMM, A“ kein „Koch-Wahlverein“ sein, sondern ein Korrektiv zu den großen Parteien in Bickenbach. Aktiv sind vor allem Angehörige des früheren Ortsvereins von Bündnis 90/Die Grünen, die aus Gründen der aktuellen Politik ihrer Partei auf Bundes- und Landesebene aus der Partei ausgetreten sind.

Koch bedauert, dass er aus dieser Kerntuppe keine weiteren Mitstreiter für den Einzug ins Parlament bei den Kommunalwahlen gefunden hat. Er respektiere aber deren persönliche und berufliche Gründe für den Rückzug aus der aktiven Ortspolitik.

Zwar ist Koch nun als Kandidat

Darmstädter Echo,
15.12.2000

Zum MECKERN gibt's viel Anlass!
Zum MITMACHEN auch!
Wir suchen in Bickenbach Menschen,
die sich einmischen wollen,
die nette Leute kennenlernen wollen,
die Lust auf Politik haben.

Wir laden ein zum Treffen am Samstag, den 13. September 2003
von 11:00 bis 13:00 Uhr im Nebenraum (Altentagesstätte)
des Bürgerhauses, Erbsengasse 15

Herbsttagung von Bündnis 90/Die GRÜNEN Kreisverband Darmstadt-Dieburg
Thema: „GRÜNE Perspektiven in Bickenbach“

Kontaktadresse: Susanne Hoffmann-Maier Tel. 06254-94 03 270
e-Mail: kv@gruene-dadi.de www.gruene-dadi.de



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

9. KOMM,A – 2001 bis 2006

Am 12. Dezember 2000 stellt die KOMM,A-Mitgliederversammlung Ulrich Friedrich Koch als einzigen Kandidaten für die Kommunalwahl 2001 auf. Da KOMM,A erstmalig an einer Kommunalwahl teilnehmen will, müssen 50 Unterschriften von wahlberechtigten Bickenbacher Bürgerinnen und Bürgern gesammelt werden. Das gelingt fristgerecht.

Ein Wahlprogramm 2001 wird beschlossen und ein Wahlplakat erstellt.

KOMM,A setzt sich ein für:

- eine behutsame Ortsentwicklung
- eine kreative Gestaltung der Ortsmitte
- eine Stärkung des 'Umweltverbundes' zu Fuß gehen - Radfahren - Öffentlicher Personennahverkehr
- eine nachhaltige Umweltvorsorge
- eine nachhaltige Förderung des örtlichen Gewerbes
- einen soliden Umgang mit den Finanzmitteln der Gemeinde
- eine ausgeglichene Vereinsförderung
- eine soziale Kommunalpolitik
- eine deutliche Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern



Komm,A

... ist das Kürzel für 'Kommunale Alternative'

... ist eine Initiative von Wählerinnen und Wählern, die ein Gegengewicht zu CDU, SPD und FDP in der Gemeindepolitik herstellen möchten ¹⁾

... wird personell getragen von ehemaligen Aktiven im Ortsverband der „Grünen“ ²⁾

... soll im Gemeindeparlament vertreten werden durch Ulrich Friedrich Koch ³⁾

... Bickenbach zuliebe

¹⁾ Warum das notwendig ist und was wir wollen können Sie auf den folgenden Seiten lesen

²⁾ Der Ortsverband Bündnis 90 / Die Grünen hat sich aufgelöst aus Unzufriedenheit über die Politik der **Bundesspartei**, Stichworte: Kriegsbeteiligung, fehlender Ausstieg aus der Atomenergiepolitik, keine Umsteuerung in der Verkehrspolitik und der **Landesspartei**, Stichworte: 'Cousinenwirtschaft', Unfähigkeit, Profillosigkeit

³⁾ Ulrich Friedrich Koch hat seit fünfzehn Jahren Erfahrung in der Kommunalpolitik, davon seit acht Jahren in Bickenbach. Weitere Mitglieder unserer WählerInneninitiative werden sich außerparlamentarisch betätigen. Auf eine Mitarbeit im Gemeindeparlament für jetzt fünf Jahre wollte und konnte sich aus den unterschiedlichsten Gründen niemand aus unserem Umfeld festlegen.

Vorspann zum KOMM,A-Wahlprogramm 2001 (Bickenbacher Magazin)

Die Kommunalwahl am 18. März 2001 bringt folgendes Ergebnis:

Jahr	Wahlberechtigt	Wahlbeteiligung		SPD		CDU		FDP		FLUB Grüne KOMM,A	
		absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
1972	2786	2455	88,1 %	1569	65,1 %	679	28,2 %	161	6,7 %		
1977	2988	2500	83,7 %	1319	54,4 %	865	35,7 %	239	9,9 %		
1981	3168	2599	82,0 %	1176	46,2 %	919	36,1 %	197	7,7 %	256	10,1 %
1985	3294	2622	79,6 %	1423	55,0 %	713	27,6 %	202	7,8 %	249	9,6 %
1989	3484	2779	79,8 %	1600	58,6 %	591	21,6 %	216	7,9 %	325	11,9 %
1993	3530	2553	72,3 %	1203	49,0 %	588	23,9 %	241	9,8 %	424	17,3 %
1997	3765	2597	69,0 %	1019	40,4 %	938	37,2 %	151	6,0 %	413	16,4 %
2001	4049	2321	57,3 %	23675	44,0 %	24937	46,3 %	4329	8,0 %	924	1,7 %

- Mit 44% der Stimmen erzielt die SPD zwar leichte Zugewinne gegenüber der Kommunalwahl 1997 (+3,6%), bleibt aber hinter der CDU nur zweitstärkste Kraft.
- Die CDU legt mit 9,1% gegenüber 1997 erneut deutlich zu - gegenüber der Kommunalwahl 1993 sogar um 22,4%! Sie wird erstmalig stärkste Fraktion in der Bickenbacher Gemeindevertretung und erringt mit 12 Sitzen einen mehr als die SPD.
- Die FDP gewinnt 2% gegenüber 1997 dazu. Wenn sich die beiden großen Fraktionen nicht einig sind könnte sie mit ihren zwei Stimmen sowohl der CDU als auch der SPD zur Mehrheit verhelfen.
- Die erstmals antretende Wähler*innen-Initiative KOMM,A bleibt unter der notwendigen Stimmenzahl, um einen der 25 Sitze der neuen Gemeindevertretung zu erringen.

Die Gemeindevertretung besteht nur aus drei Fraktionen.

Ulrich Friedrich Koch kommentiert das Kommunalwahlergebnis 2001 auf der neuen KOMM,A-Homepage mit Blick auf die Alternativen (*hier auszugsweise wiedergegeben*).

"Unsere WählerInneninitiative hat es nicht geschafft. Die Zahl der Stimmen, ausgezählt nach neuem Wahlrecht, hat nicht ausgereicht, um einen der 25 Sitze in der Bickenbacher Gemeindevertretung zu besetzen. Bei genauerer Betrachtung sieht man jedoch, dass sich das Ergebnis trotzdem sehen lassen kann. Teilt man die Stimmen, die pro Liste angehäuft wurden, durch die Zahl der möglichen Stimmen, ist zu erkennen, wie viele WählerInnen die jeweiligen Listen mindestens gewählt haben müssen. Danach liegt der WählerInnen-Anteil von KOMM,A deutlich über dem der FDP. Nach altem Wahlrecht hätten wir mindestens einen Sitz mehr als die FDP erringen können.

Die Auflösung des Ortsverbandes 'Bündnis 90 / Die Grünen' hat sich negativ ausgewirkt. Wir haben absolut gesehen rund 100 WählerInnen verloren. Die Kreisgrünen erhielten in Bickenbach -ermittelt nach der gleichen Methode- Stimmen von ca. 240 WählerInnen. Daran gemessen war das Ergebnis der Liste KOMM,A immer noch deutlich besser.

Über die Frage, ob wir als WählerInneninitiative neue WählerInnen haben gewinnen können, oder nur Stimmen abgegeben haben bzw. wohin diese gewandert sind, lässt sich nur spekulieren. Nach meiner Einschätzung hat ein Großteil unserer WählerInnen ihre/seine Stimmen zwischen SPD und KOMM,A gesplittet.

Einige der ehemals grünen WählerInnen werden gar nicht gewählt haben.

Die wichtigste Erkenntnis ist wohl, dass die Teilnahme an (Kommunal-)Wahlen dramatisch abnimmt: An der Kommunalwahl 2001 beteiligten sich 11,7% weniger, als vor vier Jahren und 22,5% weniger, als vor zwölf Jahren !!! Wenn das so weiter geht, haben wir bald amerikanische Verhältnisse: George Bush ist bei einer Wahlbeteiligung von ca. 30% von ca. 15% der Wahlberechtigten zum Präsidenten der USA gewählt worden.

Auf alle Fälle, unsere WählerInnen-Initiative macht weiter.“

Nach der Wahl verkünden CDU und FDP die Bildung einer festen Koalition, die FDP stellt mit Rolf Kammermann den Ersten Beigeordneten. (Siehe auch Berichterstattung des Darmstädter Echos vom 6. und 28. April und 5. Mai 2001)

Koch kommentiert die neuen Machtverhältnisse in Bickenbach mit einem Leserbrief zum Titelfoto des Bickenbacher Magazins vom Juni 2001 im Bickenbacher Magazin (Heft 81, September 2001).

KOMM,A kann sich in den nächsten Jahren 'nur' außerparlamentarisch betätigen. Ein Schwerpunkt der Aktivitäten wird auf die aktive Mitarbeit im Agenda 21-Prozess gelegt. Ein Beleg dafür ist die Berichterstattung im Bickenbacher Magazin vom Dezember 2001 (Heft 82) unter dem Titel: Gewerbeverein zu Gast bei der Lokalen Agenda 21.

Im Herbst 2003 stellt Bürgermeister Martini das Scheitern des Bickenbacher Agenda-Prozesses fest. Dies wird von KOMM,A auf ihrer Homepage sowie im Bickenbacher Magazin unter dem Titel "L'Etat - C'Est Moi!" oder "Warum ist es in Bickenbach so schön" (Heft 90, Januar 2004) kritisiert und kommentiert.

Vor allem die Finanzpolitik der Gemeinde wird kritisch begleitet:

- Vom Umgang mit unserem Geld im Bickenbacher Magazin, Heft 83, März 2002, zeitgleich auch veröffentlicht auf der ersten KOMM,A-Homepage
- Die Bickenbacher Gemeindefinanzen im Bickenbacher Magazin, Heft 86, Dezember 2002
- Presseerklärung Abstimmung über den Haushaltplan 2006 vom 7. Februar 2006
- Presseerklärung Bickenbacher Finanzen - Sparen ist eine hohe Kunst vom 21. Februar 2006

Öffentlichkeitsarbeit

Seit Mitte der neunziger Jahre betrieben die Grünen ihre Öffentlichkeitsarbeit zusätzlich zu den Printmedien auch über einen Infokasten neben der 'Ratsschänke' in der Sandstraße. Nachdem die Grünen sich aufgelöst hatten und KOMM,A nicht ins Parlament eingezogen war, verliert der Infokasten an Bedeutung. Versuche, am neuen Rathaus Infokästen für alle Parteien einzurichten waren gescheitert. Der Infokasten wird nur von wenigen wirklich wahrgenommen. Im März 2003 wird er mutwillig zerstört.

Zwischenzeitlich gewann das Internet an Bedeutung. Der Eintrag auf der 'Sandhas'-Domain wurde nach der Auflösung des grünen Ortsverbandes nicht weiter betrieben.

In dieser Zeit bot ein Internetbetreiber seinen Kunden an, private Homepages im Rahmen bestehender Telefonverträge ohne zusätzliche Kosten einzurichten. Diese Möglichkeit ergreift Koch, um die Nutzbarkeit dieses Mediums für die politische Meinungsbildung auszutesten.

Im Februar 2001 geht er mit dieser Seite an den Start:



Willkommen auf Ulis Seiten

<p>Ulrich Friedrich Koch Alsbacher Straße 19 D - 64404 Bickenbach Germany</p> <p>phone: 0049 6257 1337 email: zeuchkoch@t-online.de http://home.t-online.de/home/zeuchkoch/index~1.htm</p>	
---	--

[Anträge an die Gemeindevertretung Bickenbach](#)

[Komm.A kandidiert zur Kommunalwahl am 18. März 2001](#)

[Komm.A setzt sich ein für](#)

[Uli einmal ganz privat](#)

... was diese homepage sonst noch so enthält ...

Titel	Inhalt	Stand
Komm.A	Ziele unserer WählerInnen-Initiative	
Häppchen für Bickenbachs SteuerzahlerInnen	Leserbrief ans Darmstädter Echo zum Ersten Spatenstich für die Umgehungsstraße	04.05.2002
Umgehungsstraße	'Bau der Nordanbindung verzögert sich'	19.10.2001
'Sündenregister'	von CDU und FDP, der politischen Mehrheit in der Gemeindevertretung Bickenbach seit April 2001	30.05.2002
Vom Umgang mit unserem Geld	Zur Beschlussfassung zum Gemeindehaushalt 2002	09.02.2002
Agenda	"L'etat c'est moi" oder "Warum ist es in Bickenbach so schön?"	23.11.2003
Martini nach Berlin	'Landkreis-CDU will Martini nach Berlin schicken'	13.10.2001
Uli's black out	... ja, ja die Erinnerung ...	24.02.2001

Im August 2005 stellt der Internetbetreiber seinen kostenlosen Service ein. Zu diesem Zeitpunkt stehen mehrere Beiträge auf der Homepage.

Hier einige Beispiele:

- Martini nach Berlin (13.10.2001)

Mittwoch, 19. September 2001 · DE

Landkreis-CDU will Martini nach Berlin schicken

Bickenbacher Bürgermeister Bundestagskandidat im Ostkreis?

Was war das denn ?

Ja, dürfen die das denn ? Die können uns doch nicht einfach unseren Bürgermeister wegnehmen !
Schließlich ist er nach eigener Aussage "zu gerne Bürgermeister".

Oder wird er gar nach oben 'gelobt' ? Soetwas kommt in den besten Kreisen vor !
Laut CDU-Kreisvorsitzendem Andreas Storm ist Martini "unbestreitbar eine herausragende Persönlichkeit" der CDU im Kreis Darmstadt-Dieburg.

Ist Günter Martini am Ende schlicht und ergreifend amtsmüde ?
Gefällt ihm Bickenbach nicht mehr ? Möchte er sich verändern oder gar verbessern ?
Immerhin "sei (er) an der Aufgabe interessiert und habe zugesagt" ! ? !

(Alle Zitate aus dem Darmstädter Echo vom 19. September 2001)

Drei Tage später kommt die Entwarnung ! (siehe Darmstädter Echo vom 22. September 2001)

CDU sei Dank - dieser Kelch ist an:

- Günter Martini
 - CDU-Kreisverband
 - CDU-Bundestagsfraktion
 - Bundestag
 - uns (zutreffendes bitte ankreuzen)
- vorbeigegangen.

Immerhin erfahren wir dazu von Günter Martini: "Ich bin froh, dass ich nicht in die Bresche springen muss, denn ich habe in Bickenbach noch viel vor."

Wir dürfen gespannt sein.....

- 'Sündenregister' (09.02.2002)
- 'Häppchen für Bickenbachs SteuerzahlerInnen' (04.05.2002)

Spatenstich mit dem Bagger

Bickenbacher Nordanbindung – Nach vielen Verzögerungen wird heute mit dem Bau einer Straße begonnen, auf die die Gemeinde schon seit vielen Jahre wartet –

VON CLAUDIA STEHLE

BICKENBACH. Den ersten Spatenstich führt der Bickenbacher Bürgermeister Günter Martini heute um 10.30 Uhr mit der Baggerschaukel. An der Berta-Benz-Straße beginnt damit der Bau 1,2 Kilometer langen Nordanbindung der Gewerbegebiete, überquert die Bahnleise parallel zur Autobahnbrücke und trifft danach auf die Landesstraße 3303. Bickenbach bekommt damit eine Entlastungsstraße, die in erster Linie die drei Gewerbegebiete an die Autobahnzufahrt Seeheim-Jugendheim anbindet, und der Schwerlastverkehr muss sich nicht länger durch die enge Bickenbacher Ortsdurchfahrt quälen.

In der Gemeinde ist mit dem Neubau auch die Hoffnung ver-

bunden, dass die neue Straße zusammen mit der Berta-Benz-Straße zu einer Umgehungsstraße wird. Dazu sollen auch bauliche Veränderungen an der Einmündung der Benzstraße in die B 3 beitragen, wodurch die Straße zur abbiegenden Vorfahrtsstraße wird. Ähnlich soll auch die Einmündung in die L 3303 umgestaltet werden, so dass künftig der Durchgangsverkehr auf die Nordanbindung geführt wird. Nach einem Gutachten sollen durch die neue Anbindung vor allem die August-Bebel-Straße und die Pfungstädter Straße bis zu 66 Prozent vom Durchgangsverkehr befreit werden.

In engem Zusammenhang steht der Straßenneubau allerdings auch mit der Erweiterung des Bickenbacher Gewerbe-

biets. Die 1995 begonnene Zone II ist zu 90 Prozent bebaut. Gerade jetzt wird das anschließende Gewerbegebiet erschlossen. Hier liegen erste Bauanträge zur Genehmigung vor. Noch in diesem Monat soll mit dem Bau des ersten Projekts begonnen werden. Wie der Bürgermeister erläutert, werden sich auf den 14 Grundstücken mittelständische Betriebe ansiedeln – ein Mix aus High Tech, Handwerk und Dienstleistung. Noch offen ist, ob auch ein Verbrauchermarkt entsteht.

Bis Oktober soll der erste Bauabschnitt der neuen Straße von beiden Seiten bis zum künftigen Brückenbauwerk als Baustraße fertig sein. Für die Brücke wird mit eineinhalb Jahren Bauzeit gerechnet. Im Frühjahr 2004 könnten die ersten Fahrzeuge die Nord-

anbindung benutzen, schätzt Martini. Die Gemeinde lässt sich das Projekt, in dessen Vorfeld es zu einigen Schwierigkeiten und Problemen mit Verzögerungswirkung kam, fünf bis 5,5 Millionen Euro kosten. Dazu erhält Bickenbach allerdings einen Zuschuss von mindestens 40 Prozent. Martini hofft auf einen Zuschlag von weiteren 50 Prozent. Vor allem die Brücke wird teurer als anfangs erwartet. Bezahlen will die Gemeinde ihren Anteil aus der seit Jahren angesparten Rücklage ohne dafür einen Kredit aufzunehmen. „Wir müssen schon sehr sparsam sein“, erklärt der Bürgermeister. Der erste Spatenstich werde deshalb heute auch kein rauschendes Fest. Es gebe nur Saft und Sekt. Häppchen wurden gestrichen – aus Kostengründen.



An Bickenbach vorbei: Die Nordanbindung soll die Gemeinde vom Verkehr entlasten. DE-GRAFIK

Darmstädter Echo, 3.05.2002

Häppchen für Bickenbachs SteuerzahlerInnen

Aus Kostengründen wurden die ansonsten wohl üblichen Häppchen zur Feier des ersten Spatenstichs für die Umgehungsstraße gestrichen. Wenn's nicht so traurig wäre, könnte man darüber lachen. Das Projekt 'Bickenbacher Nordanbindung Gewerbegebiete' wird laut Haushaltsplan 7 Millionen Euro teuer. Wenn jetzt nur von '5 bis 5,5 Millionen' Kosten die Rede ist, wurde entweder die Gemeindevertretung bei Vorlage des Haushaltsplans im Dezember 2001 getäuscht -und heiße Luft produziert- oder die steuerzahlende Öffentlichkeit Bickenbachs. Angesichts der Tatsache, dass diese Straße in keinem Verkehrswegeplan der übergeordneten Körperschaften vorgesehen ist und nach meiner Kenntnis bis heute keine konkreten Bescheide über Zuschusszahlungen seitens des Landes Hessen und des Bundes existieren, ist das Zuschussversprechen von 'mindestens 40%' und erhofften 'weiteren 50%', welches Bürgermeister Martini in ähnlicher Weise seit Jahren gebetsmühlenartig äußert, um die Akzeptanz für dieses Projekt zu erhöhen, mehr als nur verwegen. Zu riskieren, dass ein Projekt mit dem Kostenvolumen des 3 bis 4-fachen eines normalen Vermögenshaushaltes der Gemeinde Bickenbach im ungünstigsten Fall nur aus Eigenmitteln bestritten werden muss, ist grob fahrlässig. Wo bleiben da die Mehrheitsfraktionen von CDU und FDP in der Gemeindevertretung, die sich gerne bei jeder Gelegenheit ihrer wirtschafts- und finanzpolitischen Kompetenz rühmen?

Viele andere notwendige Investitionen in der Gemeinde werden zwangsläufig auf der Strecke bleiben, zum Beispiel die Sanierung des Bürgerhauses, die Herstellung des Rathausvorplatzes, der Ausbau des Rathauskellers, weitere Schaffung von Räumlichkeiten für Vereine und jetzt leider auch noch die zu erwartenden Mehrkosten für den Neubau der zweiten Kindertagesstätte (Höhsand).

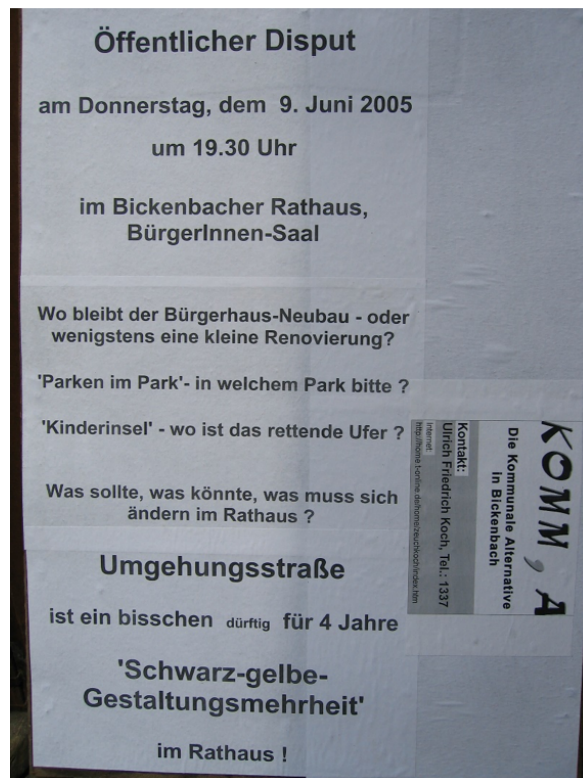
Zu allem Übel ist auch noch in Zweifel zu ziehen, ob die neue Straße die Hoffnungen auf Verkehrsentslastung für die geplagte Bickenbacher Ortsmitte wirklich erfüllen kann. Die Heilsversprechungen von bis zu 66% Entlastung von Durchgangsverkehr sind mehr als gewagt. Der Quell- und Zielverkehr aus und nach Bickenbach wird -abgesehen von den unmittelbaren Anliegern im Gewerbegebiet- den BickenbacherInnen nicht erspart bleiben. Der ist allerdings selbst produziert und könnte durch eigenes Verkehrsverhalten beeinflusst werden. Beim klassischen Durchgangsverkehr bleibt die Frage nach dem Woher und Wohin entscheidend, nicht die Art der beabsichtigten baulichen Umgestaltung von Kreuzungen. Der Sachverhalt, dass die L3303 Pfungstädter Straße ab Sportplatz bis zur Autobahn nicht geschlossen wird, spricht Bände. Bei der ganzen Angelegenheit wird mit den Hoffnungen der BickenbacherInnen -und schlimmerweise auf deren eigene Kosten- Schindluder getrieben. Da wäre es doch angemessen gewesen, den heimischen SteuerzahlerInnen zu ihrer finanzpolitischen Hinrichtung wenigstens eine kleine Henkersmalzeit auszurichten. Die Kosten dafür machen die Suppe auch nicht mehr fett.

Im September 2005 geht die von Felix Günther entwickelte offizielle KOMM,A-Homepage online!

Kurz vor der Bürgermeisterwahl und ein Dreivierteljahr vor der Kommunalwahl lädt KOMM,A zu einem "Öffentlichen Disput" ein:

Kommunale Themen
BICKENBACH. Die Kommunale Alternative lädt für Donnerstag (9.) um 19.30 Uhr zu einem öffentlichen Disput in den Bürger-saal des Bickenbacher Rathauses ein. Dabei soll aus Anlass der Bürger-meisterwahl am 3. Juli die Kommunalpolitik untersucht und bewertet werden. Themen sind der finanzpolitische Spielraum für Investitionen, die Notwendigkeit von 180 Parkplätzen am Rathaus, ein neues Bürgerhaus und die Lage des Einzelhandels sowie die Verkehrssituation nach dem Bau der Gewerbenordanbindung. ste

Darmstädter Echo, 7.06.2005



In einer Presseerklärung und auf der Homepage wird dafür geworben:

„Im Juli 2005 finden in Bickenbach Bürgermeister-Wahlen, im März 2006 Kommunalwahlen statt. Wie immer zu solchen Anlässen wird von den Akteuren für die abgelaufene Wahlzeit Bilanz gezogen und werden für die bevorstehende Amtszeit Versprechungen gemacht.

In den ersten 8 Jahren seiner Tätigkeit als Bürgermeister in Bickenbach konnte sich Günter Martini nicht auf eine feste Mehrheit in der Gemeindevertretung stützen, da es in der Gemeindevertretung keine absolute Mehrheit einer Fraktion bzw. keine mehrheitsfähige Koalition zwischen Fraktionen gab. Mehrheiten für den Gemeindehaushalt sowie für Vorhaben oder Projekte mussten gesucht und in öffentlicher Diskussion gefunden werden.

Seit den Kommunalwahlen 2001 konnte sich Bürgermeister Martini auf eine schwarz-gelbe Mehrheit in der Gemeindevertretung stützen. Das heißt, für alle Maßnahmen bzw. Unterlassungen der letzten vier Jahre

können nicht mehr 'die Anderen' als Sündenbock herhalten, jetzt sehen wir Günter Martini beziehungsweise CDU/FDP pur.

Die Bilanzen, welche jetzt in der Öffentlichkeit präsentiert werden, sind geschönt, verkürzt, teilweise unrichtig und blenden die Folgen aus.

Mit dem Aufruf zum '**Öffentlichen Disput**' wollen wir Gelegenheit bieten, außerhalb der parteigebundenen Zusammenhänge die Bickenbacher Kommunalpolitik der letzten vier Jahre zu untersuchen und zu bewerten, den Blick für die Ungereimtheiten zu schärfen und über Alternativen nachzudenken. Aus unserer Sicht bieten sich folgende Themenkomplexe für eine Betrachtung an:

- Finanzen oder wo ist der finanzielle Spielraum für Investitionen, Vorhaben und Projekte
- Ortsmittelpunkt oder brauchen wir 180 Parkplätze für einen leerstehenden Markt und ein leerstehendes Bürogebäude oder ist eine Piazza nördlich der Alpen Utopie
- Bürgerhaus oder Vereinshaus oder 'Palazzo di Protzo' oder was und wo
- Einzelhandel in Bickenbach oder Discounter auf der grünen Wiese oder müssen wir bald mit dem Auto Brötchen holen
- Durchgangsverkehr oder hausgemachter Verkehr oder ist die Umgehungsstraße unser Geld wert

Schafft die 'schwarz-gelbe Gestaltungsmehrheit' das schon oder müssen wir nachhelfen?

Einmischen, nicht Einschlafen ist angesagt. Deshalb hoffen wir auf Beteiligung gerade derjenigen, die die Hoffnung noch nicht aufgegeben haben.“

Zu der Veranstaltung kommen etwa 30 Personen. Die meisten von ihnen sind politisch Aktive aus Gemeindevertretung und Gemeindevorstand einschließlich Bürgermeister Martini. Anhand von Beamer-Präsentationen als neuem Medium in der politischen Debattenkultur Bickenbachs spitzt KOMM,A verschiedene aktuelle Themen zu:

- Finanzen
- Vereinsförderung
- Ortsmittelpunkt
- Ruhender Verkehr
- Verkehr
- Einzelhandel
- Bürgermeister

Eine kontroverse Debatte findet lediglich mit den politischen FunktionsträgerInnen statt. Andere trauen sich angesichts der 'Prominenz' kaum. Trotzdem kann mitgenommen werden, dass KOMM,A sich weiterhin politisch einmischt.

Bürgermeisterwahl am 3. Juli 2005

Als einziger Kandidat neben Günter Martini tritt Markus Hennemann an, aufgestellt von SPD-Ortsverein am 17. Februar 2005.

Von KOMM,A gibt es keine Wahlempfehlung.

Lediglich Koch unterstützt die Kandidatur von Markus Hennemann mit der nachfolgenden Veröffentlichung im 'Wahlbrief' des SPD-Ortsvereins im Juni 2005:

"Ich wähle Markus Hennemann,

- weil ich ihn in der Kommunalpolitik über viele Jahre als offen, klar, aufrichtig und berechenbar kennen gelernt habe und
- weil Bickenbach einen Bürgermeister braucht, der sich an die Mehrheitsbeschlüsse der Gemeindevertretung hält und nicht nach Gutdünken regiert."

Günter Martini gewinnt die Bürgermeisterwahl 2005 klar im ersten Durchgang:

Wahl	Wahlberechtigt	Wahlbeteiligung		SPD		CDU		FDP		Grüne	
		absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
1993 Bürgermeister	3533	2406	68,1 %	1107	46,8 %	947	40,1 %			309	13,1 %
1993 Bürgermeister Stw.	3536	2492	70,5 %	1098	44,5 %	1370	55,5 %				
1999 Bürgermeister	4004	2739	68,4 %	785	28,8 %	1700	62,5 %			237	8,7 %
2005 Bürgermeister	4045	2614	64,6 %	914	35,4 %	1668	64,6 %				

Sonstige gesellschaftliche Beiträge von politisch Aktiven bei KOMM,A:

- eine außerparlamentarische Initiative für eine Petition an den Deutschen Bundestag mit dem Titel 'Krieg darf nicht die Antwort auf Terror sein!', abgedruckt im Bickenbacher Magazin, Heft 82, im Dezember 2001 und auf der Homepage
- Unterstützung einer Initiative des Bickenbacher Partnerschaftsvereins für eine Rad-Tour 2005 nach Saint-Philbert-de-Grand-Lieu, veröffentlicht im Bickenbacher Magazin, Heft 94, im Oktober 2004
- ein Beitrag für die Interview-Reihe des Bickenbacher Magazins: Im Gespräch mit Sengül Aydogan, publiziert im Heft 96 im Februar 2005.

10. KOMM,A – 2006 bis 2011

Auf einer Wahlversammlung am 1. Dezember 2005 beschließt die Mitgliederversammlung von KOMM,A, zur Kommunalwahl 2006 anzutreten.

Als Kandidatinnen und Kandidaten werden nominiert:

1. Peter Merg, Schüler
2. Felix Günther, Schüler
3. Malte Koch, Schüler
4. Günther Renz, technischer Angestellter
5. Ulrich Friedrich Koch, Sozialarbeiter
6. Anke Hofmann, Germanistin M.A.
7. Benjamin May, Schüler
8. Birgit Köhler-Günther, Pädagogin M.A.
9. Gerlinde Merg, Diplom-Verwaltungswirtin

Im Frühjahr 2006 werden Wahlprogramm 2006 und Wahl-Flyer mit Einlegeblatt entwickelt und verteilt.

Wir setzen uns ein für ...

eine behutsame Ortsentwicklung

Wir wollen Erweiterungen von Wohn- und Gewerbegebieten nur im Einklang mit dem zeitgleichen Ausbau der Infrastruktur.

eine nachhaltige Umweltvorsorge

Wir setzen uns für eine Stärkung von Photovoltaik- und Solarenergie, sowie Regenwassernutzung in Bickenbach und deren Berücksichtigung beim Aufstellen von Bebauungsplänen ein. Auch die Gemeinde selbst sollte in ihrem Einflussbereich auf den Bau von Photovoltaik- und Solaranlagen hinwirken. Umweltpolitik muss wieder ein Thema in der Gemeinde werden.

einen soliden Umgang mit den Finanzmitteln der Gemeinde

Neue Vorhaben dürfen nur in einem Umfang und einer Geschwindigkeit umgesetzt werden, welche die Finanzkraft der Gemeinde zulässt.

eine ausgeglichene Vereinsförderung

In Zukunft sollen den Bickenbacher Vereinen genügend Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, indem nicht vollständig ausgelastete Räume durch die Gemeinde erschlossen werden. Wir treten für den Aufbau eines Managements zur Vergabe von öffentlich nutzbaren Räumlichkeiten für regelmäßige und einmalige Nutzung durch Vereine und BürgerInnen ein. Des Weiteren fordern wir, den Vereinsfördersatz wieder auf den Stand von 2003 anzuheben.

eine nachhaltige Förderung des örtlichen Gewerbes

Mittlerweile haben Post, Buchhandlung, Schuhgeschäft, Klamotten-Eck, Fahrradladen, Penny- und Edeka-Markt geschlossen. Daher müssen Standortbedingungen dafür geschaffen werden, dass die Grundversorgung vollständig gewährleistet ist.

eine kreative Gestaltung der Ortsmitte

Die Pläne für den Umbau des Rathausvorplatzes sind nicht das, was wir uns vorstellen. Wir treten für eine Verlegung von Weihnachtsmarkt und Kerb auf den Rathausvorplatz und die Verschönerung der Bachgasse einschließlich Ausweisung als 'Verkehrsberuhigter Bereich' ein.

eine deutliche Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern an der politischen Willensbildung und Meinungsfindung

Wir setzen uns dafür ein, dass nicht nur die erwachsenen BürgerInnen Bickenbachs, sondern auch Kinder und Jugendliche stärker in politische Entscheidungsprozesse in Bickenbach miteingebunden werden. Dies ist seit Jahren gesetzliche Vorschrift.

eine unbedingte Stärkung des Umweltverbundes – zu Fuß gehen, Radfahren, Öffentlicher Personennahverkehr

Wir fordern ein Reparaturprogramm für Fußwege und einen Maßnahmenkatalog zur Radwegsicherung auf den Ortsstraßen und in der Gemarkung sowie eine Erweiterung der 'Tempo 30'-Bereiche auf den Durchgangsstraßen.

eine soziale Kommunalpolitik

Wir setzen uns für die Organisation von Angeboten für nichtorganisierte Jugendliche innerhalb des Ortes in und um den Jugendtreff sowie feste und begleitete Öffnungszeiten der Altentagesstätte als Seniorentreff ein.

Das Wahlplakat verdeutlicht den Stellenwert der Entwicklung der Ortsmitte für KOMM,A.



„Alternative zum herrschenden Einerlei“

Kommunalwahl – In Bickenbach treten mit „Komm,a“ junge und neue Leute an

BICKENBACH. Die kommunalpolitische Alternative, abgekürzt „Komm,a“, will sich bei den Kommunalwahlen am 26. März nächsten Jahres in Bickenbach um den Einzug ins Parlament bewerben. Ihre Kandidatenliste wird von Peter Merg angeführt, ihm folgen Felix Günther, Malte Koch, Günther Renz, Ulrich F. Koch, Anke Hofmann, Benjamin May, Birgit Köhler-Günther und Gerlinde Merg.

„Wir haben junge und neue Leute auf die vorderen Plätze gesetzt. Sollten die erfahrenen Leute auf den hinteren Plätzen nach vorn gewählt werden, wollen sie Platz für die Kandidaten auf den vorderen Plätzen machen“, kündigt Ulrich F. Koch an, der für „Komm,a“ bei der zurückliegenden Kommunalwahl an den Start gegangen war, aber an der zu geringen Zahl von Listenbewerbern gescheitert war. Mit der erneuten

Kandidatur wolle man in der nächsten Legislaturperiode die Lücke in der Bickenbacher Kommunalpolitik füllen, die Bündnis 90/Die Grünen hinterlassen hatten, als sich der Ortsverband vor mehr als vier Jahren auflöste. „Wir wollen eine Alternative sein zum jetzt herrschenden Einerlei in der Bickenbacher Ortspolitik“, erläutert Koch die Kandidatur.

Die Bickenbacher Ortsmitte müsse attraktiver für Gewerbeansiedlung werden, heißt es im Wahlprogramm. Umweltpolitik solle wieder Thema sein: von der Reparatur der Fußwege bis hin zu Ruftaxis als Alternative zum Abendbus. Darüber hinaus wünschen sich Koch und seine Mitstreiter einen soliden Umgang mit den Gemeindefinanzen, eine ausgeglichene Vereinsförderung und die Nutzung des seit Jahren leer stehenden Rathauskellers für Vereine. ste

Darmstädter Echo, 16.12.2005

Bickenbacher Finanzen – Sparen ist eine hohe Kunst

Wie die Wählerinitiative KOMM,A bereits kürzlich bekannt gab, ist sie mit dem Haushaltsplan der Gemeinde Bickenbach für das Jahr 2006 aufgrund des Rückgriffs auf die Rücklage in einer Höhe von rund 1,3 Millionen Euro nicht zufrieden. Sie kritisierte dabei, dass alle drei im Gemeindeparlament sitzenden Parteien (CDU, SPD und FDP) offenbar keinen Bedarf sahen, die Haushaltsplanung aufgrund einer unerwarteten Gewerbesteuerückzahlung von 900.000 Euro zu überdenken und Einsparmöglichkeiten zu finden.

In der Stellungnahme der Bickenbacher CDU im Wochenjournal vom 16.02.2006 befand deren Fraktionsvorsitzender Olaf Gries diese Feststellung für „schlicht und einfach falsch“. Offenbar liegt hier ein Missverständnis im Gebrauch des Begriffs „Neuverschuldung“ vor: Die Wählerinitiative KOMM,A hatte die Absicht, darauf hinzuweisen, dass eine Rücklagenverringerung um 1,3 Millionen Euro bei gleich bleibendem Schuldenstand nahezu die gleiche Auswirkung hat wie eine Kreditaufnahme von 1,3 Millionen Euro – die Gemeinde hat effektiv weniger Geld zur Verfügung. Der Saldo zwischen Rücklagen und Schulden beläuft sich nach dieser Verringerung der Rücklagen nun auf ein Minus von 2,14 Millionen Euro.



KOMM,A bedauert, dass die Bickenbacher CDU in ihrer Stellungnahme nicht erklärt hat, warum man bei der Abstimmung über den Haushaltsplan keinen Bedarf gesehen hat, über weitere Einsparmöglichkeiten nachzudenken. Der Wählerinitiative ist bewusst, dass viele Investitionen durchaus ihre Berechtigung haben. Trotzdem ist sie der Meinung, dass bei einer so hohen und unerwarteten Belastung überprüft werden sollte, ob nicht zumindest ein Teil der Steuerrückzahlung durch Einsparungen aufgefangen werden könnte.

bitte wenden

Finanzierung des Wahlkampfes von KOMM,A

Gerade auch vor dem Hintergrund unserer Kritik am Beschluss über den Haushalt 2006 der Gemeinde durch die im Parlament vertretenen Parteien wurden wir von verschiedener Seite gefragt, wie die Wählerinitiative KOMM,A ihren Wahlkampf finanziert:

Die Kosten für unseren Wahlkampf belaufen sich auf rund

700 Euro

Die Ausgaben entstehen im Wesentlichen für den Druck der Flyer und der Plakate. Diese Kosten werden von den 9 Kandidatinnen und Kandidaten

komplett privat getragen

Da wir keiner der im Bundestag, Landtag oder Kreistag vertretenen Parteien angehören und auch keine Partei im Hintergrund haben, ist eine Finanzierung unserer Kosten weder aus Steuermitteln, noch aus Parteigeldern möglich.

Andererseits heißt dies aber auch, dass wir -finanziell-unabhängig agieren können. Dies ist ein großer Vorteil.

bitte wenden

KOMM,A führt eine eigene Veranstaltung zum Thema Solarenergie durch:

Komm'ma diskutieren

Bickenbacher Wählerinitiative zur Solar-Energie

Bickenbach: Die Bickenbacher Wählerinitiative „Komma“ lädt alle Interessierten am 21. März, um 20 Uhr, ins Gasthaus „Zum Hirsch“ zu einem Informationsabend zum Thema „Photovoltaik- und Solaranlagen in Bickenbach“ ein.

Konventionelle Energieträger zum Heizen – wie Öl und Gas – würden immer teurer. Daher stiegen auch immer mehr Bickenbacher auf alternative Energieträger um. Hierbei bietet sich für die Strom- und Warmwassergewinnung im Besonderen die Sonnenenergie an, heißt es in einer Presseerklärung der Wählerinitiative.

Komma möchte beim Informationsabend einen Austausch über diese Energieform ermöglichen. Es bestehe die Gelegenheit, mit Bürgern, die bereits eine Photovoltaik- oder Solaranlage installiert haben, über deren Erfahrungen zu diskutieren. Die Kandidaten von Komma laden zu einer zahlreichen Teilnahme an dieser Diskussion ein. uk

Wochenjournal, 9.03.2006

Die Kommunalwahl am 26. März 2006 bringt folgendes Ergebnis:

Jahr	Wahlberechtigt	Wahlbeteiligung		SPD		CDU		FDP		FLUB Grüne KOMM,A	
		absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
1972	2786	2455	88,1 %	1569	65,1 %	679	28,2 %	161	6,7 %		
1977	2988	2500	83,7 %	1319	54,4 %	865	35,7 %	239	9,9 %		
1981	3168	2599	82,0 %	1176	46,2 %	919	36,1 %	197	7,7 %	256	10,1 %
1985	3294	2622	79,6 %	1423	55,0 %	713	27,6 %	202	7,8 %	249	9,6 %
1989	3484	2779	79,8 %	1600	58,6 %	591	21,6 %	216	7,9 %	325	11,9 %
1993	3530	2553	72,3 %	1203	49,0 %	588	23,9 %	241	9,8 %	424	17,3 %
1997	3765	2597	69,0 %	1019	40,4 %	938	37,2 %	151	6,0 %	413	16,4 %
2001	4049	2321	57,3 %	23675	44,0 %	24937	46,3 %	4329	8,0 %	924	1,7 %
2006	4075	2150	52,8 %	17845	35,3 %	22162	43,8 %	5444	10,8 %	5159	10,2 %

- Die Bickenbacher SPD erzielt mit 35,3% der Wähler*innen-Stimmen ihr historisch schlechtestes Ergebnis seit 1946. Gegenüber der Wahl von 2001 verliert sie 8,7%.
- Auch die CDU verliert 2,5% ihres Wähler*innen-Stimmenanteil von 2001, bleibt aber mit 43,8% wieder, diesmal klar stärkste Fraktion.
- Die FDP gewinnt 2,8% hinzu und kommt mit ihrem Ergebnis von 10,8% erstmals in den zweistelligen Prozentbereich.
- KOMM,A zieht mit 10,2% erstmals in die Bickenbacher Gemeindevertretung ein - fünf Jahre nach dem Ausscheiden der Grünen.

Auf die CDU entfallen 11, die SPD 9, die FDP 3 und KOMM,A 2 Sitze der neuen Gemeindevertretung.

CDU und FDP beschließen erneut, eine Koalition einzugehen.

Über erste Weichenstellungen nach der Wahl 2006 berichtet das Darmstädter Echo vom 29.03. und 5. April 2006, das Wochenjournal vom 6. April 2006 und das Darmstädter Echo vom 27. April 2006. (s. nächste Seite)

Neue Kraft will in den Gemeindevorstand

Parlament – Über Antrag der Bickenbacher Gruppierung Komm,a wird in der nächsten Sitzung entschieden

BICKENBACH. Das Bickenbacher Gemeindeparlament hat sich am Donnerstag für die neue Wahlperiode konstituiert. Neu ist dabei, dass neben CDU, SPD und FDP mit Komm,a eine neue politische Kraft in die Gemeindevertretung eingezogen ist. Deren Vertreter, Fraktionschef Peter Merg (18) und Malte Koch (19), senken den Altersdurchschnitt des Gremiums erheblich.

Beide sind Oberstufenschüler, Koch bereitet sich derzeit auf sein mündliches Abitur vor. In die Freude über das gute Abschneiden bei der Kommunalwahl mischt sich bei ihnen und ihren Parteifreunden ein deutlicher Wermutstropfen, denn die Koalition aus CDU und FDP hatte bei der Vorstellung ihres Programms deutlich gemacht, dass sie gegen eine Erweiterung des jetzt sechsköpfigen Gemeindevorstands sei und damit der Zweimannfraktion den Einzug in dieses Gremium verwehrt.

Malte Koch, der bei Komm,a das beste Wahlergebnis erzielt hatte, berichtete dieser Zeitung



Malte Koch

FOTO: GÜNTHER JOCKEL

vor der Sitzung, dass Vertreter seiner Partei Gespräche mit der Koalition geführt hätten mit dem Ziel einer Erweiterung des Gremiums um einen Sitz, doch das sei ohne Erfolg geblieben. Entschlossen, für eine Erweiterung des Gemeindevorstands zu kämpfen, beantragte Koch eine Vertagung der Wahl der Beigeordneten, um bis zur nächsten Sitzung mit den anderen Parteien über eine Erweiterung des Gremiums verhandeln zu können. „Wir wollen auch im Gemeindevorstand mitarbeiten und Verantwortung übernehmen und haben dazu einen Wählerauftrag. An den Mehrheitsverhältnissen ändert sich damit nichts“, begründete er den Geschäftsordnungsantrag seiner Fraktion.

Parlamentsschef Robert Middel bescheinigte der neuen Fraktion, in ihrer Jungfernrede trefflich argumentiert zu haben. Er schlug vor, bei der Beigeordnetenwahl auch über die von der Komm,a eingereichte Liste abstimmen zu

lassen. Sollte sich die Partei mit ihrem Wunsch nach einem Sitz im Vorstand durchsetzen, käme diese Liste nach einer entsprechenden Entscheidung zum Zug, und der siebte Beigeordnete könnte nachnominiert werden. Diese Thema wird Gegenstand der nächsten Sitzung sein.

Gewählt wurden erst einmal als Erster Beigeordneter Rolf Karmann (FDP), die CDU-Vertreter Peter Böhm, Hans-Peter Bitsch und Achim Zeißner sowie die beiden SPD-Vertreter Norman Balß und Erich Schneider.

Zuvor war Robert Middel (CDU) erneut zum Gemeindevertretervorsitzenden gewählt worden. Im Gegensatz zu seiner Wahl vor fünf Jahren erfolgte diese Wahl nicht einstimmig, sondern Middel erhielt lediglich die 13 Stimmen der Koalition, während sich SPD und Komm,a enthielten. Peter Merg hatte angeregt, dass die Koalition eine Frau für dieses Amt nominieren sollte, während

Tim Schmöker, alter und neuer SPD-Fraktionschef, zwar der CDU das Recht zusprach, als stärkste Fraktion auch den Parlamentschef zu stellen und auf einen eigenen Kandidaten verzichtete. Die SPD habe Mittel vor fünf Jahren mitgewählt, doch seine Amtsführung seitdem lasse Zweifel an seiner Eignung aufkommen. Mittels Stellvertreter sind Markus Henemann (SPD) und Michael Krug (FDP).

Die nächste Sitzung der Gemeindevertretung ist für den 11. Mai geplant. Wie Malte Koch erläutert, bereitet seine Fraktion einen Antrag zur Unterstützung des Schwimmbadvereins in Jugendheim mit 20 000 Euro für die geplante Sanierung des Sanitärbereichs vor, da das Bad von vielen Bickenbachern genutzt werde. Mit ihrer Arbeit wollen Merg und Koch die bestehenden Blöcke im Parlament aufbrechen, Alternativen aufzeigen und neue Themen einbringen. *ste*

Für den Gemeindevorstand stellt KOMM,A eine Liste mit 7 Kandidatinnen und Kandidaten auf mit Ulrich Friedrich Koch auf dem ersten Platz. Die Koalition verhindert aber einen Einzug des KOMM,A-Vertreters in den Gemeindevorstand durch Bildung einer gemeinsamen Liste für die Gemeindevorstandswahl und die Verweigerung, die Zahl der Sitze im Gemeindevorstand um einen anzuheben.

Ein Platz für die neue Kraft?

Gemeindevorstand – Fraktion „Komm,a“ fordert einen siebten Beigeordneten in Bickenbach – „Keine ungehörige Bitte“

BICKENBACH. Bis zur Sitzung des Bickenbacher Gemeindeparlaments am heutigen Abend bleibt die Frage spannend, ob die neue Fraktion von Komm,a für ihren Antrag auf Erweiterung des Gemeindevorstands um einen Beigeordneten eine Mehrheit in der Gemeindevertretung finden wird. Wie berichtet, hatte die Gemeindevertretung in ihrer konstituierenden Sitzung Ende April über die Besetzung von sechs Sitzen entschieden. Demnach stellt die CDU drei ehrenamtliche Beigeordnete, die SPD zwei, FDP bekommt einen Sitz. Die neue „Komm,a“-Fraktion blieb außen vor.

Nach Ansicht von „Komm,a“-Fraktionschef Peter Merg ist der Wunsch nach einem eigenen Beigeordneten „keine ungehörige Bitte“. Auch die Mehrheitsverhältnisse gerieten dadurch nicht ins Wanken. Seiner Partei werde bislang der Zugang zum Gemeindevor-

stand und damit einer demokratisch gewählten Kraft die Mitarbeit verwehrt. Das Prinzip der demokratischen Repräsentation gebiete es, dass nicht nur die Ausschüsse, sondern auch der Gemeindevorstand das Kräftespektrum der Gemeindevertretung widerspiegeln.

Unterstützung erhält Merg von der SPD. Fraktionschef Tim Schmöker sprach sich für einen siebten Sitz im Gemeindevorstand aus, weil es sinnvoll sei, auch „Komm,a“ in die Arbeit des Gremiums einzubeziehen. Entsprechend hat sich seine Fraktion entschieden.

Unterschiedliche Meinungen gibt es in der CDU-FDP-Koalition. CDU-Fraktionsvorsitzender Olaf Gries erklärte am Mittwoch, dass CDU und FDP, die sich bei ihren Koalitionsgesprächen deutlich für die Beibehaltung der sechs Gemeindevorstandsmitglieder aus-

gesprochen hatten, in dieser Frage noch keine abschließende Meinung gebildet hätten. Man werde die Frage nach einer Erweiterung des Gemeindevorstands vor Sitzungsbeginn am Donnerstag beraten.

Peter Merg betont, dass seine Partei kein weiteres Gespräch mit der Koalition suche, beide Parteien hätten ausreichend Bedenkzeit gehabt. Allerdings zeigt er sich optimistisch, dass sich die Koalition den Argumenten seiner Fraktion öffnen werde.

Weitere Themen der Sitzung sind die Wahlen von Vertretern und Delegierten für die verschiedenen kommunalen Gremien. *ste*

SITZUNGSTERMIN

Bickenbachs Gemeindeparlament tagt am heutigen Donnerstag (11.) ab 19.30 Uhr im Bürgeraal des Rathauses.

Neue Fraktion kritisiert „Machtpolitik“

Parlament – Komm,a scheidet in Bickenbach mit Forderung nach Aufstockung des Gemeindevorstands an CDU und FDP

BICKENBACH. „Ich habe Zweifel am hier gezeigten Demokratieverständnis.“ Peter Merg, der Chef der neuen Fraktion Komm,a in der Bickenbacher Gemeindevertretung, ist nach der ersten Arbeitssitzung enttäuscht. Der Antrag seiner Fraktion auf Erweiterung des Gemeindevorstands um einen Sitz scheiterte am Donnerstagabend an der CDU-FDP-Koalition. Mit der Aufstockung des Gremiums von sechs auf sieben Beigeordnete wollte Komm,a erreichen, dass sie wie die anderen Fraktionen einen Beigeordneten stellen kann. „Wir sind hier Opfer einer irrationalen Machtpolitik geworden“, kommentierte Peter Merg die Situation. In dem Gemeindevorstand ist die Koalition mit dem Bürgermeister und vier (3 CDU, 1 FDP), die SPD mit zwei Beigeordneten vertreten.

In namentlicher Abstimmung,

hatten sich die 14 Mitglieder der Koalition mit ihrer Ablehnung gegen die elf Stimmen von SPD und Komm,a durchgesetzt. Während der Sitzung hatte Peter Merg noch die Hoffnung gehegt, CDU und FDP könnten zustimmen. Doch schon der nachfolgende Redner Michael Krug (FDP) machte dies zunichte, als er für die Koalition erklärte, dass sie bei der in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebenen Ablehnung bleiben werde. Die Gründe seien der neuen Fraktion dargelegt worden. Auch Olaf Gries (CDU) bestätigte, dass sich seine Fraktion an die einmal getroffene Absprache halten werde. Öffentlich will er über die Beweggründe nicht reden. Auch in anderen Kommunen im Landkreis, wie in Babenhausen oder Groß-Umstadt seien nicht alle Fraktionen im Magistrat vertreten.

Tim Schmöcker (SPD) wies in-

des darauf hin, dass es im Landkreis aber auch genügend Gegenbeispiele gebe. Er sprach sich für die Erweiterung aus. Man sollte die Kompetenz der neuen politischen Kraft auch im Gemeindevorstand nutzen. Sein Fraktionskollege Karsten Mattauch kritisierte das Vorgehen der Koalitionäre. „Schauen Sie an, was hier passiert, hier wird nur noch Macht demonstriert“, wandte er sich an die Zuhörer.

Darmstädter Echo, 13.05.2006

In der Amtszeit der Gemeindevertretung zwischen 2006 und 2011 stellt die KOMM, A-Fraktion jährlich erneut den Antrag, die Zahl der Sitze im Gemeindevorstand anzuheben - dies wird jedes Mal mit den Stimmen der Koalition verhindert.

Komm,a ist enttäuscht

Gemeindevorstand – Neue Wählergemeinschaft in Bickenbach schreibt an CDU und FDP, weil ihr der Posten eines Beigeordneten versagt wurde

BICKENBACH. Die Wählergemeinschaft Komm,a hat sich immer noch nicht damit abgefunden, dass sie keinen eigenen Beigeordneten stellt. Mit einem offenen Brief an die Fraktionen von CDU und FDP hat sie jetzt noch einmal ihre Enttäuschung über deren Verhalten zum Ausdruck gebracht. Wie berichtet, hatten CDU und FDP in der jüngsten Sitzung des Gemeindeparlaments eine Aufstockung des Gemeindevorstands um einen Sitz und damit einen Beigeordnetenposten für Komm,a verhindert. Diese Entscheidung bedeute, dass die neue Fraktion von der Mitarbeit im Gemeindevorstand ausgeschlossen sei, weniger Verantwortung für und weniger Information über aktuelle Angelegenheiten

der Gemeinde habe, beklagt die Wählergemeinschaft. Die verbleibenden Informationsrechte seien dafür kein gleichwertiger Ersatz.

In ihrem Schreiben kritisiert Komm,a auch die inzwischen vorgenommene Besetzung der Positionen in Ausschüssen, Zweckverbänden, Verbandsversammlungen und -vorständen, bei denen ihre beiden Gemeindevertreter nicht berücksichtigt worden seien. Die Wahl von Komm,a-Fraktionschef Peter Merg als Stellvertreter in den Verbandsvorstand des Abwasserverbands Bickenbach-Seeheim-Jugenheim sei durch den Verzicht eines SPD-Vertreters, also auf deren „Fahrkarte“ erfolgt.

CDU und FDP hatten ihre Ablehnung damit begründet, dass

sie in ihren Koalitionsvereinbarung eine Erweiterung des Gemeindevorstandes nicht vorgesehen sei. Diese Begründung ist für Komm,a sachlich nicht nachvollziehbar. In ihrem Schreiben erinnert Komm,a daran, dass die CDU-FDP-Koalition bei einer Wahlbeteiligung von knapp mehr als 50 Prozent ein Viertel der Bickenbacher im Parlament vertreten. Komm,a selbst fehlten nur zwölf Stimmen, um einen dritten Abgeordneten im Parlament zu stellen, mit dem sie auch den Einzug in den Gemeindevorstand aus eigener Kraft geschafft hätte.

Im kommenden Jahr will Komm,a erneut einen Antrag auf Erweiterung des Gemeindevorstands stellen, heißt es in diesem offenen Brief. ste

POLITISCHE KÖPFE

Ein Nachrücker mit viel Vorwissen

Porträt – Felix Günther wird Peter Merg in der Bickenbacher Komma-Fraktion ersetzen – Erste Sitzung nach der Sommerpause

25 Abgeordnete sitzen ehrenamtlich im Bickenbacher Parlament. Wer sind die Menschen, die sich ums Gemeinwohl sorgen, die sich im politischen Streit die Köpfe heiß reden, um sie anschließend unter Umständen auch noch hinzuhalten? Das ECHO stellt politische Köpfe vor.

BICKENBACH. Ein neues Gesicht im Bickenbacher Parlament wird bei der ersten Sitzung nach der Sommerpause Felix Günther (23) sein. Er rückt für Peter Merg bei der Komma-Fraktion nach, der wegen seines Studiums den Wohnsitz nicht mehr länger in Bickenbach hat. Mit Felix Günther zieht ein Gründungsmitglied der Bickenbacher Wählerinitiative ins Parlament ein, die sich 2005 im Vorfeld der Kommunalwahlen gebildet hatte, nachdem ersichtlich war, dass die Grünen in Bickenbach nicht mehr zur Wahl antreten würden. „Für mich war der Mangel an umweltpolitischen Themen in der Parlamentsarbeit ein wichtiger Grund, bei Komma zu kandidieren“, betont Günther. Mit den bisherigen Themen

der Bickenbacher Kommunalpolitik fühlt sich der Neue in der Zweimann-Fraktion von Komma bestens vertraut, da die Beratungen zu anstehenden Sachthemen innerhalb der Initiative offen geführt und nicht nur fraktionsintern beraten werden. „So war ich von Anfang der Legislaturperiode in alle Beratungen einbezogen“, erläutert er.

Darüber hinaus habe er sich auch außerhalb des Parlaments engagiert, beispielsweise bei der bei der Verfassungsklage gegen Studiengebühren in Hessen. Er findet es auf jeden Fall wichtig, dass sich junge Leute in die Politik vor Ort einmischen und sich ehrenamtlich engagieren.

Auch wenn die gegenwärtige Wahlperiode nur noch bis März 2011, dem Termin der nächsten Kommunalwahl in Hessen, dauern wird, sieht Felix Günther noch gute Chancen, zusammen mit seinem Fraktionskollegen Malte Jochum Akzente in der Bickenbacher Kommunalpolitik zu setzen. Er will sich vor allem für den Öffentlichen Personennah- und Radverkehr engagieren.



Der Mann am Klavier heißt Felix Günther und wird in die Bickenbacher Komma-Fraktion nachrücken. FOTO: GÜNTHER JOCKEL

Weiteres Anliegen ist ihm in der gegenwärtigen Wirtschaftslage eine solide Finanzpolitik der Gemeinde. Ob er bei der bevorstehenden Kommunalwahl erneut für Komma kandidieren will, lässt er noch offen.

Er wird im Herbst sein Informatikstudium an der TU Darmstadt mit dem Bachelor abschließen und nahtlos im Master weiterstudieren. „Das ist sehr anspruchsvoll und zeitaufwendig, aber die nächsten Monate im Mandat sind für mich eine gute Möglichkeit, die Vereinbarkeit von Studium und Mandat in der Praxis zu testen“, meint er.

Günthers liebstes Hobby ist der Bickenbacher CVJM, dessen stellvertretender Vorsitzender er seit mehr als einem Jahr ist. Die Arbeit mit den motivierten Mitarbeitern mache Spaß. „Als Informatiker kann ich auch ein gewisses Interesse für Computer nicht leugnen“, nennt er ein weiteres Hobby.

Doch nicht nur die PC-Tastatur hat es ihm angetan. Zur Entspannung setzt sich Felix Günther auch gern mal ans Klavier. *ste*

Darmstädter Echo, 28.07.2006

Die personelle Situation unter den KOMM,A-Aktiven ist prekär. Aus unterschiedlichen privaten wie beruflichen Gründen bleiben über die nächsten Jahre nur vier Personen regelmäßig aktiv. Dies wirkt sich natürlich auf die praktische Arbeit aus. Außer den Initiativen bezüglich dem vor der Haustür liegenden AKW Biblis finden außerparlamentarische Aktivitäten kaum statt. Weil er studienhalber Bickenbach verlässt, scheidet Peter Merg aus der Gemeindevertretung aus. Sein Nachfolger wird Felix Günther im Juli 2010.

In der Amtszeit der Gemeindevertretung von 2006 bis 2011 stellt KOMM,A 35 Anträge. Alle KOMM,A-Anträge einschließlich Begründung, Beschlussversion, Erläuterungen und Abstimmungsergebnisse sind im Archiv der KOMM,A-Homepage, aufgeführt unter dem Datum der jeweiligen Sitzung des Gemeindeparlaments, nachzulesen.

(Eine Übersicht aller Anträge der KOMM,A-Fraktion in der Zeit von 2006 bis 2011 mit Antragsnummer, Vorlagenummer der Gemeindevertretung, Antragsgegenstand, Antragszweck und Beschluss der Gemeindevertretung sortiert nach Themenbereich ist im Anlagenband auf den Seiten A 23 ff zu finden.)

Statistische Auswertung:

Schwerpunkte der politischen Aktivitäten

Bereich	Anzahl	davon angenommen
Mitwirkungsrechte	4	0
Geschichte	1	1
Soziales	2	1
Umwelt	14	0
Verkehr	6	1
Finanzen	4	0
Vermögen	2	0
Verwaltung	1	0
Information	1	0

Umwelt

- Anträge AKW Biblis
- Beiträge auf der KOMM,A-Homepage, 04.05.2006 und KOMM,A-Homepage, 21.01.2008
- Öffentliche Erklärung von KOMM,A: Energiewende auch in Bickenbach eine Überlebensfrage im Januar 2008
- Leserbrief zum Thema Atomenergie im Darmstädter Echo vom 21. Februar 2009
- Antrag Information der Bevölkerung über die Abwasserqualität aus der Untersuchung des Landkreises Darmstadt-Dieburg im Sommer 2007 am Ablauf der Kläranlage in den Landbach
- Zwei Beiträge zum Thema 'Bickenbach schläft beim Thema erneuerbarer Energien' auf der KOMM,A-Homepage am 04.08. und 25.12.2008 in Bickenbach sowie Seitenweise, Heft 7, September 2008 und Heft 10, Mai 2009
- Antrag Neubau des gemeindlichen Bauhofs unter Nutzung von Solarenergie und Brauchwasser

Die Angst vor der Unbeherrschbarkeit ist äußerst real

Zum Leitartikel „Die Aussteiger“ von Rainer H. Schlender auf der Seite Meinung und Nachrichten vom 7. Februar:

Selten habe ich einen derart demagogischen Leitartikel im ECHO gelesen. Der Titel „Die Aussteiger“ suggeriert, dass sich hier in der deutschen Gesellschaft und Politik bei der Frage der Atomenergienutzung dogmatische Weltverbesserer auf einem Irrweg befinden. Hier „energiepolitische Geisterfahrer“ „auf der falschen Spur unterwegs“, Deutschland dünkt sich schlauer als andere Nationen, „törichte“ Akteure verzichten auf „beherrschbare“ und „verantwortungsvolle“ Verfahren der Energiegewinnung, da die Realpolitiker, die einen vernünftigen Energiemix anstreben, Know-How in die Entwicklung zuverlässiger

Reaktoren stecken und sich der „leidigen Frage“ der sicheren Verwahrung des Mülls annehmen werden.

Herr Schlender argumentiert damit, dass die Mehrheit unserer europäischen Nachbarregierungen nicht irren könne. Seit wann ist die Suche nach der richtigen Entscheidung beziehungsweise der Wahrheit eine Frage von Mehrheiten. Demokratie heißt eben nicht, dass die Mehrheit immer Recht hat. In der Demokratie wird Meinungsfindung und Willensbildung organisiert und da geht es um Meinungsführerschaft. Eine „Waffengleichheit“ in der Auseinandersetzung darum gibt es aber nicht. In einem System der repräsentativen Demokratie wie Deutschland sind mehrheitlich gewählte Regierun-

gen weder frei von Irrtümern noch ist deren Politik immer rational.

Das Wirken von RWE, Vattenfall und anderen in unserer Gesellschaft dient nicht in erster Linie der Energieversorgungssicherheit der Bevölkerung, sondern der Profitsicherheit ihrer Aktionäre. Dies legt die offenkundige Sabotage am sogenannten Ausstiegskompromiss durch fahrlässiges Hinauszögern der vereinbarten Abschaltungszeitpunkte in Biblis schonungslos offen.

Der Leitartikler übersieht, dass es in der Auseinandersetzung um den richtigen Weg nicht nur um die Angst geht, im nächsten Winter kalt zu sitzen. Bei einer Entscheidung über den besten Weg, die Energieversorgung sicher zu stellen, müssen unbedingt auch die langfristigen Konsequenzen

Leserbrief
Darmstädter Echo, 21.02.2009

dieser Entscheidung bedacht werden. Die Angst vor der Unbeherrschbarkeit des Atomspaltungsprozesses sowie der nach wie vor ungeklärten Entsorgungsfrage als Zeitbombe für die nachfolgenden Generationen ist äußerst real.

Als Schüler wurde ich im Rah-

men des Physikunterrichts auf der Baustelle des Atomkraftwerks in Biblis über die Wunder der Atomenergie „aufgeklärt“. Von Problemen oder gar Risiken war keine Rede. Als junger Vater knapp 15

Jahre später spielte meine Tochter im Freien, als noch niemand wusste, welche Gefahr aus der Luft in Folge des GAUs, des „größten anzunehmenden Unfalls“, in Tschernobyl lauerte. Die Angst, nicht zu wissen, wie unser weiteres Leben sich gestalten würde, war elementar und unvergessen, ebenso wie die Hilflosigkeit der Politik, mit den nicht einschätzbaren Gefahren umzugehen. Die Ausstiegsentscheidung ist für mich eine Lehre daraus. Die Angst vor den Lebensumständen von morgen ist prägend – die Abwägung von „im nächsten Winter kalt sitzen“ und „unseren Enkeln möglicherweise eine unbewohnbare Welt zu hinterlassen“.

Ulrich Friedrich Koch
Alsbacher Straße 19
64404 Bickenbach

Planung

- Positionspapier zur Standortplanung Bürgerhaus-Neubaus vom 23. März 2009
- Antrag Standort für den Bürgerhausneubau
- Das Haus der Bickenbacher Bürger auf der KOMM,A-Homepage, 28.08.2009 und in Bickenbach Seitenweise, Heft 11, August 2009

Verkehr

- Verkehrssicherung im Bereich der Einmündung Alsbacher Straße in die Jugendheimer Straße: KOMM,A-Homepage, 05.06.2007 und KOMM,A-Homepage, 16.06.2007
- Antrag Bürgersteig Waldkolonie Verlängerung bis zur B 3
- Antrag Radweg östlich Zwingenberger Straße Sanierung

Finanzen

- Antrag Haushalt 2008 Änderungen
- Berichterstattung im Darmstädter Echo vom 7. April 2009 über die Haushaltsberatungen:

Ortsgeschichte

- Antrag Verlegung von 'Stolpersteinen' zur Erinnerung an die Bickenbacher Juden Rosel, Settchen und Benno Wolf

Im Parlament wird ausgeteilt

Haushalt – Harsche Kritik der Bickenbacher Komma-Fraktion an politischer Diskussionskultur – CDU, SPD und FDP stimmen für den Etat – Bürgermeister: „Ich ärgere mich über die Vorwürfe“

BICKENBACH. Ihren zweiten doppischen Haushalt hat die Gemeinde Bickenbach mit der jüngsten Parlamentssitzung auf den Weg gebracht. Er enthält Erträge von rund 9,2 Millionen Euro und Aufwendungen von knapp über neun Millionen Euro.

Die Zwei-Mann-Fraktion Komma (Kommunale Alternative) sorgte für Missstimmung im Parlament, indem Malte Koch daran erinnerte, dass in den Ausschussberatungen die drei Änderungswünsche seiner Fraktion auf Ablehnung gestoßen waren. Komma hatte im Ergebnishaushalt die Einstellung von 18 000 Euro mehr für Öko-Strom und den Aufbau einer kommunalen Umweltberatung sowie für das Investitionsprogramm 2009 die Streichung von 10 000 Euro für die Weihnachtsbeleuchtung beantragt.

Den Fraktionen von CDU, FDP und SPD warf Koch vor, dass grundlegende Fragen nicht offen diskutiert, sondern anstelle einer

ergebnisoffenen Diskussion Entscheidungen nur noch abgenickt würden.

Sein Fraktionskollege Peter Merg hieb in dieselbe Kerbe. Der Haushalt sei nicht schlecht, meinte er, aber er sei keine gemeinsame Leistung aller Fraktionen. In der Bickenbacher Kommunalpolitik existiere keine Diskussionskultur, eigentlich bilde die oppositionelle SPD mit CDU und FDP eine große Koalition. Mit ihren Anträgen habe seine Fraktion die Gemeinde umweltpolitisch voranbringen wollen, aber bei den anderen Fraktionen gäbe es anstelle von Visionen nur Selbstzufriedenheit. Komma werde daher den Haushalt ablehnen.

Markus Hennemann (SPD) verwahrte sich gegen den Vorwurf des Abnickens und einer Art Koalition mit den beiden regierenden Parteien. Die beiden Sprecher von Komma stellten keine Fachanträge und verfügten über kein Konzept. „So macht man keine Poli-

tik“, warf er ihnen vor. „Ich ärgere mich über die Vorwürfe von Komma“, sagte auch Bürgermeister Günter Martini (CDU). Zwischen den anderen drei Fraktionen und der Verwaltung bestehe eine offene Zusammenarbeit, aber Komma ergreife die ausgestreckte Hand nicht. Den Vorwurf eines undemokratischen Verhaltens wies Martini zurück.

Peter Merg verwies darauf, dass seine Fraktion die Denkblokkaden der anderen drei Fraktionen kritisiert und ihre Anträge zum Haushalt rechtzeitig vorgebracht habe. Alle drei Anträge lehnte das Parlament gegen die Stimmen der Antragsteller ab. Dem Haushalt stimmten CDU, SPD und FDP gegen die beiden Komma-Stimmen zu.

Olaf Gries (CDU) nannte es als Ziel des Haushaltsjahres trotz Krise ein positives Ergebnis zu erzielen. Man habe im Haushalt unter anderem bereits die Planungskosten für die neue Sport- und Kultur-

halle eingestellt, 1,1 Millionen Euro werden in die Kanalsanierung investiert, die Vereine erhielten Fördermittel, ein Rad- und Fußweg zum Gewerbegebiet werde weitergebaut, und die SKG erhalte Fördermittel für den Bau ihres Kleinspielfelds. Seine Fraktion werde daher zustimmen.

SPD: Keine verzichtbaren Maßnahmen

Nicht so positiv bewertete dagegen Tim Schmöker (SPD) die Finanzlage. Der nächste Haushalt werde sicher nicht mehr so gut aussehen. Allerdings enthalte der Etat keine verzichtbaren Maßnahmen, daher werde seine Fraktion zustimmen. Die Gemeinde müsse künftig sparsam sein und nach Investoren für Vorhaben suchen, wandte Michael Krug (FDP) ein. Das Investitionsprogramm von Bund und Land benachteilige Gemeinden, die ihre Aufgaben kontinuierlich erledigt hätten. *ste*

11. KOMM,A – 2011 bis 2016

Komma sucht nach Mitstreitern

Ortspolitik – Bickenbacher Initiative will Liste für die Kommunalwahl

BICKENBACH. Seit dieser Legislaturperiode sitzt als vierte politische Kraft die Zwei-Mann-Fraktion von Komma (Kommunale Alternative) im Bickenbacher Parlament. Malte Jochum und Felix Günther sind ihre Mandatsträger. Auch zur bevorstehenden Wahl wird die Wählerinitiative wieder antreten.

Komma wurde vor rund zehn Jahren von ehemaligen Mitgliedern des Bickenbacher Ortsverbands von Bündnis 90/Die Grünen ins Leben gerufen, die nach Meinungsverschiedenheiten mit dem Bundes- und Landesver-

band ihrer Partei nicht mehr unter diesem Namen in der Politik antreten wollten.

Wie Sprecher Ulrich Friedrich Koch erläutert, haben schon neun Bewerber ihre Bereitschaft zu einer Kandidatur erklärt. Nun soll bei einer Versammlung am 4. Dezember (Samstag), um 15 Uhr, im Seminarraum des Rathauses die Liste erweitert werden. „Zu diesem Treffen sind auch Nichtmitglieder willkommen, die mit Komma in die Kommunalpolitik einsteigen wollen“, erläutert Koch.

Energie, Infrastruktur und Um-

welt sind für Komma wichtige Themen für die örtliche Politik. Kritisch beurteilt Koch, dass die Gemeinde einen Antrag auf Car-Sharing in Bickenbach nicht umgesetzt habe. Das werde zum Thema für die neue Fraktion in der nächsten Legislaturperiode.

Tempo 30 auf allen Straßen

Zum Thema Verkehr gehört nach Ansicht von Koch und Günther auch die Verkehrssicherheit für alle Teilnehmer. In Bickenbach gebe es noch zu vie-

le Stellen, an denen es daran mangle, erklären die beiden und nennen als Beispiele den Mündungsbereich zwischen Alsbacher und Jugenheimer Straße oder auch den Schuldorfweg. Komma werde sich für ein flächendeckendes Tempo 30 auf allen Straßen in der Gemeinde einsetzen.

Als weiteres Thema sprechen Koch und Günther die Frage nach einem neuen Bürgerhaus an. Sie kritisieren, dass darüber bislang nicht öffentlich, sondern in einem Arbeitskreis diskutiert wird.

Kritisch bewerten die beiden Kommunalpolitiker den bisherigen Umgang der schwarz-gelben Koalition mit ihrer kleinen Fraktion, die mit 10,2 Prozent der Stimmen bei der zurückliegenden Kommunalwahl nur knapp hinter der FDP mit ihren 10,8 Prozent gelandet war und während der gesamten Wahlperiode keinen Vertreter in den Gemeindevorstand entsenden konnte. Entsprechende Anträge waren jeweils abgelehnt worden. Nun hoffe man auf eine bessere Konstellation nach der Wahl. *ste*

Darmstädter Echo, 27.11.2010

Am 4. Dezember 2010 werden von der KOMM,A-Mitgliederversammlung folgende Kandidat*innen aufgestellt:

1. Birgit Köhler-Günther, Pädagogin M.A.
2. Ulrich Friedrich Koch, Sozialarbeiter
3. Gerlinde Merg, Diplom-Verwaltungswirtin
4. Felix Günther, Student
5. Christiane Lorenz, Beamtin
6. Wolfgang Krämer, Rentner
7. Jürgen Huchzermeier, Verwaltungswirt
8. Malte Jochum, Student
9. Bärbel Huchzermeier, Technische Zeichnerin
10. Jan-Paul Stolle, Praktikant
11. Peter Merg, Student
12. Gudrun Dingler, Lehrerin

Hoher Frauenanteil bei Wählerinitiative

Kommunalwahl - „Komma“ in Bickenbach legt Liste mit zwölf Kandidaten vor

BICKENBACH. Die Bickenbacher Wählerinitiative „Komma“ hat ihre Bewerberliste für die Kommunalwahl vorgelegt. Mit zwölf Kandidaten wird sie sich zur Wahl stellen. Mit fünf Bewerberinnen hat sie nach eigener Auskunft mit über 40 Prozent den höchsten Frauenanteil unter den vier Parteien in der Gemeinde. Vier Bewerber sind jünger als 26 Jahre.

Als Spitzenkandidaten treten Birgit Köhler-Günther, Ulrich Friedrich Koch und Gerlinde Merg an, die auf viele Jahre Erfahrungen in der Kommunalpolitik bauen können.

Auf den weiteren Plätzen folgen Felix Günther, Christiane Lorenz, Wolfgang Krämer, Jürgen Huchzermeier, Malte Jochum, Bärbel Huchzermeier, Jan-Paul Stolle, Peter Merg und Gudrun Dingler. Wie schon bei der vorigen Kommunalwahl hat Komma wieder Unterstützer auf der Liste, die im Fall ihrer Wahl den Platz für einen anderen Kandidaten frei machen würden. Felix Günther, Malte Jochum und Peter Merg sind die Vertreter der Initiative unter den Bewerbern, die in der jetzigen Legislaturperiode im Parlament mit gearbeitet haben. *ste*

Wahlprogramm 2011, Kurzfassung (Langfassung siehe Anhang S. A 47 ff)

📌 **Möglichkeiten zur politischen Mitwirkung weiterentwickeln**

- BürgerInnen an der **Ortsentwicklung** beteiligen, wie z.B. bei der Planung für das Bürgerhaus
- **Rederecht** für Gäste während den Sitzungen des Gemeindeparlaments einführen
- die jährlichen **Bürgerversammlungen** zu lebendigen Foren der Willensbildung und Meinungsfindung weiterentwickeln
- **Agenda-21-Gruppen** wiederbeleben

📌 **Soziale Teilhabe fördern**

- Konzept eines Bürgerhauses als **Treffpunkt für Menschen aller Generationen** vorantreiben
- **Gemeinde-Bücherei** für interkulturelle Angebote nutzen und durch Aktionen mit Leben füllen
- **Gemeindliche Projekte** mit Engagement und Erfahrung, dem Wissen und Können von BürgerInnen bearbeiten und vorantreiben

📌 **Umweltfragen nachhaltig lösen**

- für die **Stilllegung des Atomkraftwerks Biblis** streiten
- regenerative Energiegewinnung z.B. durch **Bürger-Solaranlagen** und **Geothermie** initiieren, koordinieren, fördern und unterstützen
- **Energieeinsparung und zukunftsfähige Energiegewinnung** fördern z.B. durch Planung kleiner **Blockheizkraftwerke** im Verbund Gewerbe, Kläranlage, Bauhof, Bahnhof und Seniorenzentren
- Öffentliche Gebäude mit **Photovoltaik- und thermischen Solaranlagen** ausstatten

- **Bebauungspläne** stärker nach Umweltgesichtspunkten aufstellen, z.B. Südausrichtung von Dächern soweit sinnvoll vorsehen
- Rückkauf des **kommunalen Stromnetzes** prüfen
- Erweiterung der **Landbachrenaturierung** prüfen
- **Bickenbachs Wälder** pflegen, aufforsten und schützen
- jährliche **Müllsammelaktion** aufwerten

📌 **Verkehrssicherheit im gesamten Ortsgebiet schaffen**

- **Radwegsicherung** z.B. durch Radwegstreifen betreiben
- Konzepte für **sichere Schulwege** mit dem Fahrrad entwickeln und umsetzen
- Umwidmung der Bachgasse in einen '**Verkehrsberuhigten Bereich**' anstreben
- für **Tempo 30** im gesamten bebauten Ortsbereich tätig werden
- **Schuldorfweg** vom Autoverkehr befreien
- die **Anhebung der Bahnsteige** am Bahnhof einfordern

Infrastruktur sozial und ökologisch entwickeln

- lokales **Einzelhandelskonzept** entwickeln
- Aufbau eines **Lebensmittelladens** zur ortsnahen Grundversorgung, z.B. nach dem Muster eines 'Cap-Marktes', fördern
- Sanierung oder Neubau des Bürgerhauses als **'Ortsmittelpunkt'** vorantreiben
- Sinnvolle Nutzung des **Rathaus-Kellers** angehen
- Betrieb des **Empfangs- und Warteraums** im Bahnhof unterstützen
- **Carsharing-Initiativen** bewerben und fördern
- Ausbau der **sozialen Infrastruktur** vor Ausweisung neuer Baugebiete

Solide mit den Finanzmitteln umgehen

- auf **Ausgabeüberprüfung und Folgekostenberechnung** bei neuen Investitionen achten
- **Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden** bei übergreifenden Projekten aufbauen und pflegen, z.B. bei der 'Kulturstiftung Bergstraße' oder Infrastruktureinrichtungen
- gezielt **Förderer für einzelne Projekte** gewinnen

Herr Jochum, welche Ziele wollen Sie in den nächsten fünf Jahren für die Gemeinde erreichen?

Gemeinsam mit Bürgern, Vereinen und den anderen Fraktionen soll ein Konzept für ein Bürgerhaus als Treffpunkt für Menschen aller Generationen entwickelt und umgesetzt werden. Wir möchten Bickenbach beim Thema "Erneuerbare Energien" voran bringen. Wir werden uns für die Ausweitung von "Tempo 30" auf den gesamten Ortsbereich einsetzen. Der Schuldorfweg, vor allem die Einmündung auf den Parkplatz an der Firma Alnatura, muss vom Autoverkehr befreit werden. Wir sorgen für den Ausbau der Infrastruktur vor Ausweisung neuer Baugebiete. Bickenbachs Wälder sollen gepflegt, aufgeforstet und geschützt werden. Ein Lebensmittelladen zur ortsnahen Grundversorgung, etwa nach dem Muster eines Cap-Marktes, könnte gefördert werden. Die jährlichen Bürgerversammlungen möchten wir zu lebendigen Foren der Willensbildung und Meinungsfindung weiterentwickeln.

Was macht Ihre Partei lokal so einzigartig und unverwechselbar?

Wir sind ein im Schnitt sehr junges, dennoch breit aufgestelltes, erfahrenes Team. Wir treten konsequent für die Nutzung erneuerbarer Energien ein. Unsere Liste hat einen sehr hohen Frauenanteil und eine Spitzenkandidatin. Seit 1981 treten wir konsequent für ökologisch und sozial fundierte Kommunalpolitik ein.

Welche Wahlbeteiligung erwarten Sie für die Gemeindewahl?

Ich hoffe auf 100 Prozent, 80 Prozent wären aber auch schon schön.

Mit wie vielen Sitzen in der Gemeindevertretung rechnen Sie?

Drei.

Interview von Malte Jochum im *Bergsträsser*, 9.03.2011

KOMM, A

Am 27. März 2011
Ihre Stimme für die
kommunale Alternative in Bickenbach!



Birgit Köhler-Günther



Ulrich Friedrich Koch



Gerlinde Merg



Felix Günther Christlene Lorenz Wolfgang Krämer Jürgen Fischermeier Malte Jochum Gerd Fischermeier Jan-Paul Döcke Peter Merg Gudrun Dingler

- Umweltfragen nachhaltig lösen
- Soziale Teilhabe fördern
- Verkehrssicherheit im Ort schaffen
- Solider Umgang mit Finanzmitteln

Die Kommunalwahl am 27. März bringt folgendes Ergebnis:

Jahr	Wahlberechtig	Wahlbeteiligung		SPD		CDU		FDP		FLUB Grüne KOMM,A	
		absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
1972	2786	2455	88,1 %	1569	65,1 %	679	28,2 %	161	6,7 %		
1977	2988	2500	83,7 %	1319	54,4 %	865	35,7 %	239	9,9 %		
1981	3168	2599	82,0 %	1176	46,2 %	919	36,1 %	197	7,7 %	256	10,1 %
1985	3294	2622	79,6 %	1423	55,0 %	713	27,6 %	202	7,8 %	249	9,6 %
1989	3484	2779	79,8 %	1600	58,6 %	591	21,6 %	216	7,9 %	325	11,9 %
1993	3530	2553	72,3 %	1203	49,0 %	588	23,9 %	241	9,8 %	424	17,3 %
1997	3765	2597	69,0 %	1019	40,4 %	938	37,2 %	151	6,0 %	413	16,4 %
2001	4049	2321	57,3 %	23675	44,0 %	24937	46,3 %	4329	8,0 %	924	1,7 %
2006	4075	2150	52,8 %	17845	35,3 %	22162	43,8 %	5444	10,8 %	5159	10,2 %
2011	4234	2321	54,8 %	20928	38,2 %	20002	36,5 %	4091	7,5 %	9779	17,8 %

- Die SPD gewinnt zwar 2,9% Wähler*innen-Stimmen gegenüber der Kommunalwahl 2006 hinzu, bleibt aber mit ihrem Ergebnis von 38,2% weit unter ihren Wahlergebnissen der früheren Jahre. Immerhin wird sie wieder stärkste Fraktion vor der CDU, wenn auch knapp.
- Die CDU verliert mit 7,3% deutlich im Vergleich zur Kommunalwahl fünf Jahre zuvor und landet bei 36,5%.
- Auch die FDP verliert 3,3% gegenüber 2006 und verbucht noch 7,5%.
- KOMM,A erhält mit 17,8 Stimmen ihr seither bestes Ergebnis in der Geschichte für grün-alternative Politik in Bickenbach. Gegenüber 2006 legt die Wähler*innen-Initiative 7,6% zu.

Die seit 10 Jahren bestehende Koalition aus CDU und FDP wird klar abgewählt (-10,6%).

In der neuen Gemeindevertretung verfügt die SPD über 10 Sitze, die CDU über 9, die FDP über 2 und KOMM,A über 4.

Rechnerisch kann KOMM,A -im Gegensatz zur FDP- sowohl der CDU als auch der SPD zu einer parlamentarischen Mehrheit verhelfen. Nur, wenn CDU und SPD gemeinsam abstimmen, sind sie nicht auf KOMM,A angewiesen.

Durch die Bildung einer neuen, großen Koalition bleibt diese Überlegung aber ein Gedankenspiel.

Das Darmstädter Echo titelt am 31. März und 26. April 2011 :

Schwarz-Gelb ohne Mehrheit

Analyse - In Bickenbach erstarben die Sozialdemokraten – Gespräche über eine Zusammenarbeit mit der CDU und Komma

Große Koalition in Bickenbach

Kommunalpolitik - SPD und CDU arbeiten im Parlament zusammen – „Die Schnittmengen waren am größten“

Zum Wahlergebnis und zur Bildung einer Großen Koalition zwischen CDU und SPD erklärt KOMM,A u.a. am 27. April 2011 öffentlich:

„Bei den Kommunalwahlen 2011 hat die KOMM,A-Fraktion deutlich zugelegt und die Zahl ihrer Sitze in der Gemeindevertretung auf vier verdoppeln können. Dies wird als Vertrauensbeweis und als Auftrag angesehen, im Sinne des KOMM,A-Wahlprogramms tätig zu werden.

Nach den Wahlen gab es Gespräche zwischen allen Fraktionen über die Arbeit in der Bickenbacher Gemeindevertretung für die nächsten fünf Jahre. KOMM,A führte Gespräche mit SPD und CDU auch, um zu sondieren, ob mit einer der beiden Fraktionen eine Zusammenarbeit hätte begründet werden können, um Mehrheiten für eine neue Politik zu schaffen. Die Koalition

aus CDU und FDP, die zehn Jahre Bestand hatte, war ja deutlich abgewählt worden. Das Ergebnis der Gespräche aus KOMM,A-Sicht: Mit gewissen Abstrichen, Politik ist ja meist eine Frage gangbarer Kompromisse, wäre für KOMM,A eine Zusammenarbeit sowohl mit der SPD als auch mit der CDU vorstellbar gewesen. SPD und CDU haben anders entschieden und 'regieren künftig gemeinsam'.

Die Regierungserklärung der neuen rot-schwarzen Koalition hat Lücken und bestätigt Vorurteile gegenüber dieser Zweckgemeinschaft: Bei der Benennung von Zielen fehlen Aussagen zu den Politikfeldern Umwelt und Energie vollkommen. Das Ziel einer Verbesserung

der Bürgerbeteiligung ist nur am Rande erwähnt. Dies sind exakt die Themenfelder, auf deren Gewicht KOMM,A in den Gesprächen mit SPD und CDU besonderen Wert gelegt hatte.

Die beabsichtigte zukünftige Finanzpolitik, immerhin ist die Beschlussfassung über den Haushalt der Gemeinde das höchste Recht der Gemeindevertretung, wird nicht klar und nachvollziehbar deutlich gemacht.

Auffällig ist, dass die Erklärungen über die zu besetzenden Positionen und Funktionen die Hälfte der Regierungserklärung ausmachen. Der personelle Deal ist klar: Die SPD kandidiert im Herbst nicht gegen den von der CDU gestellten, amtierenden Bürgermeister. Dafür bekommt sie Zugriffsrecht auf die Ämter ErsteR BeigeordneteR und Vorsitz der Gemeindevertretung.

KOMM,A bedauert sehr, dass die SPD ihre neu gewonnene Stärke nicht dazu nutzt, eine personelle Alternative für das Bürgermeisteramt ins Rennen zu schicken. ()

KOMM,A wird mit Gerlinde Merg an der Spitze einer eigenen Liste für den Gemeinde-vorstand kandidieren. Fünf Jahre lang war der KOMM,A-Fraktion seitens der CDU-FDP-Koalition ein Sitz im Gemeindevorstand verwehrt worden. Dank des Wahlergebnisses schafft KOMM,A dies jetzt aus 'eigener' Kraft. Trotzdem hofft KOMM,A auf das Lernen aus Fehlern seitens der CDU und nimmt den angebotenen 'offenen Dialog', den 'anständigen Umgang' und die Bereitschaft zur 'ernsthaften Auseinandersetzung' mit den Ideen der Anderen gerne an.“

Titel im Darmstädter Echo am 4. Mai und 18. Juni 2011 :

Machtwechsel in Bickenbach

Politik – SPD und CDU schlagen im Parlament Pflöcke ein – Konstituierende Sitzung

Liberaler rückt nach

Parlament – Dank Antrag der Komma erhält die Bickenbacher FDP Sitz im Gemeindevorstand

Bürgermeisterwahl 2011

Anlässlich der Gespräche zwischen SPD und CDU nach der Kommunalwahl Ende April 2011 über die Bildung einer großen Koalition wird auch die bevorstehende Bürgermeisterwahl beraten. Ergebnis ist, dass die SPD auf eine Kandidatur zur Bürgermeisterwahl verzichtet. Die CDU sagt im Gegenzug zu, Markus Hennemann zum Vorsitzenden der Gemeindevertretung und Tim Schmöcker zum Ersten Beigeordneten zu wählen. Günter Martini ist aus den Reihen der Großen Koalition einziger Bewerber für das Bürgermeisteramt.

Ulrich Friedrich Koch, Fraktionsvorsitzender von KOMM,A wirft am 25. Juni 2011 mit einem Brief an die KOMM,A-Mitglieder seinen Hut in den Ring, hier im Auszug wiedergegeben:

"Nach längerem Nachdenken und Gesprächen mit verschiedenen aktiven und früher aktiven politischen Weggefährten habe ich mich entschlossen, zu der Bürgermeister-Direktwahl 2011 anzutreten - vorausgesetzt KOMM,A unterstützt mich dabei.

Entscheidend dafür ist meine Überzeugung, dass wir als die größte Oppositionspartei im Bickenbacher Parlament eben auch eine personelle Alternative zum Mann der Mehrheit bieten und zur Wahl antreten sollten. () Erst und auch dadurch werden wir möglicherweise in sechs Jahren eine glaubhafte Kandidatur auf die politische Bühne stellen können. Durch eine Kandidatur können wir an Profil gewinnen und uns so für weitere engagierte Mitstreitende bekannt und interessant machen. Wir sollten die Chancen sehen und uns nicht durch die Risiken entmutigen lassen.

Zu den praktischen Fragen:

Die letzten vier Wochen vor der Wahl sollten wir im Ort in besonderer Weise präsent sein. Warum sollten wir nicht versuchen, für einen Monat den leerstehenden Laden vom Becker-Lui zu mieten und uns gegenüber dem Rathaus in 'Ulis Rathaus' zeigen. Alternativ dazu könnte ein Zelt oder Pavillon auf dem Rathausplatz dienen. Dorthin könnten wir Leute einladen zu Gesprächen über Bickenbachs Zukunft - eine Art Weiterführung der Agenda-Gruppe. Wir könnten 'Car-Sharing Bickenbach' vorstellen und Radtouren durch Bickenbach zu den kommunalen Brennpunkten veranstalten. Wir sollten das Schaufenster oder auf Tafeln die Möglichkeit bieten, Kritik am Zustand und an der Verfassung Bickenbachs öffentlich zu machen. Wir könnten zu einem 'Öffentlichen Disput' über die Perspektiven unserer Gemeinde im 21. Jahrhundert einladen - möglichst unter Beteiligung relevanter Gruppen wie Gewerbeverein, Vereine, Kirchengemeinden und Parteien. Ein Spezialthema sollte die Zukunft des Bürgerhauses sein."

Am 5. Juli 2011 bestimmt die KOMM,A-Mitgliederversammlung Ulrich Friedrich Koch zu ihrem Kandidaten für die Bürgermeisterwahl im September 2011.

BICKENBACH. Ulrich Friedrich Koch von der Kommune Alternative (Komma) tritt zur Bürgermeisterwahl am 25. September in Bickenbach an. Er ist damit derzeit einziger Mitbewerber von Amtsinhaber Günter Martini (CDU). Eine Komma-Mitgliederversammlung hat den Fraktionsvorsitzenden mit der Kandidatur beauftragt. Auch Martini ist inzwischen offiziell von der Mitgliederversammlung der Bickenbacher CDU einstimmig nominiert worden.

Bei der Bürgermeisterwahl 1993 war Koch für die Grünen angetreten, als Martini erstmals antrat. Inzwischen kandidiert er zum vierten Mal. „Ich kandidiere nicht gegen Günter Martini, sondern für Bickenbach“, stellte der 57 Jahre alte Sozialarbeiter fest.

Sein Ziel ist es, „Bickenbach für das 21. Jahrhundert fit zu machen“. In zwei Versammlungen haben die Mitglieder von Komma über die Kandidatur diskutiert. „Wir wollen mit der Person und unseren Ideen die Wähler überzeugen“, betont Koch. Er verweist darauf, dass die personell nicht gerade üppig aufgestellte Komma erst den Kommunalwahlkampf bestritten hat, bei dem sie knapp 18 Prozent der Stimmen und vier Sitze im Parlament errang.

Kritisch bewertet Koch die Entscheidung der SPD, als Gewinnerin der Kommunalwahl, auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten zugunsten einer Koa-

Ulrich Koch kandidiert fürs Rathaus

Bürgermeisterwahl – Fraktionsführer von Komma tritt in Bickenbach an

lition mit der CDU. Koch bedauert, dass in den zurück liegenden zehn Jahren die damalige Koalition aus CDU und FDP die Bürgerschaft nicht mit genommen habe.

Als Beispiel dafür nennt er die Absichten für den Bau eines neuen Bürgerhauses, dessen Standort bislang ungeklärt ist, solange das Regierungspräsidium nicht der Entwidmung eines Teils des Bannwalds beim Sportgelände für die Umsetzung solcher Pläne zustimmt. „Bislang wurden hier keine Alternativen zu diesem Standort aufgezeigt, obwohl das jetzige Bürgerhaus immer mehr in die Jahre kommt“.

Verkehr ist für Koch ein wichtiges Thema, für das er andere Lösungen anvisieren will. Ziel müsse sein, dass künftig so viele private Autos wie möglich ste-

hen bleiben und dafür der ÖPNV oder das Rad genutzt werden. Ziel sei daher der Ausbau eines beidseitigen Radwegs zwischen den Ortsmitten von Zwingenberg und Bickenbach. Auch beim Neubau der ICE-Strecke müsse sich Bickenbach einbringen.

Bewerbungsfrist endet am 21. Juli

Als vorbildlich nennt er die von Komma vor kurzem vorgebrachte Initiative zum Car-Sharing in Bickenbach. Auf dem Gebiet der Energiepolitik sieht Ulrich Koch allerdings Handlungsbedarf. Als Anteilseigner beim GGEW müsse die Gemeinde Bickenbach ihren Einfluss auf dessen Geschäftsstrategien geltend machen und sich stärker für die regenerativen Energien einsetzen. Die Gemeinde sollte mit ihren Immobilien hier nicht nur Vorbildfunktion übernehmen, sondern auch die Bürger dabei unterstützen.

Die Bewerbungsfrist für Bürgermeisterkandidaten läuft am 21. Juli aus. Der Wahlausschuss wird als nächsten Schritt am 27. Juli über die Zulässigkeit der eingegangenen Bewerbungen entscheiden. *ste*

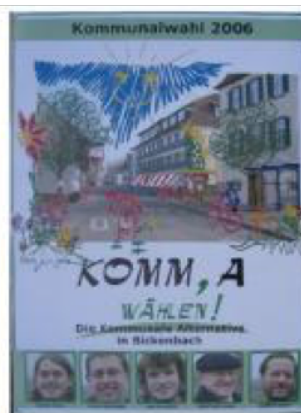
Darmstädter Echo, 09.07.2011



1993



2001



2006



2011

Der Gegenkandidat Koch von Komm,A tritt gegen Martini an

Bickenbach (red). Rathaus-Chef Günter Martini hat jetzt einen Mitbewerber für die Bürgermeisterwahl am 25. September. Ulrich Friedrich Koch kandidiert für die "Kommunale Alternative" (Komm,A). Die Entscheidung fiel nach kontroversen Debatten vorige Woche. Eine Alternative gebiete sich nicht nur aus grundsätzlich demokratischen Überlegungen, erklärt Koch. Die Gemeinde stehe vor großen Herausforderungen: Flughafenusbau, ICE-Neubautrasse, Lärmimmission, Flächenverbrauch, Umstellung der Energieversorgung, das alles tangiere auch Bickenbach. Möglichkeiten zur regionalen Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinweg sieht er viele: Bauhof, Feuerwehr, Ortspolizei, fließender und ruhender Verkehr, Wasserversorgung, Abwasserbehandlung, Kulturförderung. "Die Chancen der Kooperation, Fähigkeiten, Ressourcen und Manpower zu bündeln, werden nicht konsequent genutzt."

Komm,A baut derzeit ein Carsharing-Projekt auf (gemeinschaftliche Nutzung eines oder mehrerer Autos). Zum Thema "Sicherung der Zukunft des Bürgerhauses" meint Koch, dass das größte Problem darin liege, dass die Nutznießer und Finanziere, die Bürger also, noch gar nicht gehört worden seien.

Vier Jahre war der gelernte Sozialarbeiter Stadtverordneter in Wiesbaden, drei Jahre Mitglied des Ortsbeirates Wiesbaden-Mitte und acht Jahre Gemeindevertreter in Bickenbach. Heute könne er einen kommunalen Haushaltsplan und einen Stellenplan lesen und beurteilen, versichert er.

Angefangen hat er in linken ("undogmatischen und unabhängigen") Basisgruppen an der Universität Bochum und der Fachhochschule in Wiesba-



Ulrich Friedrich Koch kennt Bickenbach seit 1974. Foto: Archiv

den. 1984 wurde Koch Mitglied der Grünen. Nach 15 Jahren verließ er die Partei, die mit einem Mal akzeptierte, dass eine deutsche Armee Bomben auf dem Balkan abwerfen darf. In 2000 löste sich der grüne Ortsverband in Bickenbach auf und wurde zu Komm,A mit den Attributen ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei.

Koch kennt Bickenbach seit 1974. Nach Oberhessen, Rheinhessen, Bochum, Pfungstadt, Darmstadt und Wiesbaden lebt er mit seiner Familie seit 1992 in der Gemeinde. Seit 28 Jahren managt er einen ambulanten Hilfsdienst für kranke und alte Menschen, der mit 90 Mitarbeitern zeitgleich 220 Menschen und Haushalte versorgt. Seine familiären Wurzeln väterlicherseits reichen in Pfungstadt bis zum Dreißigjährigen Krieg zurück. Seine Mutter ist in Darmstadt aufgewachsen und fühlte sich als Darmstädterin. Koch: "Mein Lebensmittelpunkt und meine Heimat liegen in Südhessen. Hier möchte ich mich einmischen. Hier möchte ich alt werden."



Bergsträsser, 13.07.2011

Wahlkampf in Bickenbach: siehe Beiträge in Bickenbach Seitenweise, Heft 19, August 2011

Bürgermeisterwahlkampf im Spätsommer 2011 mit zwei Flyern, einer in Form eines Bewerbungsschreibens um das Amt des Bürgermeisters.

Für den Wahlkampf entwickelt Birgit Köhler-Günther einen Wahlsong (Text siehe Rückseite Einband).



Antworten der Kandidaten auf umfangreiche Fragen der Presse an die Bürgermeisterkandidaten werden ausführlich dargestellt im

- Bergsträßer am 7., 14. und 21. September 2011
- Darmstädter Echo am 23. September 2011

Kandidat Koch stellt sich

Diskussion – Komma-Bewerber zur Bürgermeisterwahl in Bickenbach bei FDP

BICKENBACH. Der Bürgermeisterwahlkampf in Bickenbach wird mit bemerkenswerter Zurückhaltung geführt. Immerhin weisen inzwischen Plakate mit den Konterfeis des Amtsinhabers Günter Martini (CDU) und seines grünen Herausforderers Ulrich F. Koch (Komma) darauf hin, dass die Bürger am 25. September zur Entscheidung aufgerufen sind. Dass Interesse daran scheint jedoch nicht allzu groß zu sein. Die Gelegenheit, bei einer Diskussionsveranstaltung der FDP sich ein Bild vom Kandidaten Koch zu machen, nutzten knapp 30 Zuhörer.

„Ich hätte mir gewünscht, dass der Bürgersaal prall gefüllt ist“, sagte Ortsverbandschef Wolfgang Broszat, der zusammen mit seinem Stellvertreter Michael Krug die Fragen an den Bewerber stellte. Der gab zu, dass ihm der Schritt zur Kandidatur aus vielerlei Gründen „nicht leicht gefallen ist“. Letztlich habe aber kein Weg daran vorbei geführt, für seine Überzeugungen Flagge zu zeigen.

„Wunder kann ich keine versprechen, das werde ich auch nicht tun“, verdeutlichte der Siebenundfünfzigjährige. Die Rolle des Bürgermeisters definiere er nicht als die eines kleinen Königs, der nach Gutdünken entscheide. „Die Gemeindevertretung hat das Heft in der Hand. Der Gemeindevorstand muss die

Beschlüsse umsetzen. Das werde auch ich so tun.“

Allerdings verdeutlichte der gelernte Sozialarbeiter, der seit 28 Jahren einen ambulanten Hilfsdienst organisiert, wohin die Reise mit ihm bei Sachthemen geht. Er sei gegen eine ungezügelte Ausweitung der Wohn- und Gewerbegebiete. Zumal die Infrastruktur von Kläranlage bis Kinderbetreuung nicht entsprechende Kapazitäten aufweisen würden. Es gelte, sich „ein Stück weit zu begrenzen“.

Kein Investor für neue Halle in Sicht

Bei der Diskussion um einen Neubau einer Sport- und Kulturhalle fürs Bürgerhaus sieht er „keinen Investor, der für fünf Millionen Euro einen Neubau hinstellt“. Es sei daher angebracht, zu prüfen, was sich mit der vorhandenen Substanz machen lasse.

Um Interkommunale Zusammenarbeit führt nach Ansicht des Komma-Kandidaten kein Weg herum. Es gebe einen „finanziellen Zwang, sie zu nutzen“. Auch bei der Feuerwehr müsste über Kooperationen nachgedacht werden. „Es ist kein Geld mehr da.“ Für Verbesserungsbedürftig hält Koch auch den gemeinsamen Ordnungsbehördenbezirk. *pjt*

Darmstädter Echo, 03.09.2011

Alternativer will Alternative bieten

Herausforderer – Sozialarbeiter und Politiker Ulrich F. Koch scheut keine Anstrengung – Per Rad nach Wiesbaden

VON CLAUDIA STEHLE

BICKENBACH. „Vieles in meinem Leben verdanke ich eher dem Zufall als einer gezielten Entscheidung“, berichtet Ulrich F. Koch (57), der für die Kommunale Alternative (Komma) in Bickenbach als Bürgermeisterkandidat antritt. Nach dem Abi 1973 sei er sich zunächst nicht schlüssig gewesen, welchen beruflichen Weg er einschlagen würde. Hier wiesen ihm der Zivildienst in einer evangelischen Kirchengemeinde und die Arbeit mit Kindern mit Migrationshintergrund den Weg zum Studium der Sozialarbeit und Pädagogik.

Durch einen weiteren Zufall kam er als Sozialarbeiter in Wiesbaden in einen ambulanten Hilfsdienst, dem Nachbarschaftsheim, wo er heute noch tätig ist. „Durch die Arbeit vor allem mit türkischen Kindern und ihren Familien während des Zivildienstes wurde mein Interesse für die Türkei geweckt, die ich seitdem in unzähligen Reisen besucht, kennen- und lieben gelernt habe“, berichtet Koch, der die türkische Sprache all-

tagstauglich spricht. Seit sich sein Bruder in Schweden nieder gelassen hat, ist es weiteres Lieblingsland geworden.

Der Städtepartnerschaft Bickenbachs mit dem italienischen Tricarico schließlich verdanke er seine Neigung zu Italien. „Meine Vorstellungen von Italien sind durch diese Kontakte ziemlich durcheinander gewirbelt worden“, erzählt er, wäh-

rend er den Espresso auf dem Gasherd in seiner Wohnküche zubereitet.

„Dem Zufall verdanke ich es auch, dass ich meine Frau Dorothea kennen gelernt habe“, erzählt der Sohn des früheren Bickenbacher Pfarrers Ludwig Koch. Als Walter Zeuch als Nachfolger seines Vaters in Bickenbach ordiniert wurde, begegneten sich die beiden Pfarrersfamilien. Die beiden jungen Leute verliebten sich und gründeten eine Familie. Zusammen mit den beiden Kindern Lisa und Malte wohnten sie zunächst in Wiesbaden und zogen 1992 nach Bickenbach.

Beide Kinder scheinen sich den Vater in mancherlei Hinsicht zum Vorbild genommen zu haben. So hat sich Malte, der derzeit sein Biologiestudium in Göttingen abschließt, in seiner Heimatgemeinde kommunalpolitisch für Komma engagiert. Lisa hat nach einem Studium der Sozialwissenschaften inzwischen Arbeit im Schulsozialdienst gefunden.

Neben Reisen und der Lektüre zu historischen Themen ist

das Radfahren das große Hobby des Bürgermeisterkandidaten. Er legt die Strecke zwischen seinem Wohnort und der Wiesbadener Arbeitsstelle auf dem Rad zurück. „Für den einfachen Weg brauche ich gut zwei Stunden“, berichtet er. Zum gemeinsamen Hobby mit seiner Ehefrau taue es aber nicht, da er einfach viel schneller in die Pedale trete. „Wir haben es schon mit einem Tandem probiert, aber das klappt auch nicht“, bedauert er und sucht nach einer Alternative für gemeinsame Touren.

Nicht gegen Martini, sondern für Bickenbach

Koch, der mit seinem politischen Engagement während des Studiums begann, gehörte 15 Jahre lang den Grünen an, von denen er sich nach deren Entschluss für den Krieg im Kosovo trennte. Seitdem engagiert er sich bei Komma. Mit seiner Kandidatur will er nicht gegen den Amtsinhaber, sondern für Bickenbach antreten und den Wählern die Chance zu einer echten demokratischen Wahl bieten.

Darmstädter Echo, 21.09.2011

LANDAUF, LANDAB

FDP unterstützt Martini

BICKENBACH. Die Bickenbacher FDP, die keinen eigenen Kandidaten ins Rennen um das Amt des Bürgermeisters schickt, hat sich auf ihrer Mitgliederversammlung dafür entschieden, Günter Martini (CDU) bei der Wahl am Sonntag (25.) zu unterstützen. Mit dieser Entscheidung verbinde die FDP die Erwartung, dass noch offene Beschlüsse der Gemeindevertretung zügig umgesetzt werden, sagte der Fraktionsvorsitzende Michael Krug. *ste*

Ergebnis der Bürgermeister-Wahl am 25. September 2011 - im Vergleich zur Kommunalwahl 2011 und den drei vorangegangenen Bürgermeisterwahlen seit 1993:

Wahl	Wahlberechtigt	Wahlbeteiligung		SPD		CDU		Grüne		KOMM,A	
		absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
1993 Bürgermeister	3533	2406	68,1 %	1107	46,8 %	947	40,1 %	309	13,1 %		
1993 Bürgermeister Stw.	3536	2492	70,5 %	1098	44,5 %	1370	55,5 %				
1999 Bürgermeister	4004	2739	68,4 %	785	28,8 %	1700	62,5 %	237	8,7 %		
2005 Bürgermeister	4045	2614	64,6 %	914	35,4 %	1668	64,6 %				
2011 Bürgermeister	4228	2101	49,7 %			1628	79,5 %			420	20,5 %
2011 Gemeindever- tretung	4234	2321	54,8 %	20928	38,2 %	20002	36,5 %			9779	17,8 %

Amtsinhaber Günter Martini entscheidet die Bürgermeisterwahl -nach öffentlich von SPD und FDP erklärter Unterstützung- mit 79,5% der Stimmen eindeutig für sich.

Absolut votieren für ihn aber 'nur' 1.628 Bickenbacher*innen. Bei der Bürgermeisterwahl im Jahr 1999 waren dies noch 1.700 und im Jahr 2005 noch 1.668 Wähler*innen - jeweils ohne erklärte Unterstützung seitens der SPD.

Für Ulrich Friedrich Koch kommen 420 Stimmen zusammen. 20,5% sind das beste Wahlergebnis, das Grün-Alternative in Bickenbach jemals gewinnen konnten. Trotzdem ist die Wahl klar verloren.

Das Darmstädter Echo berichtet unter dem Titel 'Klarer Sieg für Martini in Bickenbach' am 26. September 2011 über das Ergebnis der Wahl. Im Kommentar zur Wahl schreibt Peter Keller zum Wahlausgang unter anderem:

"...Einen eigenen Kandidaten wollte die SPD () nicht ins Rennen schicken. Die Aussichten wären wohl auch zu schlecht gewesen. () Der Verzicht ist jedoch ein Grund für die geringe Wahlbeteiligung von knapp 50 Prozent. () Nicht hoch genug kann unter diesen Vorzeichen der Einsatz von Ulrich F. Koch bewertet werden. Der Gegenkandidat von der Kommunalen Alternative (Komma) bot Bickenbachern, die mit Günter Martini nichts anfangen können, eine Alternative.

Dabei toppte der Siebenundfünfzigjährige mit 20,5 Prozent das Ergebnis von Komma (knapp 18 Prozent), die stärkste Oppositionspartei ist. Das will schon was heißen."

Zur Einschätzung des Wahlergebnisses hier der damalige Beitrag auf der KOMM,A-Homepage am 5. Oktober 2011 (Auszug):

"Dank und Ermutigung - Gedanken zur Bürgermeisterwahl 2011

Mein Wahlziel, Bürgermeister von Bickenbach zu werden, habe ich deutlich verfehlt: Rund 30 % bzw. wenigstens 631 WählerInnen haben den Amtsinhaber seit 18 Jahren, Günter Martini, mir vorgezogen - Gratulation an den seitherigen und zukünftigen Bürgermeister auch noch einmal von dieser Stelle.

Die Wahlen in Bickenbach in diesem Jahr bieten verschiedene Erkenntnisse:

1. Erkenntnis zur Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung zur Gemeindevertretung und zur Bürgermeisterwahl ist rückläufig.

Bei der Bürgermeisterwahl 2011 ist jedeR zweite WählerIn zu Hause geblieben, bei der Kommunalwahl 2011 war die Beteiligung nur geringfügig höher. ()

Mögliche Schlussfolgerung: Gemeindevertretung und Bürgermeister haben in ihrer Bedeutung für die WählerInnen deutlich verloren.

2. Erkenntnis zu Wählerwanderungen

Anlässlich der Kommunalwahl 1989 erhielten SPD absolut 1.600 Stimmen, die CDU 591. Bei der Bürgermeisterwahl 1993 erhielt der SPD-Kandidat absolut 1.107 Stimmen, der Kandidat der CDU 947. Bei der diesjährigen Bürgermeisterwahl erhielt der Kandidat der CDU, unterstützt von SPD und FDP, absolut 1.628 Stimmen, der Kandidat von KOMM,A 420. Hätten alle WählerInnen von CDU, SPD und FDP bei der Kommunalwahl ein halbes Jahr zuvor jetzt im Herbst Martini gewählt, hätte er 1.801 Stimmen bekommen können. An diesem Wunschergebnis fehlen 173 Stimmen. (...)

Mögliche Schlussfolgerung: Zieht man auch die Wahlergebnisse zur Bickenbacher Gemeindevertretung hinzu, verliert die CDU seit dem Jahr 2000 langsam aber stetig an Unterstützung im Wahlvolk. Bei den WählerInnen von SPD und FDP gibt es starke Schwankungen. KOMM,A hat seit Gründung im Dezember 2000 bei allen kommunalen Wahlen kontinuierlich an WählerInnen-Stimmen hinzugewonnen. ()

3. Erkenntnis für Alternativen zu den etablierten Parteien

Die 'Freie Liste Umweltschutz Bickenbach' FLUB erreichte bei der Kommunalwahl 1981 auf Anhieb 10,1 % bzw. absolut 256 Stimmen, der Kandidat von KOMM,A bei der Bürgermeisterwahl 2011 20,5 % bzw. 420 Stimmen.

Absolut hat KOMM,A damit in etwa das Niveau an Unterstützung der Grünen in den Neunzigerjahren wieder erreicht - so gesehen ist mein Bürgermeisterwahl-Ergebnis ein gutes Ergebnis. Das Potenzial für Alternative hat sich in den 30 Jahren seit ihrem Wirken in Bickenbach rund verdoppelt. Darauf sollte man sich aber besser nicht ausruhen. Durch den Wechsel der Organisationsform Wählerinitiative - Partei - Wählerinitiative (FLUB - Grüne - KOMM,A) gab es in dieser Entwicklung ziemliche Brüche, welche sich auch in Wahlergebnissen widerspiegeln.

Es gelang uns nur sehr bedingt ein Eindringen in die Wählerschichten der etablierten Parteien und keine

Aktivierung von Nicht-WählerInnen in nennenswertem Umfang. Auch in diesem Sinn habe ich mein Wahlziel verfehlt. Außerdem liegt das Potenzial derer, die in Bickenbach traditionell alternativ wählen, nach meiner Einschätzung deutlich unter 300 Personen. WählerInnen sind immer seltener 'StammwählerInnen' - wir müssen uns deren Vertrauen immer neu erwerben und verdienen.

Schlussfolgerung:

Es gibt viel zu tun - packen wir's an!“

Die personelle Zusammensetzung der KOMM,A-Fraktion ändert sich:

Bedingt durch ihre Berufsausbildung scheiden

- **Malte Jochum** im Mai 2011 und
- **Felix Günther** im Oktober 2013 aus.

Für sie rücken **Wolfgang Krämer** und **Christiane Lorenz** nach.

POLITISCHE KÖPFE

Zwei, die harmonieren

BICKENBACH. 25 Abgeordnete sitzen ehrenamtlich im Bickenbacher Parlament. Wer sind die Menschen, die sich ums Gemeinwohl sorgen, die sich im politischen Streit die Köpfe heiß reden, um sie anschließend unter Umständen auch noch hinzuhalten? Das ECHO stellt politische Köpfe vor.

Seit der Kommunalwahl im März 2011 sitzen in der Fraktion der Bickenbacher Kommunalen Alternative (Komma) mit Birgit Köhler-Günther (60) und Felix Günther (25) Mutter und Sohn und bilden damit die Hälfte der vierköpfigen Fraktion. „Für uns beide ist die Zusammenarbeit völlig unkompliziert“, berichten sie im ECHO-Gespräch.

Umweltthemen seien in Bickenbach weiter von großer Bedeutung und verweisen auf Bauen, Energie und Verkehr. Bei den Mehrheitsparteien SPD und CDU fänden diese jedoch keine besondere Resonanz. Nicht nachvollziehbar sei, warum beim Neubau des Bauhofs keine Nutzung regenerativer Energien möglich war oder warum bei der Verbandskläranlage das Gas der inzwischen vier Faultürme nicht für ein Blockheizkraftwerk genutzt werde. „Wir bringen bei der derzeitigen Konstellation im Parlament nicht einmal Prüfanträge durch“, klagen sie gemeinsam.

Birgit Köhler-Günther kam bei

ihrem Studium in Mainz zur Politik. Sie gehörte zu den Wegbereitern grüner Politik, kam früh ins Parlament für die Freie Liste Umweltschutz Bickenbach (FLUB), aus der später die Grünen wurden, sich als Ortsverband wegen des Kosovo-Kriegs auflösten und später als Kommunale Alternative wieder antraten.

Unterbrochen von einer kurzen Pause aus familiären Gründen hat die studierte Psychologin und Erziehungswissenschaftlerin, die in eigener Praxis selbstständig tätig ist, seit Langem ein entscheidendes Wort in der Bickenbacher Politik mitgeredet, sei es im Parlament, sei es im Gemeindevorstand. „Wir stehen nach wie vor für eine grüne Politik in Bickenbach“, sagt sie.

„Durch das Engagement meiner Mutter bin ich mit Politik von Kindheit an vertraut“, sagt der Sohn. Er saß bereits in der vergangenen Wahlperiode im Parlament. Die Harmonie zwischen Mutter und Sohn spielt auch eine große Rolle beim gemeinsamen Hobby Musik.

Birgit Köhler-Günther hat Klavier, Flöte, Orgel spielen gelernt. „Ich habe ihr Musikgen geerbt“, stellt Felix fest. Er spielt Klavier, Flöte, Gitarre, Cello und musiziert gern mit der Mutter. Wenn sich auch Vater Oskar und Bruder Oliver Duo anschließen, gibt es richtige Hausmusik bei Familie Günther. ste



Keine Angst vor Zahlen

Christiane Lorenz sitzt für „Komma“ im Parlament

BICKENBACH (ste). Seit dem 1. November gehört Christiane Lorenz für die Bickenbacher Kommunalpolitische Alternative (Komma) dem Gemeindeparlament an, in das sie in die Fraktion für Felix Günther nachrückte, der aus Studiengründen sein Engagement beendete.

„Ich bin zwar kein Mitglied bei Komma, aber ich interessiere mich für deren Arbeit und deren Schwerpunktthemen“, betont die 57-jährige Beamtin. Sie sieht Umwelt, Soziales, Kinder und Familien als Schwerpunkte ihres Engagements.

Derzeit muss sich Christiane Lorenz in den Haushalt für 2014 einarbeiten. Mit Zahlen kennt sie sich aus. Sie arbeitet täglich damit im Bereich der Arbeitsmarktstatistik der Bundesanstalt für Arbeit in Frankfurt, dem Statistikservice, der für Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und das Saarland zuständig ist. Hier werden die aktuellen Arbeitsmarktzahlen wie gemeldete Stellen, Arbeitslose und Beschäftigte zusammengestellt.

Für ihre Gemeinde wünscht sich Christiane Lorenz, dass endlich das neue Bürgerhaus gebaut werden könnte. „Das ist ein Thema eher auf die lange Sicht“, sagt sie und verweist auf die fehlenden Geld-

mittel für das Vorhaben und die noch nicht geklärte Grundstücksfrage. Verstärken möchte sie die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden, wie sie bereits mit dem Abwasserverband mit Seeheim-Jugenheim gut funktioniert.

Bevorzugtes Thema in ihrer Freizeit ist die sportliche Betätigung. „Bewegung ist für mich aus gesundheitlichen

Gründen wichtig“, stellt sie fest. Da sie Single ist, sucht sie sich Sportarten aus, die man in Gruppen gut ausüben kann. So gehört sie einer Wandergruppe an, die in Odenwald, Taunus und Spessart unterwegs ist. Für Februar bereitet sie als Wanderführerin gerade eine Wanderung auf dem Nibelungensteig von Zwingenberg aus über das Felsenmeer vor. Im Team fährt sie auch

gern mit dem Rad bei organisierten Touren mit. Zum Schwimmen geht sie nach Bensheim. Tanzen gehört auch zu ihren Hobbys, allerdings fehle ihr derzeit ein Tanzpartner. Wenn sie es sich daheim gemütlich macht, dann liest sie gern. Bevorzugter Lesestoff sind derzeit Regionalkrimis aus deutschen Landschaften, vor allem auch Darmstadt-Krimis.

Die Arbeit der Großen Koalition wird von KOMM,A zunehmend als nicht konstruktiv erlebt. Ihre Parlamentsmitglieder sehen sich lediglich in der Rolle von Zaungästen, nicht mehr als aktiv Beteiligte. Gleichzeitig mehren sich die Anzeichen, dass diese Koalition nicht harmonisiert.

Komma wähnt sich außen vor

KRITIK Alternative in Bickenbach warten mit Mängelliste auf

BICKENBACH. Die Kommunalpolitische Alternative ist mit der politischen Kultur in Bickenbach nicht zufrieden, die sie vor allem der großen Koalition aus SPD und CDU anlastet.

„Wir werden nicht an der Entscheidungsfindung zu politischen Themen beteiligt, sondern werden mit fertigen Entscheidungen konfrontiert, nachdem sie die beiden Koalitionäre SPD und CDU ausdiskutiert haben“, stellen Gerlinde Merg und Ulrich F. Koch von der Kommunalpolitischen Alternative (Komma) in Bickenbach fest. Gleichzeitig habe es beim Haushalt Gegenstimmen und Enthaltungen aus der SPD-Fraktion gegeben. Ihm stelle sich die Frage, ob die Koalition am Ende sei, mutmaßt der Komma-Fraktionsvorsitzende.

Nicht nachvollziehbar sei zudem, dass es keine Impulse mehr gebe. „Wir haben zwar Anträge zu Themen gestellt, aber sie wurden entweder als erledigt abgehakt oder im Plenum bis auf eine Ausnahme abgelehnt“, zieht Koch Bilanz. In dieses Bild passe auch der Ausfall von Sitzungen aus Mangel an Themen. „Früher hatten wir neun Sitzungen pro Jahr, dann wurde ihre Zahl auf sieben festgelegt. Im letzten Jahr sind davon sogar noch zwei abgesagt worden“, moniert er.

Auch aus den auf zwei geschrumpften Ausschüssen des Parlaments kämen keine neuen Denkanstöße. Dass die Sitzung des Hauptausschusses und des Plenums im März wegen fehlender Anträge abgesagt wurden, wird von Gerlinde Merg bedauert. „Es kann doch nicht sein, dass es hier an Themen fehlt.“

Dabei gebe es durchaus Handlungsbedarf. „Es fehlt ein Konzept zur Ortsgestaltung angesichts der zunehmend verdichteten Bebauung und der weiteren Ausweisung von Baugebieten“, stellen die beiden Komma-Politiker fest. Sie verweisen darauf, dass die Infrastruktur nicht nur beim Straßenverkehr auf der Strecke bleibe. Bedauerlich sei auch der zunehmende Leerstand bei Geschäften in der Ortsmitte. Auch hier fehle ein schlüssiges Konzept.

Mit der Entscheidung für die Kinderinsel zwischen Waldstraße und Hintergraben habe sich die Gemeinde Erweiterungsmöglichkeiten für Schule und Kindergarten im wahrsten Wortsinn verbaut. Nicht aufgegriffen werde zudem die Frage nach der Zukunft des Bürgerhauses, bemängelt Komma. ste

Darmstädter Echo, 15.03.2014

Kurz nachdem der Unmut darüber von KOMM,A öffentlich geäußert wird, platzt das politische Bündnis. Laut Darstellung der ehemaligen Koalitionspartner seien unterschiedliche Positionen hinsichtlich der Zukunft des Bürgerhauses Anlass für den Bruch gewesen.

Große Koalition in Bickenbach ist beendet

POLITIK CDU und SPD gehen künftig wieder getrennte Wege – Knackpunkt Bürgerhaus

BICKENBACH. Die große Koalition in Bickenbach aus SPD und CDU hat bei einer gemeinsamen Sitzung der Partei- und Fraktionsspitzen den 2011 geschlossenen Koalitionsvertrag auf Wunsch der CDU aufgelöst.

Die SPD verfügt über zehn Sitze im Bickenbacher Gemeindeparkament, die CDU über neun. Komma ist mit vier Vertretern im Parlament und die FDP, der frühere Koalitionspartner der CDU, hat zwei Sitze. Mit einer gemeinsamen Pressemitteilung haben sich CDU und SPD jetzt getrennt. Als Gründe dafür geben die ehemaligen Partner an, dass man für die beiden noch offenen Punkte im Vertrag bezüglich des Bürgerhauses und der Straßenbeitragsatzung keine gemeinsamen Lösungsmöglichkeiten mehr sah.

Dabei legen beide Fraktionen Wert darauf, dass diese Trennung sachlich und friedlich geschehen ist. „Wir haben in den zurückliegenden drei Jahren erstaunlich schnell fast alle im Vertrag vereinbarten Projekte abgearbeitet“, stellt der CDU-Fraktionsvorsitzende Olaf Gries fest. Norman Balss, der in der vergangenen Woche den Fraktionsvorsitz der SPD von seiner Kollegin Martina Riege-Barth übernommen hat, ergänzt, dass die Zusammenarbeit gut für die Entwicklung Bickenbachs gewesen sei.

Baugebiete, Gewerbe, Energiesparprogramm

Gegenüber dem ECHO führt er dafür die auf den Weg gebrachte Haushaltskonsolidierung mit den damit verbundenen Gebührenerhöhungen an, ohne die die Kommunalaufsicht den jeweiligen Haushaltsentwürfen nicht zugestimmt hätte. Auch die auf den Weg gebrachte Bauleitplanung für das Delfa-Gelände, die Erweiterung des Baugebiets Gärtnerweg und das Gewerbegebiet sowie die Arbeiten an einem Baumkonzept und die Aufstellung eines Energiesparprogramms zählt Balss zu den Erfolgen der rot-schwarzen Koalition. Dieser Auflistung stimmt auch Olaf Gries zu. „Ich bedauere außerordentlich, dass wir die beiden noch offenen Punkte im Koalitionsprogramm nicht mehr gemeinsam zu einer Lösung geführt haben“, so Balss.

Was das in die Jahre gekommene Bürgerhaus anlangt, so sind die Positionen der beiden ehemaligen Koalitionäre nicht so weit auseinander. Zwar bezweifelt, wie Balss betont, seine Fraktion die Wirtschaftlichkeit einer Sanierung und befürwortet eher einen Neubau an alter Stelle in der Erbsengasse. „Was wir erst einmal brauchen, sind verlässliche Zahlen für die unterschiedlichen Alternativen, die haben wir bisher nicht vorliegen“, betont Balss und kündigt an, dass seine Fraktion entsprechende Prüfaufträge demnächst in den Gremien geben wolle, um die Planungen anzustoßen.

CDU will sanieren, SPD tendiert zu Neubau

Olaf Gries macht deutlich, dass die Idee zu einem Bürgerhausneubau zwar schon 1996 von der CDU ausgegangen ist und auch noch im aktuellen Wahlprogramm gestanden hat. „Wir haben inzwischen durch die Schaffung von Vereinsräumen in der Darmstädter Straße 14 und an der Berta-Benz-Straße Raumprobleme gelöst, sodass das Bürgerhaus nur von wenigen Vereinen noch genutzt wird“, argumentiert er für die jetzt von der CDU favorisierte Sanierung im Bestand.

Weiter auseinander sind dagegen die Ansichten von SPD und CDU was die Umstellungen bei der Straßenbeitragsatzung angeht. Während die SPD eine Umstellung auf die Finanzierung durch regelmäßige Beiträge bevorzugt, ist die CDU für die Beibehaltung der bisherigen Satzung. „Wir sollten erst einmal abwarten, welche Erfahrungen Gemeinden über einige Jahre mit der Umstellung machen und dann entsprechend reagieren. Wir haben hier keinen Zeitdruck“, betont Gries.

Nach dieser von beiden Seiten als sachlich beschriebenen Entscheidung zur Aufkündigung der Koalition setzen beide Fraktionen nun auf wechselnde Mehrheiten, um ihre Vorstellungen umzusetzen. *ste*

Das Ende der Großen Koalition zwischen CDU und SPD wird am 24. Mai 2014 auf der KOMM,A-Homepage ausführlich kommentiert. (s. Anlagenband A 58 ff)

Anschließend gibt es Gespräche sowohl mit der CDU als auch mit der SPD zur zukünftigen Arbeit der Gemeindevertretung.

Im Beitrag '**Nach der Koalition ist vor der Koalition?**' am 1. Juli 2014 wird auf der KOMM,A-Homepage über Hintergrund und Ergebnisse dieser Gespräche berichtet.

"Anfang Juni fanden je zweiseitige Gespräche zwischen KOMM,A und CDU bzw. SPD statt - jeweils auf Wunsch der ehemaligen Koalitionsparteien.

Die SPD stellte uns Themen vor und bekundete, dass sie zu diesen Themenfeldern parlamentarische Initiativen ergreifen werde und dafür Mehrheiten suche.

Die CDU erläutert uns, warum aus ihrer Sicht die Koalition beendet worden ist.

Auch in diesem Gespräch ging es um verschiedene Themen, die auf der politischen Tagesordnung stehen. Seitens der CDU wurden wir angefragt, ob wir uns bis zum Ende der Amtszeit dieser Gemeindevertretung auch eine feste Zusammenarbeit vorstellen könnten. Auf unserer KOMM,A-Versammlung am 24. Juni 2014 sind wir zu der Entscheidung gekommen, für den Rest der Amtszeit dieser Gemeindevertretung keine festen Vereinbarungen oder gar eine Koalition mit der CDU oder der SPD einzugehen. Beide Parteien hatten in Ihrer Erklärung zum Ende der Großen Koalition ja bereits öffentlich verkündet: 'Zukünftig werden beide Fraktionen ihre Ideen alleine in die gemeindlichen Gremien einbringen und für diese um die notwendigen Mehrheiten werben.' Diese Vorfestlegung erfolgte, ohne ein Ergebnis von Gesprächen mit KOMM,A abzuwarten.

Wir sehen keine politische Fragestellung für die verbleibenden gut 1,5 Jahren Amtszeit der Gemeindevertretung, welche durch feste Absprache zwischen zwei Fraktionen in jedem Fall sicherer und besser in unserem Sinn umzusetzen ist, als durch offenen Diskurs in den parlamentarischen Gremien. KOMM,A ist zum aktuellen Zeitpunkt ja nicht in der Lage, die Frage nach Neubau oder Sanierung des Bürgerhauses bzw. der besten Entwicklung der Ortsmitte für sich eindeutig zu beantworten mangels gesicherter Erkenntnisse und Informationen. Damit fehlt eine klare Positionierung unsererseits zu diesen Themenfeldern als Gegenstand, der im Tausch für ein Entgegenkommen an anderer Stelle verhandelbar wäre.

Wir sehen die jetzt vor uns liegenden 1,5 Jahre als Gelegenheit, die Politik der Parteien SPD und CDU in Wort und Tat, ungebündelt durch Koalitionsabsprachen zu erfahren. Es wird uns allen vor diesem Erfahrungshintergrund sicher leichter fallen, nach den Kommunalwahlen 2016, sofern das Wahlergebnis das hergibt und solche gewollt sind, politische Bündnisse auszuhandeln und zu verabreden.

Wir bedanken uns bei CDU und SPD ausdrücklich für die offenen und sachlichen Gespräche und wünschen uns diese Art des Umgangs auch im politischen Tagesgeschäft der vor uns liegenden Zeit.“

In der Amtszeit der Gemeindevertretung von 2011 bis 2016 stellt KOMM,A 41 Anträge.

Statistische Auswertung:

Bereich	Anzahl	davon angenommen
Mitwirkungsrechte	3	1
Soziales	5	1
Kultur	1	0
Umwelt	5	1
Verkehr	12	4
Finanzen	8	2
Vermögen	5	1
Planung	2	0

(Eine Übersicht aller Anträge der KOMM,A-Fraktion in der Zeit von 2011 bis 2016 mit Antragsnummer, Vorlagennummer der Gemeindevertretung, Antragsgegenstand, Antragszweck und Beschluss der Gemeindevertretung sortiert nach Themenbereich ist im Anlagenband auf den Seiten A 25 ff zu finden.)

Alle KOMM,A-Anträge einschließlich Begründung, Beschlussversion, Erläuterungen und Abstimmungsergebnisse sind auf der KOMM,A-Homepage unter dem Datum der jeweiligen Sitzung des Gemeindeparlaments aufgeführt nachzulesen.

Schwerpunkte der politischen Aktivitäten

Atomenergie

KOMM,A-Homepage

- Was tun nach Fukushima? am 14. April 2011
- Großdemonstration in Biblis am 19. April 2011
- KOMM,A demonstriert in Biblis am 29. April 2011
- AKW Biblis - Messwerte zur Strahlenbelastung am 05. April 2015

Umwelt

- Durchführung regelmäßiger Stammtische zum Thema Neophyten [[Pflanzen](#), die unter bewusster oder unbewusster, direkter oder indirekter Mithilfe des [Menschen](#) nach 1492, dem Jahr der [Entdeckung Amerikas](#) durch [Christoph Kolumbus](#), in ein Gebiet gelangt sind, in dem sie natürlicherweise nicht vorkamen. Wikipedia]

Flüchtlinge

- Anträge
 - Aufnahme von Flüchtlingen
 - Flüchtlingsunterkunft Bickenbach, Nutzungsvertrag mit dem Landkreis
 - Flüchtlinge
- Berichterstattung im Darmstädter Echo zum Thema Flüchtlinge am 30.11. und 12.12.2012, 23.03.2013, 17.02. und 28.02.2015
- KOMM,A-Homepage Offener Brief an die Gemeindevertretung zur Debatte über die Unterbringung von Flüchtlingen im März 2013 am 22. Februar 2014
- KOMM,A-Homepage "Bickenbach ohne Grenzen" am 20. März 2015

Finanzen

- Redebeitrag zur Haushaltsberatung 2014 am 30. Januar 2014
- Redebeitrag zur Haushaltsberatung 2015 am 21. Januar 2015

Bürgerhaus

- In fünf Anträge unterbreiten die Grünen Vorschläge zur Zukunft des Bürgerhauses:
 - Durchführung einer Bürgerversammlung zum Thema
 - Recherche zur Planung des Landkreises bzgl. Schulsporthalle
 - Vorbereitung für eine Grundsatzentscheidung
 - Auftrag zur Bedarfsermittlung
 - Sanierungsbeschluss, Finanzplan und Ausstattung
- KOMM,A-Homepage Bürgerhaus-Sanierung am 22. November 2015

Planung

- Anträge
 - Bebauungsplan "Nördlich der Darmstädter Straße"
 - Bäderverbund Nördliche Bergstraße
- Berichterstattung im Darmstädter Echo zur Bäderverbund am 21. Februar und 10. März 2015
- Berichterstattung im Darmstädter Echo zum geplanten Hochregallager der Firma Intersnack am 24. Februar 2015
- KOMM,A-Homepage zum Bauvorhaben der Firma Intersnack (Hochregallager) [ausführliche Darstellung und Kommentierung]
 - Grundsatzentscheidung der Gemeindevertretung am 18. Dezember 2014
 - Bürgerinitiative wird aktiv am 21. Februar 2015

- Zwischenbilanz am 01. Mai 2015
- Das Logistikzentrum wird nicht gebaut am 28. Mai 2015

Fußläufiger Verkehr

- Anträge
 - Ruhender Verkehr in der Hugelstrae
 - Gefahren durch den fließenden Verkehr
 - Passage zwischen Bachgasse und Feuerwehrgerätehaus

Radverkehr

- Anträge
 - Zufahrt Firmenparkplatz Alnatura
 - Beidseitiger Radweg entlang der B 3 zwischen Bickenbach und Zwingenberg
 - Tempo 30 in der Ortsmitte
 - Einseitiger, gemeinsamer Geh- und Radweg am Beuneweg
 - Radwegverbindung Bickenbach-Zwingenberg
 - Radverkehrssicherung entlang der B3
 - Radwegverbindung von Bickenbach Richtung Pfungstadt
- Berichterstattung im Darmstädter Echo zur Radverkehrs-sicherung am 22. August 2012 und 10. Oktober 2014
- KOMM,A-Homepage Fahrradverkehr an der nördlichen Bergstraße am 16. November 2014
- KOMM,A-Homepage Radweg Bickenbach Zwingenberg am 17. Dezember 2014

Carsharing

- Projektvorstellung
- KOMM,A-Homepage Carsharing in Bickenbach am 5. März 2014

Ein Auto fur viele

Car-Sharing – Komma-Gruppierung will Projekt in Bickenbach ins Laufen bringen

BICKENBACH. Die alternative Komma-Gruppierung will ein Car-Sharing Projekt in Bickenbach auf den Weg bringen. Dessen Ziel soll es sein, mehrere Fahrzeuge am Standort zu ei-

Menschen ohne eigenen fahrbaren Untersatz mehr Mobilität unabhängig vom ÖPNV anbieten.

Grundprinzip soll dabei sein, dass den Besitzern die realen Kosten fur den Verleih ihres Autos in Form eines Kilometergeldes erstattet werden. Dessen Höhe soll zwischen dem Verleiher und dem Nutzer selbst festgelegt werden. Allerdings soll damit kein Gewinn erzielt werden.

Organisieren wollen die Initiatoren von Komma das Projekt uber ein Internetportal. Ebenso wie ein einzelner Pkw-Halter kann sich auch eine Gruppe mit einem gemeinsam beschafften Fahrzeug an dem Projekt beteiligen.

nem Bestand zusammen zu fuhren, aus dem Interessenten bei Bedarf ein Fahrzeug entleihen können. Dadurch wolle man diese Autos besser ausnutzen und

Die Gründungsversammlung ist fur Dienstag (28.), um 20 Uhr, im Vereinsraum des Rathauses geplant. Weitere Informationen gibt es bei Ulrich F. Koch unter 06257 1337. ste

Bilanz

Von den Zielen der Wähler*innen-Initiative KOMM,A werden umgesetzt:

- Aufhebung der Nutzungspflicht für den Radverkehr auf dem einseitigen, gemeinsamen Geh- und Radweg am Beuneweg durch das Ordnungsamt
- Freihaltung einer Passage zwischen Feuerwehrgerätehaus und Bachgasse von parkenden Kraftfahrzeugen
- Einhaltung der Berichtspflicht des Gemeindevorstandes gegenüber dem Gemeindeparlament zum Stand des Haushaltsvollzugs

An der Durchsetzung einer zeitnahen Sanierung des Bürgerhauses im Bestand anstelle eines aufwändigen Neubaus im 'Bannwald' am Sportplatz hat KOMM,A durch Beiträge in der öffentlichen Diskussion und durch mehrere parlamentarische Initiativen einen deutlichen Anteil.

Die Initiative für die Umwandlung der Straße Auf der alten Bahn zu einer Allee wird in der Gemeindevertretung zwar unterstützt, scheitert aber an den vielen Leitungen im Untergrund auf beiden Seiten der Trasse.

Die von KOMM,A nach dem GAU (Größter Anzunehmender Unfall) in Fukushima vorgelegte Resolution stößt bei den anderen Parteien auf keine Gegenliebe. Auch die daraus zu ziehende praktische Konsequenz durch die von KOMM,A beantragte Umstellung aller Verträge auf die Lieferung umweltverträglich produzierter Energie wird von ihnen zunächst abgelehnt, einige Zeit später mit einem kleinen finanziellen Beitrag doch noch akzeptiert. Darüber hinaus hat KOMM,A alle Bekundungen zum Ausstieg aus der Atomenergie im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt.

Viele wichtige Ziele werden nicht erreicht:

- Dem Antrag für ein Projekt 'Sozialer Wohnungsbau' wird zwar zugestimmt, zur konkreten Umsetzung geschieht nichts.
- Alle Initiativen zur Verbesserung der Situation der unter uns lebenden Flüchtlinge werden von den anderen Fraktionen abgelehnt, zum Teil ohne öffentliche Auseinandersetzung. (Einzelne KOMM,A-Aktive engagieren sich persönlich in der Flüchtlingsbetreuung).
- Der Beitritt zur 'Kulturstiftung für die Bergstraße' wird aus finanziellen Gründen als nicht umsetzbar qualifiziert.
- Der Versuch, seit Mitte 2014 als Reaktion auf den Leerstand der Gaststätte 'Zur Rose' und des Schuhladens und den erkennbaren Problemen der Weiterführung der Metzgerei in der Gemeindevertretung über eine Planung für die Bickenbacher Ortsmitte zu beraten, wird von den anderen politischen Kräften ausgebremst. Über zwei Jahre wird der entsprechende Antrag weder diskutiert noch beraten, sondern immer wieder vertagt. In der Zwischenzeit schafft Bürgermeister Martini Fakten...

- Die Initiative -nach Schließung des Pfungstädter Hallenbades und wiederholten Sanierungsproblemen beim Jungenheimer Freibad- mit den Gemeinden der nördlichen Bergstraße über eine gemeinsame Planung, Koordinierung und Finanzierung der 'Bäderlandschaft' zu beraten, scheitert am Desinteresse der anderen Bickenbacher Parteien.

In Bickenbach vertritt man mehrheitlich die Auffassung, mit der Zulassung des Badebetriebes am Erlensee seine Schuldigkeit getan zu haben.

- Alle materiellen Anträge zum Thema Verkehr scheitern an den anderen Fraktionen oder werden wegen attestierter Nicht-Zuständigkeit der Gemeindevertretung weder diskutiert noch abgestimmt. Die restlichen Prüfaufträge führen in keinem Fall zu irgendeiner praktischen Konsequenz.
- Das Carsharing-Projekt scheitert schlicht und ergreifend an der mangelnden Bereitschaft, die für gut empfundene Idee selbst auch in die Tat umzusetzen.

GESTALTEN ...



DIE FORDERUNG, SICH SEINES
EIGENEN VERSTANDES ZU BEDIENEN,
BEINHÄLTET DIE KRITISCH-WÜRDIGENDE
AUSEINANDERSETZUNG MIT ANDEREN
STANDPUNKTEN..

12. KOMM,A – 2016 bis 2021

Vor der Wahl

Am 1. Dezember 2015 werden von der KOMM,A-Mitgliederversammlung folgende Kandidat*innen für die Kommunalwahl im März 2016 aufgestellt:

1. Birgit Köhler-Günther, Pädagogin M.A.
2. Ulrich Friedrich Koch, Sozialarbeiter
3. Christiane Lorenz, Beamtin
4. Manfred Lippok, Diplom-Ingenieur
5. Wolfgang Krämer, Rentner
6. Aline Ross, Studentin
7. Bärbel Huchzermeier, Technische Zeichnerin
8. Jürgen Huchzermeier, Verwaltungswirt i. R.
9. Elida Gashi, Hebamme, Betreuungsfachkraft
10. Murat Gashi, Informatiker, Kommissionär
11. Dorothea Zeuch-Koch, Arzthelferin
12. Gerlinde Merg, Diplom-Verwaltungswirtin

Die Liste enthält sieben Frauen und fünf Männer. Es ist ein historisches Novum, dass das übliche Geschlechterverhältnis umgekehrt wird.

Mit dem Ehepaar Gashi engagieren sich Menschen aktiv in der Kommunalpolitik, die zu den ersten Flüchtlingen gehörten, die 1992 nach Bickenbach gekommen waren.

KOMM, A

Am 06. März 2016

Ihre Stimme für die
kommunale Alternative in Bickenbach!

Stärkung des Umweltverbunds
Soziale + Politische Teilhabe fördern
Verkehrssicherheit im Ort schaffen

www.komma-bickenbach.de

KommA und U.L.S.A.P.
KommA ist ein Zusammenschluss von U.L.S.A.P. und U.L.S.A.P.

Ortsentwicklung

- Übereinstimmung über das Entwicklungsziel unseres Ortes herstellen
- Zukünftige Bauleitplanung an diesem Konsens ausrichten
- Ländliche Struktur und historische Bausubstanz erhalten
- Sozialwohnungen und bezahlbaren Wohnraum schaffen
- **lebendiges Miteinander anstreben** statt nur „Schlafstadt für den ‚Speckgürtel‘ Rhein-Main“ zu sein

Mobilität / Stärkung des Umweltverbunds

- **Carsharing-Initiativen unterstützen und fördern** - Machbarkeit eines Anrufsammeltaxi-Systems überprüfen
- **turnusmäßig den Ort auf Tauglichkeit für Befahrung mit Fahrrad, Rollator und Kinderwagen hin überprüfen**
- **Querungshilfen über Fahrbahnen in Höhe Bahnhof, Bäckerei Liebig/Weltladen und Berta-Benz-Straße in Höhe der Kläranlage einrichten**

politische Teilhabe fördern

- den 'Agenda 21'-Prozess als bürgerschaftliche Ideenwerkstatt zur **Entwicklung der Gemeinde und des Zusammenlebens** wiederbeleben
- die gesetzlich vorgeschriebenen **Bürgerversammlungen** - hinsichtlich Themenwahl, Moderation und Einladung - verbessern
- Redebeiträge von BürgerInnen bei öffentlich tagenden Fachausschüssen der Gemeindevertretung **routinemäßig ermöglichen** - ggfs. durch Sitzungsunterbrechungen

Gemeindefinanzen

- Entwicklung der Gemeindefinanzen über das Internet **transparent und kontinuierlich darstellen**
- alle Maßnahmen mit dem Ziel einer **Beitragsfreiheit für Kindertagesstätten unterstützen**
- Einführung einer **Straßenbeitragssatzung** zur besseren Lastenverteilung bei Straßensanierungsmaßnahmen prüfen
- weitere Kooperationen mit unseren unmittelbaren Nachbargemeinden aufbauen

Soziales und kulturelles Miteinander

- Kita, Familienzentrum und Altentagesstätte auf der 'Kinderinsel' zu einem Zentrum für alle Generationen weiterentwickeln
- *- der Zaun in den Köpfen kann fallen, der real existierende kann geöffnet werden -*
- soziale Integration der Menschen aus den Seniorenzentren und der Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge am Ortsrand in die örtliche Gemeinschaft verbessern
- Begegnungsfest für die örtliche Bevölkerung unterstützen
- **Informationsaustausch über alle öffentlichen sozialen und kulturellen Veranstaltungen** durch effektivere Nutzung der gemeindlichen Website verbessern - gleiches bzgl. der Aushangkästen und eines Veranstaltungskalender im Rathaus

Umwelt

- **langfristigen und nachhaltigen Waldentwicklungsplan** in Absprache mit den umliegenden Gemeinden im nördlichen Ried erstellen und umsetzen
- den Einsatz von **regenerativen Energien - privat und öffentlich - fördern**
- Energiemanagement in den gemeindlichen Gebäuden konsequent betreiben
- **Abfallsammelaktionen in Wald und Flur** als bürgerschaftliche Gemeinschaftsaktion wiederbeleben
- die Kläranlage für die Abwasserreinigung von Schadstoffen aus Medikamenten- und Düngemittelrückständen ertüchtigen

Kommunalwahl am 16. März 2016

Jahr	Wahlberechtigt	Wahlbeteiligung		SPD		CDU		FDP		FLUB Grüne KOMM,A	
		absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
1972	2786	2455	88,1 %	1569	65,1 %	679	28,2 %	161	6,7 %		
1977	2988	2500	83,7 %	1319	54,4 %	865	35,7 %	239	9,9 %		
1981	3168	2599	82,0 %	1176	46,2 %	919	36,1 %	197	7,7 %	256	10,1 %
1985	3294	2622	79,6 %	1423	55,0 %	713	27,6 %	202	7,8 %	249	9,6 %
1989	3484	2779	79,8 %	1600	58,6 %	591	21,6 %	216	7,9 %	325	11,9 %
1993	3530	2553	72,3 %	1203	49,0 %	588	23,9 %	241	9,8 %	424	17,3 %
1997	3765	2597	69,0 %	1019	40,4 %	938	37,2 %	151	6,0 %	413	16,4 %
2001	4049	2321	57,3 %	23675	44,0 %	24937	46,3 %	4329	8,0 %	924	1,7 %
2006	4075	2150	52,8 %	17845	35,3 %	22162	43,8 %	5444	10,8 %	5159	10,2 %
2011	4234	2321	54,8 %	20928	38,2 %	20002	36,5 %	4091	7,5 %	9779	17,8 %
2016	4515	2318	51,3 %	19449	36,2 %	19972	37,1 %	6110	11,4 %	8230	15,3 %

- Die CDU gewinnt 0,6% der Wähler*innen-Stimmen im Vergleich mit dem Kommunalwahlergebnis 2011 hinzu. Sie wird wieder ganz knapp stärkste Fraktion.
- Dagegen verliert die SPD 2,0% gegenüber 2011, bleibt aber nach Anzahl der Sitze in der Gemeindevertretung gleichauf mit der CDU.
- Die FDP gewinnt 3,9% gegenüber der Wahl vor 5 Jahren dazu. Sie erzielt so ihr stärkstes Ergebnis seit ihrem erstmaligen Einzug in das Bickenbacher Gemeindeparlament.
- KOMM,A verliert 2,5% der Wähler*innen-Stimmen im Vergleich zu 2011, bleibt aber drittstärkste Kraft in der Gemeindevertretung. KOMM,A kann erneut sowohl mit der SPD als auch mit der CDU Mehrheiten bilden, kann also nur von CDU und SPD gemeinsam überstimmt werden.

Von den 25 Sitzen der Bickenbacher Gemeindevertretung entfallen auf CDU und SPD je 9, auf KOMM,A 4 und auf die FDP 3 Sitze.

Zur detaillierten Bewertung des Ergebnisses hier der Beitrag auf der KOMM,A-Homepage 'Betrachtungen zum Kommunalwahlergebnis 2016' am 13. März 2016:

"Die bürgerlichen Parteien haben beide zugelegt, die CDU + 0,6 % und die FDP + 3,9 %. Für eine bürgerliche Mehrheitsbildung reicht es nicht, weder nach Prozenten noch nach Sitzen in der Gemeindevertretung. Die Unzufriedenheit der WählerInnen nach 3 Jahren großer Koalition und anschließend 2 Jahren wechselnden Mehrheiten war nicht so groß, sich nach den Verhältnissen von zuvor 10 Jahren schwarz-gelber Koalition zwischen 2001 und 2011 zurück zu sehnen. KOMM,A ist nach den Wahlen 2011 rechnerisch erneut in die Lage versetzt worden, bei Entscheidungen der Gemeindevertretung 'Zünglein-an-der-Waage' sein zu können, wenn auch nur knapp. Dies ist der FDP trotz großen Zugewinns nicht gelungen.

KOMM,A hat mit 2,5 % prozentual die höchsten Verluste im Vergleich mit den konkurrierenden Parteien der Gemeindevertretung. Rechnet man die absoluten Stimmen in fiktive Wähler-Personen um, haben uns saldiert gut 60 Personen den Rücken gekehrt. Als eine den Grünen nahestehende WählerInnen-Initiative interessiert der Vergleichstrend des grünen Kreiswahlergebnisses. Für die Kreis-Grünen gab es in 2016 einen Verlust von rund 210 Bickenbacher WählerInnen. Daran gemessen ist KOMM,A glimpflich davongekommen.

Bei der Frage nach den KOMM,A-bezogenen WählerInnen-Wanderungen sehe ich verschiedene Trends:

- Der Fukushima-Effekt hat nicht nur die Kreis-Grünen, sondern auch uns getroffen. Das Entsetzen über die Ereignisse in Japan im März 2011 hat uns damals WählerInnen-Stimmen verschafft von Leuten, die uns zuvor nicht nahestanden. Obwohl die Probleme in Folge des Super-Gaus Kernschmelze nicht kleiner als vor fünf Jahren sind, brennen den hiesigen WählerInnen heute offensichtlich andere Fragestellungen unter den Nägeln. Unter diesem Blickwinkel haben wir wieder Stimmen sowohl an die SPD als auch an die CDU verloren.
- Unsere nicht sofort kompromisslose Ablehnung des seitens der Firma Intersnack geplanten Bauvorhabens für ein Hochregallager im Jahr 2014 hat uns zweifellos viele Sympathien gekostet. Zwar war das Bebauungsplanverfahren ja noch nicht einmal in Gang gesetzt worden und hatten sich die Fraktionen der Gemeindevertretung allesamt noch gar nicht abschließend zu dem Vorhaben positioniert, so wurde uns doch sehr übelgenommen, dies nicht von Anfang an kategorisch abgelehnt zu haben. Da dies auch für alle anderen Fraktionen der Gemeindevertretung gilt, haben wir hier sicherlich SympathisantInnen an die Gruppe der Nicht-WählerInnen verloren.
- Das Scheitern der Großen Koalition nach nur drei Jahren dürfte uns Stimmengewinne gebracht haben.

Das Glück, dass für die Bickenbacher Gemeindevertretung keine der Parteien vom äußerst rechten Rand des Parteienspektrums zur Wahl angetreten ist, kann uns leider nicht beruhigen. Mindestens 244 -also deutlich über 11 %- der WählerInnen, die zur Bickenbacher Gemeindevertretung eine demokratische Partei bzw. WählerInnen-Initiative gewählt haben, votierten zur Kreistagswahl für die 'Alternative für Deutschland'. Das rechts-nationale WählerInnen-Potenzial ist in Bickenbach durchaus vorhanden, wie die knapp 10 % (196 WählerInnen) anlässlich der Europawahlen 2014 gezeigt haben.“

In Reaktion v.a. auf die geringe Wahlbeteiligung und das Potenzial der AfD schlägt KOMM,A den Bickenbacher Parteien wenige Tage nach der Wahl einen "**Pakt für Bickenbach**" vor:

"Die Wahlbeteiligung von gerade über 50 % anlässlich der Kommunalwahl und der Wahlerfolg der Partei 'Alternative für Deutschland' von 11,3% der Wähler*innen-Stimmen bei der zeitgleich durchgeführten Kreistagswahl 2016 in Bickenbach machen es notwendig, über die Art der politischen Meinungsfindung und Willensbildung unter den demokratisch gewählten AkteurInnen im Gemeinwesen nachzudenken.

Jetzt einfach zur Tagesordnung überzugehen und die Geschicke unserer Gemeinde durch eine Koalition mit hauchdünner Mehrheit durchzuregieren, führt nur zu weiterer Frustration und Politikverdrossenheit in der Bürgerschaft. Ein 'Weiter so' im Sinne eines machtpolitischen Durchmarsches, um dann in fünf Jahren von noch weniger WählerInnen abgestraft zu werden, kann nicht im Sinne der jetzt in die Gemeindevertretung gewählten Parteien sein..." (Auszug)

(Vollständig nachzulesen im Anlageband ab Seite A 58, auf der KOMM,A-Homepage, (11. April 2016) und in Bickenbach Seitenweise, Heft 39, August 2016)

Die Gespräche zwischen den Fraktionen führen erstmals seit 2001 **nicht** zur Bildung einer Koalition. Absprachen mit der CDU scheitern an sehr unterschiedlichen Vorstellungen v.a. zur Größe des Gemeindevorstandes und der Besetzung der Funktion Erste*r Beigeordnete*r. Mit der SPD können am 14. April 2016 zu drei wichtigen Themenbereichen

- Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern
- Sicherstellung des Haushalts der Gemeinde
- Personelle und strukturelle Entscheidungen

Vereinbarungen getroffen werden: Vereinbarung der Fraktionen von SPD und KOMM,A in der Gemeindevertretung Bickenbach für die Amtszeit 2016 bis 2021 (wiedergegeben auf der KOMM,A-Homepage am 17. April 2016).

CDU und FDP kritisieren das Ergebnis der Vereinbarungen heftig und äußern Zweifel am rechtlichen Bestand der beabsichtigten Zulassung von 'Bürgerschaftlichen Eingaben'.

Titel eines Beitrags der CDU in Bickenbach seitenweise, Heft 38 vom Mai 2016 :

*Posten-Verteilung statt Sachpolitik -
Komm,A & SPD verlassen Bühne des politischen Anstands*



Mit den Vorwürfen setzt sich KOMM,A ausführlich auseinander: Wir wollen keinen destruktiven Parteienstreit, veröffentlicht auf der KOMM,A-Homepage am 4.06.2016 und in Bickenbach Seitenweise, Heft 39, August 2016, hier auszugsweise wiedergegeben:

„Was CDU und FDP verschweigen:

- KOMM,A hat mit allen Parteien, die zu den Kommunalwahlen 2016 in Bickenbach angetreten und in die neue Gemeindevertretung gewählt worden sind, vor der ersten Sitzung des neu gewählten Parlaments Gespräche geführt. Dabei haben wir unsere Vorstellungen für die politische Arbeit des Parlaments als 'Pakt für Bickenbach' offen dargelegt. Es gab für alle die gleichen Möglichkeiten, sich mit uns darüber ins Benehmen zu setzen. CDU und FDP haben die sich bietenden Chancen nicht genutzt.
- CDU und FDP traten zur Wahl des Gemeindevorstandes 2016 mit einer gemeinsamen Liste an mit dem Ziel, den 'Posten' des 'Ersten Beigeordneten' zu übernehmen, sollte es unter den Bedingungen einer geheimen Wahl unter den GemeindevertreterInnen von SPD oder KOMM,A Abweichler geben.
- Während der Amtszeit der Gemeindevertretung 2006 bis 2011 verweigerte die damalige CDU-FDP-Koalition der Fraktion KOMM,A den Zugang zum Gemeindevorstand gänzlich.

- Zu Beginn der Amtszeit der Gemeindevertretung im Jahr 2011 beantragte KOMMA die Erhöhung der Zahl der Beigeordneten, um auch der FDP einen Sitz im Gemeindevorstand einzuräumen. Dieser Antrag erhielt nur deshalb eine Mehrheit - im Übrigen gegen die Stimmen der CDU (!)-, weil die SPD dem trotz damals gerade vereinbarter großer Koalition mit der CDU zugestimmt hatte.“

Manfred Lippok ist Erster Beigeordneter

PARLAMENT Gemeindevorstand künftig mit acht Mitgliedern / Abschied von Norman Bals

VON CLAUDIA STEHLE

BICKENBACH. Bei der konstituierenden Sitzung hat das Bickenbacher Parlament die Beigeordneten gewählt und erste Beschlüsse gefasst.

Nachdem sich in Bickenbach eine Parlamentsmehrheit für die Erweiterung des Gemeindevorstands auf acht Mitglieder ausgesprochen hatte, stand dieser Wahlvorgang an. Dazu hatten sowohl die CDU und die FDP als auch die SPD und Komma jeweils eine Liste mit zahlreichen Namen vorgelegt. Die CDU-Liste wurde von Armin Zeißner angeführt, die Liste von SPD und Komma von Manfred Lippok (Komma). In geheimer Wahl erhielt die Liste von SPD und Komma die Mehrheit der Stimmen.

Damit ist Manfred Lippok der neue Erste Beigeordnete und damit auch der erste Vertreter seiner politischen Gruppierung in diesem Amt. Der 59-jährige Lippok ist als selbstständiger Diplom-Ingenieur tätig. Er ist in der Bickenbacher Kommunalpolitik kein Neuling, da er von 1993 bis 2001 für die Grünen in der Gemeindevertretung aktiv war. Neben seinem politischen Engagement arbeitet er als zweiter Vorsitzender im Ver-

ein „Bickenbach ohne Grenzen“ mit, engagiert sich ehrenamtlich als Lehrer bei den Bickenbacher Silversurfern – einem Zusammenschluss von Senioren mit Interesse an der PC-Arbeit – und arbeitet ebenfalls ehrenamtlich im Weltladen mit.

Weitere Vertreter dieser Liste im Gremium sind für die SPD Andreas Stolz, Wieland Keller und Renate Schmöcker. Gerlinde Merg (Komma) wird noch nachrücken, nachdem die Neuregelung der gemeindlichen Hauptsatzung mit ihrer Veröffentlichung Gültigkeit erhält. Für die CDU und die FDP gehen Armin Zeißner, Hans-Peter Bitsch und Heinz-Jürgen Seifert-Hegel in den Vorstand.

Entwässerungssatzung wird geändert

Beschlossen wurde eine Änderung der Entwässerungssatzung. Sie war laut Bürgermeister Günter Martini (CDU) notwendig geworden, weil das Parlament in der zurückliegenden Wahlperiode einen Beschluss für künftig gesplittete Abwasserbeiträge gefasst hatte. Das beauftragte Büro hatte festgestellt, dass die bisher gültige Satzung keine Mitwirkungspflicht der Bürger und Grundstückseigentümer enthält, wie sie für die neue Abrechnung erforderlich ist.

Zum Abschluss der Sitzung verabschiedete sich Norman Bals (SPD), der in den vergangenen Jahren die SPD-Fraktion angeführt hatte. Der 36-jährige Jurist wird beruflich in eine Kanzlei nach Überlingen/Bodensee wechseln und daher auch seinen Wohnort verlegen.

Die Konstituierung des Bickenbacher Parlaments wird in der nächsten Sitzung am 10. Mai mit der Besetzung der Ausschüsse und der übrigen Gremien und Organe fortgesetzt, da die neue Hauptsatzung erst Gültigkeit erhalten muss.



Manfred Lippok ist der erste Vertreter der Kommunalen Alternativen im Amt des Ersten Beigeordneten.
FOTO: KOMMA

Über die Ereignisse nach der Wahl berichten das Darmstädter Echo und Bickenbach Seitenweise am 10. März, 21. und 23. April, 10. Mai 2016 und Heft 38 vom Mai 2016.

CDU verzichtet auf Ausschuss-Vorsitz

GEMEINDEVERTRETUNG Ulrich F. Koch von Komma übernimmt / Sitzung des Parlaments

BICKENBACH (ste). Das Bickenbacher Parlament trifft sich zu seiner zweiten Sitzung im Bürgersaal des Rathauses.

Dabei wird es seine im April begonnene Konstituierung mit der Wahl und Benennung von Vertretern in lokalen und regionalen Gremien fortsetzen. Bereits konstituiert haben sich in der vergangenen Woche die beiden Ausschüsse des Parlaments.

Dabei verzichtete bei der ersten Zusammenkunft des Haupt- und Finanzausschusses die CDU darauf, den Ausschuss-Vorsitz zu übernehmen, den ihr Fraktionsmitglied Sven Åsmus zuletzt innehatte. Stattdessen schlug die CDU Ulrich F. Koch von Komma vor. Nach einer Bedenkzeit und Rücksprache mit der SPD, mit der Komma eine Listenverbindung eingegangen ist, erklärte sich Koch zur Kandi-

datur bereit und wurde einstimmig gewählt. Damit hat Komma als drittstärkste Fraktion deutlich an politischem Gewicht gewonnen, denn sie stellt mit Manfred Lippok auch den Ersten Beigeordneten.

Bei der Konstituierung des Planungsausschusses wurde der Fraktionsvorsitzende der SPD, Tim Schmöcker, zum Vorsitzenden gewählt. Auf Antrag von SPD und Komma soll er mit Sitz und Stimme in den Arbeitskreis Bürgerhaus aufgenommen werden. Auf Antrag von SPD und Komma soll auch die Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments geändert werden, damit unter anderem die Sitzungen wie früher um 19.30 Uhr beginnen.

Wann und wo Das Bickenbacher Parlament tagt am Dienstag, 10. Mai, ab 20 Uhr im Bürgersaal des Rathauses.

Aline Ross rückt durch Kumulieren bei der Kommunalwahl vom 6. auf den 4. Platz vor und zieht entgegen ihrer persönlichen Ausbildungsplanung für ein Auslandssemester in Japan direkt in die Gemeindevertretung ein. Ihr gerade gewonnenes Mandat muss sie im Sommer niederlegen - entgegen der KOMMA-Planung bei der Aufstellung des Wahlvorschlags, ggfs. erst nach dem Auslandssemester in die Gemeindevertretung einzurücken.

(An diesem Fall ist ersichtlich, warum die Möglichkeit des Kumulierens bei den Kommunalwahlen nicht nur Vorteile bringt).

Für Aline Ross rückt im September 2016 Christiane Lorenz wieder für KOMMA in die Bickenbacher Gemeindevertretung ein.

Von Bickenbach nach Osaka

ALINE ROSS Die junge Studentin wird bald nach Japan gehen und die Komma-Fraktion verlassen

Von Claudia Stehle

BICKENBACH. Seit der Kommunalwahl im März dieses Jahres gehört die 22-jährige Aline Ross zur vierköpfigen Fraktion von Komma im Bickenbacher Gemeindeparlament. „Ich bin über mein Engagement im Verein, Bickenbach ohne Grenzen‘ zur Kommunalpolitik gekommen“, berichtet die Studentin der Soziologie und Politik.

POLITISCHE KÖPFE

Ein Thema, mit dem sie sich beschäftigt, ist die Neugestaltung des Internet-Auftritts ihrer Gemeinde. „Da sollten künftig mehr Termine aufgenommen und der Kalender stärker aktualisiert werden, damit man auf einen Blick sieht, was hier in Bickenbach los ist“, sagt sie. Sie wünscht sich auch künftig mehr Informationen zu den örtlichen Vereinen und eine bessere Platzierung der Einladungen zu den Parlamentssitzungen.

An Bickenbach schätzt sie als nach Frankfurt pendelnde Studentin die gute Anbindung über den öffentlichen Nahverkehr, sieht hier aber noch Handlungs- und Verbesserungsbedarf wie beispielsweise mehr Züge um Mitternacht und in den Morgen-



Vorbereitung auf die Osaka-Reise: Aline Ross lernt die japanische Sprache.
Foto: Guido Schiek

stunden. Verbesserungen sollte es auch bei den Radwegverbindungen in die Nachbarkommunen geben. „Ich plädiere für einen verbesserten öffentlichen Nahverkehr anstelle des Individualverkehrs.“

Ein weiteres Thema, das ihr am Herzen liegt, ist die noch nicht getroffene Entscheidung, wie es mit der Ortsmitte weiter gehen wird. „Hier sollten nach meiner Ansicht nach die Bürger entscheiden, was in der Mitte ihres Ortes geschieht“, sagt sie

entschieden. Darüber hinaus setzt sie sich dafür ein, dass die Flüchtlinge in Bickenbach, die überwiegend im Heim an der Berta-Benz-Straße und damit an der Peripherie wohnen, besser integriert werden, etwa auch dadurch, dass Bickenbach sozialen Wohnungsbau betreibt ohne eine damit verbundene Gettobildung. In den wenigen Monaten seit ihrem Start als Fraktionsmitglied von Komma hat sie sich in den anderen Fraktionen umgesehen. „Frauen

BICKENBACH

► 25 Abgeordnete sitzen ehrenamtlich in der Bickenbacher Gemeindevertretung. Wer sind die Menschen, die sich ums Gemeinwohl sorgen, sich im politischen Streit die Köpfe heißreden, um sie anschließend unter Umständen auch noch hinzuhalten? Das ECHO stellt politische Köpfe vor. (red)

im Parlament sind eine Minderheit, ebenso wie auch neue Leute in den Fraktionen“, stellt sie fest.

Allerdings wird Aline Ross dem Parlament in Bickenbach nicht mehr lange angehören, denn sie wird im September im Zug der Hochschulkooperation der Uni Frankfurt mit der Uni in Osaka/Japan zu einem Auslandsjahr nach Asien aufbrechen und damit auch aus der Fraktion ausscheiden. „Nach dem Austauschjahr, wenn ich wieder in Bickenbach zurück bin, habe ich erneut die Möglichkeit, mich wieder in der Kommunalpolitik zu engagieren“, sagt Ross. „Als ich mich im Kommunalwahlkampf engagiert und mich für die Kandidatur bei Komma entschieden habe, war meine derzeitige private Entwicklung nicht absehbar“, ergänzt sie.

Bürgermeisterwahl 2017

Bürgermeister Martini erklärt nach seiner Wahl im Jahr 2011, dass er nach Ablauf seiner Amtszeit nicht mehr zu einer Wahl als Bürgermeister antreten werde.

Schon im Herbst 2016 informiert KOMM,A-Mitglied Patrik Ebbers, zur Wahl im Herbst 2017 als unabhängiger Kandidat antreten zu wollen. Auf einer Mitgliederversammlung am 9. Februar 2017 wird entschieden, nicht alternativ zu Patrik eine KOMM,A-gebundene Kandidatur anstreben zu wollen.

KOMM,A unterstützt zwar Patrik Ebbers in der Folge, greift aber nicht aktiv in die Wahlauseinandersetzung ein.

Siehe auch KOMM, A-Homepage

- *Bürgermeisterwahl 2017 I am 01. Juni 2017*
- *Bürgermeisterwahl 2017 II am 20. September 2017*
- *Bürgermeisterwahl 2017 III am 27. September 2017*

Die Bürgermeisterwahl ergibt 46,1% der Wähler*innen-Stimmen für Markus Hennemann, 43,0% für René Kirch und 11,0% für Patrik Ebbers. Hennemann verbucht einen knappen Vorsprung von 108 Stimmen absolut.

Auf der öffentlichen KOMM,A-Mitgliederversammlung am 9. Oktober 2017 wird in Anwesenheit beider verbliebener Kandidaten Kirch und Hennemann nach ausführlicher Diskussion in öffentlicher Abstimmung der KOMM,A-Mitglieder einstimmig beschlossen:

- "KOMM,A gibt eine Wahlempfehlung an die Bickenbacher Wählerinnen und Wähler zur bevorstehenden Bürgermeister-Stichwahl am 22. Oktober 2017 ab.
- Mit dieser Wahlempfehlung wird die Aufforderung an den Kandidaten und die ihn tragende Partei verbunden, den Weg für ein Moratorium in der Angelegenheit Bebauungsplan 'Nördlich der Darmstädter Straße, 1. Änderung' mit einer angemessenen Fristsetzung frei zu machen.
- In einer zweiten, geheimen Abstimmung wurde bei einer Enthaltung entschieden, diese **Wahlempfehlung zugunsten von Markus Hennemann** auszusprechen.“

Am 23. Oktober 2017 wird Markus Hennemann zum Nachfolger von Günter Martini zum Bürgermeister von Bickenbach gewählt.

Siehe auch KOMM,A-Homepage

- *Markus Hennemann wird Bürgermeister*
- *Amtseinführung vom Bürgermeister Markus Hennemann am 20. Dezember 2017.*

Im November 2017 wird Bürgermeister Günter Martini offiziell verabschiedet. Mitglieder von KOMM,A sind persönlich vertreten, es gibt aber keinen Redebeitrag seitens KOMM,A. Dies ist kein Versehen. Das Verhalten entspricht einem Kompromiss zwischen ignorierender Abwesenheit und lauten Lobeshymnen.

Im April 2018 beantragt die CDU-Fraktion in der Gemeindevertretung, Günter Martini den Ehrenbürgermeister-Titel zu verleihen. KOMM,A begründet während der Parlamentsitzung durch einen Redebeitrag ihre Ablehnung. (siehe auch Beitrag auf der Homepage vom 4. Mai 2018: 'KOMM,A stimmt gegen eine Verleihung des Titels "Ehrenbürgermeister" an Günter Martini') Eine weitere Debatte über Für und Wider einer Verleihung dieser Ehrenbezeichnung findet wegen Zustimmung zu einem entsprechenden Geschäftsordnungsantrag nicht statt. Dadurch nutzen die Befürworter die Gelegenheit nicht, die besonderen Leistungen des ehemaligen Bürgermeisters öffentlich zu benennen. Dem Antrag wird ohne vorgetragene Begründung von CDU/SPD/FDP mehrheitlich zugestimmt.

Veränderung des politischen Klimas

Bei einer Fachausschuss-Beratung über die Bauleitplanung in der Ortsmitte Anfang Juni 2018 äußern Bürgermeister Hennemann und SPD-Fraktionsvorsitzender Schmöcker pauschal Vorwürfe der Hetze gegen Aktive der Bürgerinitiative Ortsmitte. Dies nimmt Koch zum Anlass, in der Sitzung der Gemeindevertretung am 14. Juni 2018 in einer 'Persönlichen Erklärung' den erhobenen Vorwurf scharf zurückzuweisen.

Während der gleichen Sitzung der Gemeindevertretung erklärt Manfred Lippok, sein Mandat als Mitglied des Gemeindevorstandes und als Erster Beigeordneter niederzulegen.

Gerlinde Merg übernimmt die Funktion der Ersten Beigeordneten, Birgit Köhler-Günther zieht für Manfred in den Gemeindevorstand ein und Bärbel Huchzermeier tritt die Nachfolge von Birgit in der Gemeindevertretung an.

Überraschender Rücktritt

MANFRED LIPPOK Bickenbachs Erster Beigeordneter gibt sein Amt aus privaten Gründen ab

Von Claudia Stehle

BICKENBACH. Völlig überraschend ist Manfred Lippok (Komma) von seinem Amt als Erster Beigeordneter in Bickenbach zurückgetreten. Der 61-Jährige gab seinen Schritt am Donnerstagabend in der Sitzung der Gemeindevertretung bekannt. Er hatte zudem Bürgermeister Markus Hennemann (SPD) schriftlich informiert.

Es seien ausschließlich private Gründe für den sofortigen Rücktritt, erklärte Lippok gegenüber dem ECHO. Weitere Angaben wollte er nicht machen. „Ich bin schon immer ein politischer Mensch und werde das auch nach meinem Rücktritt bleiben“, sagte. Er war im Mai 2016 nach den Kommunalwahlen und der Zusammenarbeit zwischen der Fraktion Komma und SPD in das Amt des Ersten Beigeordneten gewählt worden. Neben ihm ist Komma im Gemeindevorstand mit Gerlinde Merg vertreten. „Das weitere Vorgehen werde ich mit Komma besprechen“, sagt Lippok, der zuvor den Komma-Vorsitzenden Ulrich F. Koch von seinem Schritt unterrichtet hatte.

Der Diplom-Ingenieur Lippok war in Bickenbach schon zwischen 1993 und 2001 politisch aktiv und gehörte damals der



Manfred Lippok engagiert sich kommunalpolitisch in Bickenbach für Komma.
Archivfoto: Komma

Grünen-Fraktion im Gemeindeparkament an. Nach einer politischen Auszeit engagierte er sich wieder im Vorfeld der Kommunalwahl von 2016 bei Komma als der Nachfolgeorganisation der nicht mehr in Bickenbach aktiven Grünen und trat auf deren Wahlvorschlag an.

Zunächst war er bei Bürgermeister Günter Martini (CDU) Erster Beigeordneter und damit der erste Vertreter seiner Gruppierung in diesem Amt. Seit dem 1. Januar hatte er das Amt unter Bürgermeister Markus

Hennemann inne. Mit seinem Rücktritt scheidet Lippok aus dem Gemeindevorstand aus, er muss aber noch, wie der Bickenbacher Hauptamtsleiter Jörg Görisch dazu erläutert, seine Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis beauftragen, der der Gemeindevorstand zustimmen muss. Dann erst erhält er die Entlassungsurkunde.

Für Lippok muss nun ein Nachrücker gefunden werden, damit der Gemeindevorstand wieder aus neun Personen besteht, wie das politisch verein-

bart wurde. SPD und Komma, die 2016 eine gemeinsame Liste gebildet haben, haben dann zwei Wochen Zeit für die Benennung des Nachrückers. Sollte dies nicht der Fall sein, rückt der nächste auf der Liste vorgeschlagene Bewerber nach, der dann in der nächsten regulären Sitzung des Parlaments im September vereidigt wird.

Nachrücker für Gemeindevorstand nötig

Allerdings wird dieser Nachrücker nicht auch automatisch Erster Beigeordneter, sondern die beiden Parteien SPD und Komma müssen sich über den künftigen Inhaber dieses Amtes verständigen.

Wie SPD-Fraktionschef Tim Schmöcker erklärt, fühlt sich seine Partei an diese Vereinbarung mit Komma gebunden und würde einem entsprechenden Tausch auf der Liste zustimmen. Das signalisiert auch Ulrich F. Koch, der Fraktionschef von Komma, „Wir würden allerdings gern in einer Mitgliederversammlung klären, wen wir als Nachfolger für Manfred Lippok zum Ersten Beigeordneten vorschlagen“, sagt Koch. Er hoffe darauf, dass dies trotz der bevorstehenden Sommerferien innerhalb der vorgegebenen Fristen möglich sei.

Neues Amt als Herausforderung

GERLINDE MERG Die 59-jährige Diplom-Verwaltungswirtin ist jetzt Erste Beigeordnete in Bickenbach

Von Claudia Stehle

BICKENBACH. Ins Amt als Erste Beigeordnete wurde Gerlinde Merg (Komma) im Rahmen einer Sitzung des Bickenbacher Gemeindeparlaments am Dienstag eingeführt und vereidigt. Sie ist damit Nachfolgerin von Manfred Lippok (Komma), der vor einigen Wochen sein Amt aus persönlichen Gründen überraschend niedergelegt hatte. Merg ist die erste Frau in diesem Amt.

Gerlinde Merg ist Diplom-Verwaltungswirtin und arbeitet beim Revisionsamt der Stadt Darmstadt im Sozialbereich. Sie lebt mit ihrer Familie seit 1990 in Bickenbach, wo sie sich schon seit 1993 mit einer Pause politisch engagiert und auch in der evangelischen Kirchengemeinde aktiv ist.

Sie zog 1993 erstmals in die Bickenbacher Gemeindevertretung ein, damals noch für Bündnis90/Die Grünen, aus denen sich dann später Komma entwickelt hatte, und wirkte in der Fraktion als assoziiertes Mitglied bis 2001 mit. Sie war in diesen Jahren Sprecherin ihrer Fraktion und Vorsitzende des Sozialaus-

schusses. Um ihre Mutter zu pflegen, legte sie danach eine Pause im politischen Engagement ein, wirkte dann aber bei der neuen Formation Komma mit, für die seit 2011 wieder in der Kommunalpolitik in Bickenbach aktiv ist. Sie gehört seit der Kommunalwahl 2011 dem Gemeindevorstand an und hat hier als Themenschwerpunkte die Gemeindefinanzen, aber auch die Umwelt und Soziales.

Zuspruch von der Familie

„Für mich ist dieses Amt der Ersten Beigeordneten nun eine Herausforderung, denn bisher war ich im Gemeindevorstand eher in der zweiten Reihe, da ja Manfred Lippok seit der Kommunalwahl 2016 Erster Beigeordneter war“, sagt sie. Sie habe sich daher vor ihrer Entscheidung zur Übernahme dieser neuen Aufgabe auch mit ihrem Ehemann und den beiden erwachsenen Kindern abgesprochen, die ihr zur Übernahme der neuen Verantwortung geraten haben.

„Durch meine beruflichen Erfahrungen bringe ich für

diese neue Aufgabe schon gute Voraussetzungen mit als Vertreterin für Bürgermeister Markus Hennemann“, sagt die 59-Jährige, die in Weinheim geboren und im hessischen Odenwald im Rimbach aufgewachsen ist.

Engagiert in der evangelischen Kirche

Neben der Kommunalpolitik und dem kirchlichen Engagement pflegt sie in der knappen Freizeit neben dem Beruf noch einige Hobbys. „Ich arbeite gern in unserem Garten, koche gern für meine Familie, lese gern ein gutes Buch und liebe auch mein Strickzeug“, nennt sie ihre Freizeitbeschäftigungen. Zusammen mit ihrem Ehemann Burkhard bereist sie gern Deutschland und das europäische Ausland, auch um die Kontakte zum weit verzweigten Freundeskreis zu halten.

In den Gemeindevorstand ist Birgit Köhler-Günther aus der Fraktion Komma nachgerückt, Bärbel Huchzermeier vervollständigt nun die vierköpfige Komma-Fraktion im Bickenbacher Parlament.

Darmstädter Echo, 06.09.2018

Im April 2019 beschreibt und kommentiert Koch in einem Beitrag auf der KOMMA-Homepage, was es bedeutet, in Bickenbach Politik (zu) machen.

Zur Sitzung der Gemeindevertretung am 31. Oktober 2019 legt Ulrich Friedrich Koch den Vorsitz des Haupt-, Finanz- und Sozialausschusses nieder.

Für diesen Schritt benennt er öffentlich folgende drei Gründe:

1. Der Stil der politischen Auseinandersetzung ist schlecht. Statt Fehler zuzugeben und Fehleinschätzungen zu korrigieren wird attackiert. Destruktive Verhaltensweisen drohen zum Normalzustand zu werden. Persönlich empfinde ich dies teilweise als Mobbing.
2. Gute vertrauensvolle Zusammenarbeit findet nicht statt. Dies ist eindeutig feststellbar seit der Auseinandersetzung um die Bauleitplanung für unsere Ortsmitte. Das kritisierte Verhalten beschränkt sich mittlerweile aber nicht mehr nur auf dieses Thema.
3. Die Beweggründe für politische Betätigung, zum Besten für unsere Gemeinde zu wirken und mehr Bürgerbeteiligung zu praktizieren, scheinen in den Hintergrund zu treten. Die Ermöglichung von Fragen und Eingaben an die Gemeindevertretung geraten zum Feigenblatt, wenn man vor wichtigen Weichenstellungen die Bürgerschaft nicht mal mehr fragt. Ich sehe einen Verlust an politischer Kultur.

„Ein Verlust an politischer Kultur“

Bickenbacher Komma-Fraktionsschef Ulrich F. Koch legt enttäuscht Ausschussvorsitz nieder

Von Claudia Stehle

BICKENBACH. Keine Bürgerbeteiligung, schlechter politischer Stil – der Fraktionsschef von Komma im Bickenbacher Gemeindeparlament, Ulrich F. Koch, lässt kein gutes Haar an der Kommunalwahl in seiner Gemeinde. Deshalb hat er jetzt den Vorsitz des Haupt-, Finanz- und Sozialausschusses niedergelegt.

Auch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit vermisst Koch. Für den Vorwurf an das Parlament, dass der Stil der politischen Auseinandersetzung zwischen den Fraktionen schlecht sei, führt Koch an, dass man statt Fehler zuzugeben und Fehleinschätzungen zu korrigieren, zur Attacke übergehe. „Ich persönlich empfinde dies teilweise als Mobbing“, so Koch.

Als Ausgangspunkt für die aktuelle Situation sieht Koch die Auseinandersetzung um die Bauleitplanung für die Ortsmitte. „Dieses Verhalten beschränkt sich mittlerweile nicht mehr nur auf dieses Thema“, sagt der Komma-Fraktionsschef.

Als besonderen Kritikpunkt nennt er das Fehlen einer praktizierten Bürgerbeteiligung. Dass es seit Beginn dieser Wahlperiode die Möglich-



Ulrich F. Koch von Komma vermisst eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in Bickenbachs Gremien. Archivfoto: vrm-Archiv

keit zu Fragen und Eingaben an das Gemeindeparlament gebe, sei zu einem Feigenblatt geworden, da man vor wichtigen politischen Weichenstellungen in der Ortspolitik die Bürgerschaft nicht mehr frage. „Ich sehe einen Verlust an politischer Kultur“, heißt es in Kochs Stellungnahme.

Parlamentsschef Sven Aßmus (CDU) bedauert den Rücktritt Kochs als Ausschussvorsitzender. „Er hat sein Amt durchaus kompetent ausgefüllt und auch neue Ideen eingebracht“,

sagt Aßmus. Er gibt dabei zu bedenken, dass sich seit 2016 im Parlament keine feste Zusammenarbeit zwischen zwei oder mehreren Fraktionen ergeben habe, was den Entscheidungsprozess im einen oder anderen Fall erschwere und mitunter auch im Ergebnis destruktiv wirken könne. Er teile aber keineswegs Kochs Ansicht, dass hier Mobbing stattfinde.

Angesichts der manchmal schwierigen Mehrheitsfindung sollte dagegen auf allen

Seiten Gesprächsbereitschaft und der Wille zum Kompromiss die Zusammenarbeit im Gremium prägen. Hierfür sehe er durchaus noch Verbesserungspotenzial.

„Die Absicht, sich zum Besten Bickenbachs politisch zu betätigen, lasse ich weder mir noch einem anderen Gemeindevertreter durch die Stellungnahme von Ulrich Koch absprechen“, stellt Aßmus fest. Wenn Koch mit wichtigen Weichenstellungen in der Ortspolitik die Bebauung der Ortsmitte meine, sei zu entgegnet, dass die Diskussion seit nunmehr vier Jahren öffentlich geführt werde. In dieser Zeit habe es sowohl eine Kommunal- als auch eine Bürgermeisterwahl gegeben, in deren Vorfeld die Ortsmitte thematisiert wurde. Zudem seien die Bürger mehrfach zu Informationsveranstaltungen zu diesem Thema eingeladen worden. Aus der Sicht von Sven Aßmus habe in diesen Jahren ausreichend Gelegenheit bestanden, sich zu diesem Thema einzubringen. „Ich teile hier keineswegs die Ansicht des zurückgetretenen Ausschussvorsitzenden, dass eine Bürgerbeteiligung nicht stattgefunden habe“, sagt der Vorsitzende der Gemeindevertretung.

Anfang September 2019 kündigt die SPD die Vereinbarung vom 14. April 2016 mit KOMM,A auf. Wie es dazu kommt, beschreibt und kommentiert Koch in einem Beitrag auf der KOMM,A-Homepage am 6. September 2019. Im Nachgang wirft SPD-Fraktionsvorsitzender Schmöcker () Koch "unehrliche Argumentation" vor - siehe KOMM,A-Homepage vom 19. September 2019.

Politikfelder - Schwerpunkte

Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger

- Richtlinien für Bürgerschaftliche Eingaben wird von der Gemeindevertretung am 8. September 2016 auf gemeinsamen Antrag von KOMM,A und SPD gegen die Stimmen von CDU und FDP verabschiedet.
- Im Januar, Oktober und Dezember 2019 berichtet und kommentiert KOMM,A auf ihrer Website am Beispiel der Bauleitplanung der Bickenbacher Ortsmitte zum Thema, wie in unserer Gemeinde Bürgerbeteiligung 'praktiziert' wird:
 - Von unten? - von wegen!,
 - CDU/SPD/FDP sehen keine Notwendigkeit für eine zeitnahe Bürgerversammlung zur Ortsmitte,
 - Ortsmitte - neuer Akt im Trauerspiel.

[Diese Beiträge wurden in unserem Online Archiv zur Bauleitplanung Ortsmitte zu einem Themenschwerpunkt zusammengefasst.]

- In den Neunzigerjahren hatten die Grünen selbst die Einrichtung eines Seniorenbeirates gefordert. Unter dem Titel Seniorenbeirat - für Bickenbach kaum eine Verbesserung begründet KOMM,A auf ihrer Homepage am 7. November 2019, warum sie für Bickenbach diesem Antrag nicht zustimmt.

Ortsentwicklung

Die Entwicklung der Bickenbacher Ortsmitte ist das zentrale Thema der Gemeindevertretung in ihrer Amtszeit 2016 bis 2021.

- Im Wahlprogramm 2011 (Langfassung) äußerte sich KOMM,A zur Ortsentwicklung.
- Die politischen Auseinandersetzungen zur Bauleitplanung für die Ortsmitte - "Bebauungsplan 'Nördlich der Darmstädter Straße, 1. Änderung' - wird seit fast sieben Jahren geführt.
- In zwei Archiven auf der KOMM,A-Homepage wird diese Auseinandersetzung umfangreich dokumentiert und kommentiert: Projekt 'Neue Mitte' der Investorengruppe "Schlossallee Bickenbach GmbH & Co. KG"
- Im Beitrag 'Vom Jagdschloss zur Schlossallee - Monopoly in Bickenbach' versucht Koch eine Gesamtbetrachtung zur Jahresmitte 2017. (siehe auch KOMM,A-Homepage, 21.07.2017 und in Bickenbach Seitenweise, Heft 43, September 2017)

- Die Bürgerinitiative Ortsmitte Bickenbach strengt eine Normenkontrollklage beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel an. Am 9. Mai 2019 entscheidet der VGH: "Der Bebauungsplan "Nördlich Darmstädter Straße, 1. Änderung" ist unwirksam."
- Mit ihrer Initiative im April 2019, ein 'Leitbild für eine nachhaltige Ortsentwicklung' unserer Gemeinde im Diskurs mit der Bürgerschaft zu beraten, stößt KOMM,A bei allen Bickenbacher Parteien auf Desinteresse.
- Im November 2020 verweigert Bürgermeister Hennemann Gemeindevertretern der Fraktion KOMM,A die Einsichtnahme in Ergebnis der Offenlegung des Bebauungsplans zur "Neuen Mitte"

Gemeindefinanzen

- Der Unterwertverkauf der gemeindlichen Grundstücke Rose/Burger, beschlossen im September 2016, vollzogen im Februar 2018, bedeutet einen Verlust von rund 500.000 Euro für den gemeindlichen Haushalt / die Steuerzahler*innen. (erläutert und begründet auf der KOMM,A-Homepage)
- Im Herbst 2018 gibt es eine öffentliche Auseinandersetzung über das Defizit in der gemeindlichen Haushaltsrechnung 2017, veröffentlicht auf der KOMM,A-Homepage.
- Im Zusammenhang mit den beiden vorgenannten Ereignissen verweigert KOMM,A-Fraktion () Entlastung des Gemeindevorstandes für das Jahr 2017 [KOMM,Aktuell am 3. Juli 2020]
- Die Haushaltsberatungen 2019 gestalten sich schwierig: Etat 2019: Bericht und Kommentar dazu sind Mitte Dezember 2018 auf der KOMM,A-Homepage zu finden.
- Die Auseinandersetzung darüber, wie zukünftig grundhafte Sanierungen bzw. Erneuerungen von schadhafte Straßen finanziert werden sollen, ist das zweite große Thema der Gemeindevertretung zwischen 2016 und 2021: Einmalige Beiträge oder Wiederkehrende Beiträge oder Finanzierung aus allgemeinen Steuermitteln. KOMM,A berichtet und kommentiert darüber auf ihrer Homepage:
 - Steuerfinanzierung anstelle von Straßenbeiträgen zur grundhaften Erneuerung von Straßen am 20. September 2018
 - Aufhebung der Straßenbeitragsatzung gescheitert am 25. Mai 2020
 - Wiederkehrende Straßenbeiträge mit hauchdünner Mehrheit beschlossen am 30. Oktober 2020

Wohnungsbau

Alle Versuche von KOMM,A seit 2015, Bewegung in die Debatte um gemeindliche Bemühungen zur Verbesserung der Wohnungssituation v.a. für sozial benachteiligte Alleinstehende bzw. Familien zu bringen, scheitern an CDU/SPD/FDP:

- Sozialer Wohnungsbau und bezahlbarer Mietwohnungsbau [KOMM, Aktuell am 10. April 2019]
- Baulücken- und Leerstandskataster [KOMM, Aktuell am 11. April 2019]

Weder inhaltlich noch finanziell gibt es eine eigene Beteiligung der Gemeinde. Die anderen Parteien hoffen und warten auf übergreifendes Wohnungsbau-Engagement seitens einer ggfs. neu zu gründenden Kreis-Wohnbaugesellschaft oder entsprechende Geschäftsfelderweiterung der GGEW in Bensheim.

Soziales

Verbesserung der Mobilität von Menschen mit Handicaps als Beitrag zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in unserer Gemeinde ist Motiv für KOMM, A, sich intensiv mit der flächendeckenden Ausstattung des öffentlichen Raums mit Sitzgelegenheiten zu befassen. Über drei Jahre werden Standortvorschläge unterbreitet und Finanzmittel dafür im Haushalt eingestellt. Die praktische Umsetzung lässt zu wünschen übrig, was v.a. an mangelnder technischer Eignung für die Platzierung liegt (Fundament, verkehrliche Sichtbeziehungen). Der Aufbau eines Systems von Mitfahrbänken nach dem Muster der Nachbargemeinde Alsbach stößt dagegen im Bickenbacher Gemeindeparlament auf keine Gegenliebe. Siehe

- Antrag zur Gemeindevertretung am 10. November 2016: Mobilität im öffentlichen Raum
- Antrag zur Gemeindevertretung am 7. September 2017: Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum
- Beitrag unter KOMM, Aktuell vom 15.02.2020 Mitfahrbänke

Umwelt

Im Zusammenhang mit der Umstellung der Bickenbacher Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchtmittel wird KOMM, A direkt auf das Thema Lichtsmog aufmerksam. In der Gemeindevertretung wird versucht, zu einem Grundsatzbeschluss für die Beleuchtung öffentlicher Flächen zu kommen. Diese Initiative stößt in den gemeindlichen Gremien auf Unverständnis und Unwillen. Eine Beschlussfassung im Allgemeinen, Gemeindevertretung am 13. September 2018, wird abgelehnt, im Konkreten hinsichtlich einer Planung für die Außenbeleuchtung des Bürgerhauses im Februar 2020 vertagt: Nachhaltige Außenbeleuchtung ist in der Bickenbacher Politik weiterhin kein Thema.

Die Trockenheit macht den Bäumen in Bickenbach das Überleben schwer. In einer öffentlichen Aktion im Sommer 2020 ruft Birgit Köhler-Günther auf, 'Gemeinsam gegen die Klimaerwärmung' aktiv zu werden, privat Bäume zu bewässern bzw. Patenschaften zu übernehmen.

Verkehr

Im Herbst 2018 legt KOMM, A ein eigenes Konzept zur 'Mittelfristigen Verkehrsplanung für Bickenbach' vor und stellt einen entsprechenden Antrag zur Gemeindevertretung am 15. November 2018. Dem vorausgegangen waren eigene verkehrspo-

litische Initiativen früherer Jahre und die im Sommer 2018 durchgeführten gemeindlichen Verkehrsforen. Im Fachausschuss wird v.a. die Konkurrenz zu den gemeindlichen Verkehrsforen kritisiert. In der Gemeindevertretung wird durch Intervention Bürgermeister Hennemanns eine Debatte über die Antragsinhalte wegen teilweiser Nicht-Zuständigkeit des Parlaments nicht zugelassen.

Im Jahr 2017 legt der Landkreis ein Fahrradkonzept für das Kreisgebiet vor. Bei dessen Debatte wird bekannt, dass seitens der Gemeinde Bickenbach keinerlei eigene Vorstellungen zum Thema beim Kreis vorgetragen worden sind.

KOMM,A legt im Juni 2019 ein Konzept zur Förderung des Radverkehrs auf und stellt dazu einen Antrag zur Sitzung der Gemeindevertretung am 13. Juni 2019. Einer Debatte dieses Antrags verweigern sich alle anderen Fraktionen! Auf der KOMM,A-Homepage wird in dem Beitrag Radverkehrsförderung durch die Gemeinde Bickenbach - Fehlanzeige vom 14. Juni 2019 darüber berichtet und kommentiert.

Im Herbst 2019 nimmt die Gemeinde Bickenbach erstmals an der 'Aktion Stadtradeln' des Klimabündnisses teil. Aus Protest gegen das offenkundige Desinteresse der Gemeindevertretung am Thema Radverkehrsförderung beteiligt sich KOMM,A nicht daran.

Im Herbst 2020 beteiligt sich KOMM,A mit 15 Personen am Stadtradeln:

In drei Wochen 14.527 Kilometer Gemeinde hat am Wettbewerb „Stadtradeln“ teilgenommen

Bickenbach (red). Nicht weniger als 14.527 erradelte Kilometer und eine Einsparung von zwei Tonnen Kohlendioxid im Vergleich zu einer motorisierten Fortbewegung – das ist die Bilanz der Bickenbacher Teilnehmer am Wettbewerb „Stadtradeln“, zu dem die Initiatoren des Klima-Bündnisses im September aufgerufen hatten. „Damit sind dieses Jahr 5400 Kilometer mehr zusammengekommen als im letzten Jahr“, freut sich Bürgermeister Markus Hennemann, obwohl im Vorjahr mit 61 Teilnehmern mehr Radler aktiv waren. Zuvor konnten sich inte-

ressierte Radler im Internet registrieren und entweder einem vorhandenen offenen Team der Gemeinde beitreten oder ein eigenes Team gründen. Zugelassen waren Fahrräder im Sinne der Straßenverkehrsordnung, auch Pedelecs bis 250 Watt. Ziel war, während der dreiwöchigen Aktionszeit privat oder beruflich möglichst viele Kilometer ohne Absonderung des Treibhausgas Kohlendioxid mit dem Fahrrad zurückzulegen. Teilnehmen konnten alle, die in Bickenbach wohnen, arbeiten oder einem Verein angehören. Insgesamt 56 aktiv radelnde

Bürger in sechs Teams traten für die Aktion für Radförderung, Klimaschutz und Lebensqualität in die Pedale, darunter 13 von 25 Mitgliedern der Gemeindevertretung. In der Teamwertung belegte das Team der SPD mit 4994 geradelten Kilometern den ersten Platz, dicht gefolgt vom Team KOMM,A mit 4656 Kilometern. Bronze erkämpfte sich das Team vom Ingenieurbüro Quintel mit 1479 Kilometern. Die Starter der Evangelischen Kirchengemeinde, des offenen Teams der Gemeinde Bickenbach und des Jugendzentrums führen insgesamt 3398 Kilome-

ter und belegten die Plätze vier bis sechs. Insgesamt haben in diesem Jahr 1482 Kommunen an dem Wettbewerb teilgenommen, aus Hessen 149. Zwar belegte Bickenbach im Gesamtranking nur Platz 1073 (Platz 113 in Hessen), da die erradelten Kilometer jedoch auch für den Landkreis Darmstadt-Dieburg gewertet wurden, konnte Bickenbach trotzdem einen Achtungserfolg verbuchen: Das Gesamtteam des Landkreises belegte mit 1.085.792 gefahrenen Kilometern den ersten Platz in der Hessenwertung.

Bergstraße, 14. 10.2020

Anträge

In der Amtszeit der Gemeindevertretung von 2016 bis 2021 stellt KOMM,A 65 Anträge. Alle KOMM,A-Anträge einschließlich Begründung, Beschlussversion, Erläuterungen und Abstimmungsergebnisse sind im Archiv der KOMM,A - Homepage unter dem Datum der jeweiligen Sitzung des Gemeindeparlaments aufgeführt nachzulesen.

(Eine Übersicht aller Anträge der KOMM,A-Fraktion in der Zeit von 2016 bis 2021 mit Antragsnummer, Vorlagennummer der Gemeindevertretung, Antragsgegenstand, Antragszweck und Beschluss der Gemeindevertretung sortiert nach Themenbereich ist im Anlagenband auf den Seiten A 27 ff zu finden.)

Von diesen Anträgen wurden

- 9 gemeinsam mit einer oder mehreren anderen Fraktionen eingebracht
- 19 mehrheitlich zugestimmt (inklusive der 9 o.g. Gemeinschaftsanträge)
- 23 mehrheitlich abgelehnt
- 23 nicht abgestimmt - aus unterschiedlichen Gründen

In der nachfolgenden Tabelle sind die Initiativen, die von KOMM,A in Form von eigenen Anträgen an die Gemeindevertretung seit der Kommunalwahl im März 2016 unternommen worden sind, aufgelistet. In den Fällen, in denen wir erfolgreich waren, werden die Ergebnisse in grüner Schrift angezeigt. Die Initiativen, die noch 'in der Schwebe' sind, werden in blauer Schrift, diejenigen, die nicht umgesetzt werden konnten, in roter Schrift angezeigt.

Bilanzierung der Arbeit von KOMM,A 2016-2021

Gegenstand	Zweck	Ergebnis
"Bürgerschaftliche Eingaben"	Verbesserung der Möglichkeiten für die Bürgerschaft, sich im Gemeindeparlament Gehör zu verschaffen	Beschluss entsprechender Richtlinien gemeinsam mit der SPD gegen CDU und FDP
Kommunaler Lastenausgleich Müll	Finanzieller Ausgleich zu lebenssituationsbezogenen Mehraufwendungen für die Müllentsorgung	Beschluss einstimmig und umgesetzt
Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum	Installation von Sitzmöglichkeiten auf längeren Strecken im Abstand von maximal 500m	Beschluss von Finanzmitteln im Etat 2017 und 2018 einstimmig
Beschaffung von mobilen Radar Geschwindigkeitsanzeigen	Erhöhung der Verkehrssicherheit	ohne Beschlussfassung - Umsetzung durch zeitgleiche Beschaffung durch Gemeindevorstand
Radschnellwegplanung	Stellungnahme aus Bickenbacher Sicht	Beschluss einstimmig

Gegenstand	Zweck	Ergebnis
Kommunaler Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsaktionsplan	kommunale Klimaschutzmaßnahmen	Beitritt zu Aktionsbündnis beschlossen - konkrete Umsetzung offen
Verkehrsberuhigter Bereich rund um Schule und Kita	Verkehrsberuhigung und Schulwegsicherung durch Schrittgeschwindigkeit	noch offen - Verkehrsberuhigung durch Gemeindevorstand in Planung
Nachhaltige Ortsentwicklung	Entwicklung eines Leitbilds	Ablehnung durch CDU/SPD/FDP
Baulücken- und Leerstandskataster	Vermeidung von Leerständen	Ablehnung seitens CDU/SPD/FDP signalisiert
Bauleitplanung "Neue Mitte"	<ul style="list-style-type: none"> ▸ Veränderungssperre ▸ Bürgerbeteiligung ▸ Architektenwettbewerb ▸ B-Plan-Änderungen ▸ Neuplanung ▸ 3-D-Modell ▸ Überarbeitung Städtebaulicher Vertrag 	Ablehnung durch CDU/SPD/FDP
ehem. Gaststätte "Zur Rose"	<ul style="list-style-type: none"> ▸ Ablehnung des Verkaufs ▸ Rückabwicklung des Verkaufs 	Ablehnung durch CDU/SPD/FDP, Verhinderung durch Bürgermeister
B-Plan Westlich Zwingenberger Straße	Umbau der Einmündung Berta-Benz- in die Zwingenberger Straße zum Kreisverkehr	Ablehnung seitens CDU/SPD/FDP signalisiert
B-Plan Östlich Waldkolonie	Durchsetzung der Planung bzgl. Ausgleichsflächen	Ablehnung durch CDU und SPD
Schuppen neben der "Alten Schule"	Verhinderung des Abbruchs durch Streichung der Finanzmittel	Ablehnung durch CDU/SPD/FDP
"Geförderter Wohnungsbau"	Maßnahmen und Planungsausgaben	Ablehnung durch CDU/SPD/FDP
Grundhafte Straßensanierung	Abschaffung der Finanzierung durch Beitrags-erhebung	...durch verschiedene Umstände bisher nicht beschlossen - Ablehnung durch SPD und FDP signalisiert...
Kita-Gebühren für 3-6-jährige Kinder	kommunaler Zuschuss zur kompletten Gebühren-Befreiung	...nicht finanzierbar...
Humanitäre Hilfe	Verstetigung der Finanzmittel für zwei große Projekte	...Widerspruch zu geltenden Richtlinien...

Gegenstand	Zweck	Ergebnis
Beleuchtung im öffentlichen Raum	Konzepterstellung	Ablehnung durch CDU/SPD/FDP
Beleuchtung am Bürgerhaus	Beleuchtungskonzept nach Kriterien der Nachhaltigkeit	...nicht beschlossen - Umsetzung offen...
Brauchwasser-Anlage Rathaus	Reaktivierung	...Zisterne für Brunnen zweckentfremdet...
Rathaus	energetische Sanierungsplanung	...Planungsmittel beschlossen - bisher nicht erstellt...
Mittelfristige Verkehrsplanung	Ziel: gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am Verkehr Maßnahmen für 25 Jahre	...keine Debatte darüber - "Überweisung an Verkehrsforen", die nicht mehr existieren - "Beerdigung zweiter Klasse" - Zuständigkeit der Gemeindevertretung angezweifelt...
Ruhender Verkehr	Konzepterstellung	...durch Bürgermeister wegen eigener Zuständigkeit ausgebremst - eigene Vorstellungen seither nicht veröffentlicht...
Berta-Benz-Straße in Höhe Bahnhof	Einbau einer Querungshilfe	Ablehnung der notwendigen Finanzmittel durch CDU/SPD/FDP
"Mitfahrbänke"	Aufstellung im Gemeindegebiet	Ablehnung durch CDU/SPD/FDP
Radverkehr	Maßnahmen zur Förderung	Ablehnung durch CDU/SPD/FDP, keine Debatte über Inhalte!
	Runder Tisch Radverkehr	Ablehnung durch CDU/SPD/FDP
Radverkehrsschauen	Beteiligung des Fachausschusses und von sachkundigen Einwohner*innen	...vom Bürgermeister zugesagt - bisher nicht umgesetzt...
Schuldorfweg	Beleuchtung mit LED	...scheitert an Desinteresse der Nachbargemeinde...
Fahrrad-Abstellplätze am Bahnhof	Erweiterung und abschließbare Boxen	Ablehnung seitens CDU/SPD/FDP signalisiert - angeblich bestehe kein Bedarf
Fragen aus der Gemeindevertretung	Protokollierung der Antworten des Bürgermeisters	...Bürgermeister verweigert Antworten schriftlich zu erteilen - Gemeindevertretung setzt Protokollierung nicht durch...

(Neben den eigenen Initiativen entscheiden wir immer auch über die Anträge des Gemeindevorstandes und die unserer politischen Konkurrenz mit. Der Gestaltungsspielraum reicht also schon weiter, als allein die eigenen Initiativen.)

Anfragen

Zu den Kontrollrechten der Gemeindevertretung gehört, dass Bürgermeister und Gemeindevorstand Rede und Antwort stehen müssen. Mit Bürgermeister Hennemann kommt es seit seiner Amtsübernahme in einigen Fällen zu unvollständigen Antworten, zur Verweigerung, Fragen zu beantworten, und zur Ablehnung, schriftlich gestellte Fragen auch schriftlich zu beantworten.

In zwei Fällen schaltet KOMM,A die Kommunalaufsicht ein. Zur Auseinandersetzung berichtet und kommentiert KOMM,A am 3. Juni 2020 auf ihrer Homepage: 'Bürgermeister Hennemann bleibt Antworten schuldig'.

Auf der KOMM,A-Homepage finden Sie im Archiv eine Zusammenstellung aller KOMM,A-Anfragen der Jahre 2018 , 2019 und 2020.

radundtat-zwingenberg.de



Rad & Tat GmbH
Der Fahrradladen

Walter-Möller Str. 1
64673 Zwingenberg
Tel. 06251 855533

TEILHABEN ...

MÜNDIGKEIT MEINT DEN MUT, SICH SEINES
VERSTANDES OHNE LEITUNG EINES ANDEREN
ÖFFENTLICH ZU BEDIENEN! „SAPERE AUDE!“

13. KOMM,A – 2021 bis ...

Schon vor dem Jahreswechsel 2019-2020 wird im Umfeld der KOMM,A-Wähler*innen-Initiative über Wege beraten, wie man sich zur Kommunalwahl 2021 neu aufstellen will und wie die Basis vergrößert werden kann.

Für den 24. Januar 2020 wird zu einer -wie immer- öffentlichen Mitgliederversammlung über die Presse breit gestreut eingeladen.

Viele Gesprächspartner*innen der letzten Jahre werden auch direkt und persönlich angesprochen. Die Resonanz auf diese Einladung ist erfreulich groß.

Diskutiert werden folgende Fragestellungen:

- Braucht es weiterhin eine Alternative zu den etablierten Parteien in unserer Gemeinde?
- Bietet KOMM,A eine ausreichende Plattform oder soll man sich neu aufstellen - ggfs. unter neuem Namen?

Unterthema: Ist eine Verortung als Ortsverband der Partei Die Grünen gewollt?

- Wie können mehr Leute bewegt werden, sich aktiv in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen innerhalb Bickenbachs einzumischen - parlamentarisch und außerparlamentarisch?
- Mit welchen programmatischen Zielsetzungen will man schwerpunktmäßig weiterarbeiten?

Komma lädt Bürger ein

Bickenbach (red). Die „Kommunale Alternative in Bickenbach“ (Komma) lädt alle Bürger zur öffentlichen Mitgliederversammlung ein. Die Sitzung findet am Freitag, 24. Januar, ab 19.30 Uhr im Rathaus, Darmstädter Straße 7 (Bürgersaal, erste Etage, rechts), statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem: Aufnahme neuer Mitglieder, Kommunalwahl, Jubiläum der Bickenbacher Initiative.

Weitere Infos:

www.komma-bickenbach.de

Die Mitgliederversammlung beschließt, bis Jahresende als 'Offener Treff' Arbeitsgruppen zu diesen Fragen zu bilden, die Themen zu bearbeiten und eine Kandidatur zur Kommunalwahl 2021 vorzubereiten.

Dies gelingt trotz Corona-bedingten Kontakteinschränkungen ziemlich gut.

Im Jahresverlauf und v.a. auf einer Mitgliederversammlung am 28. November 2020 entscheidet sich:

- Ein alternatives Angebot zu den etablierten Parteien wird weiter gebraucht.
- Konkret bleibt es bei der eingeführten Marke 'KOMM,A'.
- KOMM,A behält seine Parteiunabhängigkeit bei. Dies beinhaltet auch eine Absage, in Form eines grünen Ortsverbandes weiter zu arbeiten.
- Der Diskussionsstand hinsichtlich programmatischer Aussagen soll bis Jahresende zu einem Programm zur Kommunalwahl 2021 zusammengefasst werden.
- KOMM,A tritt mit 22 Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl 2021 an.
- Die außerparlamentarische Arbeit von KOMM,A ist deutlich zu verstärken

Der KOMM,A-Wahlvorschlag für die Kommunalwahl am 14. März 2021 umfasst folgende Personen:

1. Köhler-Günther, Birgit	Päd. Psych. MA
2. Lyachenko, Marc-Andre	Selbstständig
3. Koch, Ulrich Friedrich	Rentner
4. Correll, Sascha	prom. Chemiker
5. Weisbarth, Michael	Pädagoge
6. Strubelt, Carola	MTLA
7. Wiegand, Axel	Alliance Direktor
8. Runde, Rasmus	Lokführer
9. Jung, Elisabeth	Beamtin i.R.
10. Gashi, Elida	med. Kodier Fachkraft
11. Duncan, Robert	Informatiker
12. Clasen, Jens	Personalreferent
13. Lyachenko, Ingrid	Angestellte
14. Bartz-Meyer, Almut	Dipl. Betriebswirtin
15. Faber, Till	Betriebswirt
16. Schramm, Andreas	Diplom-Kaufmann
17. Huchzermeier, Bärbel	Hausfrau
18. Lerch, Stefan	kaufm. Angestellter
19. Surrey, Florian	Ingenieur
20. Caesar, Martin	Lehrer
21. Merg, Burkhard	Dipl. Ingenieur
22. Ziegler, Birgit	Heilpraktikerin (selbst.)

Flyer '22 gute Gründe...' (Auszug)



EINE GRÜNE SEELE FÜR BICKENBACH
Birgit Köhler-Günther
 Pädagogin, Shiatsu Praktikerin, 68 Jahre
 Seit 40 Jahren aktiv in der grünen Kommunalpolitik und aktuell im Gemeindevorstand in Bickenbach.
Dafür setze ich mich ein:
 Ökologisches Handeln und Klimaschutz, Gleichberechtigung in allen Belangen.



TEMPERAMENT, LEIDENSCHAFT UND SACHVERSTAND
Marc-Andre Lyachenko
 Dipl. Bauingenieur, 44 Jahre
 Seit der Jugend sozialpolitisch engagiert. Leidenschaft für alles rund ums Wasser und die Musik. Auf der ganzen Welt zuhause.
Dafür setze ich mich ein:
 Umwelt- und Klimaschutz, nachhaltige Verkehrspolitik, alles rund ums Bauen.



HANDLUNGSGRUNDSATZ: GLOBAL DENKEN - LOKAL HANDELN
Ulrich Friedrich Koch
 Sozialarbeiter i.R., 67 Jahre
 Seit über 35 Jahren kommunalpolitisch aktiv. Gründungsmitglied von KOMM,A und aktuell Vorsitz der Fraktion und des Vereins.
Dafür setze ich mich ein:
 Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geliehen!



EIN RUHEPOL UND WISSENSCHAFTLICHER ALLROUNDER
Dr. Sascha Correll
 Dr. rer. nat. Chemie, 48 Jahre
 Seit Kindesbeinen politisch geprägt, mit gutem Gehör für schwierige Arrangements. Ein präziser Analytiker in allen Belangen.
Dafür setze ich mich ein:
 Ganzheitliche Ortsentwicklung, Transparenz u. Bürgerbeteiligung, gesundes Miteinander.



DAS GESPRÄCH ZUM BERUF GEMACHT
Michael Weisbarth
 Pädagoge und Philosoph, 62 Jahre
 Seit 2 Jahrzehnten professioneller Mediator und Konfliktlöser, passionierter Musiker, Literat und Kurpfälzer.
Dafür setze ich mich ein:
 Offene Gesellschaft und Dialog in der Politik, Teilhabe an der Kommunalpolitik.



UNSERE SPEERSPITZE GEGEN RECHTSPOPULISMUS
Carola Strubelt
 Medizintechnikerin, 55 Jahre
 Ehrenamtliches Multitalent beim VdK Bickenbach, Bickenbach ohne Grenzen und Bunt gegen Braun (Bündnis gegen Rechts).
Dafür setze ich mich ein:
 Integration und Gleichbehandlung. Widerstand gegen Rechtspopulismus.



WORTGEWANDTER BLICK IN DIE ZUKUNFT
Axel Wiegand
 Dipl.-Betriebswirt, 61 Jahre
 Vermittler zwischen Interessen, Meinungen und Kulturen. Engagement in der Ev. Kirchengemeinde und beim CVJM.
Dafür setze ich mich ein:
 Offene Gesellschaft, Bürgerbeteiligung und Teilhabe an der Politik.



EHRENAMT IST SEINE STÄRKE: EINER FÜR ALLE
Rasmus Runde
 Eisenbahner im Betriebsdienst, 32 Jahre
 Gebürtiger Jugendlicher. Kirche, Gewerkschaft, Pfadfinder. Soziales wird bei mir GROSS geschrieben.
Dafür setze ich mich ein:
 Mitbestimmung der Bürger, effektiver ÖPNV und Verkehr, Klimaneutralität, Jugend.



ERFAHREN, DYNAMISCH UND PÄDAGOGIN AUS ÜBERZEUGUNG
Elisabeth Jung
 Schulleiterin i.R., Lerntherapeutin, 74 Jahre
 Seit über 50 Jahren Engagement in vielen Bereichen, u.a. für ein lebendiges und modernes Schulsystem.
Dafür setze ich mich ein:
 Kinderkrippen- und Schulförderung, Umweltschutz und Verkehr sowie Ortsentwicklung.



OHNE SIE GEHT IM ALTER NICHTS. AM PULS DER ZEIT!
Elida Gashi
 Medizinische Kodierfachkraft, 49 Jahre
 Seit über 25 Jahren Engagement in den Gemeinschaftsunterkünften und Gemeindevorteilerin im Parlament.
Dafür setze ich mich ein:
 Menschliches und soziales Miteinander, Teilhabe und Integration, Umweltschutz.





NEUE IDEEN FÜR EIN ATTRAKTIVES BICKENBACH!
Robert Duncan
 Informatiker, 58 Jahre
 Wahl-Bickenbacher seit 22 Jahren mit großem Interesse an Lokalpolitik und einem offenen Miteinander.
Dafür setze ich mich ein:
 Einer fantasievollere Ortsgestaltung, Transparenz und mehr Bürgerbeteiligung.



AUS GRÜNEM HAUSE MIT HANG ZUM SPORT
Till Faber
 Politik und Medien, 36 Jahre
 Ehrenamtliches Engagement im Vereinsport und ausgeprägtes Interesse an zukunfts-fähiger Lokalpolitik.
Dafür setze ich mich ein:
 Transparenz und Bürgerbeteiligung, Erhalt dörflicher Strukturen, Vereinsförderung.



LEBENSFRÖHER KINDER-, UMWELT- UND MENSCHENFREUND
Florian Surrey
 Sozialarbeiter, Dipl.-Masch. Ing., 40 Jahre
 Seit Studienbeginn sozial engagiert. Impulsgeber und Realisierer kleiner und großer neuer Lebenswelten.
Dafür setze ich mich ein:
 Lebendige Begegnungsorte, Regenerative Energien, Umweltschutz.



GESELLSCHAFT UND ZUSAMMENARBEIT
Jens Clasen
 Politik und Verwaltung, 42 Jahre
 Seit vielen Jahren sozialpolitisch engagiert und schon von Berufs wegen interessiert an einer gesellschaftlichen Zusammenarbeit.
Dafür setze ich mich ein:
 Bürgerbeteiligung und Teilhabe, attraktiver Lebensraum Bickenbach, Radverkehr.



GENAU WIE EIN SCHWEIZER UHRWERK
Andreas Schramm
 Dipl.-Kaufmann, 55 Jahre
 Überzeugter Verfechter des Schienenverkehrs, ehrenamtlich bei der IHK tätig und passionierter Langstreckenläufer.
Dafür setze ich mich ein:
 Nachhaltige Ortsentwicklung, Bürgerbeteiligung und Transparenz, Klimaschutz.



KREAKTIVES, SOZIALES ENGAGEMENT DURCH UND DURCH
Martin Caeser
 Lehrer, 33 Jahre
 Kreativer Kopf und sozialpolitisch engagiert über die Gemeindegrenzen hinaus, passio-nierter Lehrer für Politik und Wirtschaft.
Dafür setze ich mich ein:
 Soziales und Jugendförderung, Integration und Miteinander, Förderung Radverkehr.



FINANZEN UND KLIMASCHUTZ PASSEN GUT ZUSAMMEN!
Ingrid Lyachenko
 Dipl.-Betriebswirtin, 41 Jahre
 Kämpferisch in Sachen Klimaschutz, als Analystin das Wesentliche stets im Fokus. Läuferin und Mama aus Leidenschaft.
Dafür setze ich mich ein:
 Klimaschutz. Umwelt und Ökologie, solider Finanzhaushalt.



SAGT IMMER GERADEAUS, WAS SIE DENKT
Bärbel Huchzermeier
 Technische Zeichnerin, 55 Jahre
 Seit einigen Jahren bereits im Gemeindeparlament aktiv und im Vorsitz bei KOMM,A zuständig für Finanzen.
Dafür setze ich mich ein:
 Solide Haushaltspolitik, Infrastruktur- und Umweltfragen.



KIRCHLICH ENGAGIERT UND GUT VERNETZT
Burkhard Merg
 Dipl.-Ing. Elektrotechnik, 63 Jahre
 Seit eh und je in der grünen Politik verwur-zelt. Aktives Mitglied in der Ev. Kirchengemeinde und Kirchenvorstand.
Dafür setze ich mich ein:
 Radverkehr, mehr Grün für Bickenbach, Ortsentwicklung, konstruktives Miteinander.



AKRIBIE IM SOZIALEN ENGAGEMENT
Almut Bartz-Meyer
 Dipl.-Betriebswirtin und Hausfrau, 60 Jahre
 Seit 33 Jahren in Bickenbach, aktiv m Bickenbacher Klangfarbenchor und bei Kunst-freunde Bergstraße.
Dafür setze ich mich ein:
 Lebendiges Ortsgeschehen und einen schön-en, attraktiver Ortskern. Saubere Umwelt!



BICKENBACH IST STEFANS WESTENTASCHE
Stefan Lerch
 Kaufmann, 57 Jahre
 Aktiv bei „Bickenbach ohne Grenzen“ und viele Jahre in der CVJM Jugendarbeit, Ur-Bickenbacher seit 57 Jahren.
Dafür setze ich mich ein:
 Jugendarbeit, Integration verschiedener Menschengruppen, Abfallkreislauf.



IN DER RUHE LIEGT DIE KRAFT
Birgit Ziegler
 Heilpraktikerin, 76 Jahre
 Schon immer und beruftsbedingt mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Umweltthe-men beschäftigt.
Dafür setze ich mich ein:
 Soziale Gerechtigkeit, Umwelt- und Klima-schutz.

144 | 236

Flyer 'Wahlprogramm kurz' (Auszug)

ÖKOLOGIE: BEWAHREND FORMEN

Die Klimakatastrophe abzuwenden ist möglich. Dies ist die zentrale Herausforderung für unsere Welt. Es geht um **unser aller Lebensgrundlage**. Umwelt- und Naturschutz ist immer auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Hier, in Bickenbach, werden nationale und europäische Entscheidungen ganz praktisch erfahrbar. Wie wir damit umgehen, wie wir sie gestalten, darüber müssen wir reden!

KONKRET:

- Einen kommunalen Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsaktionsplan entwickeln
- Natur- und Umweltschutz als vorrangiges Prinzip in der örtlichen Bauleitplanung verankern
- Energetische Sanierung gemeindlicher Gebäude, Photovoltaik und thermische Solarenergienutzung ausbauen
- Einen langfristigen Waldentwicklungsplan erstellen
- Die Entwicklung neuer Ideen unterstützen

SOZIALES & KULTUR: MITEINANDER LEBEN

Menschen mit und ohne Glauben, verschiedenen Geschlechts, unterschiedlicher Hautfarbe, sexueller Orientierung und sozialer Herkunft, mit und ohne Zuwanderungserfahrung, begegnen sich, leben miteinander. Diese Vielfalt bereichert unser Leben!
Wir wollen **Bickenbach integrativ gestalten**, unser Fokus liegt auf der Förderung von, zunehmend auch internationalen, Familien und Kindern, denn für diese gestalten wir die künftigen Rahmenbedingungen.

„Ändere dein Leben heute! Verlasse dich nicht auf die Zukunft. Handle jetzt, ohne zu zögern!“

Simone de Beauvoir, Schriftstellerin, Philosophin

KONKRET:

- Leitbild und Ortsentwicklungskonzept erarbeiten
- Aktiv gegen Diskriminierung vorgehen
- Die Ortsmitte in Bickenbach maßvoll und ortsangepasst entwickeln, und den Dialog darüber intensivieren

„Reden ist unser Privileg. Wenn wir ein Problem haben, das wir nicht durch Reden lösen können, dann hat alles keinen Sinn.“

Rosa Luxemburg, Politikerin



Zum Thema „Neue Mitte“:

- ▶ Unser Ziel ist eine offene, maßvolle und ortsangepasste Behauptung mit öffentlichen Räumen für alle Bickenbacher*innen. Ortscharakter und -identität sind uns wichtig.
- ▶ Als einzige Fraktion im Parlament fordern wir deshalb, das aktuelle Verfahren zur sog. Neuen Mitte auszusetzen und in einen Dialog mit der Bevölkerung zu treten, um gemeinsam ein für Bickenbach tragfähiges und für Investoren umsetzbares Konzept zu entwickeln.

ÖKONOMIE: NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN

Eine nachhaltige Wirtschaft ist keine Utopie. Sie ist naheliegend und vernünftig. Die Situation ist komplex, eine einfache Lösung gibt es nicht. Andere, neue Vorgehensweisen sind erforderlich, die statt auf weiteres Wachstum auf eine dynamische Balance achten. Sie erfordern ein außergewöhnliches Maß an Verständnis, Vorstellungskraft und politischem und moralischem Mut. Das Ziel ist eine dynamische Balance zwischen wirtschaftlichen Prozessen und ökologisch notwendigen Rahmenbedingungen. Es ist möglich. Es ist machbar.

KONKRET:

- Neuausrichtung der mittelfristigen Finanzierungsplanung, um die gemeindliche Infrastruktur nachhaltig zu machen
- Zusammenarbeit zwischen den Kommunen verbessern, um Kosten einzusparen
- Mit den Möglichkeiten der Digitalisierung Bickenbach für neue Gewerbe attraktiv machen
- geeignete Formen zur Beteiligung der Gemeindeglieder an der Haushaltsplanung entwickeln

TEILHABE: ENTSCHEIDEND MITWIRKEN

Um die Folgen der Klimakatastrophe, die Chancen und Risiken der Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf unser Leben und Arbeiten (Stichwort Arbeit 4.0), den Demographiewandel und die Herausforderungen einer nachhaltigen Ökonomie (Stichwort Kreislaufwirtschaft) besser einschätzen und darauf reagieren zu können, brauchen wir einen umfassenden gesellschaftlichen **Dialog**. Dieser muss wissenschaftlich fundiert sein, und regelmäßig mit möglichst vielen Menschen geführt werden.

KONKRET:

- Frühzeitige Informationen über anstehende Entscheidungen, Intensivierung der Bürger*innenbeteiligung
- Die Bürger*innenversammlungen konzeptionell und methodisch zu entwickeln
- Einen „Beirat Ortsentwicklung“ einrichten

- ✓ Nur mit Ihrer Stimme können Sie etwas ändern.
- ✓ Nutzen Sie die Möglichkeit zur Briefwahl.
- ✓ Gehen Sie wählen!

MOBILITÄT: ACHTSAM UNTERWEGS

Mobil sein ist ein wesentlicher, beinahe selbstverständlicher Bestandteil unseres Lebens. Eine zukunftsfähige Perspektive reduziert vor allem motorisierten Verkehr und sorgt für eine **nachhaltige und familienfreundliche Mobilität**. Wenn wir gerne umweltfreundlich mobil sein wollen, grün, kompakt, lärmarm und so lebenswert, dass Menschen gerne da leben, wo sie leben, dann heißt das: Der Verkehr muss drastisch reduziert werden. Der **Blick über den Tellerrand** hilft, es gibt vielfältige Erfahrungen und Erkenntnisse, von denen wir lernen können.

KONKRET:

- Vorfahrt für Rad und Fuß – Hin zum Umweltverbund
- Durchgängige, sichere und ausgewiesene Fahrradstrecken realisieren
- Durchgangsverkehr auf ein notwendiges Minimum zu reduzieren
- Den ÖPNV bedarfsgerechter, flexibler, häufiger, besser machen
- Stärkung alternativer Mobilitätskonzepte, z. B. Anruf-Sammel-Taxis, Mitfahrbänke, Car- und Bike-Sharing, E-Ladestationen



Der Wahlvorschlag von KOMM,A wird am 15. Januar 2021 durch den Gemeindevwahlausschuss zugelassen, amtlich bekannt gemacht am 21. Januar 2021 im Darmstädter Echo.

Seit Anfang des Jahres 2021 ist KOMM,A auch auf Facebook unterwegs.



Die Kommunalwahl am 14. März 2021 bringt KOMM,A ein sehr gutes Ergebnis:

Jahr	Wahlberechtigt	Wahlbeteiligung		SPD		CDU		FDP		FLUB Grüne KOMM,A	
		absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
1972	2786	2455	88,1 %	1569	65,1 %	679	28,2 %	161	6,7 %		
1977	2988	2500	83,7 %	1319	54,4 %	865	35,7 %	239	9,9 %		
1981	3168	2599	82,0 %	1176	46,2 %	919	36,1 %	197	7,7 %	256	10,1 %
1985	3294	2622	79,6 %	1423	55,0 %	713	27,6 %	202	7,8 %	249	9,6 %
1989	3484	2779	79,8 %	1600	58,6 %	591	21,6 %	216	7,9 %	325	11,9 %
1993	3530	2553	72,3 %	1203	49,0 %	588	23,9 %	241	9,8 %	424	17,3 %
1997	3765	2597	69,0 %	1019	40,4 %	938	37,2 %	151	6,0 %	413	16,4 %
2001	4049	2321	57,3 %	23675	44,0 %	24937	46,3 %	4329	8,0 %	924	1,7 %
2006	4075	2150	52,8 %	17845	35,3 %	22162	43,8 %	5444	10,8 %	5159	10,2 %
2011	4234	2321	54,8 %	20928	38,2 %	20002	36,5 %	4091	7,5 %	9779	17,8 %
2016	4515	2318	51,3 %	19449	36,2 %	19972	37,1 %	6110	11,4 %	8230	15,3 %
2021	4710	2734	58,1 %	22147	34,0 %	19464	29,8 %	5441	8,3 %	18168	27,9 %

Kommunalwahl Bickenbach 2021 - Gemeinde

Parteien	Prozentuale Ergebnisse	Sitze
SPD	33,96%	9
CDU	29,84%	7
FDP	8,34%	2
KOMM,A	27,86%	7



Die Wahlbeteiligung in Bickenbach bei der Kommunalwahl 2021 liegt mit 58,1 % um 6,8 % über der im Jahr 2016. Mit 2.734 Wähler:innen nehmen daran 416 Personen mehr teil als vor 5 Jahren. Die nachfolgend als 'fiktiv' benannten Werte ergeben sich aus der Division der absolut erhaltenen Stimmen durch die Zahl der maximal zu vergebenden 25 Stimmen pro Wähler:in.

Dies ist Voraussetzung, um die folgenden Feststellungen nachvollziehen zu können.

- Bei der Kommunalwahl in Bickenbach 2021 wird die **SPD** mit 33,96 % stärkste Fraktion in der neuen Gemeindevertretung, verliert gegenüber der Wahl vor 5 Jahren aber 2,2 % trotz eines Plus von 2.698 erhaltenen Stimmen. *Fiktiv haben wenigstens 886 Wähler:innen der SPD und ihren Kandidat:innen Stimmen gegeben – das sind 108 mehr als 2016.* Die SPD erreicht damit ihr schlechtestes Ergebnis seit 70 Jahren.
- Die **CDU** verliert bei 29,84 % Stimmanteilen gegenüber der Wahl vor 5 Jahren 7,3 % bei einem Minus von 508 absolut erhaltenen Stimmen. *Fiktiv haben wenigstens 779 Wähler:innen der CDU und ihren Kandidat:innen Stimmen gegeben – das sind 20 weniger als 2016.*
- Die **FDP** verliert bei 8,34 % Stimmanteilen gegenüber der Wahl vor 5 Jahren 3,1 % bei einem Minus von 669 absolut erhaltenen Stimmen. *Fiktiv haben wenigstens 218 Wähler:innen der FDP und ihren Kandidat:innen Stimmen gegeben – das sind 26 weniger als 2016.*
- **KOMM,A** gewinnt bei 27,86 % Stimmenanteilen gegenüber der Wahl vor 5 Jahren 12,6 % bei einem Plus von 9.938 absolut erhaltenen Stimmen. *Fiktiv haben wenigstens 727 Wähler:innen KOMM,A und ihren Kandidat:innen Stimmen gegeben, das sind 398 mehr als 2016. KOMM,A hat ihren Wählerstimmenanteil nahezu verdoppelt.*

Nach Mandaten bzw. Sitzen in der neuen Gemeindevertretung bleibt deren Zahl mit 9 für die SPD gleich gegenüber der vergangenen Amtszeit.

Die CDU erreicht 7 Mandate, zwei weniger als zuvor.

Die FDP erreicht 2 Mandate, eins weniger als 2016.

KOMM,A erreicht 7 Mandate, drei mehr als in der abgelaufenen Amtszeit des Gemeindeparlaments.

Für die Bildung einer parlamentarischen Mehrheit in Bickenbach ist jede Fraktion mindestens auf die Stimmen aus einer anderen angewiesen, die FDP benötigt dafür Stimmen aus zwei anderen Fraktionen.

Bewertung des Wahlergebnisses (KOMM,A-Homepage, 17. März 2021, Auszug)

„Ganz zweifelsohne hat KOMM,A mit einer Steigerung ihres Wähler:innenstimmenanteils um 12,6 % ein außerordentlich gutes Wahlergebnis erzielt. Seit 1972 ist ein solcher Sprung in Bickenbach lediglich der CDU bei der Wahl 1997 mit einem Zugewinn um 13,3 % einmal gelungen, sicher als Folge der Übernahme des Bürgermeisteramtes durch ihren Kandidaten Günter Martini im Jahr 1994. Damals wie heute hatten alle konkurrierenden Parteien leichte bis starke Stimmverluste hinnehmen müssen.

Die Wahl von Markus Hennemann zum Bürgermeister Ende 2017 hat der SPD keinen Stimmenzuwachs bei der folgenden Kommunalwahl in 2021 beschert. Im Gegenteil: Die SPD verlor 2,2 % ihrer Stimmen und erzielte ihr historisch schlechtestes Wahlergebnis in Bickenbach. Die Stimmenverluste von CDU und FDP kamen diesmal eher nicht der SPD als Partei des Bürgermeisters zugute. Unabhängig von möglichen Wählerwanderungen hat saldiert allein KOMM,A hinzugewonnen. Daher wurde KOMM,A in der Presseberichterstattung auch als „Wahlsieger“ proklamiert, obwohl KOMM,A weiterhin „nur“ drittstärkste Fraktion geblieben ist.

Betrachtet man sich die absoluten Zahlen der Wähler:innen, die den Parteien wenigstens eine Personenstimme gegeben haben (fiktive Zahl der Wähler:innen), hat die SPD gegenüber 2016 einen Zugewinn von gut einem Achtel errungen, CDU und FDP haben geringe Verluste hinnehmen müssen. KOMM,A hingegen hat ihren Wert mehr als verdoppelt. ()

Für die Ergebnisse unserer Konkurrenz bieten sich folgende Erklärungsansätze an:

- Die SPD lebt von ihrer in Bickenbach immer noch sehr hohen Stammwählerschaft und trotz so dem überregional negativen Trend. Deren Potenzial schmilzt – mit kleinen gegenläufigen Ausreißern – stetig von 1972 über 65 % auf aktuell gerade noch 34 %. Der Amtsbonus von Bürgermeister Hennemann hat diesen Trend möglicherweise verlangsamt.
- Die CDU leidet aktuell durchaus an ihrer bundesweiten Schwäche durch verschiedene Anlässe: 'Götterdämmerung' von Kanzlerin Merkel, unklare Nachfolge, Impf- und Testdesaster im Kampf gegen Corona, Maskenskandal u.a.m. Es gibt aber auch Indizien für kommunale-interne Probleme: Der Spitzenkandidat wird beim Kumulieren deutlich heruntergestuft, der seitherige Fraktionsvorsitzende wird schon bei der Listenaufstellung abgewertet, die Listenreihenfolge wird deutlich durcheinander gewirbelt. Es gibt keinen Bürgermeister-Amtsbonus mehr.
- Die FDP verfügt in Bickenbach über eine verlässliche Stammwählerschaft. Deren Volumen liegt aber klar unter ihrem Spitzenwahlergebnis von 2016. Die Kräfteverhältnisse wurden zurechtgerückt.

Nach dem von unseren Wählerinnen und Wählern erhaltenen Feed Back haben wir weit über unser klassisches Wählerpotenzial hinaus aus allen politischen Lagern der Gemeindevertretung Stimmen gewinnen können. Dies ist im Wesentlichen aus kommunalpolitischen Erwägungen motiviert. KOMM,A ist parteipolitisch ungebunden und tritt ihrerseits nur zu Kommunalwahlen an. Selbst unterstellt, alle Grünen-Wähler:innen hätten für die Gemeindevertretung KOMM,A gewählt, liegt das KOMM,A-Wahlergebnis deutlich über dem Ergebnis der Grünen in Bickenbach zur Kreistagswahl.

Für das gute Abschneiden von KOMM,A sehe ich v.a. zwei Ursachen:

- Die Auseinandersetzung um das Schlossallee-Projekt, der sogenannten 'Neuen Mitte', und in diesem Zusammenhang um eine gute Bauleitplanung für die Bickenbacher Ortsmitte war wahlentscheidend. Die Verweigerung einer umfassenden Bürgerbeteiligung, die Unterlassung, alternative Planungs- Bbauungskonzepte vorzustellen, das Beharren auf dem alten Konzept auch nach der verlorenen Normenkontrollklage, die Ignoranz gegenüber 750 Bickenbacher Bürger:innen, die sich in einem Appell im Winter 2017/2018 für ein Planungs-Moratorium ausgesprochen hatten und das Wegwischen nahezu aller Einwendungen aus der Bürgerschaft bei den mittlerweile drei Offenlegungsverfahren durch die drei etablierten Parteien in Bickenbach hat zu einer Abkehr vieler ihrer Wähler:innen geführt. Nicht von ungefähr entspricht die Zahl unserer Wähler:innen ziemlich genau der Zahl der Unterstützer:innen des Appells.
- Sehr frühzeitig hat sich KOMM,A um die Sammlung derjenigen Bürger:innen bemüht, die mit dem Wirken der traditionellen Parteien in Bickenbach nicht – mehr – einverstanden sind. Dabei war lange Zeit offen, ob dies unter dem Label „KOMM,A“ erfolgen sollte oder ob eine neue Wähler:innen-Verbindung aus der Taufe gehoben werden könnte. Zwar wurde diese Frage letztlich pragmatisch zugunsten von KOMM,A entschieden, hat uns aber gerade wegen dieser Offenheit viel Sympathie gebracht.

Was von diesen Motiven letztlich schwerer gewogen hat, ist nebensächlich. KOMM,A muss in den nächsten Jahren zeigen, dass sie das in sie gesetzte Vertrauen auch verdient.“

Nach jeweils zweiseitigen Sondierungsgesprächen zwischen allen im Gemeindeparlament vertretenen Parteien entscheiden sich CDU und KOMM,A für eine Zusammenarbeit in den kommenden Jahren.



(v. l. n. r.: Alexander Reinfeldt, Olaf Gries, Ulrich Koch, Michael Weisbarth).

Am 21. April 2021 unterzeichnen beide Seiten eine entsprechende Vereinbarung.

Hier Auszüge aus **Presseerklärung ...**

Es "wird verabredet, in den kommenden Jahren den Fokus auf die Bereiche Nachhaltigkeit, Teilhabe, Soziales, Kultur und Ortsentwicklung zu legen, um die richtigen Weichen für die Zukunft einer wirtschaftsstarken, sozialen, gesunden, nachhaltigen und digitalen Gemeinde Bickenbach zu stellen.

Zu verschiedenen Politikfeldern werden konkrete Ziele vereinbart, unter anderem:

- Sicherstellung der Kinderbetreuung und der hausärztlichen Versorgung;
- nachhaltige Entwicklung des Gewerbegebietes;
- Umsetzung von Maßnahmen aus dem „Kommunalen Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsaktionsplan“;
- Entwicklung des Baugebietes Bachgewann mit angemessenem Anteil an sozialem und gemeinschaftlichem Wohnungsbau ebenso wie mit Einfamilienhäusern;
- Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs und Radverkehrsförderung;
- Schaffung eines „Tages der Vereine“ und einer Nachfolgeveranstaltung für das „Volksfest“;
- Abschaffung der Straßenbeiträge / Abschaffung der Straßenbeitragssatzung
- Ausbau von Interkommunaler Zusammenarbeit;
- Ausbau der digitalen Angebote, insbesondere auch in der Verwaltung.

Diese Ziele sollen unter weitestgehender Transparenz, in Kommunikation mit und unter Beteiligung der Bürgerschaft angegangen werden. Selbstverständlich sind alle Fraktionen der Gemeindevertretung eingeladen, daran teilzunehmen.

In diesem Sinn sollen bei den zu Beginn der Wahlperiode anstehenden Wahlen die drei wichtigsten gemeindlichen Funktionsstellen alle Fraktionen in angemessener Stärke berücksichtigt werden. Da derzeit die SPD den Bürgermeister stellt, werden wir für den Vorsitz der Gemeindevertretung Nils Zeißler von der CDU unterstützen und durch Bildung eines gemeinsamen Wahlvorschlags die Wahl von Barbara Fenske von KOMM,A zur Ersten Beigeordneten ermöglichen. Sollte nach der im Jahr 2023 anstehenden Wahl für das Bürgermeisteramt die parteipolitische Färbung im Rathaus wechseln, wollen wir den Grundsatz der angemessenen Beteiligung aller Fraktionen an diesen Funktionsstellen durch geeignete Veränderungen weiter sicherstellen.“

... und **Vereinbarung:**

PRÄAMBEL

"Kommunen sind die kleinsten politischen Verwaltungseinheiten, getragen von ihren Bewohnerinnen und Bewohnern. Kommunalpolitik ist das Recht einer Gemeinde, ihre Angelegenheiten im Rahmen der staatlichen Ordnung zu regeln. Sie gilt als die Art von Politik, die ganz nah an den Bürgerinnen und Bürgern ist und bei anstehenden Entscheidungen ein hohes Maß an Teilhabe ermöglicht. Kommunalpolitik ist die

Möglichkeit, das eigene Lebensumfeld in den verschiedenen Handlungsfeldern zu gestalten – als engagierte Bürgerin und engagierter Bürger, als verantwortliche Gewerbetreibende oder verantwortlicher Gewerbetreibender, als gewählte Repräsentantin oder gewählter Repräsentant, als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter der Verwaltung. Dafür braucht es eine aktive Gemeindevertretung, die, unabhängig von einseitigen Parteiinteressen, die aktuellen Themen angeht, planvoll und inspiriert, kommunikativ und integrierend. Hierfür legen wir mit dieser Vereinbarung unser Arbeitsprogramm für die nächsten fünf Jahre in der Bickenbacher Gemeindevertretung vor.

Die Folgen der Corona-Pandemie, Wirtschaftsförderung, Klimawandel, soziale Veränderungen, Digitaler Wandel, Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung, Förderung des Ehrenamtes, die Zukunft der Mobilität – alles wichtige Herausforderungen für die Bickenbacher Kommunalpolitik, für die wir Lösungen brauchen. Um die notwendigen konkreten Maßnahmen besser beurteilen und bewerten zu können, ist es hilfreich, einige Prinzipien dafür als Orientierung festzulegen. So entsteht eine gute Grundlage für ausgewogene Entscheidungen.

Unser **gemeinsamer Fokus** liegt auf

- **Nachhaltigkeit:** Der Begriff meint die Schonung von Ressourcen, den weiter gefassten Begriff des Umwelt- statt Naturschutzes und die Sicherstellung der Lieferketten ('end-to-end' - Verantwortung);
- **Teilhabe:** Dabei geht es um die Entwicklung einer Dialogkultur in Bickenbach. Ergänzend zur formellen Bürgerbeteiligung im Rahmen der HGO sollen Bürgerinnen und Bürger auch vermehrt informell miteinander ins Gespräch kommen. Das stärkt den Wunsch und die Verantwortung, das eigene Lebensumfeld zu gestalten;
- **Soziales & Kultur:** Wir verstehen darunter die Entwicklung eines Gemeinschaftsgefühls, einer Zugehörigkeit zu Bickenbach, wobei die Entwicklung einer Dialogkultur sich auch unmittelbar darauf auswirkt;
- **Ortsentwicklung:** Bickenbach ist ein attraktiver, familienfreundlicher, integrierender Ort, lebenswert, solidarisch und vital. Sozialer Wohnungsbau und Stätten der Begegnung sind integrale Bestandteile.

Dieser Verantwortung wollen sich beide Gruppierungen, CDU und KOMM,A gemeinsam stellen und die richtigen Weichen für die Zukunft einer wirtschaftsstarken, sozialen, gesunden, nachhaltigen und digitalen Gemeinde Bickenbach stellen, in welcher die Bürgerinnen und Bürger gerne leben.

Das Projekt Ortsmitte (Planungsstand 08.04.2021) ist ausdrücklich nicht Gegenstand dieser Vereinbarung. Hier haben KOMM,A und die CDU Bickenbach unterschiedliche Auffassungen, die sie auch weiterhin vertreten werden, ohne dass andere Bestandteile dieser Vereinbarung berührt sind."

Am 23. April 2021 berichtet das Darmstädter Echo über die Vereinbarung unter der

Schlagzeile:



In einem **Offener Brief an das Darmstädter Echo** am 25. April 2021 führen die Ortsvorsitzenden von CDU und KOMM,A unter anderem aus:

"In Bickenbach hat die Kommunalwahl ein neues, ein ausgewogeneres Kräfteverhältnis der politischen Gruppierungen ergeben. Alle angetretenen Parteien und Initiativen haben gleichberechtigt miteinander Gespräche geführt, um auszuloten, wie eine stabile und konstruktive Zusammenarbeit inhaltlich gestaltet werden kann. Am Ende dieses Sondierungsprozesses stand eine Vereinbarung von KOMM,A und der CDU.

Zu diesem Sachverhalt titelt das Darmstädter Echo in seiner Ausgabe am 23. April 2021: "CDU und Komma stellen SPD kalt". Diese Schlagzeile taugt keinesfalls als Zusammenfassung von Fakten, sondern allenfalls als persönliche Meinungsäußerung. Im schlimmsten Fall ist sie der populistische Versuch, mit einer reißerischen Bildsprache tradierte Klischees zu bedienen.

Ihre Überschrift suggeriert außerdem, die Bickenbacher SPD sei Opfer der politischen Entwicklung geworden. Dieser Eindruck entspricht selbstredend nicht den Tatsachen. Die SPD war und ist gleichberechtigte und von allen politischen Strömungen in Bickenbach gleichbehandelte Akteurin. Ziel unserer politischen Arbeit war und ist, nachhaltig und zukunftsfähig für unsere Gemeinde zu wirken, nicht politische Mitbewerber kalt zu stellen. ()

Wir stehen erst am Anfang der Arbeit der neuen Gemeindevertretung. Ob man den eigenen Ansprüchen gerecht geworden ist, lässt sich erst in Zukunft bewerten. Schlagzeilen wie die von uns kritisierte befeuern das zunehmend aggressivere politische Klima, nicht nur in Bickenbach.

Wir bitten um seriöse Berichterstattung."

Am 22. April 2021 treten zur Wahl des Gemeindevorstandes von KOMMA folgende Kandidat:innen auf einer gemeinsamen Liste mit der CDU:

1. Fenske, Barbara
2. Lyachenko, Ingrid
3. Köhler-Günther, Birgit
4. Lerch, Stefan
5. Bartz-Meyer, Almut
6. Correll, Sascha
7. Fetzer, Andreas
8. Gashi, Elida
9. Surrey, Florian
10. Ziegler, Birgit
11. Koch, Ulrich Friedrich
12. Lippok, Manfred
13. Merg, Gerlinde

Die gar nicht so neue Neue

Bickenbachs Erste Beigeordnete Barbara Fenske war schon einmal vor vielen Jahren politisch aktiv

Von Claudia Stehle

BICKENBACH. Bei der Konstituierung des neugewählten Bickenbacher Parlaments ist Barbara Fenske (Komma) zur neuen Ersten Beigeordneten als Nachfolgerin von Gerlinde Merg gewählt worden, die ebenfalls von Komma in den Gemeindevorstand entsandt worden war.

POLITISCHE KÖPFE

Die 69-Jährige, die zuvor beruflich als Geschäftsführerin eines privaten Unternehmens und dann als Mitarbeiterin in einer Landesbehörde tätig war, ist kein unbeschriebenes politisches Blatt. „Allerdings liegt mein direktes politisches Engagement in Bickenbach schon einige Jahre zurück, da ich zuletzt eher Politik aus der zweiten Reihe gemacht habe“, erläutert sie, die bereits im Alter von sechs Jahren nach Bickenbach gezogen ist.

Sie berichtet davon, wie sie in jungen Jahren ihren Einsatz in der Kommunalpolitik begann, als über das Vorhaben einer möglichen Umgehungsstraße im Osten der Gemeinde in Richtung Seeheim-Jugenheim diskutiert wurde. „Ich habe mich damals bei der Interessengemeinschaft Bickenbacher Bürger dafür eingesetzt, dass man die Umgehungsstraße nach Möglichkeit in den Westen verlegen sollte“, erinnert sie sich.

Nach diesem Einstieg in die Kommunalpolitik engagierte sie sich bei der Freien Liste



Barbara Fenske, Foto: privat

Umweltschutz Bickenbach (Flub), ohne allerdings für diese ins Parlament einzuziehen. „Gerade die Kommunalpolitik ist ein wichtiger Bestandteil meines Lebens geworden, da ich dafür eintrete, dass man nicht nur meckern, sondern auch machen soll“, beschreibt die Mutter von zwei Kindern und Großmutter von zwei Enkel ihre Motivation.

In diesem Engagement machte Barbara Fenske eine Pause, als sie sich beim Pfungstädter Reit- und Fahrverein RuF engagierte und dort auch den Posten der Vorsitzenden übernahm. „Man soll sich bei einem solchen Einsatz nicht verzetteln“, stellt sie fest. Nach diesen Ver-

einsaufgaben nahm sie ihre Arbeit für die Kommunalpolitik wieder auf.

„Ich habe jetzt das Amt der Ersten Beigeordneten übernommen, weil bei Komma viele neue Mitglieder als Neulinge die kommunalpolitische Arbeit beginnen und ich ihnen damit Gelegenheit geben möchte, sich erst mit der parlamentarischen Arbeit vertraut zu machen“, erklärt sie die Übernahme des neuen Amtes als Stellvertreterin von Bürgermeister Markus Hennemann (SPD). Dank ihrer vorigen beruflichen Erfahrung sei sie für diese Aufgabe gut vorbereitet.

„Außerdem bin ich inzwischen alt genug, um auch politische Angriffe an mir ab-

BICKENBACH

► 25 Gemeindevertreter sitzen im Bickenbacher Parlament. Wer sind die Menschen, die sich ums Gemeinwohl sorgen, die sich im politischen Streit die Köpfe heiß reden, um sie dann unter Umständen auch noch hinzuhalten? Das ECHO stellt politische Köpfe vor. (red)

perlen zu lassen“, stellt sie fest. Als Ziele für ihren Einsatz in diesem Amt nennt sie an erster Stelle den Erhalt des ländlich geprägten Charakter der Gemeinde und die Sorge dafür, dass es hier weiterhin Einkaufsmöglichkeiten, Arztpraxen, gute Wohnangebote und eine gute Verkehrsanbindung im ÖPNV gibt.

Nach ihrer Wahl hatte sie bereits ein Gespräch mit Bürgermeister Markus Hennemann (SPD) geführt und dabei vereinbart, dass man anstehende Fragen und Probleme bei festen Terminen gemeinsam besprechen und behandeln werde, auch im Kreis des Gemeindevorstandes.

Mit dem Vorwurf, eine politische Unbekannte im Ort zu sein, der teilweise im Zusammenhang mit ihrer Wahl geäußert wurde, kann Barbara Fenske gut umgehen. „Etliche der Leute, die dies geäußert haben, waren noch gar nicht geboren, als ich mich schon in Bickenbach engagiert habe“, merkt sie dazu an und ist sich sicher, dass auch diese Kritiker sie nun kennenlernen können.

Absprachegemäß steht Barbara Fenske auf dem ersten Platz der gemeinsamen Liste und sie wird zur Ersten Beigeordneten der Gemeinde Bickenbach gewählt. Ingrid Lyachenko und Birgit Köhler unterstützen sie als Beigeordnete im neuen Gemeindevorstand.

Im Sommer 2021 nimmt KOMM,A in einer neuen Ausgabe der „POSTILLE“ Stellung zu aktuellen Themen der Kommunalpolitik. Im Vorwort wird u. a. ausgeführt, **„DIE POSTILLE - Der alternative Blick auf Bickenbach“**

Die vorliegende „Postille“ nimmt eine vom grünen Ortsverband begonnene Publikationsreihe wieder auf.

In den Jahren 1996-1998 erschienen unter diesem Titel vier Broschüren, in welchen politische Themen unserer Gemeinde aus grünem Blickwinkel beleuchtet worden waren.

Klaus Peter Cramer erläuterte im Vorwort zur ersten Ausgabe die Zielsetzung:

“Drei bis viermal im Jahr wollen wir Sie mit unserer kleinen Broschüre über die Lokalpolitik, die Arbeit der politischen Gremien im Ort () und die Aktionen von Bürgerinitiativen informieren. Dazu wollen wir mit unseren Meinungen, Positionen und

mit unseren Sachargumenten nicht hinter dem Berg halten.

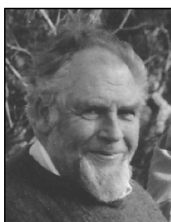
Unter dem Begriff ‘Postille’ ist, laut Duden, ein religiöses Erbauungsbuch oder eine Predigtsammlung zu verstehen. Wir wollen und werden aber keine Predigten halten, sondern Sie (...) informieren und unterhalten. Dabei werden wir zeigen, daß Politik weder ‘ein schmutziges Geschäft’ ist, noch ‘den Charakter verdirbt’. Wir verstehen unter Politik, daß Gruppen, Organisationen, Individuen, Parteien, Parlamente und Regierungen durch Verhalten und Handeln Einfluß nehmen auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens. Daß dabei die Politik auf Interessen und Wertvorstellungen der Mitglieder einer Gesellschaft beruhen ist uns klar. Mit der ‘Grünen Postille’ wollen wir Sie ganz offen mit unseren Wertvorstellungen und Zielen bekanntmachen.”



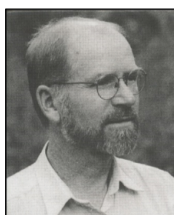
14. IN MEMORIAM

Fünf unserer ehemaligen Mitstreiter sind verstorben.

Dr. Carl Mumm im Jahr 1985 (leider kein Foto vorhanden)
Kandidat zu den Kommunalwahlen 1981



Werner Lautz im Jahr 1996
Gemeindevertreter von 1987 bis 1993
Fraktionsvorsitzender (Die Grünen)
von 1987 bis 1989



Hermann Benjes im Jahr 2007
Gemeindevertreter und Fraktionsvorsitzender (FLUB)
von 1981 bis 1985



Jürgen Huchzermeier im Jahr 2020
Kandidat zu den Kommunalwahlen
2011 und 2016



Peter Janek im Jahr 2021
Ehrenamtlicher Beigeordneter
von 1981 bis 1983

Zu Werner Lautz:

Werner Lautz war unbeirrbar in Dingen, von denen er überzeugt war. Die Giftmüllverbrennung in der Sondermüllverbrennungsanlage (SVA) Biebesheim war Hauptanliegen seiner politischen Tätigkeit. Dabei vergaß er nicht, andere mitzunehmen. Sach- und fachkundig trug er zur Information der Bevölkerung bei. Hier zwei Beispiele aus dem Bickenbacher Magazin:

- Giftmüllverbrennung in Biebesheim - Keine Gefahren für Bickenbach? Beitrag von Werner Lautz im Bickenbacher Magazin, Heft 33, September 1989
- SVA-Biebesheim unter der Lupe Beitrag von Werner Lautz im Bickenbacher Magazin, Heft 48, Juni 1993

(jeweils erschienen im MATCHBALL-Verlag Thomas Klang)

P E R S Ö N L I C H E S

Erinnerungen an **Werner Lautz (1928 -1996)**
– ein unermüdlicher Streiter für Umweltschutz
in Bickenbach

Eine persönliche

Erinnerung von

Birgit Köhler-Günther

Aus unserem Kreis kenne ich Werner die längste Zeit. Zwei seiner ältesten Kinder waren mit mir in der Bickenbacher Grundschule, das war 1960.

Umweltpolitisch Furore hat Werner seit dem Bau der **Hessischen Industrie Müllverbrennungsanlage (HIM)** in Biebesheim gemacht. Lange bevor es in Bickenbach grüne Aktivitäten gab, veröffentlichte Werner schon Briefe und machte als Ein-Mann-Aktionen mit Flugblättern auf die Schadstoffbelastung der HIM aufmerksam. Ich erinnere mich noch gut daran, daß ihn damals zunächst viele als aufmüpfigen Außenseiter gesehen haben, der mit den Dioxinbelastungen doch weit übertreibe. Er war der erste in Bickenbach, der die Gefahr, die von der HIM ausgeht richtig eingeschätzt hat und sich auch sofort zu Wort gemeldet hat.

Ohne sein ständiges Bemühen wären Viele hier überhaupt nicht auf die Emmissionsgefahren aufmerksam geworden. Der Müllberg mußte ja beseitigt werden, was bei der Verbrennung von Sonderüll passiert, hat damals kaum jemanden interessiert. Wie recht er hatte, zeigte sich erst viel später, als eine Erweiterung der HIM abgelehnt wurde und Filter eingebaut werden mußten.

Werner Lautz war quasi ein Vorstreiter für „Grüne Politik“ in Bicken-

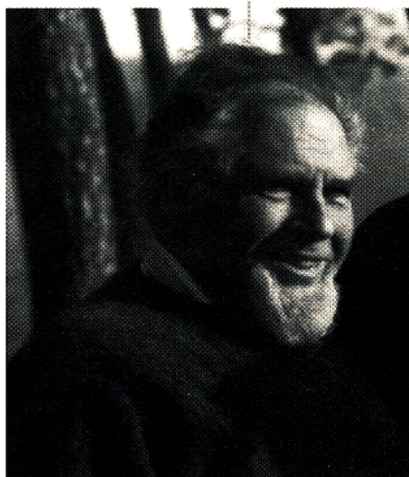
bach. In persönlichen Kontakt kam ich mit ihm, als er mich bat, sein Plakat gegen die HIM, das er über viele Jahre einsetzte, zu begutachten. Als sich dann die **Freie Liste für Umweltschutz (1979)** und später der **Ortsverband Die Grünen (1985)** gründeten, war er selbstverständlich unterstützend dabei. Von 1985 bis zu seinem Tod mischte er aktiv in der Bickenbacher Politik mit.

Fasziniert und bewundert hat mich, seit ich ihn kenne, sein unbeugsamer Wille, sich für das einzusetzen, was er für richtig erkannt hatte, auch wenn er andere damit vor den Kopf stieß. Schon lange, bevor die Jeans-Mode favorisiert wurde, hatte er bereits seine eigene Kleidermode „Cordhose und Pullover“ kreiert.

Erst kürzlich fragte ich ihn einmal nach seinen Erfahrungen als Familienvater. Seine ältesten Kinder sind über vierzig, sein jüngster Sohn gerade Jugendliche. Er ist also über Jahrzehnte immer in Erziehungsverantwortung gewesen. Er erzählte mir gerne von der Zeit, als er mit seinen Kindern allein den Haushalt zu schmeißen hatte. Als es noch kein TV gab, wäre das recht einfach gewesen. Die Wäsche, Kochen und Haushalt und Gesellschaftsspiele wären ohne große Probleme gemeinsam von

allen gemacht worden. Erst als die unterhaltsamen Serien Einzug ins tägliche Fernsehprogramm Einzug gehalten hätten, wäre es ihm zunehmend schwerer gefallen, mit den Kindern noch eine gemeinsame Zeit zu gestalten. Das Fernsehen hätte da viel kaputtgemacht.

Aus der grünen Politik in Bickenbach war Werner Lautz nicht wegzudenken. Er hat, was die HIM angeht beispielhaft vorgelebt, was langer Atem und entschlossenes Eintreten für eine Sache heißt. Auf viele Aktionen hat er uns aufmerksam gemacht und uns immer wieder Informationen zukommen lassen. Er hat lange Zeit den



Schaukasten in der Sandstraße bestückt, hatte dafür auch eine glückliche Hand. Wenn er für eine Sache war, dann stritt er nach allen Regeln der Kunst bis zur letzten Instanz. Wenn ein Thema nicht seins war, schaute er geduldig zu und meinte manchmal „Na, wenn ihr das so machen wollt, dann macht's halt“ und ließ uns unseren Weg gehen.

Obwohl es Werner das letzte Jahr gesundheitlich nicht mehr so gut ging, hat er nie darüber geklagt. Wenn er konnte, war er da, manchmal auch nur, um da zu sein und tätig zu werden, wenn er angefragt wurde. Er hoffte, nach seiner Herzoperation wieder mit mehr Elan mitwirken zu können.

Mit Werner Lautz verlieren wir **Bündnis 90/Die Grünen** und alle, die mit ihm Umweltpolitisch verbunden waren einen geselligen, gemütlichen und zugleich widerstandsfähigen und streiterproben Mann einer Generation, die sich sonst eher bedeckt hält.

Menschen in unserer Region wie Werner Lautz sorgten letztlich dafür, dass ein 'Human Biomonitoring' an Grundschulkindern durchgeführt worden ist. Dadurch konnten Schadstoffe in menschlichen Organismen nachgewiesen werden. Die Ergebnisse des Bio-Monitoring konnten nicht beweisen, dass die Giftmüllverbrennung die alleinige Quelle für die nachgewiesenen Schadstoffe war - also andere Verursacher konnten nicht ausgeschlossen werden. Immerhin führte das Monitoring zu erhöhten Sicherheitsauflagen für die Giftmüllverbrennung in Hessen.

(Definition „Biomonitoring“ aus Wikipedia: 'In der Arbeits- und Umweltmedizin versteht man darunter (auch engl. Biological Monitoring) die Bestimmung von Schadstoffen, ihrer Stoffwechselprodukte und deren im Organismus an Proteine oder an die DNA gebundenen Formen. Diese Substanzen können in Körperflüssigkeiten quantitativ nachgewiesen werden. Das Biomonitoring stellt so eine wertvolle Möglichkeit dar, den einzelnen Menschen vor den Wirkungen gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe zu schützen (Individualprävention). Durch Bioüberwachung bzw. engl. Biomonitoring kann die vom Einzelnen aufgenommene Schadstoffdosis spezifisch und sensitiv erfasst werden.)

Hier ein Beispiel aus einem Flyer des Grünen Ortsverbandes im Januar 1989:

Was können Sie gegen den Bau des 3. Ofens in Biebesheim tun ?

Unterstützen Sie die Ablehnung des Bickenbacher Parlaments durch Ihre Einwendung.

Prinzipiell hat jeder Betroffene das Recht, durch eine Einwendung im Planfeststellungsverfahren gegen den 3. Ofen vorzugehen. Die Einwendungen werden beim Regierungspräsidenten in Darmstadt gesichtet und in einem Anhörungsverfahren, zu dem Sie als Einwender geladen werden, erörtert. Zur Teilnahme am Anhörungsverfahren besteht keine Pflicht.

Folgende Einwendungsmöglichkeiten gibt es:

- Sie gehen in die Rathäuser der Gemeinden Riedstadt, Biebesheim, Griesheim, Pfungstadt, sehen sich alles an und diktieren dem Beamten Ihre Einwendungen.
- Verschiedene Bürgerinitiativen haben eine Sammeleinwendung vorbereitet, die Sie unterschreiben. Die gesammelten Unterschriften werden am 13.11.1989 dem Regierungspräsidenten übergeben. Die Unterschriften für die Sammeleinwendung können Sie an unserem Stand am 28.10.89 zwischen 10 und 12.30 Uhr vor dem EdekaMarkt Bloser leisten.
- Werner Lautz ist bereit, bei Fragen zu Einzeleinwendungen zu beraten. Wenden Sie sich bitte an ihn, Tel. 2566. Einzeleinwendungen sind detaillierter und müssen erörtert werden.

Weitere Informationen erhalten Sie am Stand des Ortsverbandes DER GRÜNEN Bickenbach am 28. Okt. '89 (Samstag) Zwischen 10⁰⁰ und 12³⁰ Uhr vor dem Edeka-Markt.

V.i.S.d.P.G.: W.Lautz, 6101 Bickenbach, Außerhalb

Zu Hermann Benjes:

"Heckengärtner, Naturfotograf und Schriftsteller, geboren am 27. April 1937 in Drakenburg/Niedersachsen. Hat im deutschsprachigen Teil Europas seit 1981 mit Tausend Diavorträgen eine Spur hinterlassen, die sich nie wieder ausradieren lässt. Aus einer originellen Idee seines Bruders Heinrich entwickelte er die inzwischen weltbekannte Benjeshecke; laut SPIEGELspecial 'das erfolgreichste Flurbelebungs-konzept der Naturschutzgeschichte' und mit tausend Kilometern Benjeshecken der beispellose Erfolg einer wegweisenden Idee.

Seine humorvolle Sprache ist mit den Jahren noch drängender, ungeduldiger und radikaler geworden. Benjes beschränkt sich heute nicht länger auf die Rettung der Artenvielfalt, sondern stellt der Naturzerstörung die Armut der Menschen und die Massenarbeitslosigkeit entlarvend gegenüber. Dieser Übergang von der ökologischen zur sozialen Erosion ist für ihn auch das Ende einer Scheuklappensicht, die den organisierten Naturschutz bisher daran gehindert hat, ein Tabu zu brechen: das Geldsystem zu sehen und zu hinterfragen! Benjes ermutigt seine Leser, aus diesem neuen Geldwissen persönliche Konsequenzen zu ziehen - und schafft damit eine in Naturschutzkreisen bisher nicht zur Verfügung stehende Grundlage für Zukunftsfähigkeit und Optimismus."

aus: Hermann Benjes „Die Vernetzung von Lebensräumen mit Benjeshecken“, Natur & Umwelt - Verlag, Bonn 1998 (Bucheinband Rückseite)

Aufruf, weniger Müll zu produzieren

Umweltminister Karl Schneider möchte die Grube Messel, eine der wertvollsten Ausgrabungsstätten der Welt, in eine Müllkippe verwandeln. Die Gelegenheit ist günstig, denn teils interessiert sich nur eine unbedeutende Minderheit für alte Tierknochen, teils ist die Gegend dünn besiedelt; es werden also kaum Wählerstimmen riskiert.

Erschwerend wirkt sich allerdings aus, daß die Grube Messel in spätestens 20 Jahren randvoll sein würde. Hundert Millionen Jahre alte Zeugen der Urzeit und kommende Menschheitsgenerationen werden also wegen einer nur 20 Jahre dauernden „Müllsekunde“ für immer von einander getrennt. Eine Gesellschaft, die sich das bieten läßt, hat auch keinen anderen Umweltminister verdient. Als Vorstandsmitglied des Bundes für Umwelt und Naturschutz der davon betroffenen Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg verwehre ich mich gegen diese ungeheuerliche Schändung einer unvergleichlichen Ausgrabungsstätte, die allein schon aus ökologischen Gründen einen unantastbaren Naturdenkmalstatus verdient.

Da wir als fleißige Müllproduzenten alle mitschuldig werden, ist der einzelne aufgerufen, ab sofort weniger Müll als bisher zu produzieren. Das Müllaufkommen kann schlagartig um ca. 25 Prozent gesenkt werden. Damit würde die Grube Messel auf Jahre hinaus - und hoffentlich für immer - der Schändung durch Menschenhand entrückt werden. In vielen Gemeinden werden noch immer größere

Mülltonnen gefordert. Richtig wäre, kleinere anzubieten, um das Müllaufkommen von vornherein dem steigenden Umweltbewußtsein anzupassen. Mit einfachsten Mitteln und Maßnahmen läßt sich - wie gesagt - die Müllmenge pro Normalhaushalt um ca. 25 Prozent senken, indem Papier nicht mehr zerknüllt im Papierkorb (und damit in der Mülltonne) landet, sondern flach, platt und raumsparend in einem alten DIN-A4-Kuvert, das dann bei Gelegenheit mit alten Zeitungen in handlich verschnürten Paketen dem Papierrecycling zugeführt werden kann.

Gartenbesitzer, die einen Komposthaufen anlegen, können den Hausmüll sogar auf ca. 50 Prozent reduzieren und schaffen damit gleichzeitig ein reizvolles Kleinbiotop und leisten einen wichtigen Beitrag zum Vogelschutz. Leider sehen die Besitzer kleiner Gärten im Kompost noch immer ein ästhetisches Übel und belasten die Müllabfuhr noch zusätzlich mit Unkraut und Rasenschnitt. Viele (ich selbst früher leider auch) halten sich für besonders umweltbewußt, wenn sie der überquellenden Mülltonne stolz einen behördlich genehmigten Müllsack für 1,50 Mark prall zur Seite stellen!

Ganz schlimm wird es beim herbstlichen Laubzusammenfegen. Anstatt diese wertvolle Biomasse umweltschonend verrotten zu lassen, werden abenteuerliche Laubvernichtungskaktionen durch gutnachbarliche Lagerfeuer, Nacht-und-Nebel-Fahrten mit

dem Auto oder über die reguläre Müllabfuhr inszeniert. Das Zeitalter der Doppel- und Drillingsgaragen neigt sich dem Ende zu. Bald wird schon keiner mehr wahrhaben wollen, daß Zweitmülltonnen Statussymbole einer Wegwerfgesellschaft gewesen sind.

Für die Grube Messel kommt dieses Umdenken möglicherweise zu spät. Dieses Kleinod unserer Erde darf geschändet werden, weil wir uns noch immer nicht vorstellen können, daß auch eine demokratisch zustandgekommene Entscheidung durchaus ein Umweltverbrechen sein kann (siehe Startbahn West). Wir haben gelernt, daß Mehrheiten zu respektieren sind und übersehen dabei nicht selten, daß die Zahl der nach uns Kommenden größer ist als die Zahl der zur Zeit Lebenden.

Karl Schneider verdankt seinen Posten dem Umweltskandal seines Vorgängers. Wir Bickenbacher sind trotzdem mächtig stolz auf seine Ernennung zum Umweltminister gewesen und haben ihm durch unseren Fanfarenzug im wahrsten Sinne des Wortes den Marsch geblasen. Dem Bund für Umwelt und Naturschutz stehen andere Instrumente zur Verfügung. Sollten wir uns einmal gezwungen sehen, Karl Schneider den Marsch zu blasen, so wird dies eher im sprichwörtlichen Sinne geschehen.

Hermann Benjes
Vorsitzender der
Freien Liste Umweltschutz (FLUB)
Darmstädter Straße 21
6101 Bickenbach

Leserbrief im Darmstädter Echo, 6.01.1981

Statt uns selbst an einer Beschreibung seines Wirkens zu versuchen lassen wir Hermann Benjes lieber selbst zu Wort kommen.

Das Waldsterben in Bickenbach

von Hermann Benjes

Vor genau 10 Jahren begann ich mit dem Vortragsprojekt "Das Waldsterben in Deutschland", und am 13. Januar 1984 wurde dieser Diavortrag in Schaafheim (beim BUND) zum ersten Male gehalten. Das erschreckende Bildmaterial war im Schwarzwald schnell gefunden; bei der Suche nach besonders dramatischen Baumleichen wurde ich im Darmstädter Stadtwald fündig.

Heute hätte ich es leichter: brauchte einfach nur in den Bickenbacher Wald zu gehen. Bisher starb dieser Wald vor der eigenen Haustür ganz leise vor sich hin zwischendurch immer wieder mal gesundgebetet durch die "Alles-halb-so-schlimm"-Spezialisten. Man denke nur an die pressewirksame Heilwirkung der Bickenbacher Klärschlamm-Kompostgabel! Mir wären damals vor Staunen und Rührung fast die Tränen gekommen.

Heute vermeidet es der Gemeindevorstand, die Presse zu einem Waldspaziergang einzuladen, und dabei wäre doch der offizielle Besuch des Landrats kürzlich ein günstiger Anlaß gewesen. Bei dieser Gelegenheit hätte der Gesangverein unter todkranken Bäumen durch einen Grabgesang den passenden Rahmen bieten können.

Ich habe im Kreistag schon 1982 gefordert, darüber nachzudenken, was mit den entwaldeten Flächen nach dem Ende des Waldsterbens zu geschehen habe. Wer hätte gedacht, daß die höhnisch grinsenden Kommunalpolitiker von damals inzwischen recht kleinlaut und einsichtig geworden sind? Für den Wald kommen diese Spätzügler allerdings zu spät. Das Gefühl, völlig hilflos zu sein, vereint uns alle miteinander. Aber sind wir auch schuldlos? Wir Bickenbacher zum Beispiel? Oder können wir uns damit herausreden, daß der Einzelne hier in Bickenbach ja doch nichts machen könne?

Warum gehen z.B. die Lehrer nicht einfach mal geschlossen in den Wald, um den Kindern einmal zu zeigen, was dabei herauskommt, wenn das Wirtschaftswachstum zur ökologischen Verblödung der Bevölkerung führt? Den besonders empfindlichen Kindern der Abwiegler und Verharmloser könnte man ja zur Schonung der Psyche schwarze Tücher vor-

binden. So würde ihnen der Anblick von Baumruinen und Baumleichen erspart bleiben. Diese Kinder müßten dann selbstverständlich behutsam geführt werden, damit sie mit ihren Beinchen nicht über Baumwurzeln stolpern. Hinterher wären sie fein 'raus, brauchten sich um den Wald keine Sorgen mehr zu machen und könnten sich fröhlich auf eine Stufe stellen mit jenen, die hier in Bickenbach mit einem Brett vor dem Kopf herumlaufen und leider auch herumfahren.

Gemeint sind Leute, die zum Einkaufen im Supermarkt oder beim Bäcker mit dem Auto vorfahren, weil sie zu faul sind - dem Wald zuliebe - 300 oder 400 Meter zu Fuß zu gehen, mit dem Fahrrad zu fahren oder sich einer speziellen Einkaufskarre zu bedienen.

Wie kaputt muß der Wald eigentlich erst noch werden, bevor diesen Leuten die Schamröte ins Gesicht steigt? Wie viele Kinder müssen von Allergien geplagt sein und wie hoch muß die Krebsrate bei Kindern noch steigen, bis Autofahrer und Autofahrerinnen endlich begreifen, daß dieser Mißbrauch des Autos freiwillig gestoppt werden sollte?

50% aller Autofahrten werden innerörtlich bzw. im Umkreis von nur drei Kilometern vorgenommen! Mit anderen Worten: Niemand muß oder soll auf sinnvolle Autofahrten verzichten (tue ich doch selbst auch nicht!); es genügt völlig, diesen absoluten Quatsch des innerörtlichen Autofahrens zu beenden.

Das käme nicht etwa nur dem Wald zugute. Man denke doch nur mal an die frische Luft, die uns durch Einkaufsfahrer in Bickenbach gestohlen wird! Leidtragend sind vor allem ältere und behinderte Menschen, die zum Frischlufttanken eben nicht "mal eben in den Odenwald fahren" können, sondern auf Gedeih und Verderb dieser unnötig verdreckten Luft tagtäglich ausgesetzt sind.

Schulkinder, die das ja alles einmal auszubaden haben, sollten ihren Eltern ins Gewissen reden, anstatt davon zu träumen, sich bei erstbestener Gelegenheit selbst so einen Benzinstinker zuzulegen.

Beitrag im Bickenbacher Magazin, Heft 45, September 1992, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang:

Der Wetterhahn

von Hermann Benjes

Vergessen der gerupfte Gockel,
den Blitz und Donner so geschunden,
denn oben auf dem höchsten Sockel
seht Ihr den Hahn, den kerngesund.

Wie der jetzt wieder glänzt und strahlt
in seinem Goldgefieder;
kein Vogel stolzer in der Höhe prahlt,
so gnädig blickt hernieder.

Er sieht von oben in die Zimmer,
erblickt wohl auch so manches Huhn,
doch seine Sehnsucht, die wird nimmer
an einem Hühnerherzen ruh'n.

Da hilft kein Flennen und kein Beten,
das ist der Preis für diese Höhen:
Er wird nie eine Henne treten
und nie geplagt sein von den Flöhen.

Doch hat ein Bickenbacher Mann -
und zwar ein Hühnerhalter -
bei Nacht und Nebel dann...
o mein Gott - Walter!

Mit einer preisgekrönten Henne -
hinauf den Blitzableiter -
wagt er, wie ich sonst keinen kenne,
den Aufstieg bis zum Geht-nicht-weiter.

Kaum sind Mann und Henne oben -
Hühner sind ja schwindelfrei -
beginnt das Treten und ein Toben
als wäre es im Monat Mai.

Endlich ist der Hahn am Ende
seiner Manneskraft,
und mit seinem Huhn behende
dieser Mann den Abstieg schafft.

Drei Tage nach der Eskapade
beginnt das Rassehuhn zu legen;
und die Moral von der Ballade:
zur Bank damit - des Goldes wegen!

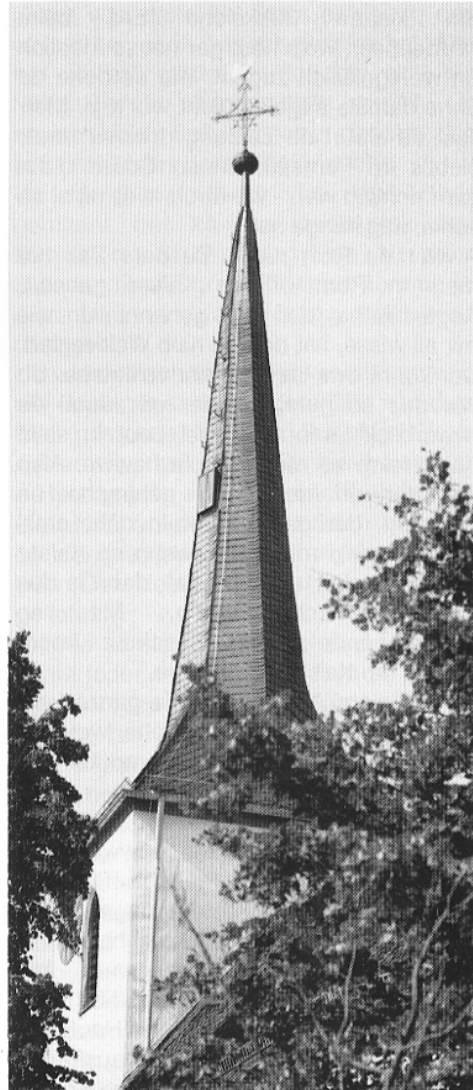


Foto: Hermann Benjes

Satirische Beiträge in Form von Presseinterviews mit Bürgermeisterin Frau Dalle, etwa ein Jahr vor der ersten Bürgermeister-Direktwahl im Bickenbacher Magazin, Heft 44 und 45, Juni und September 1992, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang: "Das Problem der Frau Dalle betrifft nicht alle"

oder

Beitrag im Bickenbacher Magazin, Heft 46, Dezember 1992, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang: "Der Wetterhahn"

Beitrag in der Zeitschrift 'natur' 10/94 Hermann Benjes von Claus-Peter Lieckfeld, abgedruckt im Bickenbacher Magazin 1995, Heft 57

Am 30. Oktober 2007 informiert das Darmstädter Echo über den Tod von Hermann Benjes:

Zu Jürgen Huchzermeier:

Aus dem Nachruf von KOMM,A im Februar 2020:

"Gestern ist unser Mitstreiter Jürgen Huchzermeier nach langjähriger Erkrankung und wenige Tage nach seinem 70sten Geburtstag verstorben. Jürgen war fast 10 Jahre lang Mitglied von KOMM,A. In dieser Zeit kandidierte er zweimal auf unserer Kommunalwahlliste zur Wahl in die Bickenbacher Gemeindevertretung. Wenn er gekonnt hätte, wie er wollte, wäre er in unserer Gemeinde mehr präsent gewesen.

Wir bewahren ihm ein ehrendes Andenken."

Hermann Benjes ist tot

Nachruf – Umweltschützer und ehemaliger Bickenbacher Politiker stirbt mit 70 Jahren

BICKENBACH. Der frühere Bickenbacher Kommunalpolitiker, Umweltaktivist und Schriftsteller Hermann Benjes ist am 24. Oktober (Mittwoch) in seinem niedersächsischen Wohnort Asendorf im Alter von 70 Jahren verstorben.

1937 im niedersächsischen Drakenburg geboren, lebte Benjes mit seiner Familie viele Jahre in Bickenbach und engagierte sich bei den dortigen Grünen, für die er zwischen 1981 und 1985 im Gemeindeparlament als Fraktionsmitglied aktiv war.

Über dieses kommunalpolitische Engagement hinaus wurde Hermann Benjes schon zu Beginn

der achtziger Jahre bundesweit bekannt, als er ein Konzept zur Flurbelebung durch Feldhecken – die nach ihm benannte Benjeshecke – entwickelte und in einem Buch festhielt. Bundesweit stellte er sein erfolgreiches Artenschutzmodell in Diavorträgen vor und schaffte damit zahlreiche Rückzugsgebiete für bedrohte Tierarten. Auch in der Bickenbacher Gemarkung wurde die Hecke nach seinen Vorgaben angelegt.

Neben diesem Einsatz auf dem Umweltsektor machte sich Hermann Benjes als Anhänger der Freiwirtschaftsbewegung und der Theorien von Silvio Gesell einen Namen. „Wer hat Angst vor Silvio Gesell? Das Ende der Zinswirtschaft bringt Arbeit, Wohlstand und Frieden für alle“, lautet der Titel seines Buches, in dem er 2003 für die Theorien Silvio Gesells warb. Auch in zahlreichen Fachvorträgen stellte er dessen Ideen vor. Zusammen mit Gleichgesinnten gründete er noch im selben Jahr in Kassel den Deutschen Freiwirtschaftsbund. Nachdem der Landschaftsgärtner in den Ruhestand gegangenen war, zog der Vater von erwachsenen Kindern zusammen mit seiner Ehefrau Greta zurück ins heimliche Niedersachsen.

Die Beerdigung ist am 10. November (Samstag) um 13 Uhr in Asendorf. ste

SICHTWEISEN

Außensicht

HERBERT ENGELHARD

Als damaliger Vertreter einer Partei, die es gewohnt war, bei Kommunalwahlen 50% und mehr der Wählerstimmen zu erringen, war für mich 1981 die Neugründung einer politischen Gruppierung, FLUB, schon eine spannende Angelegenheit.

Zur Erinnerung: Eines der Hauptthemen dieser Gruppierung war die Verhinderung der Ostumgehung Bickenbachs. Dieses Straßenbauprojekt hätte den Durchgangsverkehr (B3) durch die Gemeinde beseitigt und die Ortsentwicklung nachhaltig und positiv geprägt. Natürlich hätte diese Straße einen großen Eingriff in die Landschaft zwischen Alsbach, Jugenheim und Bickenbach bedeutet.

Das Projekt wurde nicht realisiert. Aus heutiger Sicht war das vielleicht auch gut so.

Neue politische Mitbewerber sind für die politisch Etablierten nicht nur Herausforderung, sondern auch Ansporn zugleich. Denn auch hier gilt, „Konkurrenz belebt das Geschäft“ und gibt neue Impulse.

Eine Person ist mir besonders und in positiver Erinnerung. Werner Lautz, der durch sein Engagement und seine Fachkenntnisse zur Sondermüllverbrennungsanlage in Biebesheim (HIM) mit dazu beigetragen hat, den geplanten 3. Ofen zu verhindern und auch das Problembewusstsein zur Sondermüllverbrennung in der Öffentlichkeit zu stärken.

Die seitherige Arbeit der Grün-Alternativen Bewegung in Bickenbach hat gezeigt, dass sie zu einer unverzichtbaren Gruppierung in der Bickenbacher Kommunalpolitik wurde. Aktuell zeigt dies die Diskussion zur geplanten Bebauung der Ortsmitte. Hier ist die Fraktion KOMMA nicht nur eine Bereicherung, sondern eine zwingende Notwendigkeit.

Bickenbach, den 30. August 2021

Herbert Engelhard

Mitglied der Gemeindevertretung von 1972 bis 1991, hier Vorsitzender verschiedener Ausschüsse und zeitweiliger 1. Beigeordneter, in dieser Zeit auch Partei- und Fraktionsvorsitzender der SPD.

ROLF MEYER

In Hessen fand im Jahr 1974 eine notwendige Gebietsreform statt. Die Gemeinde Bickenbach blieb in dem neugegründeten Landkreis Darmstadt-Dieburg eine eigenständige Gemeinde.

In der Wahlperiode 1972-1977 waren in Bickenbach nur SPD und CDU im Ortsparlament vertreten. In der folgenden Wahlperiode 1977-1981 kam die neugegründete FDP in die Gremien der Gemeinde. Später gab es dann FLUB (bis 1985), Bündnis 90 / Die Grünen (bis 1999) und dann, ab 2006 KOMM,A.

Die Entwicklungen der unter dem Begriff grün-alternative Politik firmierenden Parteien in Bickenbach sehe ich differenziert.

Der Start der FLUB kam überraschend und zeigte, dass in Bickenbach Dorferneuerung zu einem wichtigen Thema werden sollte. Die FLUB versuchte deutlich zu machen, dass eine geplante Verkehrsumgehungsstraße auf dem Gelände zwischen Bickenbach und Jugenheim nicht der richtige Weg zur innerörtlichen Verkehrsentlastung sein kann. Die ursprünglich geplante Umgehungsstraße wurde nicht gebaut.

Heute sehen wir, dass das Thema Verkehrsbelastung im Zusammenhang mit der erforderliche Dorferneuerung weiter auf der Agenda steht. Der Verkehr hat nochmals zugenommen, was auch an der schwierigen Parkplatzsituation im Ort sichtbar wird. Es wäre besser gewesen, die FLUB-Idee 'Benjes-Hecken zu pflanzen', zu verwirklichen.

Bündnis 90 / Die Grünen, die die FLUB ablösten, haben dann 16 Jahre lang mit großem Engagement und kommunalpolitischem Sachverstand die Parlamentsarbeit mitbestimmt.

KOMM,A, die auf die Grünen (2000) folgten, haben die Themen der Vorgängerparteien weiter intensiv verfolgt und bearbeitet. Bei dem Thema Ortsentwicklung/Ortsmitte fehlt ihnen meiner Meinung nach allerdings der interkommunale Ansatz.

Die Kommunalwahl 2021 hat die Sitzverteilung und auch die Mehrheitsverhältnisse im Gemeindeparlament verändert.

Die Beschlüsse zur Bebauung der Ortsmitte werden erst im nächsten Jahr 2022 in der Gemeindevertretung gefasst. Dieses Verfahren zieht sich nun schon fast 5 Jahre hin. Mir ist die Nähe von KOMM,A zur Bürgerinitiative zur Entscheidung der Ortsmitte zu intensiv.

Bickenbach, den 20. Oktober 2021

Rolf Meyer

Mitglied der Bickenbacher Gemeindevertretung von 1977-2003 und dort langjähriger FDP-Fraktionsvorsitzender, Mitglied des Kreisausschusses im Landkreis DA-DI von 1989-2006 als Kreisbeigeordneter und ehrenamtlicher Kreis-Wirtschaftsdezernent.

ROBERT MIDDEL

Aus heutiger Sicht war die Erweiterung der Bickenbacher Gemeindevertretung um eine vierte Fraktion FLUB im Jahr 1981 ein Gewinn. Dass die Ostumgehung zwischen Bickenbach und Alsbach bzw. Jugenheim nicht gebaut worden ist, war gut.

Dies haben allerdings viele Kräfte erreicht. Namentlich der frühere Bürgermeister von Seeheim Drauth (SPD) hat sich stark dagegen engagiert.

Die grünen Akteure Werner Lautz und Hermann Benjes sind mir noch sehr präsent. Allerdings hat es auch in den Reihen der CDU schon damals Menschen gegeben, die sich für Fragen des Natur-Schutzes und der -Pflege eingesetzt haben. In der CDU hat man sich manchmal daran gestört, dass Laien Fachleuten vorschreiben wollten, was der Natur guttut. Einige Bickenbacher Bauern hatten damals auf ihren Ländereien schon ähnliche Einrichtungen zum Schutz der Landschaft wie die von Benjes propagierten Hecken.

Der Wechsel von der FLUB zu den Grünen im Jahr 1985 stellte aus meiner Sicht kein Problem dar. Die Auflösung des grünen Ortsverbandes Ende 1999 dagegen hat mich irritiert. Bis Anfang der Neunziger Jahre stellten FLUB bzw. die Grünen nur wenige Anträge im Gemeindeparlament - angesichts der Mehrheitsverhältnisse war dies nachvollziehbar.

Entsinnen kann ich mich noch an eine Initiative der Grünen zur Waldaufforstung. Da wurde schon vorgeschlagen, statt reiner Kiefer-Kulturen auch Laubbäume aufzuziehen. Das kann man heute noch sehen in der Verlängerung der Erbsengasse zum Kaiserstein. Es wurde von den Aktiven versucht, auf die öffentliche Meinung einzuwirken.

Spätestens mit der Wahl Günter Martinis 1993 in das Bürgermeisteramt hat sich die Kommunalpolitik in Bickenbach deutlich gewandelt. Die Zusammenarbeit von CDU und Grünen für einen Umzug der Gemeindeverwaltung in die ehemalige 'Kaserne' 1995 hat die Gemeinde weitergebracht. Die offenkundigen Meinungsunterschiede zwischen CDU und Grünen hinsichtlich des Atomkraftwerks in Biblis lagen auch am Sachverhalt der Nichtzuständigkeit des Bickenbacher Gemeindeparlamentes. Die von den Grünen beantragten Resolutionen gegen einen Weiterbetrieb in Biblis waren wirkungslos.

Ab 2001 gab es in der Gemeindevertretung ohne die Grünen nur drei Fraktionen und für 10 Jahre eine Koalition zwischen den Fraktionen von CDU und FDP. Das Fehlen einer grün-alternativen Fraktion bis 2006 hat sich nach meiner Auffassung nicht negativ bemerkbar gemacht. Danach gab es mit KOMM,A wieder vier Fraktionen - nicht zum Schaden der Gemeinde.

Die grün-alternativen Fraktionen im Parlament haben am Gemeindegeschehen konstruktiv mitgewirkt.

Bickenbach, den 25. Oktober 2021

Robert Middel

fast 50 Jahre Mitglied der Bickenbacher Gemeindevertretung und 10 Jahre deren Vorsitzender, viele Jahre aktiv in verschiedenen Funktionen im Kreis Darmstadt-Dieburg.

Innensicht

Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geliehen!" war über 40 Jahre Wegweiser und Triebfeder unseres Handelns in unserer Gemeinde Bickenbach. Sehr viele Aktive bei der FLUB, den Grünen und der KOMM,A haben selbst Kinder. Tagtäglich ist man damit konfrontiert, in und unter welchen Verhältnissen unsere Kinder aufwachsen und unter welchen Bedingungen sie ihr eigenes Leben werden führen können bzw. müssen. So entwickeln sich Vorstellungen über die Zukunft. Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt äußerte einmal, "wer Visionen hat solle zum Arzt gehen". Wir Grün-Alternativen konnten wenig anfangen mit denen, die Politik lediglich als pragmatische Bewältigung der gerade drängenden akuten Alltagsprobleme verstanden haben. Träume und Visionen zuzulassen und zu entwickeln war und ist für uns Voraussetzung, politisch aktiv zu werden und zu sein.

Im Folgenden wird aufgezeigt, welche politischen Themen uns bewegt haben, wie die Akteurinnen und Akteure 'gestrickt' waren, die mit uns gemeinsam aktiv waren, wie wir uns organisiert und wie wir agiert haben.

Zur einfachen Beschreibung unserer politischen Grundhaltung taugt die Qualifizierung der Politik der 1979

Träume und Visionen zuzulassen und zu entwickeln war und ist für uns Voraussetzung, politisch aktiv zu werden und zu sein.

gegründeten Partei "Die Grünen" mit den Prinzipien "ökologisch - sozial - basisdemokratisch - gewaltfrei" gut.

"Global denken, lokal handeln!" bestimmt durchgängig unser Tun. Die FLUB-Generation stand noch unter dem Eindruck der Erkenntnisse des 'Club of Rome', niedergelegt in dem Bericht zur Lage der Menschheit "Die Grenzen des Wachstums" aus dem Jahr 1972. Die Terminologie 'Waldsterben' und 'Saurer Regen' wurde ungläubig bestaunt, belächelt und in Frage gestellt. Andererseits wirkten Ölkrise und temporäre Autofahrverbote wie ein Schock nach. In Südhessen war die Rodung eines großen zusammenhängenden Waldgebiets für den Ausbau des Frankfurter Flughafens mit der 'Startbahn West' ab 1980 Anlass für große Protestdemonstrationen. Der Reaktor-Unfall im Kernkraftwerk 'Three Mile Island' bei Harrisburg (Pennsylvania) in den USA 1979 wurde heruntergespielt bis die Reaktor-Explosion im sowjetischen Atomkraftwerk 'Tschernobyl' 1986 und in dessen Folge der atomare Fall Out uns plötzlich alle betraf. Die Anti-AKW-Bewegung wurde unüberhörbar. Müll-Vermeidung und -Wiederverwertung kamen als gesellschaftliche Debatte auf, noch bevor heute Ressourcenknappheit zu solchen Überlegungen zwingt. Die aktuelle globale soziale Bewegung von 'Fridays for Future' ist die logische Konsequenz.

In Bickenbach wirkten Hermann Benjes Berichte über Waldsterben fast exotisch - wovon redet der? Versuche, in Bickenbach sogenannte

Benjeshecken zur Flurbelebung anzulegen, scheiterten samt und sonders. Grün-Alternative setzten sich in der Region für die Durchführung des Humanbiomonitorings zur Untersuchung möglicher Folgen der Giftmüllverbrennung in Biebesheim ein, in Bickenbach verbunden mit Werner Lautz. Wir unterstützten die gemeindlichen Aktionen für 'Mehr Grün' aktiv. Wir flankierten das Renaturierungsprojekt am Landbach in Höhe des Erlensees, führten Aktionen zur Müllvermeidung durch, wir informierten und setzten uns ein für die Förderung von Solaranlagen und Anlagen zur Regenwasser- bzw. Brauchwassernutzung und initiierten verschiedene Maßnahmen gegen Hundekot auf Wegen und Straßen Bickenbachs. Der Versuch zur Reduzierung des innerörtlichen Durchgangsverkehrs mit der katastrophalen Idee für den Bau einer Ost-Umgehung wurde von uns bekämpft und war letztlich Geburtshelfer für unseren Zusammenschluss als Alternative zu den kommunal agierenden politischen Parteien in der 'Freien Liste Umweltschutz Bickenbach'. Die später gebaute West-Umgehung wurde von uns nicht grundsätzlich abgelehnt. Ausgehend von der Erfahrung, dass neue Straßen zusätzlichen Verkehr anziehen, plädierten wir dafür, als Ausgleich die Verlängerung der Pfungstädter Straße zur Autobahn zurück zu bauen. Diese Möglichkeit wurde in der Gemeindevertretung nie ernsthaft diskutiert. Eine Umsetzung der aktuellen Planungen für die sogenannte 'Neue Mitte' hätte nach unserer Auffassung erhebliche Folgen für die innerörtliche Verkehrssituation. Daher gab es Überlegungen, die vorliegende Dokumentation über unsere Geschichte mit "von

der Umfahrung der Ortsmitte" oder "vom Trog zur Brache" zu untertiteln. (Die Ostumgehung hätte in einem Abschnitt in einem Trog tiefer gelegt werden sollen - die 'Neue Mitte' liegt seit Jahren brach.) Über 40 Jahre machten wir uns stark für Tempo 30 flächendeckend im gesamten Gemeindegebiet, Verkehrsberuhigung durch Umwidmung von Straßen zu 'Verkehrsberuhigten Bereichen' (Spielstraßen), speziell in der mittleren Sandstraße, und für verschiedene Maßnahmen zur Schulwegsicherung, zum Beispiel die Schließung der Erbsengasse für den motorisierten Durchgangsverkehr. Dem Ziel einer umweltgerechten Mobilität versuchten wir mit praktischen Maßnahmen zur Förderung des fußläufigen Verkehrs sowie zur Verbesserung der Bedingungen für den Radverkehr gerecht zu werden, leider ohne wirklich Gehör zu finden. Vorschläge für eine Veränderung von Straßenquerschnitten beispielsweise in der unteren Hügelstraße oder einem Teil der August-Bebel-Straße wurden nicht aufgegriffen. Bereits in den Neunziger-Jahren und nochmals im Jahr 2011 unternahmen wir eine Initiative zur Gründung einer lokalen Car-Sharing Gruppe in Bickenbach. Leider fanden sich zu wenige MitbürgerInnen, die nach Begeisterung für die Idee praktische Schritte mitgegangen wären. Durchgängige Sorge bereitete uns das im nur 15 Kilometer Luftlinie entfernten Biblis betriebene Atomkraftwerk. Wir führten lokale Informationsveranstaltungen durch, verteilten Informationsmaterialien, beteiligten uns an vielen Demonstrationen vor Ort und versuchten die Gemeindevertretung immer wieder zur Beschlussfassung von Resolutionen gegen dessen Betrieb zu bewe-

gen. Viele Aktivitäten im ganzen Land ähnlich wie unsere führten nach der vorerst letzten atomaren Katastrophe im japanischen Fukushima im Jahr 2011 zum Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland aus der kommerziellen Nutzung der Atomenergie. Angela Merkel alleine hätte das nie geschafft!

Wir verstanden uns nie nur als ökologische Spartenveranstaltung. Der Herstellung von sozialer Gerechtigkeit und von gleichwertigen Lebensverhältnissen fühlten wir uns immer verpflichtet. Angelegenheiten des sozialen Zusammenlebens in der Gesellschaft wie die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, Hilfen, Familie und Berufstätigkeit unter einen Hut zu bringen, Leben und Sterben in Würde zu ermöglichen, die persönliche und gemeinschaftliche Entwicklung in Kindheit und Jugend zu fördern sowie Schutzsuchenden eine sichere Zuflucht zu gewähren, beschäftigten uns gleichermaßen.

Wir verstanden uns nie nur als ökologische Spartenveranstaltung. Der Herstellung von sozialer Gerechtigkeit und von gleichwertigen Lebensverhältnissen fühlten wir uns immer verpflichtet.

In Bickenbach machten wir uns stark für die Einrichtung einer Stelle Frauenbeauftragte in der Gemeindeverwaltung, die gegen unseren heftigen Widerstand wieder abgeschafft worden ist. In Fragen der Kinderbetreuung und der entsprechenden Kostengestaltung mischten wir uns immer wieder ein. Wir leisteten

Beiträge zur Konzeptentwicklung und zum Auf- und Ausbau der gemeindlichen Jugendarbeit wie des Jugendtreffs. Unser starker Einsatz für Aufbau und Erhalt der Skatebahn neben der Schule wurde leider schnell konterkariert durch Beschwerden der Anwohner:innen über Lärm. Bis heute ist es nicht gelungen, Jugendlichen adäquate Angebote zu machen. Die Unterbringung, Betreuung und soziale Integration von Flüchtlingen und ihren Familien in unserer Gemeinde galt unsere große Sorge. Der gewählte Standort für die Gemeinschaftsunterkunft an der Peripherie Bickenbachs in den Neunziger-Jahren sowie erneut knapp 20 Jahre später wurde von uns als kontraproduktiv und integrationsfeindlich heftig abgelehnt - leider ohne Erfolg. Positiv beeinflussen konnten wir Maßnahmen und Formen ihrer sozialen Betreuung. Wir reichten beim Land mit Erfolg Petitionen ein für das Bleiberecht von zwei Bickenbacher Familien, die abgeschoben werden sollten, obwohl deren Kinder hier schon sozial integriert waren. Die regelmäßige jährliche Vergabe von Spendenmitteln zur 'Humanitären Hilfe' durch einen eigenen Ansatz im gemeindlichen Haushalt (heute im Höhe von einem Promille des Haushaltsvolumens) seit etwa Mitte der Neunziger-Jahre wurde von uns nachhaltig betrieben, unterstützt und gegen Kürzungen verteidigt, nicht zuletzt auch als kleiner Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Zur Erleichterung der Teilhabe für ältere und kranke Menschen am öffentlichen Leben setzten wir uns für die Aufstellung zusätzlicher Sitzgelegenheiten mit kurzen Abständen im öffentlichen Raum ein. Technische und bürokrati-

sche Hindernisse waren einem guten Standortkonzept leider abträglich.

Willy Brand forderte die bundesrepublikanische Gesellschaft auf, "mehr Demokratie zu wagen". Das Modell der repräsentativen Demokratie, also die Verleihung der Gestaltungsmacht auf Zeit, verhindert nicht Abgehobenheit und Machtmissbrauch. Der Spontispruch, "wer seine Stimme abgibt, hat nix mehr zu sagen", verfehlte seine Wirkung auf uns nicht.

Wir haben uns immer für eine Verbesserung der Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger eingesetzt, sich an den politischen Entscheidungen zu beteiligen bzw. mitzuwirken. Wir unterstützten verschiedene Befragungen von Jugendlichen zur gemeindlichen Jugendarbeit, warben für Einmischung in die Kommunal-Politik und arbeiteten selbst aktiv im Agenda-21 Prozess mit. Wir waren maßgeblich beteiligt an der Gründung der 'Bürgerinitiative Ortsmitte Bickenbach', da wir den Eindruck bekommen hatten, dass die offizielle Politik kein ernsthaftes Interesse an einer Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung der Ortsmitte hatte. Unser Versuch, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Willensbildung und Entscheidungsfindung des Gemeindeparlaments zu verbessern, siehe 'Pakt für Bickenbach' und Richtlinien zur Bürgerbeteiligung' 2016, scheiterte zu einem Teil an gesetzlichen Regelungen zur Freiheit der Mandatsausübung der Mitglieder des Gemeinde-Parlaments. So bekommen Bürger*innen den Eindruck, dass man die Gewählten vor ihren Wählern schützen muss...

Nach dem Ende des II. Weltkriegs lautete die Erkenntnis der in Deutschland

Überlebenden "Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg"! Bereits in den frühen Fünfziger-Jahren wurde eine militärische Wiederbewaffnung debattiert. Mit dem Beitritt zur NATO, der Gründung der Bundeswehr und der Wiederaufnahme einer Rüstungsproduktion legte man sich politisch fest, dass dies der richtige Weg zur Friedenssicherung sei. Eine Volksabstimmung darüber gab es nicht. Immerhin wurde das individuelle Recht einer Verweigerung der Ableistung des Wehrdienstes in der Armee gewährt. Unter dem Eindruck des 'Kalten Kriegs' und v.a. des Krieges in und um Vietnam (1955 bis 1975) gab es in unserem Land eine beachtliche Friedensbewegung. Formen einer sozialen Verteidigung -eben ohne den Einsatz militärischer Rüstung/Waffen- wurden diskutiert und propagiert. Die Stationierung von Atomwaffen der USA auf deutschem Boden, damals mit Pershing II Raketen sowie Rüstungsproduktion und -export an fragwürdige Regimes wurden bekämpft. Diese Sichtweise wurde von uns weitgehend geteilt. Gesellschaftspolitisch spielten Fragen von individuellen und strukturellen Gewaltbeziehungen in der Ehe, bei der Kindererziehung, in Schulen und am Arbeitsplatz eine große Rolle.

Kommunalpolitisch gab es nur indirekt Möglichkeiten der Einflussnahme auf Formen von Gewalt. Wir beteiligten uns in den Achtziger-Jahren an Aktionen aus der Region gegen die Starfighter-Flugübungen über der Bergstraße und dem Melibokus zur Beendigung des Tiefflug-Lärms. Maßnahmen gegen das Vergessen der Folgen von Krieg und Gewalt wurden von uns nachdrücklich unterstützt. Die Verlegung der 'Stolper-

steine' vor dem damaligen Wohnhaus der letzten jüdischen Familie Benno Wolf im Jahr 2012 wurde von uns mit initiiert.

Die Beteiligung der Bundeswehr an Bombardements auf dem Balkan während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien Ende der Neunziger-Jahre unter Verantwortung einer Bundesregierung mit Beteiligung der Grünen als Koalitionspartner führte konsequenterweise bei uns in Bickenbach zu individuellen Austritten aus der Partei der Grünen und letztlich zur Auflösung des grünen Ortsverbandes.

Wir waren immer bestrebt, durch Taten und persönliches Verhalten zu überzeugen.

Wer waren die Akteurinnen und Akteure in den Reihen der Grün-Alternativen Bickenbachs?

Unsere personelle Zusammensetzung war immer sehr heterogen. Schon in der Gründungsphase waren wir offen nach vielen Seiten für gemeinsames Anpacken örtlicher Aufgaben. Sowohl Sozialdemokraten als auch Konservative engagierten sich gemeinsam mit uns. Unvereinbarkeiten spielten keine Rolle, wofür wir von Staatsminister Karl Schneider (SPD) im Jahr 1981 öffentlich attackiert worden waren. Bei uns gab es eine gute Mischung aus Einheimischen und Zugereisten. Zahlenmäßig war der Frauenanteil immer vergleichsweise hoch. Mit und für uns agierte über die Jahre starke, eigenwillige Persönlichkeiten, denen durchaus der Ruf vorauselte, im Umgang nicht einfach zu sein. Manche verhielten sich extrovertiert, andere

traten rhetorisch bzw. publizistisch verziert auf. Dritte arbeiteten lieber hinter den Kulissen, wirkten eher nach innen und sorgten für den Zusammenhalt. Wir waren immer bestrebt, durch Taten und persönliches Verhalten zu überzeugen. Die frühe Trennung von Ulrich Schmitt und Christoph Didion 1985 war für uns in den folgenden Jahren sehr lehrreich. Mehrfach machten wir Phasen personeller Umbrüche durch: Mitte der Achtziger-Jahre, 1992/1993, zwischen 2001 und 2006 und wieder 2020/2021. Diese Wechsel brachten uns neue Erfahrung und neue Power.

Über 40 Jahre war uns Unabhängigkeit wichtig. Trotz Geburtshilfe durch grüne Aktivisten im Landkreis gründete sich die 'Freie Liste Umweltschutz Bickenbach' parteiunabhängig.

Die Transformation von der FLUB zu einem Ortsverband der Partei die Grünen fünf Jahre später verlief nicht reibungslos. Über die Zeit als Teil der grünen Partei 1985 bis 1999 war durchgängig die Mehrheit der Aktiven persönlich nicht Mitglied der Grünen. Nach Auflösung des Bickenbacher grünen Ortsverbandes war klar, dass eine Neuorganisation in jedem Fall kommunal und parteiunabhängig erfolgen sollte.

Viele Aktive von uns haben sich im Ort außerhalb der Parteipolitik intensiv gesellschaftlich engagiert. Wir mischten uns ein gegen die Ost-Umgehung um 1980, bei der Elterninitiative in den Neunzigern, in den Agenda 21-Prozess um die Jahrhundertwende und waren beteiligt an der Gründung der 'Bürgerinitiative Ortsmitte Bickenbach' 2017. (Ein Sonderfall stellte unser Abseitsstehen bei der Initiative gegen das geplante Hochregallager der Firma Intersnack

Die Freiheit von gewählten Mitgliedern eines Parlaments, Entscheidungen ausschließlich vor ihrem Gewissen verantworten zu müssen, hat bei uns einen sehr hohen Stellenwert.

2015, da wir zunächst die genaue Planung abwarten wollten. Wenige Monate später nahm Intersnack Abstand von ihren Plänen am Standort Bickenbach.) Aber auch langjähriges Engagement, älteren Menschen als 'SILVER-SURFER' den Umgang mit neuen Medien und Techniken nahe zu bringen und einzuüben, bietet Beleg dafür. Unterschiedliche Personen unter uns waren an Vereinsgründungen von Raum für Frauen, dem Förderverein Bickenbacher Bahnhof, dem Partnerschaftsverein, dem FAIREin und dem Aufbau und Betrieb des Weltladens, dem Verein Bickenbach ohne Grenzen und dem Repair Café beteiligt und waren bzw. sind dort über viele Jahre aktiv.

Die Grün-Alternativen in Bickenbach waren bekannt dafür, aufmüßig zu sein, einen eigenen Kopf zu haben, vieles gegen den Strich zu bürsten, über den Tellerrand zu schauen und nach Alternativen zu suchen. Lange bevor die Attribute 'alternativ' und 'querdenkend' eine Bedeutungsveränderung bzw. einen Werteverfall erfahren hatten und durch AfD und Corona-Verschwörungstheoretiker in Verruf geraten waren, zeichneten wir uns durch solche Haltungen aus. Deshalb entschied sich die Mehrheit der Mitglieder von KOMM,A für die Beibehaltung des Namens 'Kommunale Alternative'.

Hermann Benjes hatte sich persönlich früh auf Themen wie Umweltschutz, Rettung der Artenvielfalt, Flurbele-

bung, Armut und Arbeitslosigkeit und Geldpolitik fokussiert. Er musste die Erfahrung machen, dass "Propheten im eigenen Land nichts gelten".

Wie haben sich die Grün-Alternativen in Bickenbach organisiert?

Uns war immer an einer hohen Durchlässigkeit zwischen den gewählten Gemeindevertreter*innen und der Ortsbevölkerung, unter den bei uns Aktiven sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern gelegen. Unsere Treffen, Mitgliederversammlungen wie Fraktions-sitzungen fanden grundsätzlich öffentlich statt - mit Ausnahme von Debatten über Themen, die nach Vorgabe des Gemeindevorstandes nicht-öffentlich erfolgen mussten. Wir legten großen Wert darauf, Politik nicht 'im stillen Kämmerlein' zu betreiben. Erst die Corona-Pandemie mit ihren Begleiterscheinungen hat uns zu Einschränkungen des Öffentlichkeitsprinzips gezwungen. In seltenen Fällen erschienen zu unseren Treffen Mandatsträger anderer Parteien, zuletzt vor der Bürgermeister-Stichwahl im Jahr 2017.

In den Achtziger-Jahren praktizierten wir in einzelnen Fällen das von den Grünen bekannte Rotationsprinzip, gemäß dessen Logik nach der halben Wahlzeit für ein Amt die oder der Nächste auf der Wahlliste nachrückte. Damit sollte eine Verselbständigung, ein Abheben der Amtsausübenden verhindert werden. Auch wir mussten in der Folge lernen, dass zwei Jahre zu kurz sind, um in einem neuen Amt genug eigene Erfahrungen für gute und erfolgversprechende Arbeiten sammeln zu können.

Wir versuchten durchgängig, unter den Aktiven hinsichtlich der eigenen Haltung bzw. des eigenen Vorgehens einen Konsens herzustellen zu politischen Fragestellungen, eigenen Initiativen sowie den Ideen und Anträgen unserer politischen Konkurrenz. Dies war mühsam und ging auch an die persönliche Schmerzgrenze. Die Ausübung eines 'Fraktionszwangs' oder gar eines 'Imperativen Mandats' - die Mehrheit diktiert der Minderheit ein bestimmtes Verhalten - lehnen wir ab. Die Freiheit von gewählten Mitgliedern eines Parlaments, Entscheidungen ausschließlich vor ihrem Gewissen verantworten zu müssen, hat bei uns einen sehr hohen Stellenwert. Von Andersdenkenden unter uns erwarten wir im Gegenzug, konträre bzw. abweichende Meinungen offenzulegen, diese einer Diskussion zu stellen und anschließend das beabsichtigte Abstimmungsverhalten bekannt zu geben. In den letzten Jahren stimmte die KOMM,A-Fraktion in wichtigen Fragen zweimal nicht einheitlich ab: bei der Entscheidung über einen finanziellen Zuschuss aus dem Gemeindehaushalt an die Deutsche Bahn AG für die Umgestaltung und Anhebung der Bahnsteige am Bickenbacher Bahnhof und über die zukünftige Finanzierungsform von grundständigen Straßensanierungsmaßnahmen (Straßenbeiträge). Aus diesen Auseinandersetzungen ist unsere Fraktion gestärkt hervorgegangen. Jegliches

Parteisoldatentum ist uns fremd. Obstruktion, also die Ablehnung von für gut befundenen Maßnahmen allein deshalb, weil diese von der falschen Seite bzw. Partei vorgeschlagen worden ist, lehnen wir ab.

Mit Ausnahme der 14 Jahre Parteizugehörigkeit zu den Grünen forderten wir keinerlei Mitgliedsbeiträge. Die Beiträge der wenigen grünen Parteimitglieder wurden nur in der Höhe erhoben, die an die übergeordneten Parteiebenen abgetreten werden musste. Umgekehrt erhielten wir in diesen 14 Jahren keinerlei direkte finanzielle Unterstützung durch die Grünen.

Unsere eigenen Ausgaben v.a. für die Kommunalwahlkämpfe finanzierten wir ausschließlich durch Spenden aus den Reihen der bei uns Aktiven. Die Höhe der Kosten für unsere Wahlkämpfe, die größten Ausgabepositionen in den 40 Jahren, machten wir immer öffentlich. Zweck dieses Verzichts war es, an unserer Arbeit Interessierte, vor allem junge Menschen, nicht durch Beitragsforderungen abzuschrecken. Damit sind wir 40 Jahre gut gefahren.

Wie agierten die Grün-Alternativen in Bickenbach?

Das Grundmuster für unsere politischen Aktivitäten verlief so: Jemand regt sich auf und teilt es mit - es werden Ideen für Veränderungen entwickelt - wir setzen diese Ideen gemeinsam um. Dies alles wurde durch Herstellung einer größtmöglichen Öffentlichkeit praktiziert: eigene Flyer, Presseerklärungen und Leserbriefe, themenbezogene Veranstal-

Das Grundmuster für unsere politischen Aktivitäten verlief so: Jemand regt sich auf und teilt es mit - es werden Ideen für Veränderungen entwickelt - wir setzen diese Ideen gemeinsam um.

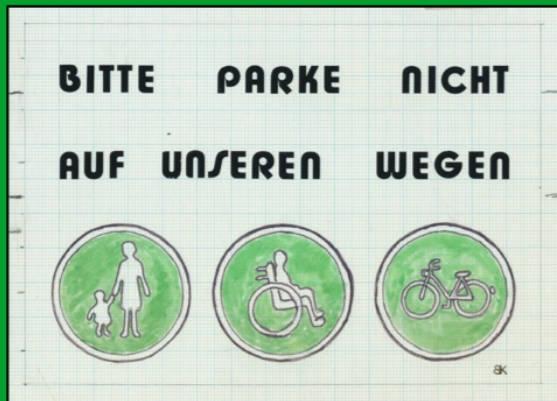
tungen, Artikel im 'Bickenbacher Magazin' und in 'Bickenbach seitenweise', durch Aushänge im grün angestrichenen Infokasten in der Sandstraße, durch Herausgabe der Infozeitung 'POSTILLE', durch Rechenschaftslegung über unser Tun, durch Nutzung einer Internet-Website 'Sandhas' schon seit der Jahrhundertwende und öffentlichen Mitgliederversammlungen bzw. Fraktionssitzungen. Wir berichteten über unsere Debatten und Aktivitäten, über die Arbeit in der Gemeindevertretung und ihren Fachausschüssen. Wichtige Angelegenheiten wurden kommentiert, womit wir unsere Auffassungen darlegten, uns erklärten und positionierten.

In der Zeit zwischen 2001 und 2006 war die gerade neu gegründete 'Kommunale Alternative' nicht im Gemeindeparlament vertreten. Damit war unsere Möglichkeit, öffentlich zu wirken, stark eingeschränkt. Daher versuchten wir im Jahr 2005 mit einem gut vorbereiteten und beworbenen 'Öffentlichen Disput' im Rathaus-Sitzungssaal, brennende kommunalpolitische Themen gut aufbereitet vorzutragen und eine kontroverse Debatte anzuzetteln. Es erschienen etwa 30 Personen, interessanterweise viele aus den Reihen der in den gemeindlichen Gremien agierenden 3 Parteien inklusive des Bürgermeisters. Dem gewünschten Disput mit der Bürgerschaft wurde keine Chance gegeben.

Beispiele für Aktionen im Ort, um Veränderungen herbeizuführen, waren:

- *Verteilung von Handzetteln mit der Aufforderung, Gehwege vom ruhenden Verkehr freizuhalten*
- *Praxisanleitung zur kostengünstigen Herstellung von „Benjeshecken“*
- *Organisation von Besichtigungen von Solar- und Brauchwasseranlagen*
- *Veröffentlichung von Ozonwerten in unserem Infokasten*
- *Kostenfreie Verteilung von Reflektoren zur Befestigung an der Kleidung zur Kita- und Schulwegsicherung in der dunklen Jahreszeit als ‚Bickenbacher Sandhasen‘ (Import aus Schweden, in Deutschland erst seit 1982 im Handel erhältlich.)*
- *Präsentation eines Solarkatasters, erstellt von Schüler*innen aus der Melibokusschule*
- *Angebot, punktuell Autos von privat zu privat zu verleihen - im Sinne von Car-Sharing*
- *Praktische Organisation von Demonstrationsteilnahmen als Protest gegen das AKW in Biblis*
- *Durchführung von Stammtischen zum Thema Neophyten*
- *Bürgermeister-Wahlkampf mit Live-Musik*
- *Unterstützung der BI Ortsmitte Bickenbach bei der Markierung von Gebäudehöhen des geplanten Schlossallee-Projekts durch Luftballons und der Sammlung von Unterschriften unter einen Appell an die Gemeinde*
- *Anbringung und Befüllung eines Wassersacks zur Baumbewässerung - als Modell.*

Viele dieser und weiterer Aktivitäten verliefen zunächst im Sand, zeigten später aber durchaus Früchte.



Grafische Entwurfsfassung des Handzettels:
Birgit Köhler
Birgit Köhler-Günther (Foto privat)

Im Bickenbacher Gemeindeparlament befanden wir uns 40 Jahre lang in der Opposition. Auch durch unser Auftreten und Agieren konnte die fast 50-jährige Dominanz einer Partei durchbrochen werden. In der Folgezeit wurden wir in einzelnen Fällen von anderen Fraktionen zur Mehrheitsbeschaffung gebraucht, immer dann, wenn sich die beiden großen Fraktionen nicht einigen konnten. Wichtigstes Beispiel dafür ist der Umzug der Gemeindeverwaltung in die ehemalige 'Kaserne' auf der Jagdschloss-Anlage. Doch schon die Gestaltung des heutigen Rathausplatzes wurde wieder ohne Einbindung unserer Ideen beschlossen. Die West-Umgehung Bickenbachs wurde vom Bürgermeister und den drei anderen Fraktionen realisiert. Für Ideen und Vorschläge unsererseits gab es keine Chance. Ein Bürgerhaus-Neubau im 'Bannwald' zwischen Sportplatz und Siedlungsgebiet, als 'Sport- und Kulturhalle' beworben, konnten wir mithelfen zu verhindern und so einer sinnvollen Sanierung des vorhandenen Gebäudes eine Mehrheit verschaffen.

Wir brauchten immer einen langen Atem und viel Frustrationstoleranz.

"Opposition ist Mist" dozierte schon Franz Müntefering (SPD). Auf absehbare Zeit wird es - nicht nur in Bickenbach - keine Partei mehr schaffen, bei Wahlen absolute Mehrheiten zu erringen. Oft werden nicht einmal zwei Fraktionen ausreichen, Entscheidungen alleine treffen zu können. Bürgerinnen und Bürger wollen gehört werden und mitbestimmen.

Wir alle brauchen Mut und Offenheit, das Angebot zur Teilhabe und die Fähigkeit, Kompromisse zu schließen, wenn wir den nachkommenden Generationen die Chance auf eine lebenswerte Zukunft erhalten wollen.

ENGAGIEREN ...

SICH ZU ENGAGIEREN,
POLITISCH ZUMAL,
LIEGT IN DER VERANTWORTUNG
DENKENDER MENSCHEN.
RESIGNATION VERBIETET SICH!

ANHANG

Verzeichnis	Seite
1. Akteur:innen - who is who	A 2
1.1 Gemeindevertretung - Mitgliedschaft	A 5
1.2 Gemeindevertretung - Kandidatur	A 6
1.3 Gemeindevorstand - Mitgliedschaft	A 7
1.4 Gemeindevorstand - Kandidatur	A 7
1.5 Bürgermeister Direktwahl - Kandidatur	A 8
1.6 Außerparlamentarische Funktion	A 9
2. Veröffentlichungen	A 10
Benjes, Hermann	A 10
Creamer, Klaus Peter	A 11
Hofmann, Anke	A 11
Koch, Ulrich Friedrich	A 11
Köhler-Günther, Birgit	A 13
Lautz, Werner	A 13
Maryska, Werner	A 13
Merg, Gerlinde	A 13
IGB	A 14
FLUB	A 14
Die Grünen	A 14
KOMM,A	A 14
3. Tabellarische Auflistung von Anträgen an die Gemeindevertretung	A 15
Anträge Die Grünen 1993 bis 1997	A 15
Anträge Die Grünen 1997 bis 2001	A 19
Anträge KOMM,A 2006 bis 2011	A 23
Anträge KOMM,A 2011 bis 2016	A 25
Anträge KOMM,A 2016 bis 2021	A 27
4. Dokumente	A 31
FLUB - Flyer 1980	A 31
Offener Brief von Staatsminister Karl Schneider an die IGB 1981	A 32
Brief an grün-alternative Listen im Landkreis 1982	A 34
Brief von Karl Kerschgens an Hardi Fenske 1984	A 35
Planung Maßnahmen und Ziele in der Gemeindevertretung 1997	A 36
Zweiter Wahlbrief Klaus Peter Creamer zur Bürgermeisterwahl 1999	A 38
Austrittserklärung Koch aus Bündnis 90 / Die Grünen 1999	A 42
Quo vadis - 'Grüne' Politik in Bickenbach, Positionspapier 2000	A 45
KOMM,A-Wahlprogramm März 2011 - Langfassung	A 47
Stellungnahme von KOMM,A zum Ende der Großen Koalition 2014	A 55
Pakt für Bickenbach 2016	A 58

1. Akteur:innen - who is who					
Name	Vorname	Organisation/Amt	Funktion	von-bis	Anmerkungen
Arndt	Ute	Gemeindevorstand	Kandidatur	1993	
Aßmus	Manuela	Die Grünen	Vorsitz	1998	
		Gemeindevertretung	Gemeindevertreterin	1997-2001	
Barth	Wolfgang	Gemeindevertretung	Kandidatur	1989	
Bartz-Meyer	Almut	Gemeindevertretung	Kandidatur	2021	
		Gemeindevorstand	Kandidatur	2021	
Benjes	Hermann	FLUB	Vorsitz	1980-1985	
		Gemeindevertretung	Gemeindevertreter	1981-1985	Fraktionsvorsitz (1981-1983)
		Gemeindevertretung	Kandidatur	1989	
Benjes	Magnus	Gemeindevertretung	Gemeindevertreter	1993-1997	
		Gemeindevorstand	Kandidatur	1993	
Bruder	Herta	FLUB	Kassenwartin	1981-1985	
Bruder	Horst	Gemeindevorstand	Kandidatur	1981	
Caesar	Martin	Gemeindevertretung	Kandidatur	2021	
Clasen	Jens	Gemeindevertretung	Kandidatur	2021	
Correll	Sascha	Gemeindevertretung	Gemeindevertreter	2021-	
		Gemeindevorstand	Kandidatur	2021	
Creamer	Klaus Peter	Die Grünen	Kontakt	1985-1992	
		Gemeindevertretung	Kandidatur	1985	
		Gemeindevertretung	Gemeindevertreter	1989-1993	
		Gemeindevorstand	Ehrenamtlicher Beigeordneter	1993-2001	Erster Beigeordneter (1997.04-1999.12)
		Fahrradkommission	Vorsitz	1995-1997	
		Gemeindevorstand	Kandidatur	2011	
		Bürgermeister	Kandidatur	1999	
Didion	Christoph	Gemeindevertretung	Gemeindevertreter	1985-1986	(ab 1985.08 Fraktion 'SBU')
Dingler	Gudrun	Gemeindevertretung	Kandidatur	2011	
Dreher	Thomas	Gemeindevertretung	Gemeindevertreter	1989-1993	
		Gemeindevertretung	Kandidatur	1997	
Duncan	Robert	Gemeindevertretung	Kandidatur	2021	
Ebbers	Patrik	KOMM,A	Vorsitz (Co)	2018-2020	
		Bürgermeister	Kandidatur	2017	(parteilos)
Enders	Ursula	Gemeindevertretung	Kandidatur	1997	
Faber	Till	Gemeindevertretung	Kandidatur	2021	
Fenske	Barbara	Gemeindevorstand	Ehrenamtliche Beigeordnete	2021-	Erste Beigeordnete (2021.04-)
Fenske	Hardi	Gemeindevorstand	Ehrenamtlicher Beigeordneter	1983-1985	
Fetzer	Andreas	Gemeindevorstand	Kandidatur	2021	
Gashi	Elida	Gemeindevertretung	Gemeindevertreterin	2019-2021	
		Gemeindevertretung	Kandidatur	2021	
		Gemeindevorstand	Kandidatur	2021	
Gashi	Murat	Gemeindevertretung	Kandidatur	2016	

Name	Vorname	Organisation/Amt	Funktion	von-bis	Anmerkungen
Günther	Felix	Gemeindevertretung	Gemeindevertreter	2010-2013	
		Gemeindevorstand	Kandidatur	2011	
Hofmann	Anke	Die Grünen	Vorsitz	1999-2000	
		KOMM,A	Vorsitz	2000-2007	
Hornung	Christoph	Gemeindevertretung	Gemeindevertreter	1981-1983	
Huchzermeier	Bärbel	KOMM,A	Schatzmeisterin	2018-	
		Gemeindevertretung	Gemeindevertreterin	2018-2021	
		Gemeindevertretung	Kandidatur	2011, 2021	
		Gemeindevorstand	Kandidatur	2016	
Huchzermeier	Jürgen	Gemeindevertretung	Kandidatur	2011, 2016	
		Gemeindevorstand	Kandidatur	2011, 2016	
Hummel	Peter	Gemeindevorstand	Kandidatur	2011	
Janek	Peter	Gemeindevorstand	Ehrenamtlicher Beigeordneter	1981-1983	
Jung	Elisabeth	Gemeindevertretung	Gemeindevertreterin	2021-	
Koch/ Jochum	Malte	Gemeindevertretung	Gemeindevertreter	2006-2011	Fraktionsvorsitz (2010-2011)
Koch	Ulrich Friedrich	Die Grünen	Vorsitz	1998-1999	
		KOMM,A	Vorsitz	2007-2022	
		Gemeindevertretung	Gemeindevertreter	1993-2001	
		Gemeindevertretung	Gemeindevertreter	2011-	Fraktionsvorsitz (2011-2021)
		Fachausschuss	Vorsitz	2016-2019	Haupt-, Finanz- und Sozialausschuss
		Gemeindevertretung	Kandidatur	2001, 2006	
		Gemeindevorstand	Kandidatur	1993, 2006, 2011, 2016, 2021	
		Bürgermeister	Kandidatur	1993, 2011	
Koch	Ulrike	Die Grünen	Aktivistin	1982-1992	
Köhler- Günther	Birgit	Die Grünen	Vorsitz	1993-1997	
(Köhler)		Gemeindevertretung	Gemeindevertreterin	1983-1985	Fraktionsvorsitz (1983-1985)
		Gemeindevertretung	Gemeindevertreterin	2011-2018	
		Gemeindevorstand	Ehrenamtliche Beigeordnete	1993-2001	
		Flüchtlingskommission	Vorsitz	1993-1997	
		Gemeindevorstand	Ehrenamtliche Beigeordnete	2018-	
		Gemeindevorstand	Kandidatur	2011	
Krämer	Wolfgang	Gemeindevertretung	Gemeindevertreter	2011-2019	
		Gemeindevorstand	Kandidatur	2011, 2016	
Lautz	Werner	Gemeindevertretung	Gemeindevertreter	1987-1993	Fraktionsvorsitz (1987-1989)
Lerch	Esther	KOMM,A	Vorsitz (Co)	2020-	
Lerch	Stefan	Gemeindevertretung	Kandidatur	2021	
		Gemeindevorstand	Kandidatur	2021	

Name	Vorname	Organisation/Amt	Funktion	von-bis	Anmerkungen
Lippok	Manfred	Gemeindevertretung	Gemeindevertreter	1993-2001	
		Gemeindevorstand	Beigeordneter (ehrenamtl.)	2016-2018	Erster Beigeordneter (2016.04-2018.07)
		Gemeindevorstand	Kandidatur	1993, 2011, 2021	
Lorenz	Christiane	Gemeindevertretung	Gemeindevertreterin	2013-2021	(sechs Monate Unterbrechung in 2016)
		Gemeindevorstand	Kandidatur	2011, 2016	
Lyachenko	Ingrid	Gemeindevorstand	Ehrenamtliche Beigeordnete	2021-	
Lyachenko	Marc-Andre	Gemeindevertretung	Gemeindevertreter	2021-	Fraktionsvorsitz (2022-), Stellvertretung (2021)
Maryska	Werner		Umweltaktivist		
Merg	Burkhard	Gemeindevertretung	Kandidatur	1997, 2021	
		Gemeindevorstand	Kandidatur	1993	
Merg	Gerlinde	Gemeindevertretung	Gemeindevertreterin	1993-2001	Fraktionsvorsitz (1993-2001)
		Fachausschuss	Vorsitz	1995-2001	Sozial-, Sport- und Kultur- ausschuss
		Gemeindevorstand	Ehrenamtliche Beigeordnete	2011-2021	Erste Beigeordnete (2018.09-2021.04)
		Gemeindevorstand	Kandidatur	2021	
Merg	Peter	Gemeindevertretung	Gemeindevertreter	2006-2010	Fraktionsvorsitz (2006.03-2010.07)
		Gemeindevertretung	Kandidatur	2011	
		Gemeindevorstand	Kandidatur	2011	
Mumm	Carl	Gemeindevertretung	Kandidatur	1981	
Renz	Günther	Gemeindevertretung	Kandidatur	2006	
Ross	Aline	Gemeindevertretung	Gemeindevertreterin	2016	
		Gemeindevorstand	Kandidatur	2016	
Runde	Rasmus	Gemeindevertretung	Kandidatur	2021	
Schmitt	Ulrich	Gemeindevertretung	Gemeindevertreter	1985-1989	(fraktionslos, ab 1985.08 Fraktion 'SBU')
Schramm	Andreas	Gemeindevertretung	Kandidatur	2021	
Seeler-Bartnik	Angela	Gemeindevertretung	Kandidatur	1985	
Strubelt	Carola	Gemeindevertretung	Gemeindevertreterin	2021-	
Surrey	Florian	Gemeindevertretung	Kandidatur	2021	
		Gemeindevorstand	Kandidatur	2021	
Stolle	Jan-Paul	Gemeindevertretung	Kandidatur	2011	
Wagner	Peter	Gemeindevertretung	Kandidatur	1997	
Weisbarth	Michael	Gemeindevertretung	Gemeindevertreter	2021	Fraktionsvorsitz (2021)
Wesely	Karola	Gemeindevertretung	Kandidatur	1997	
Wiegand	Axel	Gemeindevertretung	Gemeindevertreter	2021-	Fraktionsvorsitz Stellvertretung (2021)
Zeuch-Koch	Dorothea	Gemeindevertretung	Kandidatur	2016	
		Gemeindevorstand	Kandidatur	2016	
Ziegler	Birgit	Gemeindevertretung	Kandidatur	2021	
		Gemeindevorstand	Kandidatur	2021	

1.1 Gemeindevertretung - Mitgliedschaft

Name	von-bis	Anmerkungen
Hornung, Christoph	1981-1983	
Benjes, Hermann	1981-1985	Fraktionsvorsitz (1981-1983)
Köhler, Birgit	1983-1985	Fraktionsvorsitz (1983-1985)
Didion, Christoph	1985-1986	(ab 1985.08 Fraktion 'SBU')
Schmitt, Ulrich	1985-1989	(fraktionslos, ab 1985.08 Fraktion 'SBU')
Lautz, Werner	1987-1993	Fraktionsvorsitz (1987-1989)
Creamer, Klaus Peter	1989-1993	
Dreher, Thomas	1989-1993	
Benjes, Magnus	1993-1997	
Merg, Gerlinde	1993-2001	Fraktionsvorsitz (1993-2001)
Koch, Ulrich Friedrich	1993-2001	
Lippok, Manfred	1993-2001	
Aßmus, Manuela	1997-2001	
Merg, Peter	2006-2010	Fraktionsvorsitz (2006.03-2010.07)
Koch/Jochum, Malte	2006-2011	Fraktionsvorsitz (2010-2011)
Günther, Felix	2010-2013	
Koch, Ulrich Friedrich	2011-	Fraktionsvorsitz (2011-2021)
Köhler-Günther, Birgit	2011-2018	
Krämer, Wolfgang	2011-2019	
Lorenz, Christiane	2013-2021	(6 Monate Unterbrechung in 2016)
Ross, Aline	2016	
Huchzermeier, Bärbel	2018-2021	
Gashi, Elida	2019-2021	
Weisbarth, Michael	2021	Fraktionsvorsitz (2021)
Lyachenko, Marc-Andre	2021-	Fraktionsvorsitz (2022-), Stellvertretung (2021)
Wiegand, Axel	2021-	Fraktionsvorsitz Stellvertretung (2021)
Correll, Sascha	2021-	
Strubelt, Carola	2021-	
Jung, Elisabeth	2021-	

1.2 Gemeindevertretung - Kandidatur (ohne Einzug ins Parlament), Stand 12.2021

Name	Jahr	Anmerkungen
Mumm, Carl	1981	
Creamer, Klaus Peter	1985	
Seeler-Bartnik, Angela	1985	
Barth, Wolfgang	1989	
Benjes, Hermann	1989	
Creamer, Klaus Peter	1997	
Dreher, Thomas	1997	
Enders, Ursula	1997	
Merg, Burkhard	1997	
Wagner, Peter	1997	
Wesely, Karola	1997	
Koch, Ulrich Friedrich	2001	
Koch, Ulrich Friedrich	2006	
Renz, Günther	2006	
Dingler, Gudrun	2011	
Huchzermeier, Bärbel	2011	
Huchzermeier, Jürgen	2011	
Merg, Peter	2011	
Stolle, Jan-Paul	2011	
Gashi, Murat	2016	
Huchzermeier, Jürgen	2016	
Zeuch-Koch, Dorothea	2016	
Bartz-Meyer, Almut	2021	
Caesar, Martin	2021	
Clasen, Jens	2021	
Duncan, Robert	2021	
Faber, Till	2021	
Gashi, Elida	2021	
Huchzermeier, Bärbel	2021	

Lerch, Stefan	2021
Merg, Burkhard	2021
Runde, Rasmus	2021
Schramm, Andreas	2021
Surrey, Florian	2021
Ziegler, Birgit	2021

1.3 Gemeindevorstand - Mitgliedschaft

Name	von-bis	Anmerkungen
Janek, Peter	1981-1983	
Fenske, Hardi	1983-1985	
Creamer, Klaus Peter	1993-2001	Erster Beigeordneter (1997.04-1999.12)
Köhler-Günther, Birgit	1993-2001	
Merg, Gerlinde	2011-2021	Erste Beigeordnete (2018.09-2021.04)
Lippok, Manfred	2016-2018	Erster Beigeordneter (2016.04-2018.07)
Köhler-Günther, Birgit	2018-	
Fenske, Barbara	2021-	Erste Beigeordnete (2021.04-)
Lyachenko, Ingrid	2021-	

1.4 Gemeindevorstand - Kandidatur (ohne Amtsübernahme), Stand 12.2021

Name	Jahr	Anmerkungen
Bruder, Horst	1981	
Arndt, Ute	1993	
Benjes, Magnus	1993	
Koch, Ulrich Friedrich	1993	
Lippok, Manfred	1993	
Merg, Burkhard	1993	
Koch, Ulrich Friedrich	2006	
Creamer, Klaus Peter	2011	
Günther, Felix	2011	

Huchzermeier, Jürgen	2011
Hummel, Peter	2011
Koch, Ulrich Friedrich	2011
Köhler-Günther, Birgit	2011
Krämer, Wolfgang	2011
Lippok, Manfred	2011
Lorenz, Christiane	2011
Merg, Peter	2011
Huchzermeier, Bärbel	2016
Huchzermeier, Jürgen	2016
Koch, Ulrich Friedrich	2016
Krämer, Wolfgang	2016
Lorenz, Christiane	2016
Ross, Aline	2016
Zeuch-Koch, Dorothea	2016
Bartz-Meyer, Almut	2021
Correll, Sascha	2021
Fetzer, Andreas	2021
Gashi, Elida	2021
Koch, Ulrich Friedrich	2021
Lerch, Stefan	2021
Lippok, Manfred	2021
Merg, Gerlinde	2021
Surrey, Florian	2021
Ziegler, Birgit	2021

1.5 Bürgermeister Direktwahl - Kandidatur

Name		Anmerkungen
Koch, Ulrich Friedrich	1993	
Creamer, Klaus Peter	1999	
Koch, Ulrich Friedrich	2011	
Ebbers, Patrik	2017	(parteilos)

1.6 außerparlamentarische Funktion

Name	von-bis	Funktion
Benjes, Hermann	1980-1985	FLUB Vorsitz
Bruder, Herta	1981-1985	FLUB Kassenwartin
Maryska, Werner		Umweltaktivist
Koch, Ulrike	1982-1992	Die Grünen Aktivistin
Creamer, Klaus Peter	1985-1992	Die Grünen Kontakt
Köhler-Günther, Birgit	1993-1997	Die Grünen Vorsitz
Aßmus, Manuela	1998	Die Grünen Vorsitz
Koch, Ulrich Friedrich	1998-1999	Die Grünen Vorsitz
Hofmann, Anke	1999-2000	Die Grünen Vorsitz
Hofmann, Anke	2000-2007	KOMM,A Vorsitz
Koch, Ulrich Friedrich	2007-2022	KOMM,A Vorsitz
Ebbers, Patrik	2018-2020	KOMM,A Vorsitz (Co)
Huchzermeier, Bärbel	2018-	KOMM,A Schatzmeisterin
Lerch, Esther	2020-	KOMM,A Vorsitz (Co)

2. Veröffentlichungen

Benjes, Hermann

- [Aufruf, weniger Müll zu produzieren](#) Leserbrief im Darmstädter Echo am 06.01.1981
- [Am neuen Weidgraben](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 26, November 1987, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Hummelsterben in Bickenbach](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 33, September 1989, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Das Problem der Frau Dalle - betrifft uns alle](#) zum Thema Wasser, im Bickenbacher Magazin, Heft 37 und 38, September und Dezember 1990, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Das Problem der Frau Dalle - betrifft uns alle](#) zum Thema Behindertenparkplatz, im Bickenbacher Magazin, Heft 39, März 1991, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- ['Vogelnester entfernen?' und 'Katzen und Vögel'](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 43 und 44, März und Juni 1992, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Das Problem der Frau Dalle betrifft...](#) Frau Dalle vor und nach ihrer Wahl zur Bürgermeisterin..., im Bickenbacher Magazin, Heft 43 bis 49, zwischen 1992 und 1993, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Schönes Bickenbach](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 44 bis 46, 48 und 54, Juni, September und Dezember 1992, Juni 1993 und Dezember 1994, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Das Waldsterben in Bickenbach](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 45, September 1992, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Die Blechkanone](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 45, September 1992, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Der Wetterhahn](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 46, Dezember 1992, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Einkaufen in Bickenbach](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 46 und 47, Dezember 1992 und März 1993, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- ['Die Bebelstraße', 'Die Darmstädter Straße' und 'Die Ringstraße'](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 48, 54 und 55, zwischen 1993 und 1995, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Das Problem der Frau Dalle betrifft uns alle](#) zum Thema Renaturierung des Landbachs, im Bickenbacher Magazin, Heft 54, Dezember 1994, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Einmal im Monat](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 61, September 1996, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Die Rathaustrampe in Bickenbach](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 62, Dezember 1996, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- ['Unfälle beklagen - oder vermeiden?' und 'Das Bickenbacher "Radwegnetz"'](#) im Bickenbacher Magazin, Hefte 67, 68 und 80, in den Jahren 1998 und 2001, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Die Seeheimer Düne](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 69, September 1998, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Kommt die Taubensteuer?](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 71, März 1999, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Offener Brief an Bündnis 90 / Die Grünen](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 74, Dezember 1999, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Einfach an die Bäume genagelt](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 76, Juni 2000, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang

Cremer, Klaus Peter

- [Tempo 30 in Bickenbach: Der erste Schritt zur Verkehrsberuhigung](#) im Match Ball, Heft 20, Mai 1986, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Stoppt endlich den Tiefflug-Terror!](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 32, im März 1989, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Wohin mit dem Müll?](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 35, März 1990, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [In Bickenbach gibt es eine Fahrradkommission](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 59, März 1996, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [1. Wahlbrief zur Bürgermeisterwahl](#) Flyer im Sommer 1999
- [2. Wahlbrief zur Bürgermeisterwahl](#) Flyer im Sommer 1999
- [3. Wahlbrief zur Bürgermeisterwahl](#) Flyer im Sommer 1999
- [Bickenbach zuliebe: Klaus Peter Cremer](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 73, September 1999, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang

Hofmann, Anke

- [Bickenbacher Agenda 21-Initiative](#) im Bickenbacher Magazin, Hefte 70 und 73 bis 76, zwischen 1998 und 2000, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Bürgermeisterwahl 1999 - Bickenbach zuliebe: Klaus Peter Cremer](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 72, Juni 1999, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [WILLKOMMEN UFF'M BICKENBACHER SANDHAS!!! - Bickenbach goes Internet...](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 73, September 1999, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Bickenbach gestalten](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 75, März 2000, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Die kommunale Alternative in Bickenbach KOMM, A](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 77, September 2000, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang

Koch, Ulrich Friedrich

- [Grüner Wind ins Rathaus](#) Flyer zur Bürgermeisterwahl, im Herbst 1993
- [Ohne Auto mobil oder Abenteuer im Supermarkt](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 54, Dezember 1994, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Bericht aus dem Kontrollausschuß Sondermüllverbrennungsanlage \(SVA\) Biebesheim](#) an die Gemeindevertretung, (auch veröffentlicht im Bickenbacher Magazin, Heft 54, Dezember 1994, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang)
- [Diskussionsbeitrag zur Verkehrssituation in Bickenbach aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 58, Dezember 1995, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Jugendparlament Bickenbach?](#) Bericht an die Gemeindevertretung Bickenbach, gemeinsam verfasst mit Markus Hennemann, (auch veröffentlicht im Bickenbacher Magazin, Heft 62, Dezember 1996, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang)
- [Zwischenbilanz nach fünf Jahren Betrieb einer Regenwassernutzungsanlage](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 68, Juni 1998, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- ['Müllgebühren' und 'ZAW-aktuell, "Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang für das Bioabfallgefäß"'](#) durch den Zweckverband Abfallwirtschaft (ZAW), im Bickenbacher Magazin, Heft 68 und 75, in den Jahren 1998 und 2000, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Schulwegsicherung](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 69, September 1998, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang

- ['Bickenbach auf zwei Rädern - nichts für schwache Nerven' und 'Bickenbach auf zwei Rädern - und manchmal ist man selbst schuld'](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 69 und 70, im Jahr 1998, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Austrittserklärung aus der Partei Die Grünen](#) am 18. Mai 1999
[Das liebe Geld](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 73, September 1999, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Vereinsförderung](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 73, September 1999, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Ohne Auto mobil](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 75, März 2000, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Quo vadis - 'Grüne' Politik in Bickenbach](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 75, März 2000, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Redebeitrag anlässlich der Verschwisterung Tricarico / Bickenbach](#), vorgetragen in Tricarico am 1. Oktober 2000, (auch veröffentlicht im Bickenbacher Magazin, Heft 78, Dezember 2000, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang)
- [Kommunalpolitik in Bickenbach am Beispiel der Jugenheimer Freibadsanierung - eine 'Real-Life-Soap'](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 80 und 81, im Jahr 2001, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Ölgetränkte Eisenbahnermütze für BGM Martini](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 81, September 2001, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Leserbrief zum Titelfoto des Bickenbacher Magazins vom Juni 2001](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 81, September 2001, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Bau der Nordanbindung verzögert sich](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 82, Dezember 2001, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Gewerbeverein zu Gast bei der Lokalen Agenda 21](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 82, Dezember 2001, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Krieg darf nicht die Antwort auf Terror sein!](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 82, Dezember 2001, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Vom Umgang mit unserem Geld](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 83, März 2002, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Die Bickenbacher Gemeindefinanzen](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 86, Dezember 2002, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- ["L'Etat - C'Est Moi!" oder "Warum ist es in Bickenbach so schön"](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 90, Januar 2004, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Rad-Tour 2005 des Bickenbacher Partnerschaftsvereins nach Saint-Philbert-de-Grand-Lieu](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 94, Oktober 2004, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Im Gespräch mit Sengül Aydogan](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 96, Februar 2005, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Das Haus der Bickenbacher Bürger](#) auf der [KOMM,A-Homepage, 28.08.2009](#) und in Bickenbach Seitenweise, Heft 11, August 2009, Verlag Ute Krämer, uk visuelle kommunikation
- Leserbrief [Atomenergie: Die Angst vor der Unbeherrschbarkeit ist äußerst real](#) im Darmstädter Echo vom 21. Februar 2009
- Bürgermeisterwahl 2011, Flyer 1 [Bewerbungsschreiben für das Bürgermeisteramt, KOMM, A_Homepage, 08.07.2011](#) und in Bickenbach Seitenweise, Heft 19, August 2011, Verlag Ute Krämer, uk visuelle kommunikation
- Bürgermeisterwahl 2011, Flyer 2 [Bürgermeisterwahl in Bickenbach am 25. September 2011](#) im September 2011

- [Dank und Ermutigung - Gedanken zur Bürgermeisterwahl 2011](#) , [KOMM,A-Homepage, 05.10.2011](#) und in Bickenbach Seitenweise, Heft 20, November 2011, Verlag Ute Krämer, uk visuelle kommunikation
- [Vom Jagdschloss zur Schlossallee - Monopoly in Bickenbach](#) , [KOMM,A-Homepage, 21.07.2017](#) und in Bickenbach Seitenweise, Heft 43, September 2017, Verlag Ute Krämer, uk visuelle kommunikation

Köhler-Günther, Birgit

- [Interview mit dem Bürgermeisterkandidaten Ulrich Koch](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 49, September 1993, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Flüchtlinge in Bickenbach](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 53, September 1994, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang

Lautz, Werner

- [Giftmüllverbrennung in Biebesheim - Keine Gefahren für Bickenbach?](#) Lautz im Bickenbacher Magazin, Heft 33, September 1989, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Der dritte Ofen bei der HIM](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 44, Juni 1992, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [SVA-Biebesheim unter der Lupe](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 48, Juni 1993, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang

Maryska, Werner

- [Störfälle im Atomkraftwerk Biblis - Geschichte ohne Ende \(?\) - Ist Bickenbach auf den Ernstfall vorbereitet?](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 32, Juni 1989, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang

Merg, Gerlinde

- [Eltern fragen - Politiker antworten](#) im Vorfeld der Kommunalwahl, im Bickenbacher Magazin, Heft 48, Juni 1993, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- ['Dreizügigkeit Hans-Quick-Schule'](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 60, Juni 1996, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Ein Seniorenbeirat für Bickenbach?](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 63, März 1997, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang
- [Die Grünen im Grünen](#) im Bickenbacher Magazin, Heft 63, März 1997, MATCHBALL-Verlag Thomas Klang

IGB

- [Dokumentation B3-Umgehung Bickenbach](#) Interessengemeinschaft Bickenbacher Bürger gegen den Bau der B3-Umgehung, Oktober 1980

FLUB

- [Flyer zum Thema Müll](#) im Herbst 1981 und im Jahr 1982

Die Grünen

- [Flyer zur B3-Umgehung und zur Verkehrsberuhigung](#) Februar 1985
- [Flyer 'Grün kaputt?'](#) Oktober 1985
- [Flyer zur Verkehrsberuhigung in der Bahnhofstraße](#) Januar 1986
- [Flyer zu Tempo 30](#) April 1986
- [Flyer zur Müllvermeidung](#) im Jahr 1987
- [Flyer zum AKW Biblis](#) Februar 1989
- [Flyer zur Giftmüllverbrennung](#) im Jahr 1991
- [Rundbrief](#) Oktober 1994
- [Rundbrief](#) September 1995
- [Postille](#) Juli 1996
- [Postille extra](#) August 1996
- [Postille Januar 1997](#)
- [Postille April 1998](#)

KOMM,A

- ['Sündenregister'](#) KOMM,A-Homepage, 09.02.2002
- [Energiewende auch in Bickenbach eine Überlebensfrage](#) Öffentliche Erklärung von KOMM,A im Januar 2008
- [Bickenbach schläft beim Thema erneuerbarer Energien](#) KOMM, A-Homepage, 04.08.2008 und in Bickenbach Seitenweise, Heft 7, September 2008, Verlag Ute Krämer, uk visuelle kommunikation
- [Bickenbach schläft beim Thema erneuerbarer Energien - die Zweite](#) KOMM, A-Homepage, 15.12.2008 und in Bickenbach Seitenweise, Heft 10, Mai 2009, Verlag Ute Krämer, uk visuelle kommunikation
- [Zum Wahlprogramm 2011](#) Bickenbach Seitenweise, Heft 17, März 2011, Verlag Ute Krämer, uk visuelle kommunikation
- [Bickenbach nach der Kommunalwahl 2011 - KOMM,A-Fraktion der Bickenbacher Gemeindevertretung hat sich konstituiert](#) KOMM, A-Homepage, 27.04.2011 und in Bickenbach Seitenweise, Heft 18, Mai 2011, Verlag Ute Krämer, uk visuelle kommunikation
- [Pakt für Bickenbach](#) , [KOMM,A-Homepage, 11.04.2016](#) und in Bickenbach Seitenweise, Heft 39, August 2016, Verlag Ute Krämer, uk visuelle kommunikation
- [Wir wollen keinen destruktiven Parteienstreit](#) , [KOMM,A-Homepage, 04.06.2016](#) und in Bickenbach Seitenweise, Heft 39, August 2016, Verlag Ute Krämer, uk visuelle kommunikation

3. Auflistung der Anträge an die Gemeindevertretung

Anträge Die Grünen 1993-1997

02/1993	Mitwirkungsrechte	Verkehrsführung im Einzugsbereich der Grundschule	Bürgerversammlung zum Thema 'Schulwegsicherung	Bürgerversammlung
11/1993	Mitwirkungsrechte	Änderung der Hauptsatzung	Rederecht für BürgerInnen auf Gemeindevertretungssitzungen	(Ablehnung signalisiert)
12/1993	Mitwirkungsrechte	Kompetenzen Kontrollausschuß SVA-Biebeseim	Anfrage zur genauen Definition an Umweltministerium und Betreiber	ja (17:1:3)
46/1995	Mitwirkungsrechte	Mitbestimmung von Jugendlichen	Einrichtung eines Jugendtreff-Rates	ja (12:8:3)
62/1995	Mitwirkungsrechte	Mitwirkungsrechte von Jugendlichen	Kontaktaufnahme zwischen Jugendlichen und Gemeinde	ja (einst.)
03/1993	Pädagogik	Zahl der zur Einschulung anstehenden Kinder	Forderung an den Schulträger: u.a. Dreizügigkeit und Gebäudeerweiterung	(übern. als Anregung)
14/1993	Pädagogik	Entwicklung der SchülerInnen-Zahl an der Grundschule	Berichtsauftrag	(erledigt durch Bericht)
15/1993	Pädagogik	Sanierung des Klettergerüsts auf dem Schulhof	Bereitstellung der Mittel im Haushalt	(abges., da in Planung)
29/1994	Pädagogik	Spielgeräte für Jugendliche	Anschaffung und Installation eines 'Street-Ball Korbes'	ja (einst.)
35/1994	Pädagogik	Unterrichtssituation an der Hans-Quick-Schule	Resolution: Nichtumsetzung einer geplanten Stellenkürzung	ja (einst.)
36/1994	Pädagogik	Förderverein Fritz-Bauer-Institut	Beitritt der Gemeinde	ja (einst.)
49/1995	Pädagogik	Dreizügigkeit der Hans-Quick-Schule	Schaffung der räumlichen Voraussetzungen	ja (einst.)
79/1996	Pädagogik	Anlage für Inlineskating und Skateboards	Planung und Errichtung einer Anlage	sinnigem. umgesetzt
87/1997	Pädagogik	Skate-Anlage	Rückzahlung der Spende von Jugendlichen	(abgesetzt)
17/1993	Soziales	Beitragserhebung für Kindertagesstättennutzung	Resolution: Kindertagesstättenfinanzierung ausschließlich aus Steuermitteln	ja (12:8:1)
21/1994	Soziales	KT-Beitragsfestsetzung zum 1. Februar 1994	Reduzierung der beabsichtigten Gebührenerhöhung	ja (15:0:6)
22/1994	Soziales	Erhalt v. Arbeitsplätzen beim Betriebswerk Darmstadt	Resolution: Initiative gegen die Schließung	ja (11:4:1)
24/1994	Soziales	Sozialarbeiterische Flüchtlingsbetreuung	Sicherung zusätzlicher Betreuung zur Tätigkeit des Kreisflüchtlingsdienstes	Flüchtlingskommission
59/1995	Soziales	Ausstattung Spielplatz Wilhelm-Leuschner-Straße	Einholung eines Kostenvorschlages für zwei neue Spielgeräte	ja (einst.)
64/1995	Soziales	Humanitäre Hilfe Dritte Welt	Spende für Flüchtlingskinder in Sierra Leone / Westafrika	ja (einst.)

65/1995	Soziales	Spende an Komitee für Grundrechte und Demokratie	Projektförderung 'Ferien vom Krieg - Erholungsfreizeiten für Flüchtlingskinder'	ja (einst.)
81/1996	Soziales	Hort in der Kindertagesstätte Hasentanne	Planungsauftrag	ja (22:0:0)
88/1997	Soziales	Kommunaler Lastenausgleich Müllentsorgung	Übernahme eines Teils der Leistungsgebühr	ja (11:10:1)
04/1993	Umwelt	Neuer Wasserpreis zum 1. Juli 1993	Protest gegen 'Bereitstellungspauschale'	nein (6:15:2)
07/1993	Umwelt	Wertstoffsammlung Kork und Aluminium	Aufstellung von Sammelbehältern	ja (einst.)
13/1993	Umwelt	Ehemalige Mülldeponien auf dem Gemeindegebiet	Berichtsauftrag	(erledigt durch Bericht)
20/1994	Umwelt	Auslobung eines Wassersparwettbewerbes	Preise für die zehn sparsamsten Haushalte	nein (4:11:1)
28/1994	Umwelt	Gefahrenquelle Atomkraftwerk Biblis	Resolution: Stilllegung des AKW-Biblis	ja (14:4:4)
34/1994	Umwelt	Sicherheit des Atomkraftwerks Biblis	Änderung eines CDU-Antrags: Stilllegung des AKW-Biblis	(nicht zugelassen)
37/1994	Umwelt	Schadstoffe aus der SVA-Biebesheim	Resolution: Durchführung des Human-Biomonitoring im vollen Umfang	ja (einst.)
42/1994	Umwelt	Giftmüllentsorgung aus Albanien in der SVA	Resolution: Aufforderung zur Begrenzung der Giftmüllmenge	ja (einst.)
51/1995	Umwelt	Auslobung eines Wassersparwettbewerbes	Preise für die zehn sparsamsten Haushalte	nein (4:16:3)
52/1995	Umwelt	Regenwassernutzung im Kasernengebäude	Installation einer Regenwassernutzungsanlage	ja (15:6:2)
53/1995	Umwelt	Dachsanierung Erlenseegebäude	Ableitung des Niederschlagwassers in den See	ja (Prüfauftrag)
54/1995	Umwelt	Sitzungsunterlagen der Gemeindegremien	Ausgabe auf Recyclingpapier und beidseitig bedruckt	ja (7:0:3)
56/1995	Umwelt	Regenwassernutzung im Kasernengebäude	Zurückweisung des Widerspruchs des Gemeindevorstandes	ja (13:5:2)
57/1995	Umwelt	Förderung von Regenwassernutzung aus dem Etat	Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln	ja (9:0:11)
74/1996	Umwelt	PCB-Belastung der Raumluft in der Schule	Umfassende Information der Elternschaft	ja (22:0:0)
06/1993	Verkehr	Warteraum im Bahnhofsgebäude	Vorlage eines Nutzungskonzeptes und Verhandlung mit der Bundesbahn	ja (mod. Form)
19/1994	Verkehr	Schul- und Kindertagesstättenwegsicherung	Prüfung von Maßnahmen: u.a. Verengung Fahrbahnquerschnitt Hintergraben	Ausschuß
23/1994	Verkehr	Öffentlicher Personennahverkehr in der Region	Initiativen: u.a. 'Schnelle 8' und Bahnhofsanbindung an Nachbargemeinden	ja (einst.) (mod. Form)

32/1994	Verkehr	Wiedereröffnung des Bahnhofs	Verbesserung der Finanzsituation des Bahnhof-Fördervereins (FBB e.V.)	nein
38/1994	Verkehr	Fahrradverkehr	Gründung einer Fahrradverkehrskommission	ja (einst.)
39/1994	Verkehr	Tempo 30 Zonen	Durchsetzung der Geschwindigkeitsbegrenzung	(zurückgezogen)
40/1994	Verkehr	Bahnhofsvorplatz	Gestaltungsplanung	ja (einst.)
41/1994	Verkehr	Buslinienführung	Planung im Ortsgebiet	ja (einst.)
45/1994	Verkehr	Straßen im Baugebiet 'Im Leierhans'	Ausweisung als 'Verkehrsberuhigte Zone'	nein (7:13:3)
55/1995	Verkehr	Parkbuchten vor dem EDEKA-Markt	Entfernung	ja (16:4:1)
58/1995	Verkehr	Stellplatz- und Ablösesatzung	Ausnahmeregelung und Änderungsvorschlag	A nein (4:15:2)/B ja (14:0:7)
60/1995	Verkehr	Busangebot -Linie 5511- im Rahmen des ÖPNV	Hinweistafeln am Bahnhof	ja (18:0:1)
61/1995	Verkehr	Radverkehrssicherung Einmündung Schuldorfweg	Installation einer Leitplanke gegenüber der Einmündung	ja (Prüfauftrag)
69/1995	Verkehr	Parksituation vor dem EDEKA-Markt	Installation einer Fahrradabstellanlage vor dem Einkaufsmarkt	ja (20:0:1)
70/1995	Verkehr	Regionales Verkehrsparlament Nördliche Bergstraße	Initiative zur Einrichtung eines solchen Gremiums	nein (4:16:3)
71/1995	Verkehr	Car-Sharing	Stellplatzreservierung für eine Car-Sharing Ortsgruppe	ja (21:1:1)
75/1996	Verkehr	Amtsleiter-Stellungnahme aus Seeheim zum ÖPNV	Klärung der offiziellen Position der Gemeinde Seeheim-Jugendheim	ja (18:2:2)
76/1996	Verkehr	Verbesserung der Verkehrssituation in der Sandstraße	Ausweisung als 'Verkehrsberuhigter Bereich'	ja (16:4:2))
77/1996	Verkehr	Defizite im Öffentlichen Personennahverkehr	Öffentliche Versammlung	ja (12:6:2)
80/1996	Verkehr	Radverkehr in der Zwingenberger und Alsbacher Straße	Maßnahmen zur Radverkehrssicherung	Fahrradkommission
82/1996	Verkehr	Bahnhof Bickenbach	Verbesserung des Zustandes und der Nutzbarkeit	ja (17:1:5)
83/1996	Verkehr	Tempo 30 auf innerörtlichen Durchgangsstraßen	Resolution an Landesregierung und Landtag	ja (15:0:8)
10/1993	Finanzen	I. Nachtragshaushalt 1993	Änderungsvorschläge	nein (4:15:1)
16/1993	Finanzen	Erhebung von Parkgebühren in der Jagdschloßanlage	Anschaffung und Installation eines Parkscheinautomaten	nein (4:13:4)
25/1994	Finanzen	Haushalt 1994	Änderungsvorschläge	nein (4:15:3)
27/1994	Finanzen	Änderung der Entschädigungssatzung	Senkung der Aufwandsentschädigung für Fraktionsvorsitzende	nein (4:12:1)

43/1994	Finanzen	Hebesatz Grundsteuer B	Festsetzung auf 200 Prozentpunkte	ja (11:10:0)
44/1994	Finanzen	I. Nachtragshaushalt 1994	Sperrvermerk für die Ausgabe-position Mobilier Verwaltung	nein (5:15:3)
47/1995	Finanzen	Haushalt 1995	Änderungsvorschläge	Pkt.5 ja (12:10:1)/ 6-8 (einst.)
48/1995	Finanzen	I. Nachtragshaushalt 1995	Einbringung eines I. Nachtrags-haushaltes 1995 vor der Som-merpause	ja (12:0:11)
63/1995	Finanzen	I. Nachtragshaushalt 1995	Änderungsvorschläge	ja (11:8:2)
66/1995	Finanzen	Grundwasserabgabe	Resolution: Kritik an der Einbe-haltung durch die Südhessische	ja (14:6:2)
68/1995	Finanzen	Erhöhung der Abwas-serverbandsumlage	Deckungsvorschlag für Mehr-ausgabe	(zurückgezogen)
73/1996	Finanzen	Haushalt 1996	Änderungsvorschläge	ja (12:11:0)
84/1996	Finanzen	Personalsituation im Bereich Jugendpflege	Einhaltung des Stellenplans	(zurückgezogen)
85/1996	Finanzen	I. Nachtragshaushalt 1996	Änderungsvorschlag	nein (4:13:4)
89/1997	Finanzen	Haushalt 1997	Änderungsvorschläge	teils teils
05/1993	Vermögen	Raiffeisen-Bank Ge-bäude	Zurückstellung des Gebäudeab-risses	nein
31/1994	Vermögen	Nutzungskonzept Ka-serne	Klärung einer gewerblichen Nut-zung und öffentliche Info-Ver-anstaltung	ja (einst.) mod. Form
33/1994	Vermögen	Nutzung der Kaserne u. a. gemeindlicher Gebäude	Bedingungen für eine Zustim-mung zum Umzug der Verwal-tung	ja (11:10:0); Pkt. 5: (einst.)
67/1995	Vermögen	Verkauf altes Rathaus	Deckungsvorschlag für Minder-erlös	(zurückgezogen)
78/1996	Vermögen	Regenwassernutzung im Rathaus	Verringerung der Schmutzbelas-tung	Nichtbefassung (11:8:0)
26/1994	Planung	Bebauungsplanentwurf 'Leierhans'	Maßnahmen: u.a. Trägersuche Sozialwohnungs-b./Förd. Regen-wassernutzung	ja (einst.)
72/1995	Planung	Infrastruktur im 'Leierhans'	Suche nach einem Investor für die Errichtung eines Einkaufs-marktes	nein (4:11:6)
86/1997	Planung	Umgestaltung des Plat-zes im Jagdschloßbe-reich	auf Basis des Exposés Streicher-Eickhoff/Exo	nein (11:11:0)
50/1995	Information	Aushangkästen am neuen Rathaus	Installation von zusätzlichen Infokästen der Parteien	nein (4:18:1)
01/1993	Entscheidungsfind.	Änderung der Haupt-satzung	Reduzierung der Zahl der Mit-glieder der Gemeindevertre-tungs-Ausschüsse	ja (einst.)

08/1993	Entscheidungsfind.	Anhörung zum Regionalen Raumordnungsplan	Verfahrensvorschlag	(zurückgezogen)
09/1993	Entscheidungsfind.	Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan	Verfahrensvorschlag	nein
18/1993	Entscheidungsfind.	KT-Beitragsbemessung ab Januar 1994	Verfahrensvorschlag: Ankündigungsbeschuß	ja (14:5:2)
30/1994	Entscheidungsfind.	Beschlußfassung über das Nutzungskonzept Kaserne	Verfahrensvorschlag	ja (12:10:1)

Anträge Die Grünen 1997-2001

51/1999.04	Mitbestimmung	Kinder- und Jugendparlament	Grundsatzbeschuß zur Einrichtung	ja (20:0:0)
68/1999.12	Mitbestimmung	Agenda-Prozess	Einrichtung eines Sachkostenetats für den Agenda-Prozess	ja (20:0:0)
73/2000.03	Mitbestimmung	Beschlüsse der Gemeindevertretung	Erfolgskontrolle	(zurückgezogen)
77/2000.03	Mitbestimmung	Lokale Agenda 21	Eintritt der Gemeinde in den Agenda 21-Prozess	ja (22:0:0)
35/1998.07	Pädagogik	Dreizügigkeit der Hans-Quick-Schule	Resolution an den Schulträger zur Umsetzung	(zurückgezogen)
46/1999.04	Pädagogik	Leitungsfunktion in den Schulen	Wiederbesetzung	ja (22:0:0)
03/1997.05	Soziales	Betrieb eines Hortes in der KT Hasentanne	Zeitnaher Vertragsabschuß über den Hortbetrieb	ja (13:7:1)
07/1997.05	Soziales	Spenden an Hilfsorganisationen	für die Aktion 'Ferienpatenschaft 1997 für Kriegskinder'	ja (10:8:1)
12/1997.09	Soziales	Humanitäre Hilfe 'Dritte Welt'	Spende an das Projekt 'Luena/Angola' (medico) 5.000 DM	ja (20:0:1)
19/1997.10	Soziales	Angebot für nicht organisierte Jugendliche	Öffnung der Sporthalle an einem Abend in der Woche	ja (19:0:4)
28/1998.03	Soziales	Förderung der Jugendarbeit und Vereine	Anhebung von Fördersätzen speziell für die Jugendarbeit	ja (23:0:0)
39/1998.10	Soziales	Spielplätze	Ersatzbeschaffung demontierter Geräte	(für erledigt erklärt)
40/1998.10	Soziales	Rodelbahn	Wiederinstandsetzung	(für erledigt erklärt)
47/1999.04	Soziales	sport-music-night'	Vorlage eines Konzeptes	ja (22:0:0)
52/1999.04	Soziales	Armut in Bickenbach	Erstellung eines Armutsberichtes für Bickenbach	(erledigt)
56/1999.07	Soziales	Nutzung des Vereinshauses "Außerhalb 18 b"	Angebot einer Raumnutzung und Benennung der Konditionen	ja (11:9:0)
78/2000.06	Soziales	Kreiskrankenhaus Jugendheim	Erhalt Kreiskrankenhaus Jugendheim inkl. Innere Abteilung	nein (3:17:0)

88/2000.12	Soziales	Kindertagesstätte Höhsand	Einrichtung eines Hortangebotes	ja (21:0:0)
89/2000.12	Soziales	Förderung der Jugendarbeit und Vereine	Förderung des Austauschs mit Tricarico	ja (22:0:0)
91/2000.12	Soziales	Rechtsextremismus	Resolution gegen Rechtsextremismus / politisch motivierte Gewalt	ja (21:0:0)
17/1997.10	Kultur	Öffnungszeiten der Gemeindebücherei	Öffnung an einem zweiten Nachmittag	ja (18:0:5)
67/1999.12	Kultur	Kulturprogramm	Durchführung kultureller Veranstaltungen	ja (19:0:1)
05/1997.05	Umwelt	Regenwassernutzungsanlage im Jugendtreff	Installation einer Regenwassernutzungsanlage	ja (13:8:0)
06/1997.05	Umwelt	Erhöhung der Wasserpreise zum 1. Mai 1997	Resolution gegen Modalitäten der Tarifierhöhung	ja (13:7:1)
08/1997.07	Umwelt	Sondermüllverbrennung in Biebesheim	Ablehnung von Sondermüll-Import aus dem Ausland	ja (17:1:1)
10/1997.09	Umwelt	Abfallgebühren des ZAW	Bemessungsgröße: tatsächliche Anzahl der Leerungen	nein
14/1997.09	Umwelt	Richtlinien 'Förderung v. Brauchwasseranlagen'	Erweiterung des Katalogs der zu fördernden Maßnahmen	ja (20:0:1)
23/1997.12	Umwelt	Verringerung des Trinkwasserverbrauchs	Kostenlose Abgabe von Tonnen und Wasserspararmaturen	(zurückgezogen)
27/1998.03	Umwelt	Regenwassernutzungsanlage im Rathaus	1. Reinigung und Einbau von Filtern; 2. Taubenabwehr	ja 1.(12:8:2); 2. (20:0:2)
30/1998.05	Umwelt	Förderung von Regenwassernutzung	Berichtsanf. Kanalgebührenverzicht bei Regenwassernutzung	(ohne)
33/1998.07	Umwelt	Sperrmüllbörse	regelmäßige Aushänge von Sperrmüllangeboten	nein (3:16:0)
37/1998.10	Umwelt	Benjes-Hecke	Anlage einer Benjes-Hecke nördlich des Beunewegs	ja (20:1:1)
48/1999.04	Umwelt	Meßstelle zur radiologischen Überwachung	Appell an das Land zum Erhalt vor Ort in Darmstadt	ja (20:0:0)
53/1999.04	Umwelt	Wasserspararmaturen im Sportheim	Beantragung von Fördermitteln	(für erledigt erklärt)
54/1999.04	Umwelt	Atomreaktor Biblis Block A	Resolution an die Hessische Landesregierung zur Stilllegung	ja (12:7:0)
58/1999.09	Umwelt	Umzäunung des Wäldchens in der Hainlache	Beseitigung der Zaunüberreste um das Wäldchen in der Hainlache	(zurückgezogen)
65/1999.12	Umwelt	Förderung ökologischer Stromerzeugung	Strombezug aus regenerativer Erzeugung (Ökostrom)	ja
66/1999.12	Umwelt	Waldaufforstung	zusätzliche Maßnahmen	ja (13:7:0)
79/2000.06	Umwelt	AKW Biblis	Resolution gegen den Bau eines Zwischenlagers	nein (10:10:0)

80/2000.06	Umwelt	Kommunale Arbeitsgemeinschaft Flughafen	Beitritt zur KAG Flughafen Frankfurt am Main	ja (11:8:0)
84/2000.12	Umwelt	Landbachrenaturierung	Klärungsbedarf	
99/2001.03	Umwelt	Förderprogramm Photovoltaik	Überprüfung der Auflage eines solchen Förderprogramms	ja (20:0:1)
100/2001.03	Umwelt	Öko-Audit	Durchführung eines Öko-Audits	ja (22:0:0)
04/1997.05	Verkehr	Verkehrsberuhigung in der Sandstraße	Zeitnahe Beschlußumsetzung	ja (13:6:1)
09/1997.07	Verkehr	Nördliche Straßenanbindung Gewerbegebiet II	Machbarkeitsstudie' vor Entscheidung	nein (3:16:0)
11/1997.09	Verkehr	Beleuchtung Fahrradabstellanlage am Bahnhof	Provisorische Beleuchtung	ja (20:1:2)
18/1997.10	Verkehr	Zugang zu den Bahngleisen 2 und 3	Verkehrssicherung der Fußgängerunterführung	ja (14:2:7)
20/1997.12	Verkehr	Bus-Haltestellen	Ausstattung mit Wartehäuschen	ja (21:0:0)
21/1997.12	Verkehr	Fahrradabstellanlagen	Installation am Bürgerhaus und SKG-Jugendheim	ja (22:0:0)
22/1997.12	Verkehr	Schuldorfweg	Sanierung zwischen DGGL und Landbachbrücke	ja (20:2:0)
25/1998.01	Verkehr	Feldwegsanierung	Vorlage eines umfassenden Sanierungskonzepts	ja (21:0:0)
32/1998.07	Verkehr	Schulwegsicherung	Maßnahmenpaket für drei Radwege in Nord-Süd-Richtung	(zurückgestellt)
34/1998.07	Verkehr	Schulwegsicherung	Planungsauftrag und Sofortmaßnahmen	ja (11:8:0)
38/1998.10	Verkehr	Zufahrt zum Sportplatz und Schützenheim	Sanierung und Verhandlung über Zufahrtsbeschränkungen	(zurückgezogen)
41/1998.10	Verkehr	Fahrradabstellplätze an der Melibokuschule	Ersatz- und Neubeschaffung mit geeigneten Ständern	nein (3:18:0)
42/1998.10	Verkehr	Neuregelung der Straßenverkehrsordnung	Anpassung der Radwege auf dem Gemeindegebiet	(erledigt)
49/1999.04	Verkehr	Buslinie 5504	Aussetzung der geplanten Stilllegung	ja (19:0:0)
50/1999.04	Verkehr	Gesprächsforum Nahverkehr'	Bericht über dessen Arbeit	ja (19:0:0)
57/1999.09	Verkehr	Verkehrssicherung im Wohngebiet Leierhans	Durchführung einer AnwohnerInnen-Versammlung	ja (20:0:0)
62/1999.12	Verkehr	Fahrkartenverkauf für den ÖPNV	Ausstattung des FBB e.V. mit einem Online-Reservierungssystem	ja (15:0:5)
63/1999.12	Verkehr	Verkehrsberuhigung in Wohngebieten	Verkehrsberuhigte Bereiche Leierhans und Berliner Straße	ja (20:0:0)
76/2000.03	Verkehr	Waldstraße	Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung	nein (3:18:1)

81/2000.06	Verkehr	Bus-Anbindung an den Bahnhof	Sicherung des ÖPNV in der Hartenauer Straße	nein (3:9:7)
86/2000.12	Verkehr	Disco-Bahn	Einrichtung und Finanzierung einer Disco-Bahn	ja (21:0:0)
90/2000.12	Verkehr	Stellplatzsatzung	Erhöhung der Zahl der Stellplätze pro Wohneinheit	(zurückgezogen)
95/2001.03	Verkehr	Fahrradabstellanlage Bahnhofsvorplatz	Planungsauftrag	(erledigt)
96/2001.03	Verkehr	Fahrradabstellanlagen am Friedhof	Planung und Herstellung	(erledigt)
97/2001.03	Verkehr	Querungshilfe Pfungstädter Straße	Planung und Einbau	ja (12:9:1)
98/2001.03	Verkehr	Disco-Bahn	Einrichtung und Finanzierung einer Disco-Bahn	(erledigt)
02/1997.05	Finanzen	Entschädigungssatzung	Absenkung von Aufwandsentschädigungen	(zurückgezogen)
26/1998.01	Finanzen	Haushalt 1998	Änderungsvorschläge	ja
29/1998.05	Finanzen	Gemeindepflegestation	Berichts-anforderung Vorschläge zur Zuschußbedarfs-senkung	ja (20:0:0)
31/1998.05	Finanzen	Verwaltungskosten-satzung	Außer-kraftsetzung	nein (3:18:0)
43/1998.01	Finanzen	1. Nachtragshaushalt 1998	Änderungsvorschläge	nein
44/1998.12	Finanzen	Kanalhaushalt	Anhebung der Kanalgebühren um DM 0,10 pro cbm	ja (21:0:0)
45/1998.12	Finanzen	Haushalt 1999	Änderungsvorschläge	teils ja, teils nein
60/1999.10	Finanzen	1. Nachtragshaushalt 1999	Änderungsvorschläge	nein (3:10:8)
70/2000.02	Finanzen	Haushalt 2000	Änderungsvorschläge	ja
71/2000.02	Finanzen	Haushaltssatzung 2000	Reduzierung der üpl. und apl. Ausgaben-Vollmacht des GV	ja (12:7:1)
72/2000.02	Finanzen	Haushaltsausgabe-reste	jährliche Vorlage einer Liste mit den Haushaltsausgabere-sten	ja (18:2:0)
82/2000.06	Finanzen	Einsparpotenziale	Überprüfung von Einsparungs-potenzialen	(zurückgezogen)
83/2000.10	Finanzen	Nachtragshaushalt 2000	Änderungsvorschläge	ja (11:8:0)
92/2001.01	Finanzen	Haushalt 2001	Änderungsvorschläge	teils teils
93/2001.01	Finanzen	Haushaltssatzung 2001	Reduzierung der üpl. und apl. Ausgaben-Vollmacht des GV	ja (12:10:0)
94/2001.01	Finanzen	Haushalt 2000	Aufhebung Sperrvermerk Haus-haltsstelle 2.5960.982000.5	ja (12:10:0)
61/1999.12	Vermögen	Empfangsgebäude auf dem Bahnhof Bickenbach	Ankauf	ja (13:7:0)

75/2000.03	Vermögen	Gastronomische Nutzung des Rathauskellers	Fristsetzung für die Vorlage eines Konzeptes	nein (4:8:10)
15/1997.09	Planung	Bauvorhaben der Firma Intersnack	Bebauungsplan, Information über DB-Güterverkehr	Pkt.3 ja (23:0:0)
16/1997.09	Planung	Skate-Anlagen-Standort	1. Zurückweisung Anrufung GVG; 2. Standortvorschlag	ja 1.(13:8:0); 2. (12:0:9)
36/1998.10	Planung	Bachgasse	Sanierung und Umbauten im Sinne Dorferneuerung	ja (22:0:0)
55/1999.06	Planung	Bebauungsplanentwurf "Am Jagdschloß"	Verhandlungen über einen Grundstückkauf	ja (12:9:0)
59/1999.10	Planung	Bebauungsplanentwurf "Am Jagdschloß"	Bericht und Beratung über Ankaufsverhandlungen bzgl. Grundstück	(nicht befasst)
64/1999.12	Planung	Rathausvorplatz	Bau und Finanzierung einer Tiefgarage auf dem Rathausvorplatz	(zurückgezogen)
69/1999.12	Planung	Bebauungsplanentwurf "Am Jagdschloß"	Ankauf eines Grundstücks, Maßgaben für die Vorentwurfsplanung	nein (17:4:0)
85/2000.12	Planung	Rathausvorplatz	Anforderung Sachstandsbericht sowie Alternativen	ja (21:0:0)
01/1997.05	Verwaltung	Zahl der Beigeordneten	Erhöhung von 9 auf 10	ja (13:8:0)
24/1998.01	Verwaltung	Gemeinsamer Ortspolizeibezirk	Bericht zur Personal-, Sachausstattung und Finanzsituation	ja (19:0:1)
87/2000.12	Verwaltung	Frauenbeauftragte	Wiederbesetzung der vakanten Stellenanteile	ja (11:10:0)
13/1997.09	Information	Gemeindliche 'Gesetzsammlung'	Herausgabe aller Satzungen	(zurückgezogen)
74/2000.03	Information	Gemeinde im Internet	elektronischer Zugang zur Gemeinde	ja (20:0:0)

Anträge KOMM,A 2006-2011

01/2006.04	Mitbestimmung	Zahl der Beigeordneten	Erhöhung von 6 auf 7	nein (11:14:0)
13/2007.05	Mitbestimmung	Zahl der Beigeordneten	Erhöhung von 6 auf 7	nein (10:12:0)
20/2008.05	Mitbestimmung	Zahl der Beigeordneten	Erhöhung von 6 auf 7	nein (10:11:1)
30/2009.11	Mitbestimmung	Zahl der Beigeordneten	Erhöhung von 6 auf 7	nein (10:13:0)
31/2009.11	Geschichte	Verlegung von 'Stolpersteinen'	Erinnerung an die Familie Benno Wolf	ja (24:0:0)

03/2006.07	Soziales	Jugenheimer Schwimmbad	Spende an Schwimmbadverein für Sanierung Sanitäranl.	ja (21:0:1)
19/2008.05	Soziales	Asylpraxis im EU-Mitgliedsland Griechenland	Resolution an die deutsche Bundesregierung	nein (2:20:0)
06/2006.09	Umwelt	AKW in Biblis	Resolution zur Stilllegung	nein (2:10:9)
27/2009.02	Umwelt	AKW in Biblis	Resolution zur Stilllegung	nein (2:20:0)
34/2010.11	Umwelt	AKW in Biblis	Resolution zur Stilllegung	nein (9:10:0)
07/2006.09	Umwelt	Landbach	Untersuchung des Landbachs auf Pestizidbelastung	nein (2:19:0)
15/2007.05	Umwelt	Kom. Arbeitsgem. Flughafen Frankfurt	Beitritt zur KAG Flughafen Frankfurt am Main	nein (10:13:0)
16/2008.03	Umwelt	Solarenergienutzung	Ausweitung der Solarenergiegewinnung in Bickenbach	nein (2:13:9)
17/2008.03	Umwelt	Blockheizkraftwerk	Prüfung energet. Nutzung des Faulgases der Kläranlage	nein (2:22:0)
18/2008.03	Umwelt	Landbach	Sensibilisierung für Gewässer- und Grundwasserschutz	(zurückgezogen)
22/2008.07	Umwelt	Neubau des gemeindlichen Bauhofs	Solarenergie- und Regenwassernutzung	(zurückgezogen)
24/2008.12	Umwelt	Neubau des gemeindlichen Bauhofs	Solarenergie- und Regenwassernutzung	nein
25/2008.12	Umwelt	Waldwirtschaftsplan 2009	Erhöhung der Mittel für Aufforstung	nein (2:22:0)
26/2009.02	Umwelt	Naherholungsgebiete	Entfernung nicht mehr benötigter Zäune und Leitplanken	(zurückgezogen)
32/2009.11	Umwelt	Waldwirtschaftsplan 2010	Bereitstellung von Mitteln für zusätzliche Aufforstung	nein (2:21:0)
35/2010.12	Umwelt	Waldwirtschaftsplan 2011	Bereitstellung von Mitteln für zusätzliche Aufforstung	nein (2:18:0)
04/2006.07	Verkehr	Einmündung Alsbacher in Jugenheimer Straße	Änderung der Vorfahrtsregelung	nein (1:18:0)
08/2006.09	Verkehr	Einmünd. Alsbacher in Jugenheimer Straße	Ortstermin	nein (3:17:1)
09/2006.09	Verkehr	Ausweisung von Parkplätzen	Vermeidung unnötigen Parkplatzsuchverkehrs	(zurückgezogen)

11/2007.03	Verkehr	Waldkolonie	Verlängerung Bürgersteig südl. der Melibokusstraße	ja (23:0:0)
14/2007.05	Verkehr	RMV	Resolution gegen geplante Preiserhöhung	nein (11:12:1)
33/2010.11	Verkehr	Radweg östlich Zwingenberger Straße	Sanierung	(zurückgezogen)
02/2006.07	Finanzen	Haushalt 2006	Aufstellung Nachtragshaushalt 2006	nein (1:18:0)
10/2007.02	Finanzen	Haushalt 2007	Änderungsanträge	nein (2:18:0)
21/2008.06	Finanzen	Haushalt 2008	Änderungsanträge	nein (2:16:0)
28/2009.04	Finanzen	Haushalt 2009	Änderungsanträge	nein (2:20:0)
23/2008.08	Vermögen	Neubau des Bürgerhauses	Grundsatzentscheid, Gründung eines Planungsausschusses	(zurückgezogen)
29/2009.06	Vermögen	Standort für den Bürgerhausneubau	Kriterien zur Festlegung eines Standortes	nein
12/2007.03	Verwaltung	Rathaus	Rauchverbot in den öffentlich zugänglichen Bereichen	nein (2:18:1)
05/2006.07	Information	Informationsschaukästen	Info-Schaukästen für die Fraktionen auf dem Rathausvorplatz	nein (1:12:6)

Anträge KOMM,A 2011-2016

01/2011.06	Mitbestimmung	Zahl der Beigeordneten	Erhöhung von 6 auf 7	ja (16:6:1)
05/2011.10	Mitbestimmung	Geschäftsordnung der Gemeindevertretung	Änderung der GO der GVG bzgl. Redezeit und Fragerecht	(nein)
26/2014.07	Mitbestimmung	Geschäftsordnung der Gemeindevertretung	Änderung der GO GVG bzgl. Beratung und Redezeit	nein (4:17:1)
21/2012.12	Soziales	Aufnahme von Flüchtlingen	Maßnahmen zur Wohnungsversorgung	nein (3:17:0)
24/2013.03	Soziales	Flüchtlingsunterkunft	Bed. f. Vertrag mit Landkreis: Baul. Mindeststandards	nein (3:19:0)
32/2015.03	Soziales	Situation von Flüchtlingen	Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage	nein (4:18:0)
33/2015.03	Soziales	Humanitäre Hilfe	Informationsveranstaltung für die Bürgerschaft	nein (4:17:1)

39/2015.11	Soziales	Sozialer Wohnungsbau	Planung und Umsetzung eines gemeindlichen Projekts	ja (22:0:0)
15/2012.08	Kultur	Kulturstiftung für die Bergstraße	Prüfung eines Beitritts der Gemeinde Bickenbach	(zurückgezogen)
02/2011.06	Umwelt	Atomenergie	Abschaltung aller Atomkraftwerke	
04/2011.10	Umwelt	Kom. Arbeitsgem. Flughafen Frankfurt	Beitritt zur KAG Flughafen Frankfurt am Main	nein
06/2011.10	Umwelt	Klimaschutzprogramm	Änderungen bzgl. Finanzierung von Maßnahmen	nein
07/2011.10	Umwelt	Waldwirtschaftsplan	Aufnahme zusätzlicher Waldsanierungsmaßnahmen	nein
19/2012.10	Umwelt	Baumpflanzung d. Bürger Auf der alten Bahn	Entwicklung der Straße Auf der alten Bahn zur Allee	ja (22:0:0)
08/2012.02	Verkehr	Zufahrt Firmenparkplatz Alnatura	Kostenermittlung für eine nördliche Zufahrt	ja (16:0:4)
09/2012.02	Verkehr	Ruhender Verkehr in der Hängelstraße	Durchsetzung der geltenden Regelungen	
14/2012.08	Verkehr	Radwegverbindung Bickenbach-Zwingenberg	Beidseitiger Ausbau des Radweges entlang der B 3	nein (3:16:0)
16/2012.08	Verkehr	Tempo 30 in der Ortsmitte	Maßnahmen zur Durchsetzung von Tempo 30	(nicht zugelas.)
17/2012.08	Verkehr	Verkehrssicherung auf Bürgersteigen	Verhinderung mißbräuchlicher Nutzung durch KFZ	(nicht zugelas.)
18/2012.18	Verkehr	Ruhender Verkehr i. d. unteren Hängelstraße	Durchführung eine AnwohnerInnen-Versammlung	(zurückgezogen)
25/2013.11	Verkehr	Einseit., gem. Geh- und Radweg Beuneweg	Aufhebung der Benutzungspflicht	(erledigt)
29/2014.07	Verkehr	Radwegverbindung Bickenbach-Zwingenberg	Beidseitiger Ausbau des Radweges entlang der B 3	(zurückgestellt)
35/2015.05	Verkehr	Verkehrssicherung Berta-Benz-Straße	Prüfung des Einsatzes von Blitzersäulen	ja (22:0:0)
36/2015.05	Verkehr	Radverkehrssicherung entlang der B3	Prüfung bzgl. Maßnahmen und Finanzierung	ja (22:0:0)
37/2015.05	Verkehr	Radwegverbindung Bickenbach - Pfungstadt	Klärung der Möglichkeiten bei DB und Naturschutzbeh.	ja (13:9:0)
40/2016.01	Verkehr	Passage zw. Bachgasse und Feuerweh	Freihaltung einer Passage für den fußläufigen Verkehr	(zurückgestellt)
10/2012.03	Finanzen	Haushalt 2012	Änderungsanträge	nein
12/2012.05	Finanzen	Änderung der Kita-Gebührensatzung	Erhöhung des Kostendeckungsgrades der Kita-Betreuung	nein (4:15:0)
13/2012.08	Finanzen	Haushalt 2012	Haushaltskonsolidierung	

20/2012.10	Finanzen	Haushalt 2012 ff	Haushaltskonsolidierung	nein
22/2013.01	Finanzen	Berichtspflicht bzgl. Haushaltsvollzug	Regelmäßige Information der Gemeindevertretung	(zurückgezogen)
23/2013.03	Finanzen	Haushalt 2013, Investitionsprogramm 2013	Beantragung Investitionsfonds B-Darlehen f. Bürgerhaus	nein (3:19:0)
31/2015.01	Finanzen	Haushalt 2015	Änderungsantrag	ja (24:0:0)
41/2016.01	Finanzen	Haushalt 2016	Änderungsvorschläge	ja
03/2011.10	Vermögen	Zukunft des Bürgerhauses	Durchführung einer Bürgerversammlung	nein
11/2012.05	Vermögen	Geplanter Neubau des Bürgerhauses	Erkundung der Landkreisplanung bzgl. Schulsporthalle	
28/2014.07	Vermögen	Zukunft des Bürgerhauses	Vorbereitung einer Grundsatzentscheidung	(zurückgezogen)
30/2014.07	Vermögen	Bürgerhaus, Sanierung oder Neubau	Auftrag zur Bedarfsermittlung	ja (22:0:0)
38/2015.11	Vermögen	Bürgerhaus	Sanierungsbeschluss, Finanzplan und Ausstattung	(zurückgezogen)
27/2014.07	Planung	B-Plan 'Nördlich der Darmstädter Straße'	B-Plan-Änderung und Erlass einer Veränderungssperre	(zurückgestellt)
34/2015.03	Planung	Bäderverbund Nördliche Bergstraße	Interkommunale Zusammenarbeit	nein (5:17:0)

Anträge KOMM,A 2016-2021

06/2016.06	Mitbestimmung	BürgerInnen-Beteiligung	Erlass einer Richtlinie 'Bürger-schaftliche Eingaben'	ja (13:9:0)
50/2019.10	Mitbestimmung	B-Plan "Nördlich der Darmstädter Straße"	Einberufung einer Bürgerversammlung	nein (4:18:0)
62/2020.10	Mitbestimmung	Fahrrad-Infrastruktur	Runder Tisch Radverkehr	nein (4:18:0)
02/2016.04	Gemeindevertretung	Fachausschuss-Besetzung	Art der Ausschüsse und Festsetzung der Fraktionsstärke	ja (25:0:0)
04/2016.05	Gemeindevertretung	Geschäftsordnung	Änderungen	ja (13:9:0)
42/2018.11	Gemeindevertretung	Geschäftsordnung	Sitzungsunterl. elektr. und Erhöhung Aufwandsentsch.	ja (22:0:1)
59/2020.07	Gemeindevertretung	Geschäftsordnung	Fragestunde: Protokollierung der Antworten	(zurückgest.)
05/2016.05	Gemeindevertretung	Arbeitskreis Bürgerhaus	Erweiterung um PLU-Vorsitzene*n	ja (5:3:1)

01/2016.04	Verwaltung	Zahl der Beigeordneten	Erhöhung von 6 auf 8	ja (25:0:0)
24/2018.01	Verwaltung	Zahl der Beigeordneten	Erhöhung von 8 auf 9	ja (23:0:0)
03/2016.04	Verwaltung	Ergebnisniederschriften Gemeindevorstand	Übersendung an die Fraktionsvorsitzenden	ja (16:9:0)
53/2019.12	Verwaltung	B-Plan 'Östlich der Waldkolonie'	Durchsetzung der Bauleitplanung	nein (7:12:1)
21/2017.11	Öffentliche Ordnung	Plakatierungssatzung	Neuerlass einer Plakatierungssatzung	(zurückgest.)
07/2016.06	Soziales	Kom. Lastenausgleich Müllentsorgung	Kompensation für erhöhtes Müllaufkommen (Windeln)	ja (24:0:0)
08/2016.09	Soziales	Haushaltstitel „Humanitäre Hilfe“	Spendenvergabe Grundsatz	(zurückgez.)
18/2017.05	Soziales	Kita-Gebühren	Änderung der Gebührensatzung	ja (4:19:0)
34/2018.06	Soziales	Kita-Gebühren	Prüfung eines möglichen Zuschusses zu Kitagebühren	(zurückgez.)
10/2016.11	Soziales	Öffentliche Sitzgelegenheiten	Einrichtung weiterer Sitzgelegenheiten	ja
19/2017.09	Soziales	Öffentliche Sitzgelegenheiten	Standortvorschlag 2017	ja (23:0:0)
27/2018.03	Soziales	Öffentliche Sitzgelegenheiten	Standortvorschlag 2018	ja (24:0:0)
41/2018.11	Soziales	Öffentliche Sitzgelegenheiten	Standortvorschlag 2019	ja (23:0:0)
55/2020.02	Soziales	Öffentliche Sitzgelegenheiten	Einrichtung von "Mitfahrbänken"	nein (4:19:0)
36/2018.09	Soziales	Öffentliche Sitzgelegenheiten	Prüfung einer Installation auf dem Rathausplatz	(zurückgest.)
39/2018.09	Soziales	Hessenkasse Sonderzuwendung	Verwendung für Sozial-/ bez. Mietwohnungsbau	ja (14:7:1)
47/2019.04	Soziales	Geförderter Wohnungsbau	Prüfungsauftrag an den Gemeindevorstand	nein (3:19:0)
25/2018.03	Umwelt	Brauchwasseranlage im Rathaus	Reaktivierung der Brauchwasseranlage	(zurückgez.)
32/2018.04	Umwelt	Außenbeleuchtung v. kom. Liegenschaften	Grundsatzbeschluss	nein (4:17:1)
56/2020.02	Umwelt	Außenbeleuchtung Bürgerhaus	Herstellungsauftrag an Gemeindevorstand	(vertagt)
33/2018.04	Umwelt	Gewässerschutz	Veröffentlichung der Wasserqualitätsprüfergebnisse	(zurückgez.)
58/2020.04	Umwelt	Klimaschutz	Kom. Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsaktionsplan	(zurückgest.)
09/2016.09	Verkehr	Radverkehrsschau	Regelmäßige Durchführung	(an GV überw.)

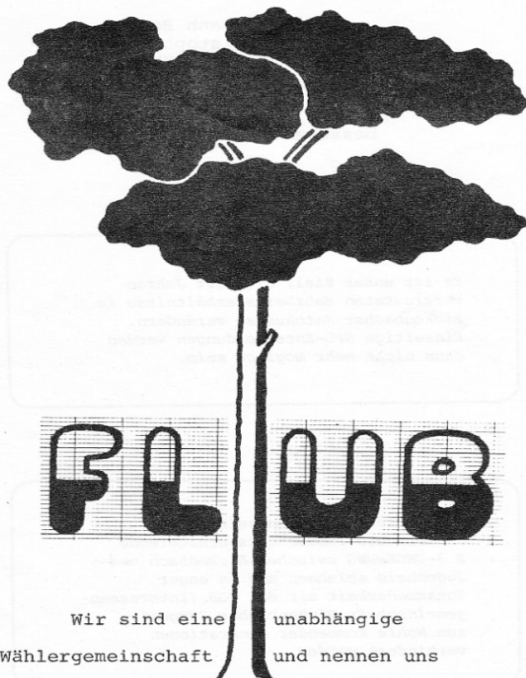
37/2018.09	Verkehr	Rad-Abstellplätze	Erweiterung der Abstellmöglichkeiten am Bahnhof	(an GV überw.)
49/2019.06	Verkehr	Radverkehrsförderung	Maßnahmen	nein (3:18:0)
63/2020.10	Verkehr	Radschnellweg	Stellungnahme	ja (13:0:0)
16/2017.05	Verkehr	Berta-Benz-Straße	Einbau einer Querungshilfe	(zurückgest.)
17/2017.05	Verkehr	Schuldorfweg	Beleuchtung	ja (14:6:0)
26/2018.03	Verkehr	Konzept Ruhender Verkehr	Planungsauftrag	(zurückgest.)
31/2018.04	Verkehr	Radar Geschwindigkeitsanzeigen	Beschaffung	(erledigt)
38/2018.09	Verkehr	Markierung	Erkennbarkeit der Gemarkungsgrenze	nein (4:19:0)
40/2018.11	Verkehr	Mittelfristige Verkehrsplanung	Zieldefinition	(zurückgest.)
54/2020.02	Verkehr	Verkehrsberuhigung	Ausweisung als 'Verkehrsberuhigter Bereich'	(zurückgest.)
15/2017.03	Finanzen	Etat 2017	Änderungsanträge	ja
28/2018.03	Finanzen	Etat 2018	Änderungsanträge	P. 6+8 nein, 7 ja
43/2018.12	Finanzen	Etat 2019	Änderungsanträge	(differenziert)
44/2018.12	Finanzen	Etat 2019	Planung Sozialwohnungsbau	nein
45/2018.12	Finanzen	Etat 2019	Freiwillige Maßnahmen zur Haushaltssicherung	nein (4:19:1)
57/2020.02	Finanzen	Etat 2020	Änderungsanträge	(differenziert)
64/2020.12	Finanzen	Etat 2021	Änderungsanträge	ja
30/2018.04	Finanzen	Grundhafte Straßensanierung	Vorarbeiten für neues Finanzierungsmodell	(erledigt)
35/2018.09	Finanzen	Grundhafte Straßensanierung	Ersatz der Beitrags- durch Steuerfinanzierung	nein (3:17:1)
52/2019.12	Finanzen	Grundhafte Straßensanierung	Aufhebung der Beitragssatzung	nein (8:12:1)
29/2018.03	Vermögen	Gaststätte Rose und Teilfläche Haus Burger	Rücktritt von der Verkaufsabsicht	(irreversibel)
11/2016.12	Planung	B-Plan "Nördlich der Darmstädter Straße"	Änderungen zum B-Planentwurf	nein
12/2016.12	Planung	B-Plan "Nördlich der Darmstädter Straße"	Moratorium	(nicht zugel.)

13/2016.12	Planung	B-Plan "Nördlich der Darmstädter Straße"	Änderungen zum B-Planentwurf	nein (4:19:0)
14/2017.01	Planung	B-Plan "Nördlich der Darmstädter Straße"	Veränderungssperre, Auslegungsfrist B-Plan-Entwurf	nein (4:17:0)
20/2017.09	Planung	B-Plan "Nördlich der Darmstädter Straße"	Ablehnung Ausnahme von Veränderungssperre	nein (5:18:0)
22/2018.01	Planung	B-Plan "Nördlich der Darmstädter Straße"	Moratorium	nein (5:19:0)
23/2018.01	Planung	B-Plan "Nördlich der Darmstädter Straße"	Änderungen zum B-Plan-Entwurf	nein (4:20:0)
51/2019.12	Planung	B-Plan "Nördlich der Darmstädter Straße"	Durchführung eines neuen Bauleitplanverfahrens	(vertagt)
60/2020.07	Planung	B-Plan "Nördlich der Darmstädter Straße"	Städtebaulicher Vertrag, Änderungen	nein (4:16:1)
61/2020.07	Planung	B-Plan "Nördlich der Darmstädter Straße"	Wiederholung der öffentlichen Auslegung	nein (4:15:1)
46/2019.04	Planung	Nachhaltige Ortsentwicklung	Erstellung eines Leitbildes	nein (3:19:0)
48/2019.04	Planung	Baulücken- und Leerstände	Aufbau eines Katasters	(zurückgez.)
65/2021.02	Planung	B-Plan "Nördlich der Darmstädter Straße"	Zurückstellung bis nach Kommunalwahl	nein (2:11:0)

4. Dokumente

FLUB - Flyer 1980

LIEBE BICKENBACHER BÜRGER!



Wir sind eine unabhängige
Wählergemeinschaft und nennen uns
FREIE LISTE UMWELTSCHUTZ BICKENBACH
oder einfach F L U B

Unsere Kandidaten

Hermann Benjes
Christoph Hornung
Birgit Köhler M.A.
Dr. Carl Mumm

werden sich für eine
bessere Umwelt einsetzen.

*Es ist unser Ziel, die seit Jahren
verkrusteten Mehrheitsverhältnisse im
Bickenbacher Rathaus zu verändern.
Einseitige SPD-Entscheidungen werden
dann nicht mehr möglich sein.*

*Es versteht sich von selbst,
daß wir die landschaftsvernichtende
B 3-UMGEHUNG zwischen Bickenbach und
Jugenheim ablehnen und in enger
Zusammenarbeit mit der IGB (Interessen-
gemeinschaft Bickenbacher Bürger)
zum Wohle kommender Generationen
verhindern werden.*

Wer seinen Kindern hier in Bickenbach
eine lebenswerte Umwelt schaffen und
hinterlassen möchte, wählt am

22. März 1981

die FREIE LISTE UMWELTSCHUTZ
BICKENBACH
F L U B

**KONTAKT-
ADRESSEN:** Hermann Benjes
Darmstädter Straße 21
6101 Bickenbach
Tel.: 47 43

Christoph Hornung
Darmstädter Straße 19
6101 Bickenbach
Tel.: 56 46

Birgit Köhler
Waldkolonie 2
6101 Bickenbach
Tel.: 61 444

... im nächsten Flugblatt im Februar werden
wir auf diese und weitere Probleme aus-
führlich eingehen, die unter gar keinen
Umständen einer 'einstimmig' entschei-
denden SPD überlassen werden sollten.

*Mit verkehrspolitischen Maßnahmen
(die kaum Geld kosten!) wollen wir auf der
DARMSTÄDTER STRASSE das Risiko für Radfahrer,
Fußgänger, vor allem aber die unzumutbaren
Verhältnisse für ältere Mitbürger und
Mütter mit Kindern beseitigen.*

*Wir werden auch die drohende Vernichtung
des Naturdenkmals SEDAN-LINDE (an der
Jugenheimer Straße) nicht hinnehmen und
in Zukunft ähnliche Schildbürgerstreiche
von vorneherein unterbinden.*

*Das Bestehende nur zu erhalten, damit
wird sich die FLUB nicht zufriedengeben.
Wir haben uns vorgenommen, z.B. die
Bachläufe in Bickenbach ökologisch sinnvoll
zu gestalten und den Ausverkauf der Gärten
und Freiflächen nicht dem Ermessen
einer einzigen Partei zu überlassen.*

Offener Brief von Staatsminister Karl Schneider an die IGB 1981

KARL SCHNEIDER
STAATSMINISTER

6200 WIESBADEN
HÖLDERLINSTRASSE 1-3
TELEFON 06121/8172570

11. März 1981

OFFENER BRIEF

An die
Verantwortlichen der
Interessengemeinschaft
Bickenbacher Bürger gegen
den Bau der B 3 - Umgehung (I G B)

Sehr geehrte Damen und Herren,

das neue Flugblatt der IGB gibt Hoffnung. Die Bürgerinitiative legt ihre angebliche parteipolitische Neutralität ab und wird deutlich. Jetzt wissen wir wenigstens eindeutig gegen wen die "neutralen" Kämpfer für "unsere schöne Bergstraße" sind. Zur Glaubwürdigkeit gehört aber auch eine eindeutige Aussage wofür: für die CDU oder für die Grünen?

Sollte es innerhalb der Bürgerinitiative Schwierigkeiten geben, empfehle ich das alte Strickmuster: 2 rechts, 2 links.

Also: Karl Fehr für grün,
Jobst Mertiny für CDU,
Birgit Köhler grün (aber nur auf der Kreisebene aus Rücksicht auf linke Systemveränderer, in Bickenbach selbstverständlich die der CDU nahestehende FLUB) und
Jürgen Kratzert diesmal CDU
(besser den Bickenbacher CSU-Zweig nach Müller-Querl, es gilt schließlich den erworbenen Bauplatz gegen linke Systemveränderer zu verteidigen).

Also Mut zur Offenheit. Unsere Jugend erwartet Glaubwürdigkeit in der Politik.

- 2 -

- 2 -

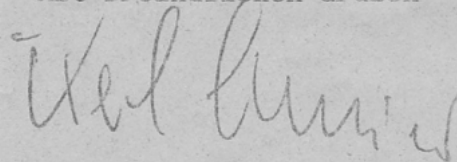
Noch eines. Wie wäre es mit einem eigenen glaubwürdigen ökologischen Beitrag? Die Lehrer Fehr und Kratzert fahren ab sofort mit der Straßenbahnlinie 8 zur Schule nach Darmstadt.

Ökologischer Effekt: weniger Energieverbrauch,
weniger Schadstoffe in der Luft,
Entlastung der B 3,
Verzicht auf Zweitwagen für Ehefrau,
der betonierte Abstellplatz kann in
einen ökologischen Vorgarten umgewandelt
werden (Fachmann Benjes gibt Rat wie's
gemacht wird).

Und gibt es genug Nachahmer, brauchen wir keine Umgehungsstraßen
weder im Westen, noch im Osten Bickenbachs.

Es gibt viel zu tun in unserer stark gebeutelten Umwelt. Fangen
wir bei uns an und warten nicht auf den Nachbarn.

Mit freundlichen Grüßen



Brief an grün-alternative Listen im Landkreis 1982

Robert Schweitzer

5. August 1982 sc

An die alternativen Listen im Landkreis

Liebe Freunde,

vorgestern Abend wurde in Bickenbach, wo die FLUB im Sinne der Grünen in der Gemeindevertretung wirkt, überraschend ein grüner Ortsverband gegründet. Darauf hatten wir es eigentlich nicht angelegt; allerdings war mit dem grünen Plakat "Wir brauchen Leute!" eingeladen worden. In Bickenbach - wie anderswo auch - hatten wir Leute gesucht, die neben der Kommunalpolitik auch die übrigen Felder alternativer Politik vor Ort bearbeiten.

In Landkreisorten mit alternativen Listen haben die Grünen bisher weder Mitglieder geworben noch Ortsverbände gegründet. Da es im Zusammenhang mit unserer Wir-brauchen-Leute-Aktion auch in anderen Gemeinden zu Entwicklungen wie in Bickenbach kommen kann, könnte es besorgte Reaktionen bei den alternativen Fraktionen geben. Bitte laßt mich sagen, was ich dazu meine:

Die Grünen brauchen, insbesondere für die nicht-kommunalpolitischen Bereiche, wirklich noch viele zusätzliche Mitarbeiter - das steht nicht nur so auf dem Plakat. Wir müssen deshalb wirklich etwas in dieser Richtung tun. Ich bin aber der Meinung, daß sich diese Leute, die sich tatsächlich sehr zahlreich finden, wie sich vor Bickenbach schon in Reinheim und Mühlthal gezeigt hat, der örtlichen alternativen Liste anschließen und von da aus die nicht-kommunalpolitischen Felder bearbeiten sollten. Wo es gleichwohl zur Gründung grüner Ortsverbände am Ort einer alternativen Liste kommt - was die Betroffenen nur selbst entscheiden können - sollte weder Spannung noch Konkurrenz geduldet werden.

Vier feste, freundschaftliche Klammern sollten Grüne und Alternative vor Ort dauerhaft zusammenhalten:

1. Vertreter der Ortsgrünen sollten dauerhaft bei der alternativen Ortsfraktion mitarbeiten. Mitarbeiter sucht jede Fraktion.
2. Alternative Mandatsträger sollten trotz aller Überlastung so oft wie möglich bei den Orts-Grünen erscheinen. Grüne Ortsverbände sind keine geschlossenen Mitgliedervereine. Ebensowenig übrigens wie die grüne Landesmitgliederversammlung; Einladungen für die nächste füge ich bei. An den monatlichen Landkreisversammlungen nehmen viele Kreisalternative schon immer teil - unterschiedslos, gleich- und stimmberechtigt.
3. Durch diese enge personelle Verzahnung, durch gemeinsames Auftreten und durch gemeinsame Aktionen sollen Wörter wie "ihr" und "wir" untereinander gar nicht erst aufkommen.
4. Die Grünen Ortsverbände sollten nicht versuchen, die Autonomie, Existenz und Parteilosigkeit der alternativen Fraktionen anzukratzen. Die Alternativen sind den Grünen in diesem Landkreis seit 1980/81 Partner und Freund; sie haben die Bewegung mitgetragen und mitgerissen, als die Grünen sehr dankbar dafür waren. Die Grünen haben die alternativen Listen nicht als Wegwerfprodukte mitgegründet, sondern als selbständige Einheiten auf Dauer. Selbstverständlich auch über 1985 hinaus.

Ich schreibe euch dies als meine persönliche Meinung nicht, um euch vordergründig zu beruhigen. Ich hoffe inständig, daß sich bei uns die verschiedenen Gruppen des grün-alternativen Spektrums niemals auseinanderdividieren lassen!

H e r z l i c h s t

Robert Schweitzer

Brief von Karl Kerschgens an Hardi Fenske 1984

Karl Kerschgens

FLuB

Herrn Fenske



Schloßplatz 2, 6200 Wiesbaden
Tel. 06121/350-356

1.3.84

Sehr geehrtes Herr Fenske,
daß wir die Umfahrung Bickenbach nicht wollen,
wissen Sie. Ich halte den Antrag eher
für einen Schaupferkantrag, der die Opposition
zu Wiesbaden sichern soll. Ich werde
mich im Wirtschaftsministerium vor dem
Sachstand erkundigen und Ihnen vor dem
12.3. (wegen Urlaub) Bescheid geben.

Mit freundlichen Grüßen

Karl P. Kerschgens

Planung Maßnahmen und Ziele der Grünen in der Gemeindevertretung 1997

Maßnahmen und Ziele 1997 - 2001

Mitwirkungsrechte

BürgerInnenversammlungen	themenbezogen nach Bedarf auch mehrmals jährlich
Rederecht der BürgerInnen bei Sitzungen der Gemeindevertretung und ihren Ausschüssen	entweder durch bewußte Überschreitung der HGO in Form einer entsprechend geänderten Geschäftsordnung unter Inkaufnahme eines Konfliktes mit der Kommunalaufsicht oder durch Unterbrechung der Tagesordnung auf Wunsch anwesender BürgerInnen alternativ auf Antrag einer Fraktion oder 'BürgerInnenfragestunde' auch jeweils vor Eintritt in die Tagesordnung der Ausschuß-Sitzungen
AG Mitwirkungsrechte von Jugendlichen	Gesprächsfaden mit den Jugendlichen wieder aufnehmen Fernziel: Jugendparlament
Jugendtreffat	erneuter Anlauf, einen solchen zu installieren - über die Beteiligung der BesucherInnen des Jugendtreffs an der Planung des Umbaus und der Erweiterung
Arbeitsgemeinschaft 'Träger der Altenhilfe'	Neugründung anstelle des 'Seniorenbeirates' feste Mitarbeit der Gemeinde und ggfs. der Fraktionen der Gemeindevertretung
Frauenbeauftragte	Einrichtung einer Frauenkommission Fortschreibung des Frauenförderplans
Fahrradkommission	Wiedereinrichtung
Satzungen Richtlinien Förderprogramme	Neuedition und Herausgabe als gemeindliche 'Gesetzessammlung' für die Bürgerschaft

Maßnahmen und Ziele 1997 - 2001

Soziales / Pädagogik

Kindertagesstätten	Beitragsentwicklung Bedarfsüberprüfung und ggf. Planung einer dritten Kindertagesstätte Bedarfsüberprüfung bezüglich Kindergrippe
Hort	Vertrag - Aufbau - Einrichtung Beitragsgestaltung
Betreuende Grundschule Kindergruppe Bickenbach	Verbesserung der Personalausstattung / Bereitstellung von Honorarmittel Vertrag Instandsetzung der Räume Darmstädter Straße 14 - Gestaltung des Außengeländes Umzug Vertragsänderung bezüglich Miete nach einem Jahr Laufzeit
Spielplätze	Verbesserung der Ausstattung Begrünung Unfallverhütungsmaßnahmen
Jugendtreff	Sanierung / Renovierung Aufbau und Einrichtung einer 'Medienwerkstatt'
Skate-Anlage	unverzügliche Wiedererrichtung an einem geeigneten Platz in Absprache mit den Jugendlichen
SeniorInnen-Angebote	feste Öffnungszeiten der Altentagesstätte (besser 'Seniorentreff') Veranstaltungsplanung wenigstens halbjährlich Fortbildungsangebote in Kooperation mit der Volkshochschule
Gemeindepflegestation	Umzug in die Darmstädter Straße 14 organisatorische Trennung von der Gemeindeverwaltung / Führung als 'Eigenbetrieb' Trennung von der Gemeinde - eventuell unter neuer/eigener Trägerschaft ???
Sonstige Soziale Angelegenheiten	'Spenden an Hilfsorganisationen' in 1997 für 'Ferienpatenschaften für Flüchtlings- und Kriegskinder im ehemaligen Jugoslawien' 'Humanitäre Hilfe Dritte Welt' im Umfang von 1 Promille des Verwaltungshaushaltes Mittelvergabe jeweils ausschließlich durch die Gemeindevertretung (ggfs. per Sperrvermerk)
'Arbeit statt Sozialhilfe'	Bereitstellung eines Arbeitsplatzes inclusive Anleitung
Ausbildungsplätze	2 weitere Plätze: 1 im Bauhof (sofern die ausbilden können) 1 in der Gemeindepflegestation

Maßnahmen und Ziele 1997 - 2001

Umwelt

Aufforstung	Fünjahresplanung Waldaufforstung in Absprache mit der Forstverwaltung Waldwirtschaftspläne mit längerer Laufzeit Aufforstung 'Im Laukenloch'
Begrünung	gezielte Baumanpflanzung und Ersatzpflanzung (fester Haushaltstitel in den nächsten 3 Jahren)
Regenwassernutzung	Förderprogramm überarbeiten: Förderbeträge erhöhen Erweiterung der zu fördernden Maßnahmen: Flächenentsiegelung, Einbau von Wasserspararmaturen, Einbau von Wasserzählern pro Wohnung in Mietwohnungen, Regenwasserversickerung, Anschaffung von Regenwassertonnen u.a.m. Gemeindeeigene Gebäude entsprechend umbauen: Jugendtreff Darmstädter Straße 14 (Gemeindepflege / Kindergruppe Bickenbach) ??? Sportlerheim Mehrzweckgebäude Erlensee Außerhalb 18 b (bei Vereinsnutzung)
Wassersparen	Wassersparwettbewerb: Preise für die 10 im Laufe eines Jahres sparsamsten Haushalte
Abfall- und Wertstoffeinsammlung	Neuorganisation der Sammlung von Kork und Aluminium
Altlasten	Untersuchung und ggfs. geeignete Sanierungsmaßnahmen: Parkplatz Erlensee Schützenheim Im Laukenloch
Schadstoffbelastung	PCB-Belastung in der Raumluft der Hans-Quick-Schule: Überprüfung des Sachstandes ; ggfs. Sanierungsmaßnahmen einfordern
Alternative Energien	Förderprogramm nicht nur bezogen auf Thermische Solaranlagen speziell: Förderung von Stromerzeugung
KAG SVA-Biebesheim	weitere Mitarbeit - Appell an Pfungstadt zum Wiedereintritt
Landbachrenaturierung	Start der Maßnahme und umfassende Unterstützung
Atomkraftwerk Biblis	Position der Gemeinde: Stilllegung von Block A - keine Castortransporte - Restlaufzeit Block B

Maßnahmen und Ziele 1997 - 2001

Verkehr / Infrastruktur

Bahnhof	Bahnhofvorplatz: Ankauf oder Erpacht (kein kurzfristiger Miet-/Pachtvertrag) Umgestaltung und Ausbau: Bushaltestellen - Fahrradabstellanlage - 'Park and Ride' gebührenpflichtig - kostenloser Stellplatz für zweites Car-Sharing-Fahrzeug Rad- und FußgängerInnenunterführung: Anbindung an den Bahnsteig 2 für Rollstühle, Kinderwagen und Fahrräder über Rampe Bahnsteige: Anhebung auf S-Bahnniveau wenigstens über die Länge von 2 Waggons
Verkehrsberuhigung	Verkehrsberuhigter Bereich: Sandstraße, Leierhans, Hintergraben vor Schule / KT Maßnahmen für: Alsbacher Straße, Waldkolonie, Waldstraße Aufstellung eines 'Geschwindigkeitsbeeinflussungsgerätes' von der Landesverkehrswacht
ÖPNV	Busanbindung: Seeheim - Pfungstadt Initiative für eine 'Schnelle 8'
Förderung des Fahrradverkehrs	Fahrradwege-Netzplanung innerörtlich Anbindung nach Pfungstadt, Anbindung an die Melibokusschule über den Weilerweg Fahrradverkehrssicherung: Radwegführung in der Zwingenberger Straße Einnüpfungsbereich Alsbacher Straße in den Beuneweg Stellplätze: Bürgerhaus, Sportlerheim, Friedhof, Mehrzweckgebäude Erlensee, Rathaus
Feldwege	Sanierung südlich des Hartenauer Hofes, zwischen Lindenhof und Weidhof, Richtung Weilerhügel / Hähnlein
Stellplatzsetzung	Ausnahme von der Herstellungspflicht für Haushalte ohne eigene KFZ
Verkehrsführung	Öffnung des Opperwegs von der Bahnhofstraße bis zum Leierhans Öffnung des Hoffmannspfads Umwidmung der Bahnhof- und Hartenauerstraße zu Einbahnstraßen bei Zulassung von Fahrradverkehr in Gegenrichtung
Rathausvorplatz	abschließende Gestaltung über die Länge der Westseite des Rathauses
Einkaufsmöglichkeit	westlich des Leierhans (alternative Erschließung über den Bahnhof)
'Regionales Verkehrsparlament Nördliche Bergstraße'	erneute Initiative zur Einrichtung
Umgehungsstraße	Entscheidung über Bau erst nach Durchführung einer 'Machbarkeitsstudie', einer BürgerInnenversammlung und einer Bürgerbefragung

Zweiter Wahlbrief Klaus Peter Creamer zur Bürgermeisterwahl 1999

BÜRGERMEISTERWAHL AM 5. SEPTEMBER 1999 IN BICKENBACH

VERANSTALTUNGEN

ENERGIESPAREN IN HAUS UND KÜCHE

Informationsabend für alle Bürgerinnen und Bürger.

DONNERSTAG 12.8.99 19.30 UHR im Bürgersaal/ Rathaus

Referent: Dr. Peter Günther ehemals Energiesparberater der HEAG.

K.P. CREAMER LÄDT EIN:

Disco von 8-88 im Bürgerhaus Bickenbach

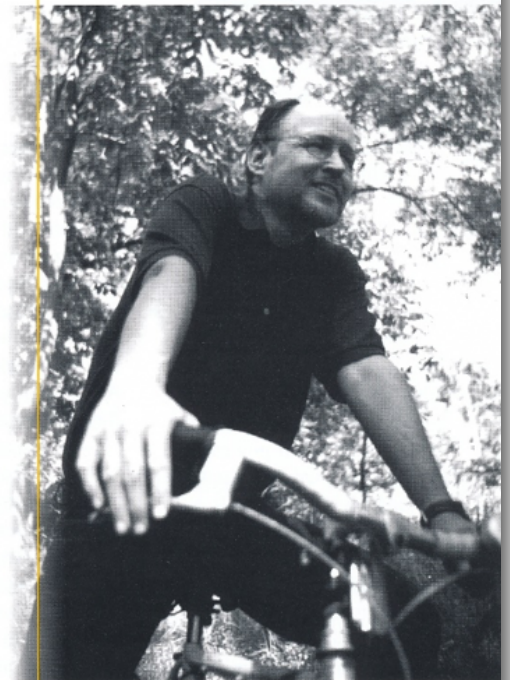
FREITAG 2.7.99 AB 19.00 UHR



Über Fragen und Anregungen von Ihnen zu diesem Thema freue ich mich. Sie erreichen mich in der Melibokusstr. 3b, Tel.: 5848 oder im Internet unter: www.sandhas.de.

V.i.S.d.P. : Klaus Peter Creamer

Bickenbach
zuliebe ...

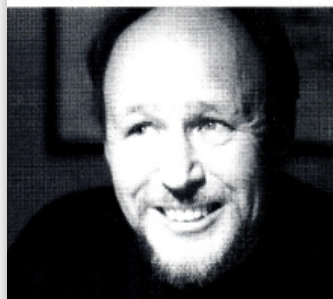


... Ihr Kandidat: KLAUS PETER CREAMER

2. WAHLBRIEF
STRASSENVERKEHR

BÜRGERMEISTERWAHL AM 5. SEPTEMBER 1999 IN BICKENBACH

2. WAHLBRIEF



THEMA: STRASSENVERKEHR

Die Lebensqualität in Wohngebieten und sonstigen Lebensräumen wird am meisten vom motorisierten Straßenverkehr beeinträchtigt. Das sagen über 70 Prozent der Deutschen, also auch viele Autofahrer/innen; und in Bickenbach wird das nicht

anders eingeschätzt. Unsere Gemeinde liegt sehr zentral und wird von vielen Verkehrsadern durchzogen. Das hat Vorteile: schnelle Anbindung an zwei Autobahnen, an die alte und neue B3,

eine Bahnstrecke mit guten Verbindungen nach Mannheim/ Heidelberg, Darmstadt und Frankfurt, eine leicht zu erreichende Straßenbahnverbindung nach Darmstadt. Der Nachteil besteht darin, dass viel motori-

...Die Lebensqualität in Wohngebieten und sonstigen Lebensräumen wird am meisten vom motorisierten Straßenverkehr beeinträchtigt...

Ihr Kandidat:
KLAUS PETER CREAMER

sierter Verkehr täglich durch unsere Gemeinde hindurchgeschleust wird; **Tendenz steigend.** Bis zum Jahr 2010 soll, so die Automobilbranche, der Pkw-Bestand von jetzt über 41 Millionen noch einmal um 16 Prozent steigen.

Und Bickenbach bekommt auch davon etwas ab. Inzwischen sind bereits 9,7 Prozent der Gemeindefläche Verkehrsfläche. Damit liegen wir in Größenordnungen von Weiterstadt und Griesheim. Nur 1,5 Prozent sind als Erholungsflächen für Bürgerinnen und Bürger anzusehen. Was können wir als Gemeinde planerisch und politisch tun? Was können wir als Einzelne tun, um dem Verkehrsstrom Herr zu werden? Dazu sechs Vorschläge und Anregungen von mir.

1. NEUE STRASSEN BAUEN?

Das ist meist die teuerste und am wenigsten wirksame Lösung. Neue Straßen ziehen zusätzlichen Verkehr an. In Bickenbach würde jedoch der Neubau einer Umgehungsstraße (*Nordanbindung des Gewerbegebietes*) eine Teilentlastung vom Verkehr bringen. Großräumig lieben sich damit Lastwagen und Personewagen über die Bertha-Benz-Straße durch das Gewerbegebiet zur Landesstraße L 3303 kurz vor der Autobahnauffahrt führen. Dabei müssen die Fahrzeuge in beiden Richtungen zweimal die Bahnstrecke unter- bzw. überqueren. Dieser

Plan ist im Parlament beschlossen und soll so ausgeführt werden. *Eine wirkliche Verkehrsentslastung in der Bebelstraße und Pfungstädter Straße und anderen Teilen Bickenbachs wird es jedoch nur dann geben, wenn die Zu- und Abfahrtsstraße zur Autobahn, die L 3303, mit Eröffnung der neuen Umgehungsstraße sofort geschlossen wird und das Gelände wieder Wald und Natur wird.* (Ein kleiner Streifen könnte als Radweg Richtung Pfungstadt zum Haltenbad und dem Sportgelände genutzt werden). Bleibt die L 3303 weiterhin geöffnet, werden die Autofahrer und -fahrerinnen den schnellsten Weg von und nach Bickenbach suchen und der führt nun mal durch die *Bebelstraße* und die *Pfungstädter Straße*. Wer nutzt schon eine Straße, die ihn zweimal über und unter den Bahngeleisen im großen Bogen westlich am Zielort vorbeiführt, wenn er eigentlich in den Ortskern fahren will. Der siebenstelligen Betrag für diese Umgehungsstraße lohnt nur, wenn auch wirklich der überwiegende Verkehr umgeleitet wird. Sonst haben wir die Hoffnungen auf Verkehrsentslastung enttäuscht, Steuergelder ausgegeben (die Hauptkosten trägt die Gemeinde, weil es sich um eine Gemeindestraße handelt) und die Natur zugepflastert.



2. WER A SAGT MUSS AUCH B SAGEN

Wenn die Gemeinde neue Gewerbegebiete ausweist, Flächen für Wohnbebauung plant, wenn neue Läden in Bickenbach eröffnet, Parkplätze auf und unter dem Rathausvorplatz angelegt werden, dann ist das auch mit zunehmendem Autoverkehr verbunden. *Jede Baumaßnahme, jede Gewerbeansiedlung darf nicht isoliert betrachtet werden, sondern hat Folgen, gerade auch für das Verkehrsaufkommen in der Gemeinde.* Das müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern auch ehrlich sagen, denn wir leben hier nicht auf einer Insel der Auto-losen. Mein Ziel, meine Forderung:

Die Gemeinde muss so behutsam weiterentwickelt werden, daß möglichst wenig Zusatzverkehr die Einwohner und Einwohnerinnen unseres Ortes belastet.

...Inzwischen sind bereits 9,7 Prozent der Gemeindefläche Verkehrsfläche. Damit liegen wir in Größenordnungen von Weiterstadt und Griesheim. Nur 1,5 Prozent sind als Erholungsflächen für Bürgerinnen und Bürger anzusehen...

3. NACHTFAHRVERBOT FÜR LASTWAGEN UND HALTEBESCHRÄNKUNGEN

Um die ärgsten Belästigungen unmittelbar abstellen zu können (die Umgehungsstraße wird sicherlich nicht vor dem Jahr 2004 eröffnet werden), bin ich für ein **LKW-Nachtfahrverbot in der Bebelstraße und der Pfungstädter Straße**. Allzuoft verkeilen sich hier Schwertransporter, die weder vor noch zurück können. Deshalb plädiere ich in den beiden Straßen für ein **zeitlich begrenztes Halteverbot**, so dass der Verkehr in der *rush hour* fließen kann. In der *Darmstädter Straße* funktioniert das leidlich gut. Geschützt werden dadurch Schulkinder, Anwohner, Passanten und Passantinnen.

4. BUS UND BAHN

Die wirksamste Maßnahme zur Reduzierung des Verkehrs besteht darin, ihn erst gar nicht entstehen zu lassen.

Stichwort: Öffentlicher Nahverkehr. Das Umsteigen auf Busse und Bahn wird von der Gemeinde gefördert (Bau einer Park & Ride Anlage vor dem Bahnhof, Anschaffung von Buswartehäuschen, Mitfinanzierung von Buslinien). Das Angebot muss erweitert und verbessert werden. Nach meiner Meinung sollte die **direkte Buslinie (5504) nach Darmstadt**, die häufig von älteren Bürgerinnen und Bürgern benutzt wird, **erhalten** bleiben. Und um die Anwohnerinnen und Anwohner in den engen Straßen (z. B. Hartenauerstraße) nicht ständig mit den großen Dieselruß abgebenden Linienbussen zu konfrontieren, vertrete ich die Auffassung, daß die Busunternehmen **kleinere Busse anschaffen müssen, abgestimmt auf das Fahrgastaufkommen**. Eventuell wird die Gemeinde hier einen Investitionszuschuss zu leisten haben.

...Die Gemeinde muss so behutsam weiterentwickelt werden, dass möglichst wenig Zusatzverkehr die Einwohner und Einwohnerinnen unseres Ortes belastet...

5. SICHERE WEGE

Damit unsere Kinder sicher zur Schule gehen können, Fußgängerinnen und Fußgänger durch den Autoverkehr nicht an den Rand gedrückt werden und Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer im täglichen Straßenverkehr nicht unterlegen sind, bin ich für Regelungen und Eingriffe in den Bickenbacher Verkehr. Die Grünen haben einen *Radwegplan* aufgestellt, der helfen kann, dass Auto- und Fahrradverkehr sich möglichst wenig

in die Quere kommen. (*siehe Abbildung*). Dazu zählt auch der **Bau eines Fahrradweges von Bickenbach nach Alsbach** auf dem viel befahrenen Weilerweg. Bickenbach und Alsbach könnten hier nachbarschaftlich zusammenarbeiten und die Kosten gemeinsam tragen. Dort, wo es sinnvoll ist, halte ich verkehrsberuhigte Zonen für angebracht. Wenn nötig bin ich für die Montage von weiteren Sicherheitspollern auf den Fußgängerwegen, um die Passanten und Passantinnen vor den Randsteindesperados zu schützen. Und für ganz Unbelehrbare gibt es die Verkehrsüberwachung, die in

Bickenbach in den letzten Jahren Tempolöcher zur Kasse gebeten hat. Deren Einsatz ist, obwohl ich Strafen immer als letztes Mittel ansehe, noch steigerungsfähig.

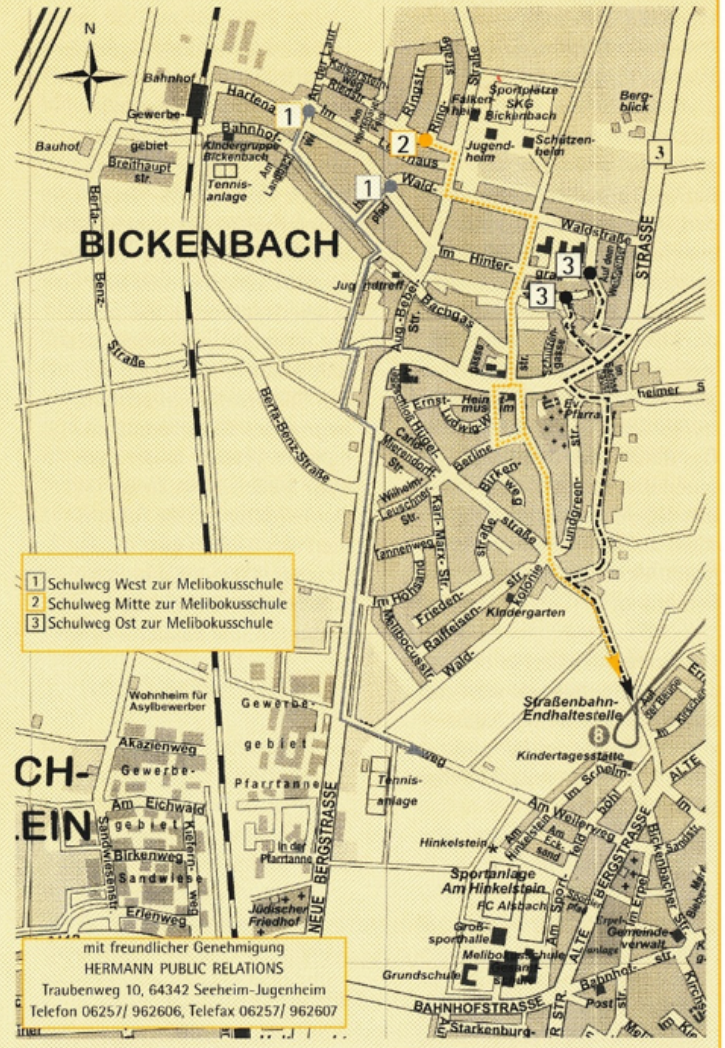
6. AN DIE EIGENE NASE PACKEN

Es ist zwar unpopulär, dennoch wahr. Viele innerörtliche Autofahrten müssen nicht unbedingt sein. Manches lässt sich auch gut zu Fuß oder per Rad erledigen. Damit würde unser hausgemachter Verkehr reduziert und einige Parkplatzprobleme gelöst. Es sind eben nicht nur immer die anderen, die den belastenden Autoverkehr verursachen. Immerhin sind in Bickenbach, statistisch gesehen, auf 100 Einwohner (vom Baby bis zur Urgroßmutter) deutlich über 50 Personenwagen zugelassen, obwohl car-sharing langsam aber sicher immer mehr Zuspruch findet. Manchmal sind wir es also selbst, die zu dem hohen Verkehrsaufkommen in Bickenbach beitragen!

Dieser Lageplan enthält drei Vorschläge -Variante West, Mitte und Ost-, wie Bickenbacher Schülerinnen und Schüler der Melibokusschule Alsbach weitgehend gefahrlos ihren Schulweg mit Fahrrädern zurücklegen können. Diese Routen wurden nach folgenden Kriterien ausgesucht:

- weitgehender Verzicht auf Nutzung der Hauptdurchgangsstraßen
- dabei möglichst geringe Umwege
- Einbeziehung vorhandener Fußgängerüberwege und -ampeln.

Noch bestehende Gefahrenpunkte müssten durch entsprechende Markierungen auf der Fahrbahn bzw. Beschilderung entschärft werden. Diesbezügliche Anträge liegen derzeit beim Gemeindevorstand.



Ulrich Koch verläßt Bündnis 90/Die Grünen wegen deren Haltung zum Kosovo-Krieg (1999)

Hiermit erkläre ich, nach 15 Jahren Mitgliedschaft, meinen Austritt aus der Partei Bündnis 90 / Die Grünen. Gleichzeitig lege ich die Sprecherfunktion (Vorsitz) im Ortsverband Bickenbach nieder. Grund für diesen Schritt, der mir schwerfällt, ist die deutsche Politik bezüglich des Kosovo, welche im Rahmen der rot-grünen Koalition durch Bündnis 90 / Die Grünen mitgetragen und daher mit zu verantworten ist.

Als Lehren aus zwei Weltkriegen mit ursächlicher Beteiligung Deutschlands lernte ich, daß Krieg kein Mittel der Politik werden und der Zweck die Mittel nicht heiligen darf. Persönlich habe ich mit solchen Begründungen den Wehrdienst verweigert. Auch die verbrecherische Politik Milosevics gegen die Kosovaren kann den NATO-Krieg gegen Rest-Jugoslawien nicht rechtfertigen. Ich gestehe anfänglich selbst auf die scheinbar unentrinnbare Kriegslogik hereingefallen zu sein. Natürlich hatte auch ich Srebrenica nicht vergessen und hing zunächst dem kindlichen Irrglauben an, daß eine starke Faust zum Guten hinwirken müsse und könne. Schließlich ist mir nur zu deutlich klar, daß ich mit meinem Hintern in Sicherheit sitze und ungestraft solche Zeilen schreiben kann. Da läßt sich leicht rasonieren. Ich dachte daher nicht das Recht

zu haben, den Stab über die Rambo-Methoden zur Rettung von Onkel Tom brechen zu dürfen.

Erst allmählich mußte ich mir durch den Nebel der Kriegsberichterstattung offen auf der Hand liegende Tatsachen vergegenwärtigen, wie das Fehlen eines UN-Mandates -die NATO schritt international gesehen zur Selbstjustiz- und das Fehlen einer grundgesetzlichen Legitimation eines Bundeswehreinsatzes in diesem verharmlosend als Kosovokrise bezeichneten Krieges. Warum haben denn diejenigen Politiker, die den Kosovokrieg für notwendig halten, nicht zuvor das Grundgesetz geändert - wie damals beim sogenannten 'Asylkompromiß'? Die Türkei als Mitglied der NATO betreibt seit vielen Jahren gegenüber der kurdischen Bevölkerung eine Politik der ethnischen Vertreibung und Zerstörung, welche der Milosevics in letzter Konsequenz in nichts nachsteht. Wer bitte soll das noch verstehen? Nicht nur durch diesen Widerspruch kommt die moralische Legitimation einer Verteidigung der Menschenrechte durch die NATO immer mehr ins Wanken. Wenn Militärs mit dem scheinbar sachlich-sterilen Begriff 'Kollateralschäden' Opfer der Zivilbevölkerung infolge der Luftangriffe technisch beschreiben und Politiker dies nachschwätzen und glauben, diese um des hehren Zieles willen in Kauf nehmen zu müssen, wird mit den Menschenrechten Schindluder betrieben und mir wird übel.

Als Lehren aus zwei Weltkriegen mit ursächlicher Beteiligung Deutschlands lernte ich, daß Krieg kein Mittel der Politik werden und der Zweck die Mittel nicht heiligen darf.

Der Bielefelder Parteitag der Grünen fand statt unter dem informellen Präjudiz, Fischer werde als Außenminister zurücktreten und die Koalition mit der SPD auf Bundesebene sei nicht mehr zu retten, wenn der Parteitag nicht im Wesentlichen der Linie des zweiten Mannes im Kabinett folge. Hat eine demokratisch diskutierende Partei solche Vorgaben nötig? Sind grundsätzliche Weichenstellungen -und wer will bestreiten, daß es sich bei der Frage des 'gerechten Krieges' um eine solche handelt- nicht vorrangig vor der Frage, welche Person eine Regierungsfunktion ausübt und ob eine Regierungskoalition, also ein 'Zweckbündnis', weiterbesteht. Schließlich geht es um Menschenleben und nicht um Pfründen von Personen und Parteien. Irgendwie haben sich die Gewichte in erschreckendem Maße verschoben!

Was wollen wir unseren Kindern erzählen? In den Schulen fordern LehrerInnen und Eltern gewaltfreie Konfliktlösungen von den Kindern, wenn sich mal welche die Nasen blutig geschlagen haben. Mediationsverfahren sind gerade 'en vogue'. Aber im Großen glauben wir, alles Recht der Welt zu haben, unsere Position mit Waffengewalt und ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzen zu dürfen. Wann ist denn Gewaltanwendung zur Durchsetzung der eigenen Interessen legitim und wer entscheidet darüber?

Wohlvollende Kritiker meiner Partei bescheinigen ihr nach dem Bielefelder Parteitag Realitätssinn statt illusionärer pazifistischer Träumerei.

Grüne Großkopfen fordern gerade auch im Zusammenhang mit dem Kosovokrieg endlich Regierungsfähigkeit

ein. Bundeskanzler Schröder wird in Reaktion auf den Bielefelder Parteitag der Grünen zitiert: "Wer jetzt meint, er müßte für die Akzeptanz der Realität auch noch eine Belohnung kriegen, der hat ein merkwürdiges Politikverständnis." Der Mann ist im falschen Film. Hier wird nicht auf Spatzen geschossen. Heißt dies alles, der Krieg war objektiv unvermeidbar? Soll dies uns die Notwendigkeit der von der NATO offenbar angepeilten Doktrin, sich auch außerhalb der Länder des Bündnisses als selbsternannter Weltpolizist aufspielen zu wollen, schmackhaft machen. Solchen Plänen, im Gefolge der Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen der NATO öffentlich geäußert, wurde bisher weder von grüner noch von SPD-Seite widersprochen. Dies ist für mich keinesfalls akzeptabel. Hat nicht Gandhi bewiesen, daß gewaltfreier Widerstand Undenkbares bewirken kann.

Diese historischen Menschheitserfahrungen werden geleugnet. Stattdessen bomben wir Jugoslawien in die Steinzeit zurück und wundern uns, daß der Haß sich potenziert. Darüber, daß die Mittel den erwünschten Effekt auch nach über 50 Bombennächten nicht erreicht haben, will ich nicht weiterreden. All dies wird von meiner Partei in Regierungsposition mitverantwortet. Wer glaubt eigentlich, daß grüne Parteitagsbeschlüsse zu einer Unterbrechung der NATO-Bombardements auch nur von einer Nacht führen. Dagegen legitimiert der Parteitagsbeschuß die NATO-Politik. Dies kann und will ich nicht mehr als Parteimitglied vertreten (müssen) !

Der Vergleich des finanziellen Mittlereinsatzes für die Kriegführung mit dem für die Unterbringung und Versorgung

der Flüchtlinge zeigt doch offensichtlich, was hier schief läuft. Wir sollten die Bringschuld umkehren und Politiker, welche den Krieg für legitim und notwendig halten, zwingen, unsere Steuergelder für die Menschen einzusetzen und zur Finanzierung des Luftkrieges Spenden zu sammeln. Der Krieg wäre morgen zu Ende...

Kritik an der Rolle meiner Partei gab es schon früher. An Gründe und Umstände des Rücktritts von Iris Blaul sei hier stellvertretend erinnert. Erstmals ernsthafte Austrittsgedanken bekam ich anlässlich der unter dem Namen 'Cousinenaffäre' bekannt gewordenen Ursachen für den Rücktritt von Umweltministerin Margarete Nimsch. In beiden Fällen wurden grüne Politikprinzipien mit Füßen getreten. Im Unterschied zu der aktuellen Frage der Haltung zum Krieg im Kosovo konnte aber von individuellen Fehlleistungen ausgegangen werden. In der Frage 'Krieg als Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln' geht es um Grundüberzeugungen. Die

bin ich nicht bereit, auf irgendeinem rot-grünen Altar zu opfern.

Mir selbst muß ich vorwerfen, mich nicht nachhaltig in die Diskussion um den Kurs der grünen Partei eingemischt zu haben - dies ist mir nur zu bewußt. Dies kann mich jedoch nicht davon abhalten, aus einmal gewonnenen Erkenntnissen die richtigen Schlüsse zu ziehen und konsequent zu handeln, zumal Taten mehr zählen als Worte. Wenn meiner Partei nicht nur WählerInnen sondern auch aktive MitstreiterInnen fortlaufen, wirkt dies hoffentlich nachhaltiger auf den Willensbildungsprozeß um den zukünftigen Weg. Daß andere Parteien eine öffentliche Auseinandersetzung zu diesem Thema überhaupt ganz scheuen - wenigstens das kann man den Grünen immerhin zu Gute halten-, macht die Sache nur noch schlimmer.

PS: Mein Mandat in der Gemeindevertretung Bickenbach lege ich nicht nieder. In den meisten hier von mir vorgebrachten Überlegungen weiß ich mich einig mit meinen KollegInnen in der Fraktion. Das macht Mut...

Bickenbach, den 18. Mai 1999

PEACE

Quo vadis - „Grüne“ Politik in Bickenbach

von Ulrich Friedrich Koch, 19. Januar 2000

Es gibt gewichtige Indizien, dass sich das bundesrepublikanische System der Parteiendemokratie überlebt haben könnte. Die Unregelmäßigkeiten bei der Parteienfinanzierung sind da nur eklatante Beispiele. Umgehung der Bandbreite legaler Parteienfinanzierung mit mafiösen Methoden durch die Schwarzen im Großen, die Finanzierung von repräsentativen Auftritten der Funktionsträgerinnen durch Sponsoren aus der Wirtschaft bei den Roten, aber auch die illegale Parteienfinanzierung aus den Parlamentsfraktionen im Kleinen bei den Grünen wie die aktuelle Presseberichterstattung täglich vor Augen führt, zeigen, dass hier etwas falsch läuft. Der Bäderkönig, Amigo, Barschel und der Graf sind noch in schlechter Erinnerung. (Die Schwarzen sind die Profis, die Roten Mittelmaß und die Grünen Amateure...)

Die meines Erachtens zurecht kritisierte staatliche Finanzierung der Parteien mit DM 5,- pro erhaltener Wählerstimme verstärkt diese Tendenz noch. Gut ist, was der Partei nützt. Kohl, Schäuble und Kanther haben sich sicherlich nicht materiell bereichert. Ihr fehlendes Unrechtsbewusstsein begründet sich ja darauf, dass sie zugunsten der Partei tätig waren.

Parteien haben qua Definition die demokratische Funktion einer politischen Willensbildung und Meinungsfindung. Analysiert man die aktuelle Verfassung der Parteiendemokratien, bekommt man den Eindruck, dass diese sich zu Kartellen der unbedingten Machterhaltung gemausert haben. Da passt ins Bild, dass die Grünen sich vom Rotationsprinzip schon lange verabschiedet haben und sich von der Trennung von Amt und Mandat demnächst verabschieden werden. Dies waren gerade ja Modelle, um Machtmissbrauch einzudämmen. Parlamentarische Mehrheitsentscheidungen fallen nicht mehr nach offener Diskussion im Parlament, sondern sind offenbar präjudiziert durch Parteizentralen, durch Koalitionsausschüsse -im Risikofall durch 'Fraktionszwang' abgesichert-, durch 'Küchenkabinette', unter Cousins oder bei konspirativen Treffen in der Schweiz. Rechenschaft über das eigene Tun wird, wenn überhaupt nur noch gegenüber Parteigremien, nicht mehr gegenüber den WählerInnen gelegt. Der Rest ist demokratisches Theater. Der Normalverbraucher hat längst kapituliert - politisches Spiel ist schmutziges Spiel. Die Vorstellung einer Demokratie, welche von unten nach oben funktioniert und suggeriert, der kleine Mann könne tatsächlich Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben -die 'Lebenslüge' der Parteien- ist abstrus.

Wir im Bickenbacher Grünen Ortsverband wurden und werden in diesem Sinn in Sippenhaft genommen. Trotz ehrlicher Bemühungen haben wir keine Chance, BürgerInnen für unsere Arbeit zu interessieren, weil das grundsätzliche Misstrauen gegenüber parteipolitischer Betätigung unüberbrückbar groß geworden ist. Da helfen auch gute Programme und glaubwürdige Personen nicht. WählerInnen fixieren sich höchstens noch auf Hoffnungsträger (Martini) und das geht solange gut, bis der Krug bricht (Schäuble). Glaubwürdigkeitsverlust und Frustration werden nur noch größer - ein Teufelskreis. Wir stehen vor der Entscheidung, wie wir (und wer) wei-

terhin unter welchen Bedingungen kommunalpolitisch tätig werden. Hierzu möchte ich folgendes Denkmodell einer organisatorischen Struktur vorschlagen:

1. Wir nehmen Abstand von der Gründung einer neuen, wie auch immer gearteten Gruppierung, sondern suchen Personen, welche auf Basis eines Wahlprogramms in die nächsten Kommunalwahlen ziehen. Eine WählerInnen-Liste kommt nur zustande, wenn eine Einigung auf Grundaussagen möglich ist. Solche Grundaussagen, auf deren Basis ich mir eine erneute Kandidatur vorstellen könnte, sind beispielsweise:

- Behutsame Ortsentwicklung und im Gleichschritt mit der Entwicklung der Infrastruktur
- Verkehrsplanung unter dem Primat von Verkehrsberuhigung
- Entwicklung eines Radwegverkehrssystems für die gesamte Ortsgemarkung
- Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs
- Schulwegsicherung
- Unterstützung des heimischen Klein- und Mittelgewerbes
- Reduzierung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen (Wasser, Strom, Gas etc.)
- Energieverbrauch aus regenerativen Quellen
- Sicherstellung einer sozialen Grundversorgung
- Sicherung eines kulturellen Mindestangebotes u.s.w.

Diese Liste muss sich ausdrücklich von Parteien unabhängig halten.

2. Für den Fall eines Einzuges in das nächste Gemeindeparlament, was nach dem Wegfall der 5%-Hürde wahrscheinlich ist, arbeiten die VertreterInnen dieser gemeinsamen Liste als Fraktion zusammen, allerdings ausdrücklich ohne Fraktionszwang auszuüben. Fraktionssitzungen sind grundsätzlich öffentlich.
3. Alle Mitglieder der Fraktion verpflichten sich, öffentlich Rechenschaft über ihr Tun (bzw. Unterlassen) abzulegen. Mindestens einmal jährlich ist ein schriftlicher Rechenschaftsbericht über Presse, 'Bickenbacher Magazin' und oder per Eigenveröffentlichung zu geben.
4. Im Vorfeld von grundlegenden Entscheidungen der Gemeindevertretung stellen sich die Fraktionsmitglieder für eine themenbezogene öffentliche Auseinandersetzung zur Verfügung und legen ihre Stellung zu den betreffenden Fragen dar. Auf Verlangen von BürgerInnen stehen sie nach Terminabsprache zeitnah für ein Gespräch zur Verfügung. Dieser Punkt beinhaltet eine Selbstverpflichtung zur Teilnahme an allen Bürgerversammlungen der Gemeinde sowie dem Agenda-Prozess. Diese Selbstverpflichtung ist jedoch nicht mit dem früher in linken Zirkeln geforderten 'Imperativen Mandat' zu verwechseln. Die Gewissensentscheidung der einzelnen MandatsträgerInnen bleibt unberührt.

Dieses Modell ist sicher noch nicht ausgereift und auch nicht sensationell. Vorteilhaft daran ist, dass es keine Verknüpfungen mehr mit parteipolitischen Interessen gibt, im Gegenzug aber auch keine hinderliche Doppelbelastung durch Partei- und Fraktionsarbeit. Nachteilig ist die geringere finanzielle Ausstattung einer solchen Fraktion, also kaum genug Geld für eine eigenständige Öffentlichkeitsarbeit (angesichts der aktuellen Ereignisse vielleicht doch kein Nachteil). Innerhalb einer relativ kleinen Gemeinde wie Bickenbach dürfte dies aber kein einschneidendes Hindernis für vernünftige politische Arbeit sein. Eine Garantie dafür, dass solche VolksvertreterInnen nicht doch nur Privatinteressen vertreten oder abheben gibt es nicht. Die Quittung kann halt nur im Fünfjahresrhythmus in Form von Nicht-Wahl erfolgen.

Wahlprogramm 2011

KOMM,A-Wahlprogramm März 2011 (Langfassung)

Wir Alternativen treten wieder zur Wahl an, weil wir für Bickenbach noch Entwicklungsmöglichkeiten sehen, die wir gerne anstoßen wollen. Was heute Viele in Bickenbach als angenehm erleben, wurde seit Anfang der 80er Jahre von Menschen eingebracht, die sich in der Freien Liste Umweltschutz (FLUB), bei den Grünen und bei KOMM,A engagiert haben, zum Beispiel Landbachrenaturierung, Maßnahmen zur Verkehrssicherung wie Verkehrsberuhigung, Tempo 30 und zuletzt durchgehender Bürgersteig entlang der Waldkolonie, Bickenbacher Bahnhof mit Busanbindung, Förderprogramm für Anlagen zur Energiegewinnung durch Sonnenenergie und zur Nutzung von Regen- und Brauchwasser, Konzept des kommunalen Jugendzentrums. Das macht uns Lust und Mut, unserer Ideen auch weiterhin einzubringen und die vorhandenen Möglichkeiten im Ort auszuschöpfen.

Unsere Gemeinde liegt im 'Speckgürtel' des Rhein-Main-Gebietes. Sie gibt unserer Meinung nach die eigene Weiterentwicklung an die Zentren Frankfurt, Darmstadt, Mannheim ab und tut zu wenig, was 'Lust' auf Bickenbach macht. Wir wollen Bickenbach nicht als Schlafstätte, sondern als lebendigen Mittelpunkt unseres Lebens. Bei der Vorstellung unserer Ideen, was wir ändern wollen, streifen wir auch Politikfelder, die nicht durch Bickenbach alleine bestimmt werden können. Die Gemeinde kann jedoch Ziele setzen, Denkanstöße geben, Planungen vorlegen und Umsetzungen durch Dritte anmahnen.

Unsere Gemeinde liegt im 'Speckgürtel' des Rhein-Main-Gebietes. Sie gibt unserer Meinung nach die eigene Weiterentwicklung an die Zentren Frankfurt, Darmstadt, Mannheim ab und tut zu wenig, was 'Lust' auf Bickenbach macht.

Miteinander, statt nebeneinander

Der gefühlte Ortsmittelpunkt Bickenbachs ist weder das Rathaus mit dem großzügigen Parkplatz, noch die Darmstädter Straße. Öffentliches Leben pulsiert alltäglich im Umfeld von Kita Hasentanne und Hans-Quick-Schule, als 'Kinderinsel' bezeichnet. Vor 50 Jahren haben Bickenbacher Schulkinder mit Stolz ihr neues Bürgerhaus eingeweiht.

Für das inzwischen vom 'Ruin' bedrohte Bürgerhaus gibt es verschiedene Ideen, den Fortbestand zu sichern. Von der kommunalpolitischen Mehrheit wird seit 10 Jahren ein Neubau unter Einbeziehung der Schulsporthalle geplant. Standort soll eine als Bannwald geschützte Fläche zwischen Sportplatz, Schützenheim, Waldstraße und Firma Satorius werden, die sich derzeit in erbarmungswürdigem Zustand zeigt.

Für KOMM,A spricht viel dafür, ein Bürger- oder Dorfgemeinschaftshaus breiter zu nutzen, als lediglich Raum für Veranstaltungen zu geben. Einen solchen Ort durch Jugendliche als Treffpunkt zu nutzen brächte eine ganz neue Perspektive. Der Seniorenmittagstisch, der Dank der Arbeiterwohlfahrt seit vielen Jahren angeboten wird, könnte zu einem Zusammentreffen von Menschen in anderen Lebensphasen erweitert werden.

Die Kita Hasentanne könnte gut weitere öffentliche Räume nutzen und neue Begegnungen gebrauchen. Der 'Kindergruppe aus der Steingasse' würde eine Ausweitung ihres Erfahrungsfeldes der Sinne ebenso guttun. Ganztagsangebote der Schule unter Nutzung der Möglichkeiten und Gegebenheiten eines ge-

meinsamen Zentrums in der Nachbarschaft böten eine Öffnung aus der Isolation eines Lernraums heraus in die Lebenswirklichkeit. Fortbildungsangebote von ortsansässigen Vereinen und der Volkshochschule für Jung und Alt ständen diesem Haus sehr gut. Vermittlungsdienst für Großeltern auf Zeit, Gesprächsreihen zwischen den Generationen, Frauenfrühstückstreffen, Männer- bzw. Vätergesprächskreise, Beratungsangebote nicht nur zu sozialen Fragen, Organisation von 'Tauschring'-Dienstleistungen auf Gegenseitigkeit. Sicher fällt Anderen noch mehr dazu ein.

All das könnte ein Ortsmittelpunkt werden, ein Impulsgeber für das gemeindliche Zusammen-Leben in Bickenbach.

Der aktuelle bauliche Zustand des Bürgerhauses hat die politischen Akteure in der Gemeinde und auch uns den Glauben an eine sach- und fachgerechte wie finanziell sinnvolle Sanierung verlieren lassen.

Der Streit wird um einen neuen Standort geführt. Wir haben unseren Standpunkt dazu öffentlich ausführlich dargelegt (unter <http://www.komma-bickenbach.de/main/kommaktuell.php?id=31>) und in 'Bickenbach Seitenweise' Heft 11/2009 Seite 107ff). Die finanzielle Situation der Gemeinde hat die Verwirklichung eines Neubaus in weite Ferne gerückt. Auch wenn man sich die Neubauoption grundsätzlich offenhalten will, muss der Erhalt am angestammten Ort nach unserer Auffassung wieder in den Blick genommen werden. Wir regen an, von anderen Beispielen zu lernen. In Rüsselsheim wird derzeit Erhalt und Sanierung der eigentlich schon abgeschriebenen Walter-Köbel-Halle

wieder ernsthaft erwogen. Dort haben ortsansässige Handwerksbetriebe und Gewerbetreibende aus eigenem Antrieb Umsetzungsplanungen erstellt. Wir glauben, dass sich auch in unserer Gemeinde dieses Sachwissen, die Fähigkeit und die Kräfte befinden, Ähnliches zu erreichen.

In vielen Gemeinden werden Projekte umgesetzt, bei denen einzelne Gewerke in Selbsthilfe durch Gemeindemitglieder gerade auch der älteren Generation verwirklicht werden. Die dazu notwendige, positive Ortsverbundenheit ist auch in unserer Gemeinde zu finden.

Seit dem ersten großen Aufschrei 1972 durch den Report 'Grenzen des Wachstums' des Club of Rome gegen die globale Umweltzerstörung bis zu den Kyoto-Protokollen sind uns die Fehlentwicklungen bewusst. Unser eigenes Verhalten richtet sich nur selten nach diesen Erkenntnissen.

Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt.

Seit dem ersten großen Aufschrei 1972 durch den Report 'Grenzen des Wachstums' des Club of Rome gegen die globale Umweltzerstörung bis zu den Kyoto-Protokollen sind uns die Fehlentwicklungen bewusst. Unser eigenes Verhalten richtet sich nur selten nach diesen Erkenntnissen.

Der Parkplatz vorm Rathaus ist werktags fast immer gut gefüllt, der Fahrradständer meistens leer, obwohl der weiteste Weg innerhalb des bebauten Siedlungsgebiets bis zum Rathaus kaum mehr als 2.000 m misst. Hand aufs Herz: Für viele Strecken könnten wir unser Auto stehenlassen, wenn wir Besorgungen besser planen und uns mit anderen zusammentun würden und weniger bequemlich wären. Im Regelfall sind Menschen im besten Alter, sozusagen in der Lebensmitte, im Ort persön-

lich kaum wahrzunehmen: tägliche Fahrten zur Arbeit mit dem Auto, der schnelle Einkauf auf dem Heimweg in der Pfarrtanne – die Gewerbesteuer bleibt dabei leider in der Nachbargemeinde – oder der kleine Einkauf im Tankstellen-Shop und abends noch der Kurztrip mit dem Auto (!) zum Training in die Turnhalle, den Sportplatz, zur Feuerwehrübung, zur Gemeindevertretungssitzung oder zu anderen Zielen.

Diese paar Skizzen aus dem Alltag beschreiben eine Fehlentwicklung in unserer Gesellschaft. Aus Zeitmangel und Gedankenlosigkeit leisten wir uns einen Lebensstil, der ungesund, zerstörerisch und nicht zukunftsfähig ist. Wenn die Bevölkerung Chinas und Indiens den Anspruch: 'Was den Europäern selbstverständlich ist müssen wir uns auch leisten dürfen' verwirklicht, dann ist unser Globus schnell am Ende. Schon in

den neunziger Jahren kamen rein rechnerisch auf zwei Bickenbacher – ohne Betrachtung des Alters – ein zugelassenes Auto. Heute sind in vielen Familien Dritt- und Viertwagen vorhanden und dies trotz vergleichsweise günstiger Verkehrsanbindung mit Bus, Straßenbahn und Bahn. Auf den Autobahnen rund um Bickenbach ist ein Vorwärtskommen im Berufsverkehr oft nur noch im 'stopp-and-go' möglich. Dies ist ökologisch wie energetisch nicht vertretbar und wirklich glücklich macht uns dieser Lebensstil auch nicht. Langfristig muss unsere Gesellschaft umsteuern und wir in Bickenbach sollten unseren Beitrag dazu leisten.

Wir von KOMM,A haben Ideen dazu, was wir hier in der Gemeinde verändern müssten, um zukunftsfähig zu werden.

Die Infrastruktur sollte so weiterentwickelt werden, dass alle notwendigen Dienstleistungen und Produkte vor Ort und in der Nachbarschaft vorgehalten werden und am besten zu Fuß oder mit dem Rad erreichbar sind. Dazu braucht es eine Bestandsaufnahme des Vorhandenen, eine Feststellung dessen, was fehlt und eine Planung, wie Lücken gefüllt werden sollen. Gemeinsam mit dem Gewerbeverein könnte ein Einzelhandels- und Gewerbeentwicklungskonzept aufgestellt werden. In der Gemeinde ist die Versorgungsstruktur löchrig geworden: Schuhgeschäft / Schuhreparatur, Buchhandlung, Lebensmitteleinzelhandel, Wäsche und Bekleidungsgeschäft, Bäckerei mit eigener Herstellung, Metzgerei mit eigener Schlachtung, Eisenwarenhandel und Schmied, Fahrkartenverkauf für den Öffentlichen Personenverkehr, Fahrrad-Verkauf und -Reparatur sind ganz weg-

gefallen oder nur noch eingeschränkt vorhanden.

In anderen Gemeinden gibt es Überlegungen und Versuche, dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Eine Idee sind sogenannte Cap-Märkte, in welchen neben der Erweiterung des Einzelhandelsangebotes auch noch Arbeitsplätze für Menschen mit Handicaps (Behinderungen) vor Ort geschaffen werden könnten. In Bickenbach wird mit dem Welt-Laden in der Pfungstädter Straße ein neues Konzept gewagt, fair gehandelte Waren im Ort anzubieten, z.B. 'Faire Milch' aus der Region. Hier wurde ein Arbeitsplatz geschaffen und ein Kreis von Ehrenamtlichen gewonnen, die diesen Laden bewirtschaften. Ob das Angebot überlebt, hängt davon ab, wie es genutzt wird. Einige unserer landwirtschaftlichen Betriebe bieten uns mit großem Einsatz ganzjährig Erzeugnisse in Direktvermarktung an. Wir sollten die noch vorhandenen Angebote in Bickenbach nutzen, auch wenn manchmal der örtliche Einzelhandel preislich nicht mit größeren Handelsketten konkurrieren kann. Dafür bietet der Einkauf in Bickenbach andere Vorteile: Er spart oft Zeit, viele Nerven, meistens Sprit, entlastet den Verkehr, und dient vor allem der örtlichen Gewerbevielfalt und über die Gewerbesteuer auch der gemeindlichen Finanzkraft.

Die Gemeinde muss Anreize schaffen, ein Investitionsklima herstellen, Hilfestellung bei der Existenzgründung von Selbstständigen leisten. Und die Bickenbacher müssen zusagen und ihre eigenes Verhalten entsprechend ändern, solche Angebote im Ort auch wirklich zu nutzen.

Die öffentlichen Wege in Bickenbach müssen so hergerichtet sein, dass sie für alle gefahrlos genutzt werden können. Dies mit gleicher Sorgfalt für Verkehrsteilnehmende jeglichen Alters zu Fuß und mit Rad, der immer noch am wenigsten geschützten Personengruppen im Straßenverkehr. Viele junge und einige schon betagte Menschen nutzen regelmäßig das Fahrrad. Wir wollen dazu beitragen, dies zu steigern.

Viele Eltern begründen die Beförderung ihrer Kinder mit dem Auto zur 'Kinderinsel' oft zu Recht mit der hohen Gefährdung, denen diese im Verkehr ausgesetzt seien. Die Gemeinde hat mit externer Hilfe ein System für eine Schulwegweisungshilfe durch Markierungen auf den Gehwegen entwickelt und umgesetzt. Dies ist ein richtiger Ansatz aber noch viel zu wenig. Es muss möglich sein, dass Kinder ohne elterliche Begleitung den Schulweg gefahrlos bewältigen können. Das von den Grünen vor Jahren vorgelegte Konzept zur Schulwegsicherung speziell unter Berücksichtigung der Rad fahrenden Kinder wurde bislang von der Gemeindevertretung nicht unterstützt.

Mobilität ist in unserem Leben notwendig und bietet Lebensqualität. Andererseits stellt sich heute die ethische Frage, ob wir uns zu jeder Zeit an jeden beliebigen Ort bewegen können müssen ohne die Folgen zu bedenken. Solche Erkenntnisse und Fragestellungen erfordern intelligente und umweltschonende Lösungen. Auf Initiative der Grünen wurde von der Gemeindevertretung Ende der neunziger Jahre beschlossen, einen Stellplatz vor dem Rathaus für 'Carsharing' oder vergleichbares Projekt des Autoteilens kostenlos

zur Verfügung zu stellen. Wir halten es für möglich, ein solches Modell auch in unserem Ort zum Laufen zu bringen, wenn alle Beteiligten ihren Beitrag dazu leisten, für diese Idee öffentlich werben und mit gutem Beispiel vorangehen, und nicht wegen gedanklicher Unbeweglichkeit, mangelnder persönlicher Risikobereitschaft und Bequemlichkeit diese Chance vertun. Autoteilen kann individuell in der Nachbarschaft, unter Arbeitskollegen oder unter Familienangehörigen privat betrieben werden, es braucht nicht in jedem Fall einen Verwaltungsapparat. Es ist keine Frage der Weltanschauung, den Weg zur Arbeit in Fahrgemeinschaften zurückzulegen. Der Fantasie sind da wenig Grenzen gesetzt.

Die Tendenz bei der motorisierten Fortbewegung geht zu Elektroantrieben, da sich die Ölvorkommen auf unserer Erde dem Ende zuneigen und die Treibstoffe immer teurer werden. Spannend ist, wie der Strom, den wir auch dafür verbrauchen erzeugt wird. Wir sind entsetzt über die Verlängerung der Laufzeit des 11 km entfernten Atomkraftwerks Biblis angesichts der ungeklärten Probleme bei der Endlagerung atomaren Mülls sowie der Umweltbelastung beim Uranabbau, zumal auch diese Vorkommen endlich sind. Gesamtgesellschaftlich wie hier vor Ort müssen wir uns den Problemen bezahlbarer, umweltverträglicher und gesicherter Energieversorgung stellen. Während viele Privathaushalte in Bickenbach für sich schon entsprechende Weichenstellungen und Investitionen getätigt haben (siehe Projektbeschreibung der Melibokusschule unter www.solar-bickenbach.de).

In der letzten Wahlperiode erhielt KOMM,A für seine zukunftsweisenden Anträge zum Thema Energiegewinnung keine Mehrheit.

larparks auf Bickenbacher Gemarkung wurde Mitte 2010 abgebrochen, weil absehbar Einspeisevergütungsgewinne durch den Gesetzgeber gedrosselt wur-

Mobilität ist in unserem Leben notwendig und bietet Lebensqualität. Andererseits stellt sich heute die ethische Frage, ob wir uns zu jeder Zeit an jeden beliebigen Ort bewegen können müssen ohne die Folgen zu bedenken. Solche Erkenntnisse und Fragestellungen erfordern intelligente und umweltschonende Lösungen.

Wir finden es ärgerlich und bedauern dies vor allem in den Bereichen sehr, wo Gestaltungsspielräume groß sind und die Gemeinde selbst entscheiden könnte. Beim Neubau des gemeindlichen Bauhofs wurden wesentliche Möglichkeiten zur Gewinnung erneuerbarer Energien ohne Not vertan. Über zukunftsweisende Entwicklungen andersorts scheint es derzeit in der Kommunalpolitik keinen Gesprächsbedarf zu geben. In Pfungstadt, in Darmstadt und im Odenwald beispielsweise gibt es genossenschaftlich organisierte Modelle, bei denen auch BürgerInnen mit geringen finanziellen Spielräumen und ohne geeignete und verfügbare Dachfläche an Projekten zur Gewinnung erneuerbarer Energien beteiligt werden können, wie zu hören ist mit großem Erfolg.

Die Gemeinde Bickenbach besitzt Anteile am Unternehmen 'Gruppen-Gas- und Elektrizitätswerk Bergstraße' (GGEW) mit Sitz in Bensheim. Nutzt die Gemeinde ihre damit verbundene Einflussmöglichkeit auf die (Geschäfts-)Politik des Energieversorgers überhaupt? Das Projekt eines So-

den. Warum wurde das Projekt nicht trotzdem umgesetzt? Die Technologie ist zukunftsfähig, auch wenn sie sich erst später wirtschaftlich refinanziert hätte.

In Deutschland gibt es verschiedene Gemeinden, die ihr Stromnetz wieder in kommunaler Eigenverantwortung übernommen haben mit dem Ziel, selbst zu entscheiden, wie die jeweilige regionale Energieversorgung der Zukunft gestaltet werden soll. Mit der Firma Weiß zieht jetzt ein Tankwagenreinigungsunternehmen mit einem absehbar hohen Energieverbrauch in unser Gewerbegebiet. Im Vorfeld der dazu notwendigen Investitionen wäre der Zeitpunkt günstig gewesen, den Einsatz von Blockheizkraftwerks-Technologie über den Einzugsbereich einer einzelnen Firma hinaus zu realisieren. Mit anderen bereits vor Ort ansässigen Firmen, der kommunalen Kläranlage und des Bauhofs, dem Bahnhof sowie den beiden gerade im Aufbau befindlichen Altersheimen wäre eine Energie- und Wärmebewirtschaftung im Verbund nicht nur ökologisch, sondern auch betriebswirt-

schaftlich sinnvoll. Trotz entsprechender Anregungen von unserer Seite hat der Gemeindevorstand die Gelegenheit dazu ungenutzt verstreichen lassen.

Wir wollen in Bickenbach eine öffentliche Diskussion über solche Fragestellungen erreichen.

Demokratie lebt vom Mitmachen

In Gundershausen hat vor 10 Jahren eine Gruppe von Bürgern, 'Lokalpatrioten', wie das Darmstädter Echo schreibt, das Dorfleben selbst in die Hand genommen und sich um einen örtlichen Bürgertreff als 'Forum' zusammengesprochen. Diese Gemeinschaft von etwa 50 Mitgliedern und 25 Unterstützern, die sich der Pflege von Brauchtum und Mundart im Dorf verschrieben hat, ist mit seinen Vorträgen, Ausstellungen und Gestaltungsvorschlägen zum ideellen Dorfmittelpunkt geworden. Mittlerweile ist es gesuchter Ansprechpartner für die Gemeindeverwaltung. Obwohl in den örtlichen Parteien aktive Menschen auch im Forum mitarbeiten, scheinen parteipolitische Meinungsverschiedenheiten der Arbeit des Forums nicht zu schaden. In unserem Ort gibt es trotz einem reichhaltigen Vereinsleben nichts Vergleichbares.

Das Bickenbacher Dunkesselesen wird im Wesentlichen von der Gemeindeverwaltung organisiert, ebenso das Volksfest und der Bickenbacher Advent.

Selbstverständlich wären diese Veranstaltungen nicht ohne den großen Einsatz von den Vereinen und deren Arbeitsgemeinschaft durchführbar. Aber das bürgerschaftliche Engagement außerhalb von Vereinen und Parteien nimmt ab. Wer weiß, ob es ohne den

Die gesetzlich vorgeschriebene alljährliche 'Bürgerversammlung' wird pflichtgemäß abgearbeitet. Kontroverse Diskussionen werden kaum geführt. Spontaneität wird verhindert!

umtriebigen und traditionsbewussten ehemaligen Bürgermeister Karl Schemel das Dunkesselesen noch gäbe. Einzelpersonen als Aktivposten eines identitätsstiftenden gemeindlichen Zusammenlebens wie beispielsweise Adam Blaum und Klaus Böhme vermissen wir schmerzlich.

Eine der wenigen Chancen in Bickenbach in den letzten zwei Jahrzehnten, Bürgerbeteiligung zu fordern und zu fördern, wurde vertan. Die Initiative zum Aufbau von 'Agenda-21'-Gesprächsforen um die Jahrtausendwende zur Auseinandersetzung um den Weg Bickenbachs ins 21. Jahrhundert ist dagegen in unserer Nachbargemeinde Seeheim gelungen. Dort unterstützt ein kommunales Agenda-Büro in der Verwaltung die Diskussions- und Entwicklungsprozesse und arbeitet der Kommunalpolitik zu. Wir sind an der Wiederbelebung von Agenda-21 Gesprächsgruppen interessiert und wir halten solche Gelegenheiten zum Austausch für dringend notwendig: Was ist mir für die Zukunft und die meiner Kinder konkret hier vor Ort wichtig? Eingeladen, gefragt und gehört werden sollten dazu alle interessierten Men-

schen und wir ermutigen die ehemaligen Aktiven, sich wieder am Agenda-Prozess zu beteiligen.

Die gesetzlich vorgeschriebene alljährliche 'Bürgerversammlung' wird pflichtgemäß abgearbeitet. Kontroverse Diskussionen werden kaum geführt. Spontaneität wird verhindert, da bestehende Fragen zuvor unter Fristsetzung schriftlich eingereicht werden müssen. Diese Praxis fördert nicht den gesellschaftlichen Dialog. Andere Mitgestaltungsmöglichkeiten vermissen wir zurzeit. Wir wünschen uns einen offenen Austausch, einen Platz für eine Ideenwerkstatt jenseits von privaten, gewerblichen oder vereinsbezogenen Interessen. Politische Auseinandersetzung sollte um die besten Ideen, um Herz und Kopf der Menschen geführt werden und nicht mit dem Ziel von Mehrheitspositionen in Vereinsvorständen.

Das höchste Recht und die erste Pflicht des Gemeindeparlaments ist die Entscheidung über das der Gemeinschaft zur Verfügung stehende Geld (den 'Haushalt'). Derzeit ist die finanzielle Lage nicht dramatisch, obwohl Schulden und Rücklagen der Gemeinde Bickenbach zum Jahreswechsel 2010/2011 mit 2,2 zu 1,6 Millionen Euro in einem ungünstigen Verhältnis liegen. Zu denken gibt uns die Entwicklung der Fehlbeträge der Haushaltsjahre 2009, 2010 und 2011 in einer durchschnittlichen Höhe von 0,75 Mio. Euro, welche jeweils nur aus der Rücklage ausgeglichen werden können. Wenn dies so weitergeht, kann der Haushalt höchstens noch zwei Jahre ausgeglichen gestaltet werden. Danach müssten wir Schulden machen. Damit ist klar, dass ein Bürgerhaus-Neubau mit geschätzten Kosten

von 5 Mio. Euro zurzeit nicht machbar ist. Dies muss gegenüber der Bürgerschaft offengelegt werden. Da wir kein CDU- oder SPD-Bürgerhaus wollen, bedarf es eines offenen Meinungsfindungs- und Willensbildungsprozesses darüber, wie wir unseren 'Ortsmittelpunkt' gestalten wollen.

In Zeiten 'knapper Kassen' versprechen Parteien gleich welcher Orientierung immer dasselbe: Notwendige Investitionen sind auf ihre Folgekosten hin zu überprüfen, bevor sie getätigt werden. Bevor die Einnahmeseite also Steuern und Gebühren erhöht werden, sind alle Einsparungsmöglichkeiten auszuschöpfen und alle Maßnahmen zur Effizienzsteigerung zu ergreifen.

Diese eigentlich selbstverständlichen Vorgehensweisen haben in den letzten Jahren in Bickenbach nicht funktioniert. Die letzte größere Investition der Gemeinde, der Neubau des Bauhofs, mit einem finanziellen Volumen von etwa 0,65 Mio. Euro wurde nicht unter dem Gesichtspunkt einer wirtschaftlichen und ökologischen Nachhaltigkeit geplant und umgesetzt. Weder wurden Maßnahmen zur alternativen Energiegewinnung umgesetzt, noch hat man ernsthaft eine Partnerschaft mit Nachbargemeinden in den Blick genommen. Eine gute Chance wurde vertan, denn Alsbach-Hähnlein realisiert jetzt kurz nach der Fertigstellung des Bickenbacher Bauhofs ein Bauhof-Projekt in Zusammenarbeit mit Zwingenberg. Um eine Zusammenarbeit der Nachbargemeinden zum Besten für unseren Heimatort zu praktizieren, könnte zum Beispiel Bickenbach zur 'Kulturstiftung Bergstraße' beitreten, wie kürzlich Zwingenberg und Alsbach-Hähnlein.

Bei all solchen Fragen findet in den Bickenbacher Gremien Opposition nicht statt. Nicht zuletzt aus diesem Grund bekommt die Bevölkerung auch nichts mit von den Chancen und Risiken solcher Entscheidungen beziehungsweise Unterlassungen.

Die Mehrheitsfraktionen im Bickenbacher Gemeindeparlament halten trotz klarer Zahlenverhältnisse die politische Konkurrenz auf Abstand. Mehrfach gestellte Anträge der Fraktion KOMM,A, die Anzahl der Sitze im Gemeindevorstand um einen zu erhöhen, um im Gemeindevorstand vertreten zu sein, wurden abgelehnt. Über die Dauer der gesamten, jetzt zu Ende gehenden Amtszeit seit 2006 verhinderten CDU und FDP bewusst und aktiv einen Zugang der KOMM,A -Fraktion zum Gemeindevorstand. Damit erhielt unserer Fraktion im Gemeindevorstand keine Möglichkeit, zu wichtigen Fragen Argumente einzubringen und an den Entscheidungen darüber mitzuwirken, und es fehlten uns dadurch Informationen über die Vorgänge in der Gemeinde. Umgekehrt fehlte dem Handeln des Gemeindevorstands Ideen, Kenntnisse und Erfahrungen einer politischen Richtung, die bei den örtlichen Wahlen mit über

10 % der Stimmen mit einem ähnlich starken Rückhalt seitens der Gemeindebürger ausgestattet worden war wie die FDP.

Für alle, die bei der letzten Wahl ihre Stimme KOMM,A gegeben haben, bleibt die Erkenntnis: Die Vertretung unserer politischen Positionen wurde behindert und erschwert! Durch einen weiteren Sitz im Gemeindevorstand wären die Stärkeverhältnisse, wie sie durch die Wahl festgelegt worden waren, gar nicht zum Nachteil der Mehrheitsfraktionen angetastet worden.

Das Bauhof-Neubauprojekt beispielsweise hätte durch unsere frühzeitige Mitwirkung im Gemeindevorstand besser geplant und umgesetzt werden können und die Bürgerschaft einen Nutzen davon gehabt.

Wir wollen mit unseren Möglichkeiten dazu beitragen, dass Bickenbach einen guten Weg in die Zukunft nimmt und die Energien und Stärken von vielen hier lebenden Menschen einbezogen werden. Wir möchten von Ihnen bei der bevorstehenden Wahl stark gemacht werden, damit notwendige Korrekturen in der Politik in, mit und für Bickenbach vorgenommen werden können.

Stellungnahme von KOMM,A zum Ende der Großen Koalition 2014

Wer bindet sich heute noch ewig? Viele Paare heiraten gleich gar nicht mehr. Beziehungen sind auf Zeit angelegt, sogenannte Lebensabschnittspartnerschaften.

Die Halbwertszeiten solcher Bündnisse werden immer kürzer.

In der Politik gibt es Sollbruchstellen für Partnerschaften auf Zeit. Die Haltbarkeit von Koalitionen wird für gewöhnlich durch die Wahlzeit der Parlamente bestimmt. Außerdem bedarf es nicht nur einer gegenseitigen Zuneigung, sondern auch einer parlamentarischen Mehrheit, damit der Spross aus einer solchen Verbindung, eine

Regierung, im Fall von Gemeinden eine Mehrheit im Vorstand, auch blühen und gedeihen, also handlungswillig und -fähig werden kann.

Seit 2001 gab es in der Bickenbacher Kommunalpolitik eine Koalition aus CDU und FDP, die nach der Wahl 2011 über keine Mehrheit mehr verfügte. Die SPD nach 10-jähriger, vom Wähler erzwungener Enthaltensamkeit auf Freiersfüßen und die CDU nach kurzer Herrlichkeit noch nicht zum Singledasein abseits der Freuden des politischen Gestaltenkönnens bereitfanden sich schnell in einer Großen Koalition. Nach drei Jahren, also gerade mal gut der Hälfte der Wahlperiode wurde das traute Beisammensein in gutem Einvernehmen, wie beteuert wird, beendet.

Wie im richtigen Leben auch sind die Gründe für das Auseinandergehen eines Paares für Außenstehende kaum nachzuvollziehen. SPD und CDU erklären gemeinsam ihre Unfähigkeit, den Umgang mit zwei wichtigen Themen der Ortsentwicklung in den zwei verbliebenen Jahren der vereinbarten Partnerschaft trotz 'Ehevertrag' einvernehmlich regeln zu können. Es scheint, es fehlt der Wille dazu.

Wir von KOMM,A begrüßen den Mut der Koalitionäre, das Scheitern öffentlich einzugestehen und die Konsequenz einer Trennung auch zu vollziehen.

Die für das vorzeitige Ende der Beziehung genannten Gründe überzeugen indes nicht:

Bezüglich der Zukunft des Bürgerhauses gibt es seit der Kommunalwahl 2011 und dem anschließend geschlossenen Koalitionsvertrag keine neue Sachlage. Die Finanzsituation war damals wie heute schlecht, der für den Bau einer 'Sport- und Kulturhalle' gewünschte Bauplatz liegt auf einer als Bannwald ausgewiesenen Fläche und im Schulbauprogramm des Landkreises gab und gibt es keine Mittel für den Neubau einer Schulsporthalle in Bickenbach. Bei diesem Thema hat man sich die Realität schöneredet bzw. die Augen davor zugemacht.

Bezüglich der Umstellung der Finanzierung von Straßensanierungsmaßnahmen musste der CDU spätestens seit der Lektüre des SPD-Wahlprogramms klar sein, mit welchen Vorstellungen der Wunschpartner in die Koalition kommt. Dieser Konflikt wurde offensichtlich bei den Koalitionsverhandlungen sehenden Auges ausgeklammert.

Einig ist man sich in der Feier der 'gemeinsamen Erfolge': Haushaltskonsolidierung, Bauleitplanung, Baumkonzept und Energiesparprogramm. Dabei wird ausgeblendet, das wesentliche Teile davon einvernehmlich von allen Fraktionen oder wenigstens von drei der vier im Parlament vertretenen Parteien beschlossen worden sind.

Die Konsolidierung des gemeindlichen Haushaltes war Aufgabenstellung der Kommunalaufsicht und keineswegs freiwillige Entscheidung der Koalition. Die beschlossenen Einsparungen, Steuer- und Beitragserhöhungen erfolgten aus der Einsicht in

Die politische Kultur in der Bickenbacher Gemeindevertretung hat gelitten!

deren Notwendigkeit. KOMM,A war lediglich mit Teilpunkten der Kita-Beitrags-satzung sowie mit der Streichung des Kommunalen Lastenausgleichs Müll (Windel-säcke) nicht einverstanden.

Die Beschlüsse zum Baugebiet Delfa-Gelände und Gewerbegebiet fielen einstimmig. Der Bauleitplanung für das neue Baugebiet Gärtnerweg stimmte lediglich KOMM,A nicht zu, weil wir die Ansicht vertraten, dass vor einer Neuausweisung von Bauge-bieten die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür zu schaffen seien.

Erstellung und Umsetzung eines Baumkonzeptes ist im Grunde eine Aufgabe der laufenden Verwaltung und nur dann Thema fürs Parlament, wenn die Verwaltung ihren Aufgaben in dieser Hinsicht nicht nachkommt. Eine solche Kritik wurde aber nicht geäußert.

Das von drei Parteien beschlossene Energiesparprogramm ist grundsätzlich eine gute Sache. KOMM,A kritisiert daran, dass die konkrete Ausgestaltung für die Bürger-schaft offenbar so unattraktiv ist, dass keine nennenswerten Anträge eingereicht worden sind und v.a. dass die Gemeinde eigene Energiesparmaßnahmen aus dem doch für die Bürgerschaft bestimmten Topf finanziert.

Dagegen haben wir Kritik an der Großen Koalition. Hier sollen ein paar wesentliche Punkte hervorgehoben werden:

Die politische Kultur in der Bickenbacher Gemeindevertretung hat gelitten. Auseinandersetzungen von 19 der 25 Mitglieder des Parlaments zur Willensbildung und Entscheidungsfindung fanden nichtöffentlich im 'Koalitionsausschuss' statt. Dem Parlament wurden öffentlich nur noch Entscheidungen und die offizielle Koaliti-onsmeinung mitgeteilt. Die negativen Auswirkungen davon waren beispielsweise an-lässlich der Entscheidung zum Haushalt 2014 deutlich sichtbar. Unserem Versuch, die öffentliche Diskussionskultur durch Verlängerung der Redezeiten von Parla-mentsmitgliedern zu verbessern, wurde eine Abfuhr erteilt. Diese Praxis leistet der Politikverdrossenheit Vorschub.

Die Debatte im Vorfeld des Neubaus der Flüchtlingsunterkunft um Bedingungen an den Landkreis war der Tiefpunkt der von der Koalition dominierten Kommunalpoli-tik der letzten drei Jahre. Man hat sich um die Auseinandersetzung herumgedrückt, unter welchen Wohn- und Lebensverhältnissen Flüchtlinge in Bickenbach Aufnah-me finden sollen. Die Sozialdemokraten wollten sich mit ihren Parteifreunden im Kreis nicht anlegen und die CDU hat sich unter vordergründigem Verweis auf die formale Zuständigkeit der Kreisverwaltung aus der moralischen Verantwortung da-für heraus gemogelt.

Bauleitplanung entlang einem Konzept zur gezielten Ortsentwicklung unserer Ge-meinde ins 21. Jahrhundert wurde von der Koalition weder angegangen noch über-haupt problematisiert. Stattdessen wurde nur Stückwerk in Form von Einzelbe-schlüssen geliefert.

Beide ehemaligen Koalitionspartner bevorzugen für den Rest der laufenden Amtszeit der Gemeindevertretung, Entscheidungen mit wechselnden Mehrheiten zu treffen.

Dies birgt für KOMM,A als seitherige Oppositionspartei die Chance, gelegentlich wirklich mitentscheiden zu können, und wir begrüßen diese Aussicht.

Bedauerlicherweise hat die SPD allerdings bei Bildung der Großen Koalition der CDU eine absolute Mehrheit im Gemeindevorstand zugestanden. Damit hat die CDU auch jetzt nach dem Ende der Zusammenarbeit die alleinige Entscheidungsgewalt in allen Fragen der Umsetzung von Parlamentsbeschlüssen und der Verwaltungstätigkeit. Dieses klassische Eigentor der 'Genossen' hatten wir zum Start der Großen Koalition scharf kritisiert und sehen uns jetzt darin bestätigt.

Bickenbach im Mai 2014, Ulrich Friedrich Koch

Pakt für Bickenbach, 18. März 2016

Nach der Kommunalwahl am 6. März 2016 bot die WählerInnen-Initiative Kommunale Alternative Bickenbach (KOMM,A) allen Parteien, die in die Gemeindevertretung gewählt worden waren, das Gespräch zur Kommunalpolitik der vor uns liegenden fünf Jahre Amtszeit an. Dazu unterbreiteten wir den politischen Mitbewerbern den im folgenden Text abgedruckten 'Pakt für Bickenbach' als Vorschlag:

„Die Wahlbeteiligung von gerade über 50 % und der Wahlerfolg der Partei 'Alternative für Deutschland' anlässlich der Kommunalwahl 2016 in Bickenbach machen es notwendig, über die Art der politischen Meinungsbildung und Willensbildung unter den demokratisch gewählten AkteurInnen im Gemeinwesen nachzudenken.

Jetzt einfach zur Tagesordnung überzugehen und die Geschicke unserer Gemeinde durch eine Koalition mit hauchdünner Mehrheit durchzuregieren, führt nur zu weiterer Frustration und Politikverdrossenheit in der Bürgerschaft. Ein 'Weiter so' im Sinne eines machtpolitischen Durchmarsches, um dann in fünf Jahren von noch weniger WählerInnen abgestraft zu werden, kann nicht im Sinne der jetzt in die Gemeindevertretung gewählten Parteien sein.

Deshalb schlagen wir für die kommenden 5 Jahre einen 'Pakt für Bickenbach' vor. Darin sollten alle Fraktionen folgendes vereinbaren:

1. Wechselnde Mehrheiten

Politische Entscheidungen in Parlament und Gemeindevorstand werden nicht auf Basis von zu Beginn der Amtszeit dieser Gemeindevertretung ausgehandelten festen Koalitionen oder von zwei Parteien vereinbarten, ge-

meinsam umzusetzenden Projekten getroffen. Politische Entscheidungen werden in den Gremien offen ausgehandelt und anschließend mit -ggfs. durchaus wechselnden- Mehrheiten beschlossen.

2. BürgerInnen-Beteiligung

Die Bürgerschaft soll weitestgehend in den Meinungsfindungs- und Willensbildungsprozess der Gemeindevertretung eingebunden werden. Dazu werden folgende Maßnahmen verabredet:

- Der Bürgerschaft wird zugesagt, sich an der Debatte zu einzelnen Tagesordnungspunkten auf öffentlich tagenden Gemeindevertretungs- bzw. Fachausschuss-Sitzungen zu Wort melden zu können. Verfahrenstechnisch wird dazu die Sitzung der gemeindlichen Gremien auf Wunsch wenigstens einmal pro Verhandlungsgegenstand unterbrochen.
- Der Bürgerschaft wird ein Initiativrecht gegenüber der Gemeindevertretung eingeräumt. Schriftlich gegenüber der Gemeindevertretung vorgebrachte Eingaben, für deren Gegenstand die Gemeindevertretung laut Hessischer Gemeindeordnung zuständig ist, werden von der/dem Vorsitzenden als Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung der folgenden Sitzung der Gemeindevertretung gesetzt.
- Die Gemeinde unterstützt bürgerschaftliches Engagement durch persönliche Beteiligung und durch Bereitstellung von Räumlichkeiten für Zusammenkünfte. Dies gilt speziell für die Aktivitäten von BürgerInnen in Agenda 21-Gruppen analog der Praxis in anderen Gemeinden.
- Bürgerversammlungen müssen über die gesetzlich vorgeschriebene Rechenschaftslegung der politischen Gremien gegenüber der Bürgerschaft hinaus zu einem Ort der Verhandlung strittiger Themen in der örtlichen Gemeinschaft werden. Dies kann auch durch professionelle Moderation sowie Aufbereitung und Präsentation solcher Themen gefördert werden. Dabei könnten die Möglichkeiten des gemeindlichen Internetauftritts besser genutzt werden.

3. Besetzung der gemeindlichen Funktionsstellen

Die personell zu besetzenden Positionen werden reihum entsprechend der Rangfolge aus dem Wahlergebnis durch alle Fraktionen besetzt.

- Da die CDU durch die Bürgermeisterwahl 2011 die einzige hauptamtlich zu besetzende Position Bürgermeister bereits innehat, sollte der Vorsitz der Gemeindevertretung an die SPD und die
- Funktion einer/eines ersten Beigeordneten durch KOMM,A besetzt werden.
- Die FDP sollte erstes Zugriffsrecht auf einen der beiden zu vergebenden Vorsitzpositionen in den Fachausschüssen erhalten.

- Der verbleibende Ausschussvorsitz sollte an die CDU gehen, da ja ein gewisses Risiko besteht, dass das Bürgermeisteramt nach der Wahl 2017 nicht wieder an eine Person aus dem Umfeld der CDU kommt.
- Fällt das Bürgermeisteramt nach der Bürgermeisterwahl 2017 an eine KandidatIn aus dem Umfeld der SPD, so sollte zum Zeitpunkt des Amtswechsels der Vorsitz der Gemeindevertretung an eine Person aus der Fraktion der CDU sowie der zweite Ausschussvorsitz an eine Person aus der Fraktion der SPD -jeweils durch Amtsverzicht und Neuwahl- übergehen.

Da die Position der/s ersten Beigeordneten nicht durch direkte Wahl, sondern durch das Ergebnis zur Wahl des neuen Gemeindevorstands vergeben wird und sich das Kommunalwahlergebnis in der möglichen Mehrheitsbildung im Gemeindevorstand wiederfinden muss, bilden SPD und KOMM,A eine gemeinsame Liste zur Gemeindevorstandswahl. Darüber hinaus wird die Zahl der Sitze im Gemeindevorstand von 7 auf 8 Sitze angehoben (plus Bürgermeister).

4. Haushalt der Gemeinde

Im Haushalt der Gemeinde Bickenbach müssen sich die finanziellen Folgen der Entscheidungen der Gemeindevertretung wiederfinden. Die in der Entscheidung über einzelne Vorhaben Unterlegenen (Fraktionen) akzeptieren diese Beschlüsse und nehmen dies nicht zum Anlass, einen durch die Gemeindevertretung abschließend beratenen Haushalt scheitern zu lassen.

Scheitert eine Haushaltsverabschiedung, führt dies zum Ende des Pakts."

Mit CDU, SPD und FDP fanden bis Ende der ersten April-Woche Gespräche statt. Die Gesprächspartner der CDU baten sich Bedenkzeit aus. Bis zur konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung am 21. April 2016 gab es uns gegenüber keinerlei Rückmeldung seitens der CDU.

Die Gesprächspartner der FDP lehnten schon während des Gesprächs eine Vereinbarung auf der vorgelegten Grundlage ab, ohne Alternativen zu benennen.

Die Gesprächspartner der SPD berieten sich intern zum Vorschlag. In weiteren Beratungen wurde dann eine 'Vereinbarung zwischen den Fraktionen von SPD und KOMM,A' entwickelt und am 14. April 2016 geschlossen.



SONG ZUR BÜRGERMEISTERWAHL 2011

1 1-2-3-4 Bickenbach / 5-6-7- wird fit gemacht
9+10 zum Wählen geh'n / KOMM,A - KOMM,A - KOMM,A zur Wahl.
Biblis ist aus / ein gutes Ziel / Wind, Wasser, Sonne hat es viel.
Probier's mal damit / Strom zu spar'n / und auch mal mit dem Rad zu fahr'n.

Refrain: KOMM,A - KOMM,A - KOMM,A und misch mal mit!

2 Sei 30 Jahren gut bekannt / ob FLUB, ob GRÜN, KOMM,A genannt,
ist viel schon auf den Weg gebracht / wer Kinder fragt hat's gut gemacht.
In's Jugendzentrum investier'n / Müll trennen und auch kompostier'n,
das Regenwasser tut es auch / im allgemeinen / Hausgebrauch.

Refrain

3 So viele Jahre grünt es schon / und nach geglückter Petition
fühl'n Fremde sich hier wie zu Haus' / Komm misch mal mit und mach was draus!
Als Meilensteine sind erreicht / speed 30 auf Dorfstrassen reicht.
Bei Rad- und Schulweg sicher geh'n / im Landbach Fische schwimmen seh'n.

Refrain

4 Wieder einmal geht's zur Wahl / Sensation im Wahllokal.
Es kocht da was in Bickenbach / das Rathaus wird jetzt bunt gemacht.
Solar ist klar / wir sind im Spiel / das Auto-Teilen macht mobil.
Die Zukunft ruft, drum misch dich ein / denn Bickenbach kann Vorbild sein!

Refrain

Melodie:
Rock around the clock
(Bill Haley, 1956)

Text:
Birgit Köhler-Günther, 2011